



113. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 12. Mai 2016

Mitteilungen der Präsidentin..... 11645

1 Gewalt gegen Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen nimmt unter rot-grüner Verantwortung weiter zu – Wann stellt die Landesregierung endlich konkrete Gegenmaßnahmen vor?

Aktuelle Stunde

auf Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 16/11945..... 11645

Theo Kruse (CDU)..... 11645
Andreas Bialas (SPD)..... 11647
Marc Lürbke (FDP)..... 11649
Verena Schäffer (GRÜNE)..... 11650
Dirk Schatz (PIRATEN)..... 11652
Minister Ralf Jäger..... 11654
Gregor Golland (CDU)..... 11655
Thomas Stotko (SPD)..... 11657
Marc Lürbke (FDP)..... 11659
Matthi Bolte (GRÜNE)..... 11660
Minister Ralf Jäger..... 11661
Werner Lohn (CDU)..... 11662
Andreas Bialas (SPD)..... 11663

2 Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung (Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes)

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 16/11844

erste Lesung

In Verbindung mit:

Kita-Kollaps verhindern – Landesregierung muss endlich handeln

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 16/11896 11664

Ministerin Christina Kampmann..... 11665

Bernhard Tenhumberg (CDU) 11666

Marcel Hafke (FDP) 11667

Wolfgang Jörg (SPD)..... 11669

Andrea Asch (GRÜNE)..... 11671

Olaf Wegner (PIRATEN)..... 11673

Ergebnis..... 11673

3 Investitionen aus dem Europäischen Investitionsplan für Nordrhein-Westfalen erschließen – Landesregierung muss endlich handeln!

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 16/11899 11674

Hendrik Wüst (CDU) 11674

Elisabeth Müller-Witt (SPD) 11675

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE)..... 11677

Dietmar Brockes (FDP)..... 11678

Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 11680

Minister Garrelt Duin 11681

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) 11684

Ergebnis..... 11685

4 Konsolidierung des nordrhein-westfälischen Spielbankensektors forcieren und das staatliche Glücksspielwesen auf den Prüfstand stellen – Streit im Landeskabinett darf die ergebnisoffene Prüfung aller Optionen nicht länger torpedieren

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11902 11685

Ralf Witzel (FDP) 11685
Stefan Zimkeit (SPD) 11686
Dr. Marcus Optendrenk (CDU) 11688
Martin-Sebastian Abel (GRÜNE) 11691
Dietmar Schulz (PIRATEN) 11692
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 11693

Ergebnis 11696

5 Nach den TTIP-Leaks ist das öffentliche Vertrauen in das transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen vollkommen zerstört: TTIP muss ausgesetzt werden!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11888 11696

Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 11697
Markus Töns (SPD) 11697
Josef Hovenjürgen (CDU) 11699
Stefan Engstfeld (GRÜNE) 11700
Henning Höne (FDP) 11701
Minister Garrelt Duin 11703
Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 11704

Ergebnis 11704

6 Master und Meister – NRW benötigt weiterhin duale Ausbildung und Studium als gleichwertige Ausbildungsalternativen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11890

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11984

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11986 11705

Dietmar Bell (SPD) 11705
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) 11706
Petra Vogt (CDU) 11707
Angela Freimuth (FDP) 11708
Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 11709
Ministerin Svenja Schulze 11710

Ergebnis 11711

7 Nordrhein-Westfalen spricht sich für den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU aus

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11898 – Neudruck 11711

Matthias Kerkhoff (CDU) 11711
Markus Töns (SPD) 11712
Stefan Engstfeld (GRÜNE) 11713
Holger Ellerbrock (FDP) 11714
Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 11715
Minister Thomas Kutschatj 11716

Ergebnis 11717

8 Verkehrssicherheit gewährleisten – Diskriminierung von Cannabiskonsumenten verhindern!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11887 11717

Ergebnis 11717

9 Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen unverzüglich unterbinden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11903 11717

Ergebnis 11717

10 Die Chancen der Digitalisierung im Wissenschaftsbereich nutzen – landesweit koordinierte Lizenzierung von digitalen Bibliotheksbeständen eröffnet neue Spielräume

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8454

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses

für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Drucksache 16/11816 11717

Gabriele Hammelrath (SPD) 11717
Ulla Thönnissen (CDU) 11718
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) 11719
Angela Freimuth (FDP) 11720
Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 11721
Ministerin Svenja Schulze 11722

Ergebnis 11723

11 Tierschutz bei der Jagd stärken – Keine unsachgemäßen Einschränkungen bei Jagdwaffen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11833 11723

Karlheinz Busen (FDP) 11724
Norbert Meesters (SPD) 11724
Hubertus Fehring (CDU) 11725
Norwich Rüße (GRÜNE) 11726
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) 11727
Minister Johannes Remmel 11727

Ergebnis 11728

12 Durchführung der Bundesjugend- spiele in allen Schulen in Nordrhein- Westfalen sicherstellen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11893 11728

Holger Müller (CDU) 11728
Hans Feuß (SPD) 11729
Sigrid Beer (GRÜNE) 11729
Dr. Björn Kerbein (FDP) 11730
Lukas Lamla (PIRATEN) 11731
Ministerin Sylvia Löhrmann 11732
Hans-Peter Müller (SPD) 11733

Ergebnis 11733

13 Verfassungskonforme Regelung der Zwangsmedikation in den Vollzugsge- setzen des Landes Nordrhein-Westfa- len sicherstellen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11894 11733

Christian Haardt (CDU) 11733
Hartmut Ganzke (SPD) 11734
Dagmar Hanses (GRÜNE) 11735
Dirk Wedel (FDP) 11735
Dietmar Schulz (PIRATEN) 11736
Minister Thomas Kutschaty 11737

14 Jahresbericht 2015 gemäß § 28 VSG NRW

Unterrichtung
durch das Kontrollgremium
gemäß § 23 des
Verfassungsschutzgesetzes NRW
Drucksache 16/11911 11737

Ergebnis 11737

Entschuldigt waren:

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
Minister Garrelt Duin
(bis 11:30 Uhr)
Minister Michael Groschek
Minister Franz-Josef Lersch-Mense

Helene Hammelrath (SPD)
Eva Lux (SPD)
Karl Schultheis (SPD)
André Stinka (SPD)

Dr. Stefan Berger (CDU)
Ursula Doppmeier (CDU)
Heiko Hendriks (CDU)
(ab 15 Uhr)
André Kuper (CDU)
Ina Scharrenbach (CDU)
(ab 14 Uhr)

Martina Maaßen (GRÜNE)
(ab 16 Uhr)
Josefine Paul (GRÜNE)
(ab 16 Uhr)
Karin Schmitt-Promny (GRÜNE)
(ab 15 Uhr)

Dr. Ingo Wolf (FDP)

Daniel Düngel (PIRATEN)
Dirk Schatz (PIRATEN)
(nach Ende von TOP 1
abwesend)

Daniel Schwerd (fraktionslos)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen, 113. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich insgesamt **elf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wir wie immer in das Protokoll aufnehmen.

Auch am heutigen Tag dürfen wir zwei Kollegen – beide aus der CDU-Fraktion – ganz herzlich zu ihrem **Geburtstag** gratulieren. Zum einen gehen unsere guten Wünsche, Glückwünsche und alle lieben Grüße an den Kollegen **Friedhelm Ortgies** und zum anderen an den Kollegen **Ralf Nettelstroth**.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Ihnen beiden ganz herzliche Glückwünsche, alles Gute, einen wunderschönen Tag und dass Sie Ihren Geburtstag heute Abend im Kreis der Familie noch ausklingen lassen können!

Ohne weitere Vorbemerkungen treten wir sogleich in die Bearbeitung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Gewalt gegen Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen nimmt unter rot-grüner Verantwortung weiter zu – Wann stellt die Landesregierung endlich konkrete Gegenmaßnahmen vor?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11945

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 9. Mai dieses Jahres gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu dieser aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner für die antragstellende Fraktion der CDU hat Herr Kollege Kruse das Wort.

Theo Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Begründung für die Beantragung der Aktuellen Stunde liegt in einer weiteren, außerordentlich besorgniserregenden Entwicklung im Bereich der inneren Sicherheit. Denn die Anzahl gewalttätiger Übergriffe auf Polizeibeamtinnen

und -beamte ist in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen.

Am vergangenen Montag berichtete die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ über einen internen Bericht des Landeskriminalamtes, wonach im Jahr 2015 fast 14.000 Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen beleidigt, bedroht oder körperlich angegriffen worden seien. Im Vergleich zum Vorjahr sei die Anzahl der Attacken erneut um 3 % gestiegen.

In 497 Fällen sind Polizeibeamte schwer verletzt worden. In weiteren 527 Fällen trugen sie zumindest leichtere Verletzungen davon. Immerhin sieben Angriffe wurden sogar als versuchter Mord oder Totschlag eingestuft.

Nach Berechnungen der Gewerkschaft der Polizei wird in Nordrhein-Westfalen inzwischen alle 67 Minuten ein Polizist attackiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Zahlen sind erschütternd

(Beifall von der CDU)

und zugleich ein weiterer Beleg für einen Trend, der sich in unserem Bundesland bereits seit einigen Jahren beobachten lässt. Während die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik für das Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2005 noch rund 4.400 Widerstände gegen die Staatsgewalt verzeichnete, waren es im Jahr 2015 über 6.500 Fälle. Dies entspricht einem Anstieg von fast 48 % binnen zehn Jahren.

Diese Entwicklung ist aus Sicht der CDU-Fraktion unerträglich.

(Beifall von der CDU)

Wir sind jedoch der Auffassung, dass steigende Gewalt gegen Polizeibeamte kein Naturphänomen ist, das die Politik quasi hilflos hinnehmen muss. Die Zahl der Angriffe lässt sich wirksam reduzieren. Der amtierenden rot-grünen Landesregierung fehlt dazu jedoch offensichtlich jeder politischer Wille.

(Beifall von der CDU)

Die CDU-Fraktion hat in der laufenden Wahlperiode bereits zahlreiche Anträge und Gesetzesinitiativen vorgelegt, die konkrete Lösungen zur Eindämmung der Gewalt gegen Polizeibeamte aufzeigen. Aus unserer Sicht sind dazu mehrere Maßnahmen erforderlich:

Erstens. Wir wollen, dass Polizeibeamte strafrechtlich besonders geschützt werden.

(Beifall von der CDU)

Deshalb fordern wir seit Jahren, dass im Strafgesetzbuch endlich eine Mindeststrafe für Angriffe auf Polizeibeamte eingeführt wird.

(Beifall von der CDU)

Unseren Antrag, die hessische Bundesratsinitiative zur Einführung eines entsprechenden Schutzparagraphen im Strafgesetzbuch zu unterstützen, haben SPD und Grüne – wie nicht anders zu erwarten – abgelehnt, obwohl er im Innenausschuss von allen Experten, von allen Polizeigewerkschaften ausdrücklich begrüßt worden ist.

(Beifall von der CDU – Zuruf von den PIRATEN: Ja, ja, Gewerkschaften!)

Zweitens. Wir haben die rot-grüne Landesregierung sowohl hier im Plenum als auch im Ausschuss mehrfach dazu aufgefordert, die nordrhein-westfälische Polizei endlich mit Bodycams auszustatten; entsprechende Drucksachen haben wir bereits im Mai 2014 und im Jahr 2016 in den Landtag eingebracht. Beide Anträge wurden ebenfalls von SPD und Grünen abgelehnt, und das wiederum gegen den jeweiligen Willen der Polizeigewerkschaften.

In anderen Bundesländern gibt es mit diesem Einsatzmittel jedoch bereits sehr erfolgreiche Pilotversuche. In Hessen wurde der Bodycam-Einsatz inzwischen sogar ausgedehnt, weil die Zahl der Angriffe auf Polizisten dort nachweislich gesunken ist.

(Beifall von der CDU)

Vor diesem Hintergrund ist es schlichtweg unverantwortlich, dass SPD und Grüne der nordrhein-westfälischen Polizei den Einsatz von Bodycams bis heute verweigern.

(Beifall von der CDU)

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Arnold Plickert, hat dazu in einem Interview mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ am 12. Februar 2016 sehr deutlich Stellung bezogen und die Haltung der rot-grünen Landesregierung wie folgt kommentiert – Zitat –:

„Was hier in NRW abläuft, ist politisches Absurdistan.“ ...

(Beifall von der CDU)

„Dabei ist doch schon längst klar, dass die Geräte dabei helfen, Übergriffe auf Polizisten zu reduzieren und Straftaten nachzuweisen. Keine Ahnung, worauf da noch gewartet werden soll. Wir brauchen keinen Probelauf mehr. Hochauflösende Infrarotbilder, die gerade diese Kameras liefern können, hätten übrigens auch wertvolle Aufnahmen der Täter bei den nächtlichen Silvester-Ausbreitungen machen können.“

(Beifall von der CDU)

Dem ist nichts hinzuzufügen. – Herr Minister Jäger, wir haben über dieses Thema im Ausschuss mehrfach gesprochen. Sie werden hier auch gleich das Wort ergreifen. Ich fordere Sie an dieser Stelle auf, nicht nur unserem Antrag zur Einführung der Bodycams endlich zu entsprechen, sondern auch dem

berechtigten Anliegen der Polizei Rechnung zu tragen, damit die Polizeibeamten im täglichen Einsatz besser geschützt sind, als das zurzeit der Fall ist. Ich denke, die Stellungnahme der GdP spricht für sich.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte kurz einen dritten Punkt ansprechen, und zwar ist das die Frage, wie das Land als Dienstherr mit verletzten Polizeibeamten umgeht. In der Praxis kommt es nämlich häufig vor, dass die verletzten Beamten vor Gericht zwar einen Schmerzensgeldanspruch zugesprochen bekommen, diesen aber letztlich nicht durchsetzen können, weil beim Schädiger nichts zu holen ist.

Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, dass das Land in diesen Fällen in Vorleistung gehen muss. Auch hierzu hat die CDU-Fraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht, der aber ebenfalls abgelehnt wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf feststellen: SPD und Grüne und die verantwortliche Landesregierung, dieser Minister, das Kabinett insgesamt sehen der wachsenden Gewalt ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Theo Kruse (CDU): ... gegen Polizeibeamte seit nunmehr sechs Jahren tatenlos zu und lehnen sämtliche Vorschläge der CDU-Fraktion zu diesem Thema ab. Eigene Initiativen, eigene Anträge, eigene Vorschläge von Rot-Grün – bis heute Fehlanzeige!

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Theo Kruse (CDU): Einen Aspekt möchte ich noch ansprechen: Das Einzige, was die Landesregierung eingebracht hat

(Zuruf von der SPD)

in der Regierungserklärung unserer Ministerpräsidentin, aber auch hier im Herbst 2012, ist, eine Woche des Respekts für Polizeibeamte einzuführen.

(Unruhe – Zurufe von der SPD)

Nachdem wir weder 2012 noch 2013 noch 2014 ...

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kruse, die Redezeit!

Theo Kruse (CDU): ... noch 2015 noch in diesem Jahr auch nur einen Ansatz davon erfahren haben, muss ich feststellen: SPD und Grüne, der verantwort-

liche Minister, die Landesregierung insgesamt wissen nicht, was respektvoller Umgang mit den 45.000 Polizistinnen und Polizisten ...

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kruse, Sie haben die Redezeit bereits um über eine Minute überschritten. Ich bitte Sie, jetzt zum Ende zu kommen.

Theo Kruse (CDU): ... in unserem Bundesland bedeutet.

(Zurufe von der SPD)

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Sie haben

(Unruhe – Zurufe von der SPD)

in den letzten sechs Jahren eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass Sie auch in diesem Themenfeld

(Zurufe von der SPD)

Ihrer Verantwortung nicht gerecht werden. – Ich bedanke mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Ich möchte gern die andere Fraktionen und die entsprechenden Redner und Rednerinnen informieren, dass Herr Kruse seine Redezeit um 1:30 Minuten überzogen hat. Selbstverständlich bekommen die anderen Fraktionen diese Redezeit jetzt auch. Ich bitte aber, in Zukunft ein bisschen darauf zu achten, welche sitzungsleitenden Hinweise wir geben. Sonst brauchen wir uns überhaupt nicht mehr über Redezeiten zu verständigen.

Als nächster Redner für die SPD-Fraktion Herr Kollege Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf zunächst im Namen der SPD-Fraktion den Polizistinnen und Polizisten meinen Dank und meinen Respekt für ihre Arbeit aussprechen –

(Beifall von der SPD und Marc Lürbke [FDP])

gerade auch dafür, dass sie sich den schwierigen und gefährlichen Einsätzen täglich mit großer Selbstverständlichkeit stellen. Unsere Sicherheit ist in ihren Händen sehr gut aufgehoben. Dafür gebühren ihnen unser Dank und unser Respekt. Und daraus ergibt sich unsere Pflicht, sie selbst so gut es geht zu schützen.

(Zuruf von der CDU)

– Ich komme doch gleich zu Ihnen. – Seien Sie versichert: Wir machen eine Menge, um unsere Polizistinnen und Polizisten zu schützen.

Was sind die Aufgaben der Polizei? Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Kriminalitätsvorbeugung, Kriminalitätsbekämpfung.

Wir schicken – ich darf Ihnen das Bild einmal aufmachen – unsere Polizistinnen und Polizisten nicht zum Blumenpflücken auf die Wiese. Wir haben eine Klientel, der sie gegenüberstehen, die nicht gezeichnet ist, als wären es Besucher einer Oper in der Großstadt. Sondern wir schicken sie in unangenehme und gefährliche Einsätze – Tag für Tag. Wir werden das auch weiter tun, weil wir es tun müssen.

Ich sage dies nicht als Politiker, der hier an einem sicheren Pult steht, sondern ich sage Ihnen das als ehemaliger Polizist einer Innenstadtswache mit einem Drogenschwerpunkt vor der Tür. Einen Finger kann ich aufgrund eines Sehnenabrisses nicht mehr richtig bewegen. Ich höre auch ein bisschen schwerer, weil mein Trommelfell gerissen ist. Ich habe etliche blaue Flecken und Blessuren gehabt – zum Glück nichts Schlimmeres.

Dies ist für uns eine der wichtigsten Referenzgrößen: Polizistinnen und Polizisten müssen gesund aus dem Einsatz herauskommen können.

(Beifall von der SPD und Dirk Schatz [PIRATEN])

Sie haben das Recht – und das ist unsere Pflicht –, dass sie nach ihrem Dienst gesund nach Hause gehen können.

Nun, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, schauen wir uns einmal Ihre großen Sandstreuer an, die Sie seit Jahren gern benutzen.

Ihr erster Slogan lautet: Es wird in NRW immer alles schlimmer. – Dazu kann ich Ihnen sagen: Nein, das ist nicht so. Wir haben sogar weniger Fälle, auch wenn Sie das nicht wahrnehmen wollen.

(Zuruf von der CDU: Köln!)

Nehmen wir die Referenzgröße des Schutzes – wie gesagt, wir können nicht darauf verzichten, Polizisten in gefährliche Einsätze zu schicken, wir müssen alles Menschenmögliche tun, damit sie dort heil herauskommen und nicht verletzt werden – und sehen uns einmal die Zahlen in Nordrhein-Westfalen der letzten Jahre an:

Wir haben endlich deutlich weniger verletzte Polizistinnen und Polizisten – deutlich weniger! –: von im Jahre 2012 über 1.800 Fälle auf die Fallzahl, die Sie gerade genannt haben, 1.024. Das sind über 40 % weniger Fälle an verletzten Polizistinnen und Polizisten.

(Zuruf von der FDP)

Ich gestehe Ihnen eines zu: Es ist kein internes Papier, nämlich das Lagebild des LKA; denn das liegt uns nicht vor. Insoweit muss ich mich auf die Zahlen beziehen, die Sie selbst genannt haben, obwohl ich

da eher gern penibel bin und die Zahlen aus dem Landeskriminalamt hätte.

Die Zahlen sinken permanent. Ich sage: Jeder verletzte Polizist ist einer zu viel, ja, aber Sie müssen wahrnehmen, dass die Zahlen deutlich sinken, weil das die Realität ist.

(Zuruf von der CDU: Die Zahlen haben sich verdoppelt!)

Der zweite Slogan, der von Ihnen immer kommt: In Nordrhein-Westfalen ist alles immer besonders schlimm. – Auch da darf ich Sie aufklären.

Ich darf auch hier die Referenzgröße Bayern anführen.

(Zuruf von der CDU: Aha, Bayern!)

In Bayern sind die Zahlen wie folgt: Im August 2015 vermeldete das Staatsministerium des Innern, dass 14.310 Polizisten in Bayern 2014 physischen und psychischen Angriffen ausgesetzt waren.

Das ist ungefähr die gleiche Zahl, die Sie für Nordrhein-Westfalen genannt haben. Die kommt aber dadurch zustande, dass nicht auf die Fallzahlen, sondern auf die Opferzahlen abgestellt wird. Da ist alles drin. Da ist Beleidigung enthalten: Wenn ein Täter einer zehnköpfigen Polizeigruppe gegenübersteht und sagt: „Ihr seid alles Schweine“, sind das direkt zehn Delikte, die da gezählt werden. Das ist die Magie der hohen Zahl.

Deswegen gehe ich herunter und sage: Was ist denn mit den verletzten Polizisten? Denn da können wir eine wirklich vergleichbare Größe haben. Wie sieht es nun aus?

1.887 Polizisten erlitten in 2014 in Bayern Verletzungen. Heute meldet die „Süddeutsche Zeitung“ die Zahlen für 2015: 2.051 verletzte Polizistinnen und Polizisten. Das ist das Doppelte von dem, was in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen ist, obwohl die Polizei in Bayern nur ca. 26.000 Personen umfasst, bei uns 42.000.

Nehmen Sie die Realitäten in der Bundesrepublik bitte einmal wahr, bevor Sie sagen: „Nordrhein-Westfalen ist derartig schlecht aufgestellt!“ Das sind wir nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist fast das Vierfache: Viermal so hoch ist die Gefahr eines Polizisten in Bayern, verletzt zu werden, als in Nordrhein-Westfalen. Ich kann den Polizisten nur sagen: Kommen Sie nach Nordrhein-Westfalen! Hier sind Sie sicherer als woanders. – Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie diese Aktuelle Stunde beantragt haben, damit man auch darüber einmal reden kann.

(Beifall von der SPD)

Was Sie hier machen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist schlicht unanständig. Sie zünden einen Strohhauten der Angst nach dem anderen an.

(Zuruf von der CDU: Köln auch!)

Sie sehnen sich geradezu nach einem schlechten Land, das nicht der Realität Nordrhein-Westfalens entspricht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Bereich der Innenpolitik haben Sie heute mit Ihrer Aktuellen Stunde eindrucksvoll Ihre erodierende Kompetenz im Bereich der Innenpolitik nachgewiesen.

(Armin Laschet [CDU]: Oje!)

Was kann Schutz gewähren? Was machen wir? Was ist seit Jahren Realität in diesem Land?

(Armin Laschet [CDU]: Was sagt die Gewerkschaft der Polizei dazu?)

Was kann die Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten weiter eindämmen? Denn dies ist unser erklärtes Ziel. Es ist die kluge Einsatztaktik und es ist eine gute Vorbereitung gerade für den Bereich der häuslichen Gewalt, gerade für das Nachtleben in Innenstadtbereichen, gerade für Einsätze größerer Laggen.

Es ist richtig, dass wir die entsprechenden Einsatzstärken haben. Auch ist es gut und richtig, dass wir einen derartig hohen Frauenanteil bei der Polizei haben. Es geht um gute Aus- und ständige Weiterbildung. Es geht um die konsequente Anwendung des Leitfadens zum Eigenschutz. Es geht um gute Ausstattung und um ständig verbesserte Schutzkleidung. Es geht auch um das konsequente Tragen der Schutzwesten. Es geht um den guten Einsatz, den sinnvollen Einsatz der Hilfsmittel der körperlichen Gewalt, also Pfefferspray, Tonfa, RSG und Waffe.

Ein großes Plus im Vergleich zu vielen anderen Ländern ist unser deeskalierendes Kommunikationsmodell in Nordrhein-Westfalen. Das wird übrigens in vielen anderen Ländern des Bundes hoch geschätzt.

Es geht um eine stete und gute Einsatzvor- und -nachbereitung. Es geht auch um einen guten Technischeinsatz.

Ich darf Ihnen auch sagen, dass wir in Nordrhein-Westfalen – anders als Rheinland-Pfalz und Hessen – die Einführung von Bodycams als Pilotprojekt angehen werden.

(Zurufe von der CDU)

Anders als Rheinland-Pfalz und Hessen geht es uns dabei auch spezifisch um die Abwehr einer der größten Gefahren, bei denen es zu Verletzungen von Polizistinnen und Polizisten kommen kann ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Andreas Bialas (SPD): ... – jawohl –, nämlich im Bereich der häuslichen Gewalt. Hierfür werden wir ebenfalls eine Ausrichtung finden.

Ich darf Ihnen sagen: Wir setzen darauf, dass wir ausreichend Polizeikräfte haben. Wir werden auch wieder in großem Umfang Polizisten einstellen. Das ist für uns nämlich die Grundkomponente des Schutzes für die Bürger und die Polizisten.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Andreas Bialas (SPD): Und seien Sie versichert: Wir machen eine Menge, um unsere Polizistinnen und Polizisten zu schützen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Lürbke jetzt das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bialas, Ihre gerade vorgetragene Beweisführung, es sei ja alles gar nicht so schlimm in Nordrhein-Westfalen, hat mich erschüttert. Ich finde sie, ehrlich gesagt, auch ein wenig absurd. Sagen Sie den Beamten eigentlich auch ins Gesicht, dass die Situation in Nordrhein-Westfalen gar nicht so schlimm ist?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sagen Sie den Beamten: „Seien Sie froh, dass Sie nicht in Bayern sind, denn da ist es wirklich gefährlich“? Also, Herr Bialas, ich fand, das war eine erneute Ohrfeige für alle Polizeibeamten und -beamtinnen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, für uns Freie Demokraten steht dagegen fest: Wer ausrückt, um Leben zu schützen, um Leben zu retten, wer seinen Kopf für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung hinhält, der verdient nicht nur mehr Wertschätzung, sondern der verdient vor allen Dingen auch bestmöglichen Schutz und bestmögliche Sicherheit.

Unsere Beamten erwarten angesichts genau der zunehmenden Respektlosigkeit in der Gesellschaft, angesichts zunehmender Angriffe und Gewalt zu Recht mehr Rückhalt. Sie erwarten zu Recht, dass Politik ihnen an dieser Stelle den Rücken stärkt und ihnen nicht in den Rücken fällt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich darf Ihnen sagen, Herr Minister: Unsere Polizeibeamten, aber auch unsere Rettungskräfte und Feuerwehrlaute erwarten da zu Recht auch mehr Rückhalt auch von der Führung. Herr Minister, sie erwarten, dass diese Landesregierung endlich dem Negativtrend wirksam entgegentritt und ein deutliches Signal an alle potenziellen Täter gibt. Die Botschaft muss doch unmissverständlich lauten: Polizei und Helfer anzugehen ist in Nordrhein-Westfalen tabu. Wer das trotzdem macht, erfährt postwendend spürbare Folgen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wer dann aber nicht die Rahmenbedingungen dafür setzt, dass die Zahl der Angriffe auf Beamte in Nordrhein-Westfalen abnimmt – sie nimmt zu –, der hat sich Unterlassung vorzuwerfen. Wir brauchen hier klare Kante, eine schnelle Reaktion und eine deutliche Sanktion vonseiten des Staates.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, immer mehr Menschen sehen in Polizeikräften doch keine Respektspersonen mehr, sondern vielmehr eine Zielscheibe. Wenn in gewissen Kreisen schon die bloße Anwesenheit eines Polizisten als Provokation wahrgenommen wird, ist das doch bezeichnend. Die Verrohung in unserer Gesellschaft greift um sich. Da werden Mitarbeiter von Ordnungsamt und Polizei massiv bedroht, weil sie einen Parkverstoß ahnden. Da finden bei einer schlichten Fahrzeugkontrolle Zusammenrottungen statt. Da werden Beamte in der Silvesternacht gezielt mit Feuerwerkskörpern beschossen, weil sie eine Uniform anhaben. Oder sie werden unvermittelt mit einem Messer attackiert. Und es gibt noch vieles mehr an schlimmen Vorkommnissen.

Was erleben wir denn aktuell? Herr Bialas, Sie können das doch nicht so sagen: Denn es kommt vor, dass Gaffer ungeniert Polizei und Rettungskräfte anmachen, sie sollten doch einmal aus dem Bild gehen, damit sie die Unfallopfer besser filmen können. Im Einsatz befindliche Rettungsfahrzeuge werden als Revanche für erlittene Wartezeiten zugeparkt oder es werden die Reifen dieser Fahrzeuge zerstochen. – Das macht sprachlos.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir dürfen hier aber nicht sprachlos bleiben! Wer sich mit unseren Beamten anlegt, der muss dafür auch unverzüglich die Quitting des Rechtsstaates erhalten.

Ich kann mich nur schwer damit abfinden, meine Damen und Herren, dass jemand, der „geblitzt“ wird, binnen Wochen, wenn nicht gar Tagen eine staatliche Reaktion erhält, dass aber derjenige, der einen Polizisten gezielt angreift, selbst bei einem klaren Tatbestand nicht selten ein Jahr und mehr auf eine staatliche Antwort warten muss –

(Beifall von der FDP und der CDU)

und in dieser Zeit teilweise womöglich noch einige Male mit der Polizei aneinandergerät. Hier muss das Strafverfahren schneller, verbindlicher und spürbarer werden. Und dann muss Tätern auch einmal – durch rigoroses Einklagen von Dienstausschließzeiten, Beihilfekosten, Schadensersatz und Schmerzensgeld – das Vergehen und seine Auswirkungen verdeutlicht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch so: Nicht nur bei Versammlungen und Fußballrandalen, sondern gerade in den vermeintlichen Alltagssituationen lauern Gefahren für die Beamten. Besonders Nachtdienste am Wochenende haben es für die Polizei in sich.

Das Gefährliche ist aber, dass Angriffe bei jedem Einsatz passieren können. Die Täter werden offenbar immer jünger und die Gruppen, die sich den Beamten entgegenstellen, auch immer größer. Wir müssen dem entgegenreten, dass Angriffe alltäglich geworden sind und Strafverfolgungen nicht selten im Sande verlaufen. Sonst bleiben am Ende feixende Täter zurück und frustrierte Beamte, die sich im Stich gelassen fühlen.

Das ist dann auch Ihr Auftrag, Herr Minister. Dafür sind Sie verantwortlich. Was haben Sie nach Vorstellung der Ergebnisse der Studie zum Thema „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen“ im Jahre 2013 denn wie angepackt? Die Studie kam auch zu dem Schluss, dass sich die Polizisten nicht ausreichend durch die eigene Behörde, die Justiz und die Politik unterstützt fühlen. Die Polizeigewerkschaften hatten damals gefordert, dass die Ergebnisse der Studie ernst genommen werden. Ein „Weiter so!“ frei nach dem Motto „Wir haben die Probleme erkannt und sind auf einem guten Weg, sie zu lösen“, reiche nicht.

Ich erwarte, Herr Minister, dass Sie hier gleich detailliert darlegen, was Sie in den letzten drei Jahren veranlasst haben und warum Sie trotzdem die Negativentwicklung nicht stoppen konnten.

(Thomas Stotko [SPD]: So viel Zeit haben Sie gar nicht!)

– Warten wir es ab, Herr Stotko! Wir werden den Minister ja gleich hören.

Herr Kruse hat auf die „Woche des Respekts“ abgezielt. Das will ich auch tun. Denn durch die Untätigkeit dieser Landesregierung, wenigstens mit einer „Woche des Respekts“ die Menschen wachzurütteln und ihnen den Spiegel ihres Tuns vorzuhalten, scheinen bei den Beamten immer öfter „Wochen der Resignation“ erzeugt zu werden. Viele Beleidigungen hören die Beamten doch fast gar nicht mehr.

(Christof Rasche [FDP]: So ist es!)

Man stumpfe ab, berichten sie immer wieder.

Aber weder Polizeibeamte noch Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind Freiwild für Beleidigungen. Hier sind im Übrigen auch die Behördenleiter in der Pflicht, ein Vorgehen gegen Beleidigung Bediensteter dann auch konsequent zu unterstützen.

Ich habe in einer Kleinen Anfrage im September letzten Jahres abgefragt, wie konsequent Beleidigungen gegen Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen eigentlich tatsächlich verfolgt werden. Es ist ernüchternd: Danach hat die Landesregierung gar keinen Überblick darüber und hält eine Erhebung auch gar nicht für notwendig. Das klingt doch nicht danach, dass das in Nordrhein-Westfalen mit Priorität angegangen wird, sondern vielmehr danach, dass der Minister in dieser Frage den Kopf in den Sand gesteckt hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sehen ungenutzte Möglichkeiten, Vollzugsdefizite und Versäumnisse in verschiedenen Bereichen. Hier ist die Landesregierung in der Pflicht, im Sinne unserer Polizeibeamten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte endlich diesem Trend entschieden entgegenzutreten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und CDU – Zurufe)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jede Person, die Opfer von Beleidigungen, von Bedrohungen, von gewalttätigen Angriffen wird, ist eine Person zu viel. Das gilt für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte natürlich genauso wie für jede andere Person auch. Ja, wir tragen als Politik eine besondere Verantwortung gegenüber denjenigen, die im Auftrag des Staates handeln und tagtäglich für unsere Sicherheit und für den Schutz unserer Grundrechte im Einsatz sind, so, wie die Polizistinnen und Polizisten.

Die Entwicklung der gewalttätigen Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ist seit Jahren bundesweit besorgniserregend. Ich gebe Ihnen recht, dass es eine besorgniserregende Entwicklung ist. Aber, Herr Kruse, dass wir keine Initiative veranlasst hätten, das stimmt so nicht.

Das Innenministerium hier in Nordrhein-Westfalen hat bereits im Jahr 2013 eine sehr breit angelegte Studie mit Befragungen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nach ihren Gewalterfahrungen vorgelegt. Daraufhin sind zahlreiche Handlungsempfehlungen, die diese Studie ergeben hat, auch umgesetzt worden, zum Beispiel Maßnahmen zur Eigensicherung durch verbesserte Ausstattung. Der Ausbau von Betreuungs- und Beratungsangeboten gehört

dazu, ebenso die Vorbereitung auf Konfliktsituationen in der Aus- und Fortbildung.

Diese Maßnahmen tragen natürlich dazu bei, dass der Schutz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erhöht wird. Und das ist auch gut und richtig so.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir Grüne sind aber nicht für eine Symbolpolitik zu haben – das haben wir hier in den verschiedenen Debatten immer wieder klargemacht –, die eine Scheinsicherheit für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte suggeriert

(Holger Müller [CDU]: Ach nein!)

und keinen wirklichen Schutz verspricht.

(Zuruf von der CDU)

Dazu zählen auch, Herr Kruse, weil Sie das hier angeführt haben, die Forderungen nach neuen Straftatbeständen, nach Erhöhung des Strafmaßes, weil klar ist, dass es einen Abschreckungseffekt nachweislich nicht gibt. Wenn Taten im Effekt passieren oder unter Alkoholeinfluss,

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

dann kann man das immer wieder herbeireden, wie Sie das hier tun, aber es bringt nicht wirklich etwas, und es ist Alibipolitik, die wir ablehnen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Für uns ist eines klar: dass wir sehr genau abwägen, ob erstens eine Maßnahme wirklich mehr Schutz und Sicherheit gewährleistet und ob zweitens, wenn es Grundrechtseingriffe gibt, der Sicherheitsgewinn, der damit versprochen wird, den Eingriff wirklich rechtfertigt.

Die Debatte um die Bodycams nehmen wir sehr ernst. Ja, es gibt Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die auch uns gegenüber immer wieder berichten, dass sie sich im Einsatz sicherer fühlen, wenn sie mit Schulterkameras ausgestattet sind.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte berichten uns auch, dass diese Bodycams zur Deeskalation beitragen können. Insbesondere in Situationen, wenn sich unbeteiligte Dritte störend, gewalttätig in polizeiliche Maßnahmen einmischen, kann diese Schulterkamera als Abschreckung von Gewalttätern dienen.

(Zuruf von der CDU)

Genau solche Situationen, dass es in der Tat ein alltägliches Problem und ein alltägliches Phänomen für die Polizeiarbeit ist, werden auch in der Studie des Innenministeriums von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten berichtet.

Deshalb kann ich für uns auch sagen: Wenn diese Erfahrungen, die uns geschildert werden, so zutreffen und man sie verallgemeinern kann, dann wäre es ein erheblicher Sicherheitsgewinn für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Das erkennen auch wir Grüne ganz ausdrücklich an.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: So kann man sich Überwachung auch schönreden!)

Deshalb – das will ich hier klar sagen – haben wir uns dazu entschieden, einen eigenen Modellversuch mit Bodycams in Nordrhein-Westfalen zu machen. Dafür werden wir die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Wir brauchen diesen Modellversuch, um wirklich faktenbasiert eine Abwägung zwischen Grundrechtseingriffen einerseits und dem Sicherheitsgewinn für die Polizei andererseits treffen zu können. Zweck und Ziel eines solchen Modellversuchs muss es sein, die Eigensicherung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu erhöhen und mehr Transparenz des Einsatzes zu gewährleisten.

(Unruhe von der CDU)

– Vielleicht hören Sie mir einfach einmal zu und halten die Füße still. Vielleicht kommen wir dann in der Debatte weiter.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Es hat bereits in mehreren Bundesländern entsprechende Modellversuche gegeben,

(Unruhe von der CDU – Glocke)

die aus unserer Sicht methodisch aber nicht einwandfrei sind. Herr Kruse hat hier auch wieder den Modellversuch in Hessen angeführt. Man muss zu dem Modellversuch in Hessen aber sagen, dass dieser wissenschaftlich so nicht valide ist, weil parallel zum Einsatz der Bodycams auch der Personalansatz der Polizei erhöht wurde.

Deshalb sagen wir, dass wir einen eigenen Modellversuch für Nordrhein-Westfalen brauchen: weil Nordrhein-Westfalen mit den Ballungszentren, mit dem ländlichen Raum eine andere Struktur hat als andere Bundesländer

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

und weil wir – denn das ist die Kritik an Hessen – eine unabhängige Evaluation von Anfang an haben wollen. Wir wollen von vornherein die Einbeziehung von unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in den Modellversuch, weil es verschiedene zu untersuchende Fragestellungen gibt, die uns wichtig sind.

(Unruhe)

– Ich möchte Sie bitten, hier einfach mal zuzuhören. Sie haben bisher keinen Gesetzentwurf vorgelegt, Sie haben entscheidende Fragen bisher nicht beantworten können. Deshalb hören Sie vielleicht einfach mal zu, dann können wir auch in die Auseinandersetzung treten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Für uns ist klar, dass zum Beispiel die Frage untersucht werden muss, ob Bodycams verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger weiterhin unbefangen auf die Polizei zugehen können. Das ist für uns ein wichtiger Punkt, dass das Vertrauensverhältnis nicht leidet. Deshalb brauchen wir diese unabhängige Evaluation des Modellversuches, auch um eine gute Entscheidungsgrundlage für den nächsten Landtag zu haben, wie man weiter mit den Bodycams umgeht.

Für uns Grüne ist aber auch – und das haben wir in den verschiedenen Debatten auch immer betont – die Frage des Datenschutzes außerordentlich wichtig, weil es sich hier um einen Grundrechtseingriff handelt. Deshalb werden wir hier selbstverständlich einen Gesetzentwurf vorlegen, der hohen datenschutzrechtlichen Anforderungen genügt.

Wir wollen, dass die Aufzeichnungen verschlüsselt werden. Wir wollen, dass nur Befugte auf die Aufzeichnungen zugreifen können. Das finde ich auch deshalb wichtig, weil sich die Polizei nicht den Vorwurf gefallen lassen kann, dass man möglicherweise Manipulationen an den Aufzeichnungen vornehmen kann. Das müssen wir von vornherein entkräften. Ich denke, es ist im Interesse der Polizei selbst, dass es solche Vorwürfe von vornherein nicht geben darf. Deshalb brauchen wir die Klärung der datenschutzrechtlichen Fragen bzw. werden einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.

Das sind übrigens Fragen und Punkte, die Sie von der CDU bisher nie präsentiert haben. Sie haben immer nur gesagt: „Bodycams ja“, aber wie die tatsächliche Umsetzung erfolgen kann, haben Sie diesem Parlament bisher nicht vorgelegt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Zum Abschluss will ich noch einmal sagen, dass es unser Ziel ist, eine wirklich wirksame Erhöhung des Schutzes der eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu erreichen. Wir brauchen keine Symbolpolitik, keine Forderungen nach Erhöhung des Strafmaßes oder nach neuen Straftatbeständen, sondern wir brauchen echten Schutz.

(Unruhe – Glocke)

Deshalb werden wir diesen Bodycam-Modellversuch in Nordrhein-Westfalen machen: weil er ein Baustein sein kann, um die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einzudämmen

und deren Schutz wirklich wirksam zu erhöhen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Schatz.

Dirk Schatz (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Wir reden heute nicht zum ersten Mal über dieses wichtige Thema. Und ich sage auch nichts Neues, wenn ich noch einmal betone, was ich schon mehrfach betont habe und natürlich immer wieder betonen werde: Gewalt gegen Polizeibeamte ist kein Kavaliersdelikt, denn Gewalt ist niemals ein Kavaliersdelikt, völlig egal, gegen welchen Menschen sie verübt wird oder welchen Beruf er hat.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Als ich den Antrag zum ersten Mal durchgelesen habe, musste ich trotz des ernsten Themas ein wenig schmunzeln ob der Formulierung, die da getroffen wurde: die CDU hätte ja schon aktiv eine Vielzahl von Anträgen eingereicht. – Ich habe mich gefragt: Welche waren das denn?

Genau genommen reden wir über zwei. Sie haben zwar gesagt, es seien vier, aber es waren eigentlich jeweils zwei, die mit einer etwas anderen Verpackung gestellt wurden, und zwar einmal Bodycams und einmal die Erhöhung des Strafrahmens bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Herr Kruse hat es ja gerade noch einmal gesagt.

Das zeigt im Prinzip genau das Problem der CDU: Sie setzen ausschließlich auf verschärfte Repression – in der äußerst fehlerhaften Annahme, dass das etwas ändern würde. Aber das tut es definitiv nicht, und zwar nicht einmal im Ansatz.

(Beifall von Frank Herrmann [PIRATEN])

Der entscheidende Fehler ist: Sie versuchen, die Problemerklientel zu verändern, mit dem es die Polizei zu tun hat. Das wird Ihnen aber nicht gelingen. Man kann natürlich versuchen, die Gesellschaft insgesamt zu verändern, sodass die problematischen Menschen dann insgesamt weniger werden. Das kann auch gelingen, das fordern wir auch. Das schaffen Sie aber nicht mit zwei Anträgen und auch nicht in einer Legislaturperiode.

(Beifall von den PIRATEN)

Was Sie aber auf gar keinen Fall schaffen werden – das kann ich Ihnen garantieren –, ist, solche Menschen ganz verschwinden zu lassen. Die gab es schon immer, und die wird es auch immer geben.

Wenn es die nicht mehr gäbe, bräuchten wir auch keine Polizei mehr.

Statt also das Unmögliche möglich machen zu wollen, sollten Sie vielleicht erst einmal andere Ansätze ausprobieren. Schauen wir zunächst mal in die Polizei und gucken uns an, was dort verändert werden könnte, um Gewalt gegen Polizeibeamte einzudämmen. Ich gebe zu: Es ist unschön, von demjenigen, der geschlagen wird, zu verlangen, dass er sein Verhalten ändern soll. Aber man muss auch sagen: In der Regel sollte der Klügere nachgeben.

Und: Diese Landesregierung ist für die Situation, wie sie ist, mitverantwortlich und tut alles dafür, dass es in Zukunft nicht besser wird.

Die Polizeibeamten haben immer mehr Einsätze zu schultern, immer mehr Aufgaben kommen hinzu. Es wird immer mehr im Fußball gemacht. Wir haben die aktuelle Flüchtlingspolitik, die natürlich auch zu mehr Einsätzen führt, allein schon deswegen, weil wir mehr Menschen im Land haben. Dadurch bedingt haben wir immer mehr Rechts-Links-Demonstrationen.

Natürlich führt das per se zu mehr Einsätzen und zu mehr Vorfällen, über die wir hier reden – im Verhältnis. Das Problem ist: Die CDU argumentiert hier mit absoluten Zahlen. Absolut ist die Zahl der Vorfälle gestiegen, das mag sein, aber im Verhältnis dazu ist auch die Einsatzzahl gestiegen. Natürlich geht die dann nach oben.

Es ergibt sich durch die Mehreinsätze aber noch ein weiteres Problem, nämlich immer mehr Belastung für den einzelnen Beamten. Daraus resultieren immer mehr Krankheitsfälle, die von anderen kompensiert werden müssen. Das führt zu noch mehr Arbeit. Das ist ein Teufelskreis. Selbstverständlich geht dann auch die Stressresistenz der Beamten häufig auf null zurück.

Und natürlich kommt es dann vor, dass ein Beamter beispielsweise eine einfache Beleidigung, über die er normalerweise einfach hinwegsehen würde, aktenkundig macht. Und natürlich gehen die Zahlen dann entsprechend nach oben. Oder er pöbelt zurück, was ja auch passieren kann. Wir hatten diese Situation in der Flüchtlingsunterkunft, über die wir mal geredet haben, wo der Beamte plötzlich wirre Worte von sich gegeben hat. Das kann daran liegen, dass die Belastungssituation so hoch ist.

Um das zu verhindern, hilft aber keine verschärfte Repression. Um das zu verhindern, müssen die Beamten entlastet werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Auch müssen wir uns anschauen, ob der Anstieg der Zahlen tatsächlich ausschließlich durch mehr Fälle begründet ist oder ob es auch andere Gründe geben kann, die den Anstieg erklären.

Ich möchte das mal klarstellen: Niemand bestreitet hier, dass es Gewalt gegen Polizeibeamte gibt. Das ist so. Die gab es schon immer, und die wird es auch immer geben. Aber in dem Antrag geht es ja hauptsächlich um den angeblich starken Anstieg der Gewalt; den ziehen Sie als Begründung heran.

Sie vergessen, dass es erst 2011 eine Änderung bei den Erfassungsmodalitäten in der PKS gab, nämlich im Bereich des Widerstandes. Da gab es von 2010 auf 2011 plötzlich einen sprunghaften Anstieg der Fallzahlen und dadurch bedingt natürlich auch einen ebenso starken Anstieg der öffentlichen Diskussion über dieses Thema.

Natürlich resultiert daraus, dass die Beamten heutzutage deutlich sensibilisierter diesem Thema gegenüber sind, als es früher der Fall war, und solche Fälle natürlich auch deutlich häufiger aktenkundig machen, als es früher der Fall war. Ich bitte, das nicht falsch zu verstehen. Ich kritisiere nicht, dass das geschieht. Es ist nicht schlecht, dass die Beamten das machen. Aber wir müssen uns einfach bewusst sein, dass das die Zahlen noch zusätzlich verzerrt und wir nicht ausschließlich von einem tatsächlichen Anstieg, sondern auch von einem geänderten Anzeigeverhalten ausgehen müssen.

Selbstverständlich wird dieses Verhalten auch durch die Diskussion, die wir jetzt führen – die auch absolut richtig ist und die wir weiter führen müssen –, weiter beeinflusst. Das müssen wir einfach im Hinterkopf behalten. Es handelt sich nicht nur um einen Anstieg der Fallzahlen.

Ich könnte noch zahlreiche weitere Dinge nennen. Aber dafür würde die Zeit in dieser Aktuellen Stunde nicht reichen. Wir haben diese Diskussion ja auch schon öfter mal im Ausschuss geführt.

Insgesamt müssen wir festhalten, dass der Innenminister noch einiges zu tun hat, insbesondere was die Entlastung der Polizeibeamten angeht. Da geht es eben nicht nur darum, mehr Beamte einzustellen. Das ist sicherlich ein wichtiger Teilaspekt, reicht aber bei Weitem nicht aus – gerade in der Situation, in der wir sind. Wir müssen auch die Aufgaben entzerren. Wir müssen den Beamten weniger Aufgaben geben.

Ich kann Ihnen garantieren – liebe CDU, das geht an Sie –: Wir müssen einiges tun. Aber mehr Repression wird definitiv zu keinem positiven Ergebnis führen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schatz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal! Versetzen Sie sich bitte einmal in die Situation der Zuschauer auf der Tribüne oder derjenigen Polizeibeamtinnen und -beamten, die diese Debatte zurzeit verfolgen,

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

und fragen Sie sich, ob diese Debattenkultur und dieser Debattenstil diesem ernstesten Thema wirklich gerecht werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, wir sollten uns darauf besinnen, dass wir zumindest eine Position gemeinsam haben.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Sie sind abgehoben! Sie wissen ja gar nicht mehr, was los ist!)

Diese Position lautet, dass diejenigen, die unser Recht schützen, diejenigen, die unsere Verfassung schützen, und diejenigen, die unsere Demokratie schützen, es verdient haben, auch von der Politik in Schutz genommen zu werden.

(Beifall von der SPD – Armin Laschet [CDU]: Peinlich! Schönreden, schönreden, schönreden!)

Man muss dies klar benennen. Es geht nicht um Kleinreden, es geht nicht um Schönfärben, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Armin Laschet [CDU]: Arrogant schönreden! Für nichts zuständig! Schuld auf Polizeibeamte schieben!)

sondern darum, klar zu benennen, dass unsere Einsatzkräfte bespuckt, bedroht, beleidigt und attackiert werden. Es muss klar sein, dass diejenigen, die so etwas tun, in diesem Land mit harten Konsequenzen rechnen müssen.

(Gregor Golland [CDU]: So ist es aber nicht! – Weitere Zurufe von der CDU: Oh!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist ein Phänomen, von dem nicht nur unsere Polizeieinsatzkräfte betroffen sind, sondern genauso Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rettungsdienste, Beamtinnen und Beamte des öffentlichen Dienstes, gerade beispielsweise in Jobcentern. Wir müssen feststellen, dass insgesamt in unserer Gesellschaft ein Klima der Verrohung und der Respektlosigkeit um sich gegriffen hat und hiervon auch Polizeibeamtinnen und -beamte betroffen sind.

Herr Kruse, Sie haben zwei wesentliche Punkte genannt, was wir aus Ihrer Sicht denn tun sollten. Ich glaube, es ist viel mehr zu tun.

(Armin Laschet [CDU]: Ja, dann macht doch!)

– Herr Laschet, vielleicht hören Sie erst einmal zu.

(Armin Laschet [CDU]: Sie sind seit sechs Jahren Minister! Das muss Ihnen doch nicht jetzt einfallen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Kruse, Sie haben zwei Punkte angesprochen, auf die ich konkret eingehen will.

Erstens: Bodycams. Ich glaube, dass Bodycams so, wie sie diskutiert werden, ein wenig überhöht werden – hin zum Allheilmittel.

(Armin Laschet [CDU]: Falsch! Sie sind seit sechs Jahren Minister!)

Sie werden als das Mittel dargestellt, um Übergriffe gegen Polizeibeamtinnen und -beamte grundsätzlich zu verhindern. Ich glaube das nicht. Wir haben hier mehrfach darüber diskutiert.

Wir wissen, dass es in einigen Bundesländern Trageversuche gibt – in unterschiedlichster Qualität, an unterschiedlichsten Einsatzorten und mit unterschiedlichster Qualität, was die wissenschaftliche Begleitung angeht. Ich weiß, dass Kolleginnen und Kollegen des Parlaments sich vor Ort in anderen Bundesländern den Einsatz angeschaut haben und mit Erkenntnissen zurückgekommen sind.

Ich habe mich in den Ländern, die diese Trageversuche durchführen, mit meinen Länderkollegen ausgetauscht. Ich glaube, dass das Ziel der Innenministerkonferenz im Herbst, diese Trageversuche zu bewerten und die Übertragbarkeit nach Nordrhein-Westfalen zu bewerten, nicht mehr ausreicht.

Deshalb ist es richtig, dass die regierungstragenden Fraktionen einen Gesetzentwurf zur Ermöglichung der Nutzung von Bodycams angekündigt haben.

Hier ist aber klar und deutlich zu sagen: Wir müssen uns bei diesem Gesetzentwurf, mit dem wir diesen gesetzlichen Rahmen bekommen, daran orientieren, was unsere Beamtinnen und Beamten in Nordrhein-Westfalen tatsächlich brauchen.

Was wir nicht brauchen, ist ein Trageversuch wie in Hessen. Dort gehen in Sachsenhausen statt zwei Polizeibeamten vier Polizeibeamte mit einer Kamera auf Streife. Und dann wird festgestellt, dass die Zahl der Übergriffe zurückgeht.

Wir müssen diesen Trageversuch dahin bringen, wo die Beamtinnen und Beamten tatsächlich dem Risiko eines Übergriffs ausgesetzt sind. Das sind übrigens weniger die Demonstration und das Fußballspiel, sondern mehr die alltäglichen Einsatzsituationen, insbesondere im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt. Ein Viertel der Übergriffe gegen Polizeibeamte findet im Einsatzgeschehen „häusliche Gewalt“ statt.

Das heißt: Der gesetzliche Rahmen muss so gefasst sein, dass genau diese Einsatzsituationen mit in diesen Trageversuch einbezogen werden können.

Wenn wir diesen gesetzlichen Rahmen haben, werden wir dafür sorgen, dass in fünf Behörden Nordrhein-Westfalens – sowohl im ländlichen Raum als auch in Ballungszentren – Beamtinnen und Beamte mit rund 200 dieser Kameras ausgestattet werden, um zu erforschen und zu erproben, ob Schulterkamera und zugleich Bildschirm auf der Brust tatsächlich präventiv wirken, indem sie dem polizeilichen Gegenüber zeigen: Sie werden jetzt aufgenommen – nach Ankündigung.

Damit das kein Placebo bleibt, ist uns eine seriöse wissenschaftliche Begleitung wichtig, um zu sehen, ob dies tatsächlich ein Einsatzmittel ist, das die Zahl der Übergriffe gegen Polizeibeamtinnen und -beamte reduziert. Nach dieser wissenschaftlichen Evaluierung werden wir wissen, ob diese Folge tatsächlich eintritt. Bloße Behauptungen, das sei so, nutzen den Beamtinnen und Beamten, die im täglichen Dienst von Übergriffen betroffen sind, überhaupt nicht. Dies werden wir so tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zweitens haben Sie die Verschärfung des Strafmaßes angesprochen, Herr Kruse. Ich sage Ihnen ganz offen: Es ist immer der Reflex von Parteien, von Fraktionen, von Abgeordneten: Wir machen ein Gesetz; damit wird die Welt draußen anders, und wir lehnen uns wieder in unseren Sitz zurück.

Herr Kruse, Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass das Strafmaß 2011 erhöht worden ist. Und mit welcher Wirkung? Ist denn die präventive Wirkung eingetreten, die insbesondere Mitglieder Ihrer Fraktion, Ihrer Partei erwartet haben? Sind die Zahlen zurückgegangen? Haben Straftäter sich überlegt, wegen eines höheren Strafmaßes Polizeibeamte nicht mehr anzugreifen? – Die Realität ist doch, dass trotz der Erhöhung des Strafmaßes die Zahl der Übergriffe zugenommen hat.

Das ist Symbolpolitik. Das ist weiße Salbe, Herr Kruse.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das nutzt den Beamtinnen und Beamten so gut wie gar nichts.

Wir haben in diesem Land ein ausreichendes Strafmaß. Übergriffe gegen Polizeibeamte sind verboten. Das Strafmaß, das existiert – bis hin zu einer Verurteilung zu sieben Jahren mit Haft, zuletzt angewendet wegen eines Übergriffs in Mönchengladbach gegenüber einer Polizeibeamtin/einem Polizeibeamten –, ist ausreichend, wird von der Justiz genutzt. Manchmal wünscht man sich als Innenminister, dass dieser Rahmen noch stärker genutzt wird. Aber er ist da. Und, ich glaube, er ist ausreichend.

Was wir statt dieser Placebo-Symbolpolitik der Straf-erhöhung machen müssen, ist das, was unseren Beamtinnen und Beamten im wirklichen Leben auch hilft: Das ist die bestmögliche Ausstattung zum eigenen Schutz.

(Zurufe von der CDU)

Und das ist die bestmögliche Fortbildung, risikohafte Situationen zu erkennen,

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Da müssen Sie aber Gas geben! – Armin Laschet [CDU]: Ja, ja, ja!)

richtig darauf zu reagieren, deeskalierend zu wirken, bei sich selbst den Eigenschutz über alles zu stellen und nicht in Einsätze zu geraten, in denen die Gefahrenabwehr über dem Eigenschutz steht. Das ist das Entscheidende.

Dieses Rüstzeug geben wir unseren Polizeibeamtinnen und -beamten in Nordrhein-Westfalen in ihren Rucksack für den täglichen Dienst mit. Das tun wir. Das werden wir auch weiterhin tun. Ich bitte, zu beachten, dass das unseren Beamtinnen und Beamten mehr hilft als jede Symbolpolitik. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Golland das Wort.

Gregor Golland (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angriffe auf Polizisten, Rettungssanitäter und Feuerwehrleute sind Angriffe auf Staatsbürger in Uniform, die in besonderer Weise unserem Land dienen und es repräsentieren. Es sind damit Angriffe auf unsere Gesellschaft, auf unseren Rechtsstaat und somit auf uns alle.

(Beifall von der CDU)

Was aber macht die rot-grüne Landesregierung, um diese Einsatzkräfte bestmöglich zu schützen? – So gut wie nichts. Es wird immer erst dann reagiert, wenn etwas Schlimmes passiert ist. Stattdessen soll eine Kennzeichnungspflicht für Beamte in Einsatzlagen eingeführt werden, damit man sie nachher noch identifizieren kann, damit man möglicherweise herausfinden kann, wo sie wohnen, wo die Familien sind, damit man als Aktivist möglicherweise noch dagegen vorgehen kann. Das wird dann als Transparenz verkauft.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Vollkommener Unsinn!)

Da wird ein Polizeibeauftragter gefordert, ein Polizeibeauftragter, der die Bürger vor der Polizei schützen

soll. Die Bürger vor der Polizei! Was ist das für ein Staatsverständnis, meine Damen und Herren?

(Beifall von der CDU)

Wir müssen nicht die Bürger vor der Polizei schützen, wir müssen die Polizei endlich vor Gewalttätern schützen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das zeigt Ihr immer noch tiefes Misstrauen gegenüber Beamtinnen und Beamten in diesem Land.

(Zuruf von Nicolaus Kern [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, damit Sie nicht glauben, ich betrachte das als Theoretiker: Ich bin selber auf Streife gewesen in Köln, in der Stolkasse, in der Innenstadtwatche, dort, wo es brennt, auf den Kölner Ringen.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe in einer Nachtschicht erlebt,

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD – Glocke)

was es heißt, wie Polizeibeamte angepöbelt werden, angemacht werden. Da kommen dann Gruppen von Betrunkenen und sagen: Ich weiß, wo du wohnst. Ich krieg dich! Ich mach dich fertig! Ich mach dich platt! Was willst du eigentlich? – Ich will die Schimpfwörter gar nicht alle wiederholen. Und die Polizei steht dann da gegenüber und kann kaum etwas tun. Die Respektlosigkeit ist greifbar.

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Das gab es schon immer, ist nichts Neues!)

Das habe ich selber erlebt, als ich da mitgefahren bin als Beobachter.

Schauen Sie sich doch einmal an, was die Polizeibeamtin des Landes Nordrhein-Westfalen, Tania Kam-bouri, in ihrem Buch geschrieben hat, in dem sie sehr deutlich beschrieben hat, was es inzwischen heißt, Polizist, insbesondere Polizistin zu sein, welche Respektlosigkeit man jeden Tag erlebt, wie man angegriffen, angepöbelt wird und jeden Tag die eigene Gesundheit riskiert.

Wo waren die aufmunternden Worte, Herr Jäger? Haben Sie sich mit ihr getroffen? Haben Sie sie eingeladen? Was haben Sie denn getan?

(Marc Herter [SPD]: Was sind Ihre Lösungsansätze?)

Haben Sie sich mit den Leuten mal auseinandergesetzt?

Mich erreichen Zuschriften von Polizeibeamten, die dienstbeschädigt sind und keine Entschädigung dafür bekommen, weil sie vom Dienstherrn alleine gelassen werden.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren! Respekt sollte man zuerst zu Hause und dann in der Schule lernen. Wenn das nicht reicht, dann müssen wir unsere Beamten bestmöglich ausrüsten und ausstatten – mit Schutzwesten, mit wirksamen Einsatzmitteln und mit Bodycams, Herr Jäger. Das mag Geld kosten, ist aber richtig und gut investiert.

Und eines, meine Damen und Herren, kostet kein Geld: das ist, den Beamten endlich die notwendige politische Rückendeckung zu geben, die sie verdient haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wer hier immer noch von einer weichen, deeskalierenden Linie redet und das als Monstranz vor sich herträgt, der hat nicht verstanden, dass Gewalttäter das als Zurückweichen des Rechtsstaates empfinden. Wir können als Bürger erwarten, dass sie nicht deeskalierend gegenüber Straftätern auftreten, sondern dass sie konsequent Kriminalität bekämpfen.

Herr Innenminister, es wäre schon viel geholfen, wenn Sie Ihre Polizisten nicht immer im Regen stehen lassen, insbesondere dann, wenn es für Sie politisch brenzlig wird, Beispiel: Hogesa,

(Beifall von der CDU)

zum Beispiel bei der SEK-Affäre, wo Sie die Leute im Regen haben stehen lassen, wo Ihr Herr Düren die Leute mit diskreditierenden Äußerungen bedacht hat und das nachher zurücknehmen musste.

Und zuletzt, Silvester, Herr Jäger: Das ist Ihr Mene-tel. An den Ereignissen der Silvesternacht hat Ihrer Aussage nach einzig und allein die Kölner Polizei Schuld. Sie übernehmen bis heute keine politische Verantwortung dafür. Wäre die Polizei in dieser schlimmen Kölner Silvesternacht materiell und personell besser ausgestattet gewesen, dann wäre vieles von dem verhindert worden, was leider passiert ist.

(Beifall von der CDU – Zurufe von den PIRATEN)

Sie geben den Beamten immer dann die Schuld, wenn Sie sich selbst aus der Schusslinie ziehen wollen, wenn es eng wird. Handeln Sie jetzt endlich, anstatt die Probleme in Nordrhein-Westfalen immer klein- und schönzureden! Mit staatsmännischen Reden ist den Beamten, die täglich ihren Kopf für unsere Sicherheit, für unsere Freiheit hinhalten, nicht geholfen. Tun Sie was! Seien Sie ein fürsorglicher Innenminister! Handeln Sie jetzt! – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Golland. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mann, was bin ich froh, dass der Herr Golland noch dran war. Herr Kruse, ich wollte mir Sie eigentlich vornehmen; das mache ich gleich noch.

(Beifall von der SPD)

Man denkt ja, eine Aktuelle Stunde zum Thema „Gewalt gegen Polizei“ sei die Stunde der Opposition. Herr Kollege Schatz, wenn ich mir dann anschau, was die Piraten dazu ausgeführt haben, muss ich Ihnen sagen: Ich habe Sie vorhin gar nicht richtig verstanden.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Dann müssen Sie besser zuhören!)

Das fällt mir ein bisschen schwer. Ich weiß nicht, woran das lag, aber vielleicht können Sie es ja anderen Leuten erklären.

Herr Kollege Lürbke, das war kurz und knapp: Herr Jäger soll Ihnen erklären, was er macht. Das hat er getan. Diese Banane ist geschält.

(Beifall von der SPD – Lachen von der FDP)

Dann kommen wir mal zur CDU, als Erstes zu Herrn Golland. Ich weiß, das kommt Ihnen in Ihrer grundsätzlichen Einstellung nicht nahe, aber es gibt auch Polizistinnen, es gibt auch Rettungssanitäterinnen.

(Zurufe von der CDU)

Es gibt viele Funktionen, die auch Frauen ausüben. Wenn Sie in Ihren vielen Beispielen auch mal die Polizeivollzugsbeamtinnen erwähnen würden, fände ich das schon mal ganz nett.

(Beifall von der SPD – Weitere Zurufe von der CDU)

Und Herr Golland, was sind wir alle froh, dass Sie eine Streifenfahrt in Köln gemacht haben!

(Lebhafter Beifall von der SPD – Zurufe: Yeah! Super! – Fortgesetzt Zurufe von der CDU)

Sie haben uns ja gerade geschildert, Herr Kollege Golland, dass Sie bei der einen Streifenfahrt ja ganz viel in Nordrhein-Westfalen erlebt haben.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie haben uns gerade auch geschildert, dass die Kolleginnen und Kollegen von der Polizei nicht fähig gewesen seien, sich gegen Betrunkene zu wehren. Aber die hatten Sie doch dabei! Da hätte das doch gut funktionieren können!

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das meinen Sie doch wohl nicht ernst, dass unsere 40.000 Vollzugsbeamtinnen und -beamten es nicht schaffen, mit Betrunkenen umzugehen, und dann auch noch Sie als Hilfe brauchen! Das ist doch wohl

der größte Treppenwitz der Geschichte! Das will ich Ihnen mal deutlich sagen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Und eine Sache, Herr Golland, hat mich ziemlich überrascht: Da sprechen Sie hier auf einmal für den Polizeibeauftragten. Da war ich doch etwas irritiert: Erst sagen Sie, Sie fänden den doof, und dann haben Sie für ihn gesprochen.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Wissen Sie auch, warum ich irritiert war? Weil Sie uns hier verkaufen wollten, Sie hätten Hunderte von Zuschriften von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bekommen – Sie vermutlich nur von den Polizeibeamten –,

(Heiterkeit von der SPD)

in denen es heißt, sie würden von ihrem Dienstherrn im Stich gelassen bei der Geltendmachung ihrer Ansprüche. Dazu sage ich Ihnen: Genau das ist eine der Forderungen, wofür man überhaupt einen Polizeibeauftragten hat, dass er sich nämlich um die Kolleginnen und Kollegen kümmert, die sich vom Dienstherrn im Stich gelassen fühlen.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Wir glauben das aber gar nicht, Herr Kollege Golland. Legen Sie dem Parlament die Liste derjenigen vor, die sich bei Ihnen darüber beschwerten, dass sie von ihrem Dienstherrn vernachlässigt werden. Legen Sie uns allen das vor! Diese Liste hätten wir gerne, und dann gucken wir uns das gemeinsam an. Die haben Sie nämlich nicht!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Jetzt zum Kollegen Kruse. Beim Kollegen Golland habe ich es nicht erwartet, aber bei Ihnen weiß ich, dass Sie das eigentlich besser können. Ihre heutige Rede – das will ich Ihnen ernsthaft sagen – war eine Aneinanderreihung von populistischen Forderungen.

(Daniel Sieveke [CDU]: Meinen Sie den Innenminister oder Herrn Kruse?)

Dazu will ich Ihnen von Kollege zu Kollege etwas sagen. Herr Kollege Kruse, wenn Sie als langjähriger innenpolitischer Sprecher Respekt einfordern gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten, gegenüber der Polizei in Nordrhein-Westfalen, dann wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie den gleichen Respekt der Präsidentin dieses Hohen Hauses entgegenbringen würden, wenn es darum geht, Ihre Redezeit einzuhalten.

(Beifall von der SPD – Daniel Sieveke [CDU]: Um Gottes willen! – Widerspruch von der CDU)

Denn Ihre Rede ist es ja nicht wert gewesen, die Redezeit so lange zu überziehen.

(Lebhafter Widerspruch von der CDU)

Ich will Ihnen auch sagen, warum; das sind genau zwei Punkte. Herr Kollege Schatz, da habe ich Sie übrigens verstanden.

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Da, wo es Ihnen gefällt, ja!)

Herr Kollege Kruse, seit Jahren tragen Sie genau zwei Punkte wie eine Monstranz in dieses Parlament:

Der erste Punkt ist die Strafverschärfung. Das ist wie bei „Und täglich grüßt das Murmeltier“: Dazu haben wir in vier Jahren drei Anhörungen gemacht. In allen Anhörungen sagt Ihnen ein Großteil der Sachverständigen, dass das gar nichts bringt. Und das wissen Sie auch.

Warum wissen Sie das? Weil die klassische Straftat ausgeführt wird von einem Mann, betrunken, am Samstagabend zwischen 21 Uhr und 2 Uhr. Glauben Sie ernsthaft, bei einer Strafverschärfung würden die Täter diese Straftaten nicht begehen? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Damit werden wir das Problem der viel zu hohen Gewaltanwendung nicht lösen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der zweite Punkt betrifft die Bodycams. Daraus machen Sie ja so eine Witznummer, weil Sie der Meinung sind, Sie hätten uns dahin gebracht, dass deren Einsatz jetzt versucht werden soll. So ist es doch gar nicht!

(Lebhafter Widerspruch von der CDU)

Dann lesen Sie doch mal unsere Reden – ich kann nur für die SPD sprechen – zum Thema „Bodycam“ nach.

(Zurufe von der CDU: Doch! Ohne uns hättet ihr das nie getan!)

Wir haben Ihnen immer gesagt, dass uns das Thema naheliegt. Auch der Minister – den muss ich hier nicht verteidigen – hat immer gesagt: Wir wollen erst mal auswerten, wie das in anderen Ländern abläuft.

Jetzt will ich Ihnen mal sagen, was passiert wäre, wenn wir das nicht getan hätten.

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU)

Passen Sie auf: In Hessen gibt es keine Evaluation und keine geeigneten Mittel, diesen Versuch durchzuführen. In Rheinland-Pfalz – Herr Kollege Laschet, davon haben Sie doch weniger Ahnung; ich freue mich aber, dass Sie da so zwischenschreien, wir helfen Ihnen da gerne –

(Beifall von der SPD)

gibt es im Zusammenhang mit dem Bodycamversuch – Herr Kollege Laschet, für Sie zur Information – zwei Dinge, die wir so nicht wollen:

Erstens: kein Ton. Hätten wir das gemacht, was Sie wollen, hätten wir ohne Ton aufgenommen.

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Gar nichts macht ihr! Ihr wolltet doch gar nichts machen!)

Zweitens: nicht in Wohnungen. Wollten Sie das? 25 % der Gewalttaten gegen Polizeibeamte erfolgen im Rahmen der häuslichen Gewalt in Wohnungen. Hätten wir Ihren Vorschlag aufgenommen, würden wir dort keine Bodycams einsetzen.

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Ihr macht doch gar nichts! Gar nichts! – Weitere Zurufe von der CDU und den PIRATEN)

Genau das Gegenteil werden diese Fraktionen tun; denn Rot-Grün wird – um Ihnen da zu helfen – noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf einbringen, der die Grundlage dafür bietet, dass die Bodycams auch im Wohnraum benutzt werden dürfen.

(Zurufe von der CDU: Och! Ach!)

Wir werden in fünf Pilotstädten, nämlich in Duisburg, in Düsseldorf, in Köln, in Siegen-Wittgenstein und in Wuppertal diesen Piloten ausrollen.

(Daniel Sieveke [CDU]: Und wo ist der ländliche Raum?)

Das geht einher mit einer ordentlichen wissenschaftlichen Evaluierung.

Über eine Gesetzesinitiative der Fraktionen dieses Hauses müssen wir Sie nicht vorher informieren. Machen Sie doch mal eine eigene Initiative! Sie haben nämlich keine ergriffen!

(Beifall von der SPD)

Das ist das Traurige an dieser Diskussion: ewiges Gemeckere, aber keine eigenen Initiativen!

(Lebhafter Beifall von der SPD – Daniel Sieveke [CDU]: Das ist ja unglaublich! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das hat wahltaktische Gründe. So geben Sie ein peinliches Bild ab für die Bevölkerung und für die 45.000 Polizistinnen und Polizisten in diesem Land. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Mir ist gerade berichtet worden, dass ein Kollege das Wort „Klugscheißer“ benutzt hätte. Das ist unparlamentarisch. Ich möchte auch bei Zwischenrufen, die zu einem lebendigen

Parlament dazugehören, darum bitten, sich mit der Wortwahl ein bisschen zurückzuhalten.

Das Wort hat jetzt für die FDP-Fraktion der Kollege Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Stotko, ich greife Ihre letzten Worte auf: Das einzige peinliche Bild, das haben Sie gerade in Ihrer Rede geboten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn Ihnen tatsächlich nichts anderes einfällt, als den Kollegen Golland hier im semantischen Bereich für seine Formulierung zu maßregeln, was Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte betrifft, wenn Sie das hier herausstellen und kritisieren, zeigt das eigentlich nur, wie wenig Sie auf der Hand haben,

(Beifall von der FDP und der CDU)

um unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hier im Land zu schützen.

Meine Damen und Herren, wir hören nun: Der Pilotversuch, er kommt. Er wird wissenschaftlich evaluiert. Das ist gut. Aber darüber haben wir ja auch schon diskutiert. Das hätten wir im Grunde auch schon eher haben können. Auch wir haben uns dafür ausgesprochen. Auch wir halten Bodycams in bestimmten Einsatzsituationen für geeignet – anlassbezogen, situationsangemessen, ja.

Aber die Botschaft, die doch jetzt hier herausgeht, ist: Nordrhein-Westfalen testet Bodycams. – Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das reicht vielleicht für die Überschrift morgen in der Zeitung. Aber das reicht nicht – weil es nur ein Baustein ist –, um wirklich nachhaltig diesem Trend entgegenzuwirken, dass Gewalt tatsächlich zunimmt, dass unsere Beamten immer mehr Beleidigungen ausgesetzt sind. Es ist ein Baustein. Also, wir dürfen uns an der Stelle auch nicht hinter Überschriften verstecken.

Deswegen – ich kann das nur wiederholen –: Nutzen Sie die Möglichkeiten, die Sie haben! Nutzen Sie Ihre Möglichkeiten!

Gehen wir einen Schritt weiter, denken wir nicht nur an Bodycams! Wie ist das mit dem Taser? Auch darüber sollten wir uns Gedanken machen.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Panzer für die Polizei!)

Kann man das nicht auch mit einem Pilotversuch angehen? Kann man das nicht auch wissenschaftlich evaluieren?

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Das kommt von der FDP? Ernsthaft?)

Wenn wir Fälle haben, meine Damen und Herren, bei denen Beamte die Dienstpistole ziehen müssen, um die Kollegen oder sich gegen eine aggressive Menschengruppe zu verteidigen, dann ist das doch ein Alarmsignal. Also: Ich bitte Sie, sich auch darüber Gedanken zu machen.

Meine Damen und Herren, wir haben darüber gesprochen: Was müssen Sie machen? – Ich sage als FDP: Vollzugsdefizite. Nicht selten werden doch gerade Personen gegenüber Beamtinnen und Beamten zu Tätern, die bereits vorher auffällig waren und keine ausreichend schnelle und spürbare Grenzsetzung bzw. Sanktionen erfahren haben. Wie kann es sein, dass beispielsweise sich illegal in Deutschland aufhaltende Personen, die Polizeibeamte angreifen, kurze Zeit später einfach wieder auf freien Fuß gesetzt werden?

(Zuruf von den PIRATEN: Das nennt sich Rechtsstaat!)

Wie kann es sein, dass reisende Täter in einigen Kreispolizeibehörden bzw. Amtsgerichtsbezirken eine Woche in Haft für ein schnelles Gerichtsverfahren gehen, in den meisten anderen dann aber vielleicht einfach wieder laufengelassen werden, mit der hohen Wahrscheinlichkeit, dass man sie zur Verhandlung dann gar nicht mehr greifen können?

Deswegen noch einmal ein Stichwort: Besonders beschleunigte Verfahren gegen Täter müssen endlich überall in Nordrhein-Westfalen ermöglicht werden!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Bis heute ist das umfassend doch nur in Köln und Düsseldorf sichergestellt, ansonsten kaum bis gar nicht. Wie ist denn da der Umsetzungsstand aus dem Nachtragshaushalt?

Für uns geht es doch darum, meine Damen und Herren: Wir halten es für zielführend, bestehende Vollzugsdefizite zu beseitigen statt an der Stelle immer neue Strafverschärfungen zu fordern. Viel wichtiger ist, dass die Strafe dann auch auf dem Fuße folgt.

Also: Wir haben verschiedene Möglichkeiten. Wir sehen allerdings nicht, dass Sie, dass die regierungstragenden Fraktionen, dass die Landesregierung diese Möglichkeiten tatsächlich ausschöpft. Hier gibt es einiges zu tun. Deswegen: Verstecken Sie sich nicht hinter den Überschriften, sondern handeln Sie zum Schutz unserer Polizeibeamten und -beamtinnen, unserer Feuerwehrlaute, unserer Rettungskräfte in Nordrhein-Westfalen! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Fraktion die Grünen spricht der Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit es von Anfang an klar ist: Jede Polizistin, die im Dienst verletzt wird, jeder Polizist, der im Dienst verletzt wird, ist einer zu viel. Wir sind diesen Menschen größten Respekt schuldig.

Herr Golland, wenn Sie jetzt auf die Idee gekommen sind, mit der Polizei auf Streife zu gehen: Ich habe das vor einigen Jahren auch schon gemacht. Ich habe tatsächlich die Situation erlebt. Das war in Düsseldorf in der Altstadtwache zu Karneval. Das sind tatsächlich Situationen, die uns größten Respekt für die Menschen, die da für uns auf die Straße gehen, abverlangen.

Aber, meine Damen und Herren von der CDU, Respekt drückt sich doch nicht in Scheinlösungen aus. Der drückt sich doch – im Gegenteil – nur dann aus, wenn man die Zahlen, die uns alle getroffen haben, wirklich ernst nimmt. Dann kommt man nicht mit so einer halbgaren Geschichte wie dieser heutigen Aktuellen Stunde.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Substanzlosigkeit der Beiträge von Herrn Kruse und Herrn Golland wurde ja eigentlich nur von Herrn Lürbke überboten.

(Marc Lürbke [FDP]: Aha!)

Dieses „Überhaupt keine Lösung, aber ganz viel Empörung“ hatte schon fast Lindner'sche Dimensionen. Dass Sie da jetzt mit den Tasern um die Ecke gekommen sind, einer Law-and-Order-Forderung, die sich nicht einmal mehr Herr Golland hier zu erheben traut,

(Christof Rasche [FDP]: Der junge Stotko!)

das finde ich schon bemerkenswert, lieber Kollege Lürbke.

(Beifall von den GRÜNEN)

Echte Maßnahmen, meine Damen und Herren, die gibt es von uns. Ich nenne Ihnen gerne die wichtigste Maßnahme, die wir in den letzten Jahren ergriffen haben, damit Polizei in unserem Land gut arbeiten kann: Wir haben in den ersten fünf Jahren unserer Regierungszeit doppelt so viele Polizistinnen und Polizisten eingestellt, wie Sie das zwischen 2005 und 2010 hinbekommen haben. Dass NRW in diesem Jahrgang 1.920 Kommissarsanwärter eingestellt hat, das ist ein rot-grüner Erfolg, von dem die Polizei unter Schwarz-Gelb nur hätte träumen können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wirklich helfen will, der kommt eben nicht immer wieder mit so was um die Ecke wie die CDU mit ihren Strafrechtsverschärfungen. In den sechs Jahren, die ich jetzt in diesem Parlament arbeiten darf, sind Sie uns damit schon drei-

mal gekommen. Sie haben den gleichen Antrag dreimal gestellt. Damit locken Sie doch niemanden mehr hinter dem Ofen hervor.

Auch da fand ich es bemerkenswert, wie sich die FDP positioniert hat. Sie haben das eigentlich immer abgelehnt. Herr Lürbke hat eben glühend dafür geredet, um dann am Ende wieder zu sagen: Nein, das ist doch irgendwie nicht so richtig.

(Marc Lürbke [FDP]: Wann habe ich gesagt: „Das ist doch nicht so richtig“? Hallo? Das stimmt doch überhaupt nicht! Zuhören!)

Entscheiden Sie sich doch einfach mal, was die Position der FDP in den wichtigen Fragen der inneren Sicherheit ist!

(Beifall von den GRÜNEN – Christof Rasche [FDP]: Ab und zu bei der Wahrheit bleiben! Ab und zu!)

Meine Damen und Herren, zu den Bodycams, weil das ein Thema ist, das uns in den letzten Jahren ja nun tatsächlich intensiv beschäftigt hat: Auch da kam von Herrn Lürbke nicht ein Satz zum Thema „Datenschutz“. Wo ist da die Rechtsstaatspartei FDP geblieben?

Sie haben alle so getan – gerade die CDU, auch in den letzten Debatten immer wieder –, als sei das die ultimative Zauberformel. Was hier aber eben durch die Redner der Koalitionsparteien angekündigt wurde, das ist letzten Endes das Ergebnis genau der Abwägung, die wir immer angekündigt haben. Wir haben immer gesagt: Wir schauen uns die Piloten aus den anderen Ländern an, und dann fragen wir, wie groß der Grundrechtseingriff ist, wie groß der Gewinn für die Eigensicherung ist, ob das verhältnismäßig ist oder nicht.

Das ist eben die Abwägung, die man in einem Rechtsstaat treffen muss. Als eben der Kollege Holger Müller bei der Rede der Kollegin Schäffer dazwischenrief: „Was denn für ein Grundrecht?“, da habe ich wirklich gedacht: Das zeigt das Verhältnis zu unserer Verfassung, das die CDU in diesem Landtag noch hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben uns die Versuche angeschaut. Jetzt wissen wir, die Versuche sind unterschiedlich gut gemacht gewesen, sind unterschiedlich geeignet, uns Klarheit über Sinn und Unsinn dieses Instruments zu bringen. Aber es gibt valide Erkenntnisse, dass sie tatsächlich einen Beitrag zur Eigensicherung der Beamtinnen und Beamten leisten können. Dafür haben wir die Erfahrungsberichte. Aber es ist eben nur ein Beitrag, den dieses Instrument leisten kann. Darum werden wir die Grundlage für einen Modellversuch in Nordrhein-Westfalen schaffen.

Meine Damen und Herren, wir werden mit diesem Modellversuch aber auch zeigen, dass es möglich

ist, auch bei diesem Thema starke bürgerrechtliche Leitplanken einzuziehen, den Grundrechtsschutz zu gewährleisten. Wir werden ein hohes Maß an Datenschutz und Transparenz schaffen. Auch das ist für uns klar. Wir werden diesen Versuch unabhängig begleiten und auswerten lassen.

Das machen wir, weil es uns eben um wirksame Unterstützung für die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten geht und nicht um Alibipolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist es, was uns unterscheidet. Für uns ist es ein Instrument unter vielen, bei Ihnen ist das sofort wieder ein Heilsversprechen, die einfachste, immer auch die billigste Lösung. Da unterscheiden wir uns tatsächlich.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Die Redezeit.

Matthi Bolte (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb kann ich nur appellieren: Hören Sie mit diesen ewigen Scheinlösungen auf! Sie helfen niemandem weiter, vor allem nicht den Polizistinnen und Polizisten, die täglich für uns auf der Straße unterwegs sind. Denen helfen Sie mit Ihrer Scheinsicherheit nicht.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Die Redezeit ist deutlich überschritten.

Matthi Bolte (GRÜNE): Denen kann man nur Respekt und echte Unterstützung entgegenbringen, und die gibt es nur mit uns! – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur für das Protokoll und zur Vollständigkeit, Herr Abgeordneter Golland: Ich habe mich mit Frau Kambouri getroffen, übrigens zu einem langen Gespräch und übrigens, bevor sie ihr Buch veröffentlicht hat.

In dieser Debatte ist viel von Respekt die Rede gewesen. Ich glaube, dass die Ministerpräsidentin völlig richtig lag, als sie schon 2012 in ihrer Regierungserklärung ausgeführt hat, dass in diesem Land Respekt wieder gestärkt werden muss, Respekt aller Bevölkerungsgruppen, aller Menschen untereinander.

(Zuruf von der CDU: Silvester in Köln!)

Die gesellschaftspolitische Entwicklung gibt ihr leider recht. Wir haben zusätzlichen Handlungsbedarf; der ist gewachsen. Es geht nicht nur um Gewalt gegenüber Polizeibeamten. Solche Gewalterfahrungen machen eben auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Bahn, in Ämtern, Rettungskräfte. Wir als Arbeitgeber, wir als Staat sind gefordert, hier für Respekt zu werben.

Diese „Woche des Respekts“ soll landesweit vom 14. bis 18. November stattfinden, unter einer Leitfrage ...

(Zuruf von Theo Kruse [CDU])

– Vielleicht ist das auch ein Impuls für Sie, Herr Kruse! Vielleicht können Sie auch noch einen Beitrag leisten!

Die Leitfrage soll sein: Was bedeutet Respekt im Alltag? Was kann jeder, Herr Kruse, persönlich dazu beitragen? Der Landesregierung geht es insbesondere darum, nachhaltig zu sensibilisieren, darauf hinzuwirken, dass sich auch die Generationen untereinander mit Solidarität und Empathie begegnen, das zu fördern, Toleranz vor dem Anderssein zu lehren und insbesondere die Leistungen bestimmter Berufsgruppen wertzuschätzen.

Deshalb wird die „Woche des Respekts“ nicht nur die Bereiche Schule, Polizei und Rettungskräfte betreffen, sondern wir wollen andere, zusätzliche gesellschaftliche Gruppen miteinbeziehen wie Gewerkschaften, Arbeitgeber, Hilfsorganisationen, Kulturschaffende, den Sportbereich, Kirchen und Religionsgemeinschaften.

So viel zu der Frage, wie die Landesregierung mit dem Thema „Respektverlust in unserer Gesellschaft“ umgehen will.

Ich möchte jetzt gerne auf das eigentliche Thema dieser Aktuellen Stunde zurückkommen, nämlich auf die Frage: Wie begegnen wir möglichst wirkungsvoll der Zunahme von Gewalt gegenüber Polizeibeamten?

Zuerst einmal müssen wir definieren, über welche Gewalt wir eigentlich reden. Wir reden nämlich weniger über die strafbewehrte Gewalt. Diese Zahlen sind leider auf hohem Niveau relativ konstant. Wir als Land Nordrhein-Westfalen haben, wie ich finde, eine der besten Studien in der Bundesrepublik aufgelegt, an der sich 40 % der Beamtinnen und Beamten beteiligt haben. Es war übrigens nur in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Personalräten möglich, eine solch breite Beteiligungsform zu finden.

Und wir haben festgestellt: Nicht die strafbewehrte Form von Gewalt, also das Schubsen und Schlagen, ist ein Problem, sondern die Zunahme von Bedrängen, Respektlosigkeit, Beleidigen, Spucken wird von den Beamtinnen und Beamten als Gewalt empfunden.

Wir haben aus dieser Studie fünf Themenfelder entwickelt. Wir haben 25 Handlungsempfehlungen entwickelt, die abgearbeitet sind, insbesondere was die Betreuung der Beamtinnen und Beamten angeht, die Fürsorge, die Aus- und Fortbildung, die Einsatznachbereitung, die Belastungen.

Die Ausstattung für die Polizeibeamten wird permanent aktualisiert, beispielsweise mit persönlicher Unterziehweste, Pfefferspray, neuen Dienstwaffen, Einsatzschutzhelmen und Einsatzmehrzweckstöcken, für die Bereitschaftspolizei mit verbesserten Einsatzanzügen, Körperschutzausstattung, Reizstoffsprüngerät RSG 4 und neuen Überziehwesten.

Herr Golland, das ist eine Liste des Handelns und keine sinnfreie Symbolpolitik, wie Sie sie betreiben wollen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch einmal eine Aufforderung: Wir helfen unseren Beamtinnen und Beamten nicht mit parteipolitischem Kleinklein, auch nicht mit weißer Salbe, mit angeblichen Strafverschärfungen, die, wie die Vergangenheit gezeigt hat, nichts bewirken – im Gegenteil: die Zahlen steigen noch an –,

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

sondern tatsächlich nur mit praktischem Handeln, mit Eingehen auf die Bedürfnisse dieser Beamtinnen und Beamten, mit bestmöglicher Ausstattung, bestmöglicher Fortbildung – und ansonsten dadurch, dass wir als Multiplikatoren dieser Gesellschaft mit unserer eigenen Haltung klarmachen: Für uns ist Respekt ein hohes Gut.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Werner Lohn.

Werner Lohn (CDU): Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich kurz auf den Minister eingehen. Sie versuchen hier, mit wohlklingen Worten den Eindruck zu erwecken, als hätten Sie die Lage im Griff. Das Gegenteil ist der Fall. Und weil das Gegenteil der Fall ist, hat der Kollege Stotko, wie ich finde, in einer erbärmlichen Art und Weise und mit niveaulosen Beleidigungen versucht, davon abzulenken, dass Sie hier versagt haben.

(Beifall von der CDU)

SPD und Grüne sowie die Landesregierung in der Person von Minister Jäger handeln immer erst dann, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Dabei werden Sie von Gewerkschaften, von Polizeexperten, aber auch von den Parteien der Opposition

schon seit langen Jahren gewarnt – vor dieser Entwicklung.

Bereits 2014 waren die Gewaltzahlen gegen unsere Polizistinnen und Polizisten alarmierend. Reaktion von SPD und Grünen sowie Minister Jäger: gleich null! Sie berufen sich auf das Gutachten, das Sie in Auftrag gegeben haben. Das Gutachten war richtig und wichtig; daran haben sich 40 % der Polizisten beteiligt. Nur, welche Konsequenzen haben Sie daraus abgeleitet? – Keine!

(Minister Ralf Jäger: Das habe ich Ihnen gerade vorgelesen!)

– Ja, Sie haben Gummiknüppel oder Schlagstöcke angeschafft. Das ist eine große Geschichte.

(Minister Ralf Jäger: Das habe ich nicht vorgelesen!)

Die CDU-Landtagsfraktion und auch die CDU-Landespartei haben bereits im Frühjahr 2015 als Reaktion auf die alarmierenden Zahlen eine Initiative gestartet: „Respekt & Anerkennung für unsere Polizei – Keine Gewalt gegen unsere Polizei!“

Ich werde Ihnen gleich als Erinnerung – damit Sie die Woche des Respektes nicht vergessen, die Sie jetzt für November angekündigt haben, eine Kelle überreichen,

(Werner Lohn [CDU] hält eine Kelle mit dem Aufdruck „Respekt & Anerkennung für unsere Polizei“ hoch.)

auf der steht, dass man Respekt und Anerkennung erarbeiten und nicht nur ankündigen muss.

(Beifall von der CDU – Minister Ralf Jäger: Das sollten Sie sich an den Spiegel heften!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, eine Selbstverständlichkeit für alle Parteien hier muss sein, dass wir dieser ausufernden Gewalt entschlossen gegenüberreten.

An der Stelle mein ausdrücklicher Dank an die Polizistinnen und Polizisten, die trotz dieser Bedrohung von Gewalt jeden Tag für uns den Kopf hinhalten und einen Dienst leisten, den sie mit hohem Engagement und meistens auch mit Erfolg angehen.

(Beifall von der CDU)

Kein Rechtsstaat kann es sich allerdings gefallen lassen, dass diejenigen, die den Rechtsstaat beschützen wollen, selbst tausendfach Opfer von Gewalt werden; denn diese Gewalt gegenüber den Polizistinnen und Polizisten, aber auch gegenüber den Einsatzkräften ist Ausdruck einer perfiden Verachtung unseres Rechtsstaates. Und für diejenigen, die unseren Rechtsstaat durch Uniform repräsentieren, ist das fatal; denn sie halten den Kopf hin für ein System, das sie unterstützen müssen im Prinzip als „Ersatzpersonen“. Gemeint ist der Staat, gemeint ist die

Politik; es ist nicht die Person des Polizisten oder des Rettungssanitäters gemeint. Von daher ist hier die Fürsorge des Dienstherrn besonders gefordert.

Ich bin der Meinung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen einen Dreiklang bei der Begrenzung und Bekämpfung von Gewalt gegen Polizisten. Wir brauchen den Dreiklang von Ausbildung, Schutz und Zähnezeigen.

Unsere Forderungen zum besseren Schutz sind reichlich thematisiert worden. Sie haben heute angekündigt, Sie wollten einen Modellversuch in fünf Kreispolizeibehörden starten. Das ist der richtige Schritt in die richtige Richtung, allerdings viel zu spät – das hätten Sie schon vor zwei Jahren haben können, wenn Sie unseren Vorschlägen gefolgt wären –, und er geht nicht weit genug.

(Beifall von der CDU)

Zum Thema „Ausbildung“: Die Ausbildung für die Polizei in Nordrhein-Westfalen findet auf hohem Niveau statt. Es gibt Einsatztrainings, bei denen man Selbstverteidigung lernt, bei denen man aber auch Deeskalationstechniken beigebracht bekommt.

Nur, bei der Form von eskalierender Gewalt, die wir jetzt beklagen müssen, ist die Grenze der Deeskalation erreicht. Es hilft nichts, wenn Sie auf einen Bessoffenen einreden, der nichts kapiert, der nichts im Kopf hat und nur Gewalt anwenden will. Da muss der Staat Zähne zeigen. Von der Warte aus haben Sie die Sache nie betrachtet.

(Beifall von der CDU)

In die richtige Richtung geht da ein Urteil des Amtsgerichts Köln von – ich glaube – gestern. Da wird ein Gewalttäter verurteilt, der bei den Hogesa-Krawallen am Kölner Hauptbahnhof im Herbst 2014 einen Polizisten mit einer Stahlstange und Glasflaschen beworfen hat. Der Polizist wurde schwer verletzt, er war teilweise bewusstlos. Die Freiheitsstrafe beträgt – diese deutliche Freiheitsstrafe begrüße ich ausdrücklich –: drei Jahre und neun Monate.

Das sind Zahlen, die wirken auch in diese Gewalttätterszene hinein. Von daher ist die Forderung der CDU, Angriffe auf Polizei stärker unter Strafe zu stellen, der richtige Ansatz.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Lukas Lamla [PIRATEN])

Wie hat Minister Jäger damals nach diesen Hogesa-Krawallen am Hauptbahnhof reagiert? Sie erinnern sich alle an das Bild des umgekippten Streifenwagens, als Gewalttäter mit Selfies posierten. Am nächsten Morgen hat Herr Jäger, unser Innenminister, im WDR gesagt, das Polizeikonzept sei hundertprozentig aufgegangen, das sei ein polizeilicher Erfolg gewesen.

Ich sage Ihnen, Herr Jäger: Das war erbärmlich. 49 Polizisten sind verletzt worden, teilweise schwer verletzt worden, mussten im Krankenhaus behandelt werden. Und Sie stellen sich dahin und sagen: „Das war ein voller Erfolg!“? – Das ist das Gegenteil von dem, was man von einem Minister erwartet.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Lohn, Ihre Redezeit ist beendet.

Werner Lohn (CDU): Ja, ich komme jetzt auch zum Ende. – Herr Jäger möchte Zähne zeigen. Was Sie hier zeigen wollen, Herr Jäger, das sind aber bestenfalls die dritten Zähne. Erstens haben Sie nichts getan, haben alles verharmlost, zweitens haben Sie unsere Vorschläge abgelehnt, und jetzt machen Sie halbherzig das nach, was Bayerns Innenminister Herrmann bereits vorgestern angekündigt hat. – Danke schön.

(Beifall von der CDU – Werner Lohn [CDU] überreicht Minister Ralf Jäger eine Kelle mit dem Aufdruck „Respekt & Anerkennung für unsere Polizei“. – Minister Ralf Jäger: Ich fange jetzt schon an, Sie zu vermissen, Herr Lohn!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lohn. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eines muss man doch mal festhalten: Sie sagen, Sie hätten hier massenweise angeboten. In der Tat: Sie haben frühzeitig gesagt, Sie wollten Bodycams. Und das Zweite war: Sie haben Jahr für Jahr den Antrag vorgelegt, dass die Mindeststrafe geschärft wird. Ich weiß das ja. Aber ich darf Sie darauf hinweisen, dass das ein Bundesgesetz ist. Und seit 2005 stellen Sie im Bund die Kanzlerin. Es ist nicht so, dass das Parlament, das dort beschließen könnte, völlig leergefegt sei, was Abgeordnete der CDU anbelangt. Ich fände es zwar gut, aber es ist ja nicht so.

(Zurufe von der CDU)

Dann zu sagen, die Länder müssten das machen, ist eine seltsame Auffassung.

Ich schildere Ihnen mal einen ganz normalen Morgen als Polizist. Ich habe mich mal um ca. 7 Uhr morgens früh auf dem Weg zum Brötchenholen befunden, habe schon Uniform getragen. Da kam mir eine Frau entgegen, die ziemlich betrunken war.

Herr Präsident, ich darf mich schon mal entschuldigen, aber ich zitiere wörtlich, es waren wirklich nicht

meine Worte. Die Frau kommt also auf mich zu und sagt: Na, du blöde Sau, du Scheißbulle, heute schon gewichst? – Sie hat eine Flasche gehabt, hat diese gegen die Wand geschmissen, dabei ist auch eine Scheibe kaputtgegangen.

Da wusste ich: Der Tag fängt nicht gut an.

Die Frau sollte jetzt auch nicht mehr weiter dort bleiben. Also habe ich gesagt: Bitte mitkommen, ausweisen! – Das wollte sie nicht. Daraufhin habe ich sie genommen und wollte sie auf die Wache führen. Sie hat mich dann geschlagen; ich hatte einen blauen Fleck.

Jetzt frage ich Sie: Wollen Sie, dass diese Frau für ein halbes Jahr ins Gefängnis geht? Das ist die Kernfrage. Wollen Sie, dass diese Frau für ein halbes Jahr ins Gefängnis geht?

(Zurufe)

Oder meinen Sie das, was wir beim letzten Mal hatten, mit Respektlosigkeit, was der Polizeipräsident von Frankfurt vorgestellt hat. Er sagte wörtlich: Es wird vieles hinterfragt; es wird diskutiert; es wird gefilmt; es wird Unterstützung herbeigezogen; es wird sich renitent verhalten. – Wollen Sie, dass bereits diese Personen für sechs Monate weggeschlossen werden? Das ist doch der Kern der Frage.

(Unruhe)

Es ging also um eine Mindeststrafe von sechs Monaten, beispielsweise auch bereits für das Auto-Zuhalten, um die Papiere zu einer Kontrolle nicht vorzuweisen. Das sind Ihre Vorschläge zur Verbesserung bei Gewalttaten gegenüber Polizisten. Das sind Ihre Kernvorschläge.

Da frage ich mich wirklich, ob das helfen soll, die Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung zu verhindern. Denn eine Straftat gegenüber einem Polizisten wird nicht nur geahndet gemäß den §§ 113 und 112, sondern die gesamten Strafrechtsnormen stehen zur Verfügung. Das bedeutet: Auch diese Taten sind eingebettet in das gesamte Strafrecht.

Sie sagen zu Recht, es könnten nicht solche Vorfälle wie beispielsweise bei den Blockupy-Auseinandersetzungen in Frankfurt – Steinewerfen und Sonstiges – ungeahndet bleiben. Das ist aber auch eingeordnet in die Strafrechtssystematik der Paragrafen zur körperlichen Unversehrtheit, sprich: nicht nur Körperverletzung, sondern auch schwere Körperverletzung und gefährliche Körperverletzung. Diese Paragrafen sehen bereits strafrechtliche Mindestnormen wie das Wegschließen für sechs Monaten bzw. bis zu einem Jahr vor. Das heißt, Sie haben diese Mindeststrafen bei schwereren Delikten gegen Polizisten bereits im Strafrecht.

Ich stehe Ihnen übrigens immer gerne zur Verfügung, wenn es darum geht, über eine schärfere

Strafssystematik bei Verletzungen der körperlichen Integrität im Vergleich zu Eigentumsdelikten zu sprechen. Was ich aber nicht verstehe – das sage ich Ihnen auch als ehemaliger Polizist –, ist, dass ein Unterschied gemacht werden soll zwischen einer alten Frau oder einer Mitarbeiterin bei der ARGE, die geschlagen wird, und einer Polizistin oder einem Polizisten.

(Marc Lürbke [FDP]: Das stimmt!)

Ich sehe dort keinen Unterschied. Ich finde beides gleich verwerflich, beides gleich schlimm.

Übrigens: Das, was es früher einmal gegeben hat, dass es nämlich weniger strafbewehrt ist, einen Polizisten zu schlagen – früher gab es diese Privilegierung nämlich in den §§ 112 und 113 –, das haben wir aus dem Strafrecht herausgenommen, und zwar sehr zu Recht.

Also lassen Sie uns bei der Diskussion um Gewalt gegen Polizisten bitte darüber reden, was kein Placebo ist, sondern den Kräften im Einsatz effektiv hilft, anstatt über Strafrechtsverschärfungen zu sprechen, die in ihrer Wirkung äußerst fragwürdig sind und die übrigens auch in ihrer verfassungsrechtlichen Bewertung sehr fragwürdig erscheinen. Das war im Übrigen auch ein sehr breiter Konsens bei den Anhörungen, die wir bisher regelmäßig durchgeführt haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Aussprache, und ich **schließe die Aktuelle Stunde**.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

2 Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung (Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11844

erste Lesung

In Verbindung mit:

Kita-Kollaps verhindern – Landesregierung muss endlich handeln

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11896

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Landesregierung Frau Ministerin Kampmann das Wort.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um die Gegenwart zu verstehen, muss man manchmal den Blick in die Vergangenheit richten, und manchmal muss man sogar zurück bis zu den Anfängen gehen. Ganz konkret meine ich den 25. Oktober 2007. Da hatten wir die dritte Lesung des KiBiz.

Ich möchte einmal zitieren, was die CDU, nämlich Armin Laschet, und die FDP, nämlich Christian Lindner, dort gesagt haben.

Ich fange mit der CDU an. Armin Laschet hat gesagt – ich zitiere –:

„Wenn Sie aber theoretisch in die Verantwortung kommen würden, dann – ich bin sicher – würden Sie genau auf den Früchten dieses Gesetzes aufbauen und sagen: Genau diese damals ... innovativ entwickelten Gedanken seien richtig und seien etwas Neues in der ... bildungspolitischen Debatte.“

Christian Lindner hat damals gesagt – ich zitiere ebenfalls –:

„Wir übernehmen die Verantwortung für dieses Kinderbildungsgesetz, weil wir glauben, dass es ein gutes Gesetz im Interesse von Kindern und Familien ist.

Dafür werden wir im Land werben. Ich sage Ihnen voraus: Wir werden dafür große und größte Zustimmung erhalten.“

(Achim Tüttenberg [SPD]: Außer bei den Wahlen!)

Es ist dann doch etwas anders gekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP; Sie haben es gerade gemerkt. Es ist gut, dass Sie das jetzt auch ganz klar erkennen. Denn die wirkliche Bilanz Ihres Kinderbildungsgesetzes haben Sie in dem Antrag, den Sie heute vorlegen, ganz passend zusammengefasst. Die wirkliche Bilanz lautet: „Kita-Kollaps verhindern“. Das, liebe CDU und liebe FDP, ist die wirkliche Bilanz Ihres Kinderbildungsgesetzes.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben recht, Herr Kern: Es passt nicht ganz. Es wäre die Bilanz Ihres Kinderbildungsgesetzes gewesen, wenn die Koalition nicht die schlimmsten Verwerfungen beseitigt hätte, zusätzlich zu den Kraftanstrengungen beim U3-Ausbau, den wir genau dort fortsetzen, und zusätzlich zur Stabilisierung der Finanzsituation der Träger, die wir mit dieser Gesetzesänderung erreichen wollen.

Wir bringen heute das Gesetz ein, mit dem wir die Haushaltsbeschlüsse realisieren. Und wir realisieren mehr – daran möchte ich heute auch erinnern –, als die Opposition überhaupt jemals zu fordern gewagt hätte, weil uns gute Bildung genau das wert ist. Das sind unverzichtbare Investitionen in die Zukunft unseres Landes, in soziale Gerechtigkeit und in eine nachhaltige Wirtschaftskraft in Nordrhein-Westfalen.

Liebe CDU, liebe FDP, Sie haben keine große und schon gar keine größte Zustimmung für dieses Gesetz gefunden. Denn Sie sind auch – und das wissen Sie – für dieses Gesetz abgewählt worden.

Deshalb war das Erste, was die Landesregierung 2010 getan hat, dieses Gesetz auf den Prüfstand zu stellen. Wir haben mit Landesmitteln für die frühe Bildung mehr als 2 Milliarden € bereitgestellt. Wir haben in Qualität, in Personal investiert. Wir haben pädagogische Standards gesetzt und eine Sprachförderung verankert, die heute State of the Art ist. Wir haben gemeinsam mit Kommunen und Trägern den Rechtsanspruch für die unter Dreijährigen durchgesetzt. Und wir haben dafür gesorgt, dass dieser Ausbau tatsächlich fortgesetzt werden kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind einen weiteren schwerwiegenden Geburtsfehler des KiBiz angegangen, nämlich die unzureichende Dynamisierung bei den Pauschalen. Denn es war von Anfang an – schon bei der Verbändeanhörung 2007 – klar, dass 1,5 % nicht reichen werden.

Damals hat nämlich eine Vertreterin von ver.di gesagt – ich zitiere –:

„Ich hatte heute Morgen schon gesagt, dass die tatsächlichen Personalkosten durch die Pauschalen nicht gedeckt werden können.“

Ich frage mich: Redet man so über ein Gesetz, das tatsächlich auskömmlich finanziert ist?

Sie, meine Damen und Herren, wussten von Anfang an, dass das KiBiz unterfinanziert ist. Sie haben genau das von Anfang an in Kauf genommen: zulasten der Kitas, zulasten der Kinder und zulasten der Familien in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Zeit läuft. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen aber nicht nur über die Vergangenheit sprechen, sondern natürlich möchte ich mit Ihnen heute auch über die Zukunft reden.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Ah!)

Wir haben in der Kitapolitik viele wichtige Impulse gesetzt. Wir werden jetzt ein neues Kitagesetz aus einem Guss machen. Und wir werden vor allem ein angemessenes Finanzierungssystem entwickeln.

Ich frage Sie: Wofür stehen Sie, liebe CDU, liebe FDP? Ich weiß nicht, ob Sie noch Waldorf und Statler aus der Muppet Show kennen. Das, lieber Herr Hafke, sind die beiden älteren Herren, die in ihrer Loge sitzen – genau wie Sie das gerade machen – und ständig nörgeln.

Ich fordere Sie auf: Kommen Sie aus Ihrer Loge heraus, verlassen Sie den Zuschauerraum der Demokratie! Seien Sie einmal konstruktiv! Denn wir wissen inzwischen genau, wogegen Sie sind. Sagen Sie uns doch einfach mal, wofür Sie sind!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Beenden Sie Ihre Opposition der Ideenlosigkeit! Und gestalten Sie mit uns dieses Land! Denn es geht um viel: Es geht um Kinder, es geht um Familien und es geht darum, ob wir soziale Spaltung wollen oder ob wir die besten Chancen für alle wollen.

(Zurufe von der FDP)

Ich schlage vor, wir entscheiden uns für Letzteres. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Das Präsidium freut sich immer, Frau Ministerin, wenn sich die Landesregierung an die Redezeit hält. Für den Fall, dass sie das nicht tut, haben wir hier eine Vereinbarung getroffen: Wenn Sie länger sprechen, wird das festgehalten und die entsprechende Zeit wird den Fraktionen gutgeschrieben. – Vielen Dank.

Nun hat für die CDU-Fraktion der Kollege Bernhard Tenhumberg das Wort.

(Zurufe)

Herr Kollege Tenhumberg, ich möchte noch mitteilen, weil das Thema eben eine Rolle gespielt hat, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 40 Sekunden überschritten hat.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Danke schön. – Das gibt der Opposition die Möglichkeit, die Sachen zurückzurufen, die die Ministerin mal wieder ideologisch geprägt fehlinterpretiert hat.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

Erst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass die Kitawelt nicht erst am 25. Oktober 2007 beginnt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Aber das blenden Sie ja aus. Sie blenden 30 Jahre Nichtstun im Kitabereich, Nichtstun für junge Eltern völlig aus. Aber das habe ich auch von Ihnen erwartet. Deshalb fängt meine Rede genau damit an, weil

ich genau das erwartet habe, was Sie hier wieder vorgebracht haben. Nichts Neues!

Meine Damen und Herren, wir erleben heute den dritten Akt einer rot-grünen Landespolitik, die wie erwartet nach folgendem Muster vorgeht: groß verbal ankündigen, Hoffnungen wecken, dann hektisch – auch in diesem Fall seit Dezember – ohne Beteiligung des Parlaments in einer geheimen Aktion mit ausgewählten Partnern einen Gesetzentwurf zusammenschreiben, andere schlechtreden, besonders in der Opposition – die Opposition ist immer schlecht –,

(Beifall und Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

danach die Schuld am eigenen Versagen auf andere, vorrangig auf den Bund und die Opposition, abschieben und am laufenden Band bewusst ideologisch geprägte Fehlinterpretationen vornehmen.

(Beifall von der CDU)

Kurz gesagt: Sie sind verbal Spitzenreiter und dabei de facto Schlusslicht in der Kindergartenpolitik in ganz Deutschland,

(Beifall von der CDU und der FDP)

und das zulasten unserer kleinen Kinder, der Erzieherinnen und Erzieher und der Träger. Das ist mies!

Seit sechs Jahren große Taten und Reformen ankündigen – seit sechs Jahren! –, dann die Entwicklung verpennen und dann noch das Falsche tun: Das nenne ich Unfähigkeit. Ihr Handeln hat nichts mit Fachlichkeit, Sorgfalt, Ehrlichkeit und Kompetenz zu tun. Ihr Versagen müssen die Menschen vor Ort ausbaden. Und das ist nicht fair.

(Beifall von der CDU)

Im ersten Akt, im Jahre 2011, haben Sie ein Geschenk an die besserverdienenden Eltern gemacht, das uns heute 162 Millionen € kostet.

(Beifall von Lutz Lienenkämper [CDU])

Das haben Sie wider besseres Wissen getan, obwohl Anpassung und Dynamisierung der Kindpauschale schon damals absoluten Vorrang hätten haben müssen und Evaluierung und Novellierung verabredet waren.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Trotz mahnender Hinweise der Experten und der Opposition haben Sie das 2007 nicht gemacht. Deshalb haben Sie die Talfahrt in Nordrhein-Westfalen, in ganz Deutschland eingeleitet. Und Sie sind heute Schlusslicht durch Ihre Politik, durch Ihr Tun!

(Beifall von der CDU)

Das hat nichts mit generationengerechter Sozialpolitik zu tun.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Im zweiten Akt, 2014, haben Sie wiederum das Grundproblem der Auskömmlichkeit der Finanzierung nicht angepackt und wieder mal eben 100 Millionen € nicht zur Qualitätssteigerung eingesetzt. Stattdessen haben Sie Sonderfördertöpfe mit hohem bürokratischem Aufwand geschaffen, die nicht zur finanziellen Entlastung – so die AWO Recklinghausen – und nicht zur Verbesserung der Situation führten.

Ergebnis ist vielmehr eine nicht zu verantwortende Mehrbelastung der Erzieherinnen und Erzieher, die laut Berufsgenossenschaft zu einem der höchsten Krankheitsstände geführt hat. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik der letzten sechs Jahre, nicht unserer Politik!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Hören Sie endlich auf Ihre Mitarbeitervertretungen und schützen Sie unsere Erzieherinnen und Erzieher!

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Tenhumberg, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Nein, ich würde das zum Schluss nehmen. – Und nun zum dritten Akt, dem von heute, der von der falschen Behauptung geprägt ist, das gesamte Geld aus dem Betreuungsgeld des Bundes würde für den laufenden Betrieb der Kitas weitergeleitet.

Sie von Rot-Grün klauen den Erzieherinnen und Erziehern und Trägern erst einmal 100 Millionen €, die Sie in Beton investieren.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Sie investieren in Beton anstatt in Menschen!

(Beifall von der CDU)

Wo ist eigentlich Ihr eigenes Geld? Sie spekulieren immer mit fremdem Geld, mit dem Bundesgeld. Dann nehmen Sie noch die 100 Millionen weg und geben sie nicht in den Kitabereich.

(Unruhe – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Anstatt die tatsächlichen Tarifabschlüsse in eine Dynamisierungsklausel einfließen zu lassen, schreiben Sie von Rot-Grün hier mit der Festschreibung von 3 % die Verluste der Träger vor; denn Sie wissen ja,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

wie der Tarifabschluss 2015 und 2016 gewesen ist. Sie untergraben die Tarifautonomie, weil bereits heute viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Tarifierhöhung von 2015 gar nicht ausbezahlt bekommen.

Was ist das für eine Politik, wenn Sie die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Füßen treten? Dafür sollten Sie sich schämen!

Meine Damen und Herren, die drei rot-grünen Reförmchen haben eines gezeigt: Rot-Grün kann es nicht, Rot-Grün ist beratungsresistent, Rot-Grün schadet den Kindern und lässt viele Kinder und deren Chancen in Nordrhein-Westfalen zurück.

(Beifall von der CDU)

Die seit 2010 verbal angekündigte große Revision wird wieder einmal verschoben. Man höre jetzt: 2017, 2018 – sechs verlorene Jahre, dann acht verlorene Jahre. Sie können vieles versprechen – denn nach der Wahl im Jahre 2017 werden Sie die Kinderpolitik nicht mehr bestimmen können, weil Sie dann abgewählt sind. Und das ist gut so!

(Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN)

Der vorgelegte Gesetzentwurf ist in keiner Weise geeignet, die Probleme im Kindergartenbereich ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, die Redezeit.

Bernhard Tenhumberg (CDU): ... nur annähernd zu lösen, Herr Präsident.

Die letzte Anmerkung: Gestehen Sie Ihr Versagen einfach ein. Unterstützen Sie unseren fachlich gut formulierten Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. Es gab zwischendurch zwei Fragen von Frau Schmitt-Promny. Da sagte der Herr Kollege: „Am Ende“. Aber die Redezeit ist jetzt vorbei. Das gilt auch für Herrn Ganzke, der sich gerade gemeldet hatte. Die Redezeit des Kollegen ist aber leider ...

(Zuruf von der SPD: So kann man es auch machen!)

... abgelaufen.

Für die FDP-Fraktion spricht nun der Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für mich kam das Zitat aus der letzten Woche von Frau Ministerin Kampmann nach einem Besuch einer Kita: „So anschaulich bin ich noch nie informiert worden“, ein bisschen spät, Frau Ministerin, aber besser als nie.

Das Ganze ist auch noch unter einem anderen Aspekt bemerkenswert: insbesondere weil SPD und

Grüne hier seit Jahren behaupten, wir hätten in diesem Land, wenn es um die Kitafinanzierung geht, kein Erkenntnisdefizit. Das ist auch Ihre Begründung, warum Sie im Jahr 2010 das Gesetz gebrochen haben. Wir haben hineingeschrieben, dass eine Evaluierung insbesondere zur Ausfinanzierung der 1,5 % stattfinden soll. Dabei hat Ministerin Schäfer auf diesem Platz hier das Gesetz gebrochen, sich nicht daran gehalten.

Nach sechs Jahren haben wir nun die Katastrophe in diesem Land, nämlich einen Flächenbrand in der Finanzierung der Kindergärten in Nordrhein-Westfalen. Das ist Ihr Ergebnis, das Sie hier mittlerweile angerichtet haben.

(Beifall von der FDP)

Wir haben die Situation, dass die 1,5%ige Anpassung der Kindpauschalen nicht ausreicht. 80 % der Träger arbeiten mittlerweile defizitär. Wir diskutieren in diesem Land über Kitaschließungen und Trägerabgaben zum Beispiel im Oberbergischen Kreis oder im Bistum Essen, obwohl wir eigentlich eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen.

Anstatt die eigentlichen Probleme zu lösen, stellen Sie sich hin und sagen: Wir wollen diese Idee der sozialen Gerechtigkeit nach vorne treiben. – Das linke, das Sie im Ergebnis geschafft haben, ist,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

mehr Bürokratie zu schaffen, 11 zusätzliche Pauschalen einzuführen. Von den KITApus-Mitteln und Sprachfördermitteln profitieren 60 % der Kindertageseinrichtungen in diesem Land nicht. Das ist die absolut unsocialste Politik, die man machen kann, weil die Erzieherinnen, die Kinder und die Familien darunter leiden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD)

Die Sozialdemokraten und die Grünen stellen sich hier seit Jahren hin und feiern sich dafür, wie viele Millionen Euro sie doch aufgewendet haben, um die Situation im Land zu verbessern.

(Zuruf von der SPD)

Sie sprechen vom Belastungsausgleich: 270 Millionen €. Nicht ein Cent davon kommt bei den Kitas an; das versinkt alles im Etat der Kommunen.

Dann sprechen Sie über die Elternbeitragsfreiheit,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Bei uns zu Hause!)

160 Millionen € pro Jahr Elternbeitragsfreiheit. Keine Erzieherin wird deswegen besser bezahlt, keine Kita wird zusätzlich gebaut, und kein Kind geht zusätzlich in eine Kindertageseinrichtung. Das heißt, hier wurden nur die Besserverdiener entlastet. Sie rühmen sich auch noch damit, dass Sie hier so viel Geld ins System gesteckt hätten.

Meine Damen und Herren, die Spitze des Eisbergs ist dann eigentlich in den letzten Tagen gekommen; das muss man einfach festhalten. Sie rühmen sich jetzt, Frau Ministerin Kampmann, mehr Geld zu investieren. Dieses Geld ist noch nicht einmal Ihr eigenes Geld aus dem Land NRW.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Falsch! Vollkommen falsch! Keine Ahnung! – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Sie investieren das Geld des Bundes ohne eine auskömmliche Anpassung der Dynamik auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der FDP)

Liebe Kollegin Asch, die Dynamik 3 % ist ein fiktiver Betrag. Es ist immer noch nicht wissenschaftlich erwiesen, dass dieser Betrag auskömmlich ist, um die Gehaltsteigerung bei Mieten und Löhnen anzupassen.

Der Oberknüller ist letzte Woche gekommen, als – leider abwesend – der Fraktionsvorsitzende Römer vor die Presse getreten ist

(Zuruf von der SPD: Herr Lindner war schon seit Monaten nicht mehr hier!)

und angekündigt hat, sie wollten bei einer – hoffentlich nicht stattfindenden – Regierungsverlängerung eine Elternbeitragsfreiheit für alle Jahre einführen.

(Beifall von der SPD)

Sie applaudieren. Machen Sie das. Das sind über 500 Millionen €, die Sie aus dem System herausziehen. Und das ist ein Schlag ins Gesicht aller Erzieherinnen und aller Träger in diesem Land.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das hat nichts mit einer vernünftigen Kitapolitik, einer sozialen Politik zu tun.

Sie regieren jetzt seit sechs Jahren in diesem Land, und Sie kündigen große Reformen an. Bislang ist nichts vorgelegt worden. In dieser Legislaturperiode können wir, wenn wir Glück haben, Eckpunkte erwarten. Ich meine, das ist zu wenig, wenn man den Anspruch hat, zu gestalten und ein Land nach vorne zu bringen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Freien Demokraten haben vorgeschlagen, die finanziellen Mittel der Elternbeitragsfreiheit, die plus-KITA-Mittel und die Mittel der Verfügungspauschale zu nehmen und damit die Kindpauschalen anzupassen, sodass jede Kindertageseinrichtung in diesem Land davon profitiert, weil es egal ist, in welcher Kindertageseinrichtung jemand unterrichtet.

(Zuruf von der SPD)

Jeder muss das Recht haben, fair und vernünftig bezahlt zu werden. Das sollte insbesondere ein Leitspruch der Sozialdemokratie sein. Denn Sie haben sich auf die Fahne geschrieben, dass wir über faire Arbeit sprechen und nicht über prekäre Beschäftigung, die wir mittlerweile in vielen Kindertageseinrichtungen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der letzte Punkt: Wir weisen Sie – das ist wieder typisch; das machen Sie nämlich seit Jahren in dieser Regierung – mittlerweile seit fünf Monaten darauf hin und haben mehrere Nachfragen gestellt, wann dieses Gesetz kommen wird. Dieses Gesetz kommt wieder fünf vor zwölf und wird in einem Eilverfahren durch das Parlament gepeitscht.

Das hat nichts mit einem sauberen Beratungsverfahren zu tun, das wir den Verbänden und auch der Opposition schuldig sind, um Ihnen, Kollegin Asch, in einer Anhörung aufzuzeigen, dass ein fixer Betrag von einer 3%igen Anpassung nicht richtig ist und nicht falsch ist, weil es tatsächlich an die Mietkosten und an die Lohnkosten angepasst werden muss.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Solange Sie das nicht verstanden haben, müssen wir eine Anhörung nach der anderen durchführen, damit Sie demnächst diese Gesetze tatsächlich ändern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit 2010 gibt es kein anderes Land, das eine derartige Dynamisierung und eine derartige Entfaltung von Kräften im Elementarbereich vorgenommen hat wie Nordrhein-Westfalen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle zusammen können stolz darauf sein, dass wir das hinbekommen haben. Herr Hafke, Sie sind ebenfalls Nordrhein-Westfale, auch wenn man das kaum noch heraus hört.

(Beifall von der SPD)

Wir haben den Etat seit 2010 mehr als verdoppelt. Wir haben zwei Revisionsstufen verankert, die deutliche Entlastung in die Kita gebracht haben. Dafür einen großen Dank an Rot-Grün. Dafür einen großen Dank an diese Landesregierung, ohne die das nie möglich gewesen wäre.

Wir haben Hannelore Kraft zu danken, die als Verhandlungsführerin und auf jeden Fall mit in der Spitze

dafür gesorgt hat, dass das unsägliche Betreuungsgeld in vollem Umfang jetzt den Kitas zur Verfügung gestellt wird. 430 Millionen €!

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein riesen Schluck aus der Pulle und hilft den Kitas entscheidend, 2018 zu erreichen, wenn wir ein neues Gesetz vorlegen werden. Das ist großer Sport für unser Land.

Wir müssen an dieser Stelle ganz klar festhalten, lieber Kollege Bernhard Tenhumberg: Wäre die CDU mit der FDP hier noch an der Regierung, würden diese 430 Millionen € nicht weitergeleitet. Die würden investiert – das bereiten Sie gerade vor – in ein landeseigenes Betreuungsgeld. Unsere Einrichtungen würden wieder auf der Strecke bleiben. Das ist Ihre Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wir haben Norbert Römer und Mehrdad Mostofizadeh herzlich zu danken. Ich meine das sehr ernst. Unsere Fraktionsspitzen haben mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt, dass wir endlich den Durchbruch erzielt haben und sie wieder mit in die Finanzierung einsteigen bei einer Verdoppelung der Dynamisierung von 1,5 % auf 3 %. Übrigens: Die Opposition hat einmal 2,5 % gefordert. Wir haben 3 % erreicht. Das ist ein großartiger Fortschritt.

Mehrdad, herzlichen Dank dafür. Norbert Römer ist gerade nicht da. Das war sensationell, auch deshalb, weil wir vereinbart haben, bis 2018 gemeinsam ein neues Kindergartengesetz zu machen. KiBiz ist Mumpitz. Deshalb muss das weg.

(Zuruf von der CDU)

Das ist eine großartige Leistung von Rot-Grün. Herzlichen und lieben Dank noch einmal dafür, dass das geschafft wird!

Wir werden 2018 ein neues Gesetz vorlegen. Bis dahin entwickeln wir die Eckpunkte. Ganz anders, als es Bernhard Tenhumberg gerade dargestellt hat, machen wir das, lieber Bernhard, sehr transparent. Wir nehmen alle Akteure mit. Wir machen es nicht so wie damals Armin Laschet im Hinterzimmer mit einigen wenigen, ...

(Zurufe von der CDU: Oh! Oh!)

... sondern wir machen es breit angelegt in einem Konsens, weil wir alle Akteure mitnehmen wollen. Davon waren Sie damals weit entfernt. Deshalb ist das KiBiz letztlich auch so kläglich gescheitert.

Liebe CDU-Fraktion, ich höre mir jetzt seit sechs Jahre Nörgeln an – sechs Jahre Nörgeln!

(Zurufe von der CDU)

Noch kein einziger Antrag hat irgendwie gezeigt, wohin Sie wollen. Es gibt keinen Haushaltsantrag, mehr Geld zu investieren.

(Zuruf von der FDP)

Ganz im Gegenteil, unsere Anträge sind abgelehnt worden. Es gibt keinen konstruktiven Vorschlag. Frau Ministerin Kampmann hat absolut recht: Das, was Sie machen, ist eine Problembeschreibung, die wir zum Teil teilen, gar keine Frage. Aber Sie haben keinen einzigen Lösungsvorschlag, wie man die Probleme beheben kann. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf kommen wir als Rot-Grün der Problemlösung auf jeden Fall meilenweit näher, als Sie das hier mit Ihrem Krakeelertum tun.

Die CDU ist die Partei, die für ungerechte hohe Elternbeiträge in Nordrhein-Westfalen steht. Das haben Sie erreicht.

(Beifall von der SPD)

Das Patent für diese hohen ungerechten Elternbeiträge in Nordrhein-Westfalen hat Armin Laschet, der leider dieser Diskussion nicht folgen kann. Er ist der Vater ungerechter hoher Beiträge in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Das werden wir nicht vergessen. Dazu, was Sie hier in einer Naivität vortragen, nämlich zu glauben, gerade die Eltern würden vergessen, was Sie in Nordrhein-Westfalen angerichtet haben, kann ich Ihnen sagen: Da sind Sie völlig auf dem Holzweg. Die Eltern werden sich daran erinnern, dass Sie in diesen ungerechten Elternbeitragstabellen eine große Ungerechtigkeit gegenüber Familien manifestiert haben.

Die CDU – ich habe es gerade gesagt – ist nicht konstruktiv und hat keine eigenen Pläne eingebracht. Ich bin auf der einen Seite sehr enttäuscht, freue mich aber auf der anderen Seite, dass wir jetzt diesen Gesetzentwurf im Ausschuss beraten können. Ich bin sehr gespannt, ob Sie Ihrem Krakeelertum da weiterhin frönen oder ob Sie konstruktive Vorschläge machen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Jörg, vielen Dank. – Wenn Sie noch einen Moment hier bleiben. Es liegt eine Kurzintervention des Kollegen Tenhumberg vor, dem ich das Wort gebe. Bitte schön, Herr Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich muss jetzt in 90 Sekunden etwas zu dem Quatsch sagen, Herr Kollege Wolfgang Jörg,

den Sie, was mehrere Punkte angeht, von sich gegeben haben. Das muss ich so drastisch ausdrücken.

Erstens. Sie haben die Behauptung aufgestellt, die CDU-Fraktion habe keinen Haushaltsantrag gestellt. – Also, Herr Kollege, wenn Sie des Lesens nicht kundig sind, verweise ich Sie auf den zwölfseitigen Antrag in Drucksache 16/10479, in dem wir ausdrücklich 481 Millionen € für den laufenden Betrieb eingefordert haben. Also das, was Sie hier behaupten, ist reiner Unfug!

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Wir haben seit 2011 etwa zwölf Anträge zum Kitagesetz gestellt. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

(Zurufe von der SPD)

– Kollegen, was ist denn los? Warum sind Sie denn so hektisch? Ich weiß, dass Sie sich schon im Wahlkampf befinden!

Drittens. Entschuldigen Sie bitte einmal, Herr Kollege, Sie haben 2010 ein großes Gesetz angekündigt. Jetzt kündigen Sie es für 2017 an. Und 2017 werden Sie es – weil Sie es nicht können – wieder für 2027 ankündigen.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Ich stehe hier ganz umsonst! Das war jetzt nur ein Statement!)

Herr Kollege, was sagen Sie denn zu den Zuschriften der Träger? Soll ich Ihnen vielleicht einmal aus dem Geschäftsbericht der AWO Recklinghausen zitieren? Soll ich Ihnen einmal wortwörtlich zitieren, welche Fehlentscheidungen Sie in der Zeit von 2012 bis heute getroffen haben? Das hat die AWO wunderbar dokumentiert. Lesen Sie sich das bitte einmal durch, bevor Sie so etwas wie das gerade eben hier erzählen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. Die Redezeit ist auch erschöpft. Ich gebe das Wort jetzt an den Kollegen Jörg. Bitte schön.

Wolfgang Jörg (SPD): Das war ja wieder – das ist schon klar – viel Krakeelen. Die Anträge, die Sie gestellt haben – dabei bleibe ich –, betrafen Prüfung und Evaluierung. Substanziell war überhaupt nichts dabei.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Bernhard Tenhumberg [CDU]: Stimmt doch nicht!)

Ganz im Gegenteil, Sie waren doch diejenigen, die zum Beispiel dagegen waren, Delfin 4 abzuschaffen. Also inhaltlich sind Sie doch völlig blank.

Das Einzige, Herr Tenhumberg, was Sie zu Recht gesagt haben, ist Folgendes: Wir haben angekündigt, ein neues Gesetz zu machen. Und das ist in der Legislaturperiode nicht gelungen.

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Warum ist es nicht gelungen?)

– Weil wir es nicht können!

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Das ist richtig!)

– Das ist wirklich das Krakeelertum, das ich gerade benannt habe. Denn Sie wissen doch ganz genau, dass die kommunalen Spitzenverbände 2011 gesagt haben: Wir finanzieren nicht mehr mit. Sie waren paritätische Partner bei der Finanzierung. Die sind ausgestiegen. Und deshalb standen wir, kurz bevor wir die ersten Revisionsschritte unternommen haben, alleine da. Die rot-grüne Landesregierung war die einzige, die seit 2010 überhaupt noch Geld in das System gegeben hat.

Und Sie hätten da einmal auf Ihre Funktionäre in den kommunalen Spitzenverbänden aufpassen und sagen müssen: Das können wir den Eltern und den Kindern gegenüber nicht machen. Auch da haben Sie versagt! Selbst in der Rolle der Opposition haben Sie noch versagt!

Deswegen lasse ich mir von Ihnen nicht erklären, wir hätten die Dinge falsch gemacht. Ja, da lachen wirklich alle Erzieherinnen im Land. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Bernhard Tenhumberg [CDU]: Nein, die heulen!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Jörg. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines möchte ich heute Morgen ausdrücklich feststellen: Wir haben heute mal wieder gute Nachrichten für die Kitas – und damit gute Nachrichten für die Erzieherinnen, die Kinder und die Eltern in Nordrhein-Westfalen. Denn das ist die Realität: Mit dem heute eingebrachten Gesetzesentwurf der rot-grünen Landesregierung werden die Einrichtungen bzw. die Kitas mehr Mittel an die Hand bekommen, um die laufenden Personal- und Sachkosten zu finanzieren. Das muss auch die Opposition hier heute Morgen wahrnehmen.

Gleichzeitig ist aber richtig, was CDU und FDP selbstkritisch feststellen: Das vom ehemaligen CDU-Familienminister Laschet auf den Weg gebrachte sogenannte Kinderbildungsgesetz war ein Spargesetz. Es war von Beginn an unterfinanziert. Die jährliche Dynamisierung von 1,5 % schafft eine Lücke zwischen den realen Kosten und den Einnahmen der

Kitas. Das ist die berühmt-berüchtigte Laschet-Lücke. Das haben wir übrigens als damalige Opposition – Grüne und SPD – schon bei der Verabschiedung 2008 gesagt. Das haben auch fast alle Verbände festgestellt. Wenn Sie damals auf uns gehört hätten, dann wären die Kitas heute überhaupt nicht in dieser schwierigen Situation.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir beginnen mit Rot-Grün, die Laschet-Lücke zu schließen. Mit diesem Gesetzesentwurf geben wir den Kitas wieder mehr Luft zum Atmen. Wir handeln, während die Opposition hier wieder mal nur Daten sammeln will. Das ist der Unterschied.

Vizepräsident Oliver Keymis: Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kern? – Nein.

Andrea Asch (GRÜNE): Das Beste ist: Endlich sind sich alle Akteure einig – auch das ist neu; diese Situation hatten wir 2010 und auch 2012 noch nicht –: Dieses KiBiz ist nicht weiter reformierbar. Wir brauchen eine vollkommen neue gesetzliche Grundlage für ein nachhaltiges, am Kind orientiertes Finanzierungssystem.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Jörg hat es eben gesagt: Die Fraktionsspitzen von SPD und Grünen haben mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart, dass wir eine solche finanzielle Grundlage durch ein neues Gesetz miteinander auf den Weg bringen. Das bedeutet – das ist die gute Nachricht – den Einstieg aus dem Ausstieg aus dem KiBiz. Und das ist zwingend notwendig.

Aber statt hier mitzugehen, machen CDU und FDP – das kennen wir ja schon – wieder auf Fundamentallopposition. Dabei hat Herr Tenhumberg noch am 3. Dezember 2015 in diesem Hause – ich zitiere – erklärt:

Sorgen Sie dafür, ...

– damit meinte er uns –

... dass die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände und die Spitzenverbände ins Boot kommen. Unterschreiben Sie dieses Papier. Dann sind wir auf Ihrer Seite.

Wir sind gespannt – aber ich muss sagen, nicht sehr optimistisch –, Herr Tenhumberg, ob die CDU diese Zusage einlösen und da zu Ihrem Wort stehen wird. Denn das, was Sie hier heute Morgen geboten haben – die Ministerin hat es mit „Muppetshow“ gekennzeichnet; ich würde sagen, es ist mal wieder Kasperletheater –, zeigt Folgendes:

Statt mit uns diesen Weg zu gehen, den Kitas mehr Geld zur Verfügung zu stellen, machen Sie hier nur wieder parteitaktische Spielchen. Sie bleiben beim

puren Meckern und Mäkeln. Es kommt – zum wiederholten Male – kein einziger konkreter Vorschlag. Es gibt kein Konzept der Opposition, geschweige denn einen Gesetzesentwurf, in dem steht, wie Sie denn die finanzielle Situation der Kitas verbessern wollen.

Ach doch, einen Vorschlag gibt es. Ich habe ihn schon erwähnt. Täglich grüßt das Murmeltier, wir hatten ihn bestimmt schon dreimal hier in der Beratung. Dabei handelt es sich einmal wieder um den Vorschlag, das Gesetz zu evaluieren. – So sieht es aus: Die Opposition will Daten sammeln. Rot-Grün setzt konkrete Fakten, Rot-Grün handelt. Das ist der Unterschied.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vielleicht verraten Sie uns doch einmal – ich finde, das wäre für alle Beteiligten spannend –, wie Sie denn heute zu dem von Ihnen verbockten Gesetz stehen.

Wenn Sie uns in Ihrem Antrag auffordern, wir sollen jetzt ein gutes funktionales Finanzierungssystem einführen, dann heißt das doch übersetzt, Sie sehen jetzt selbst, dass dieses KiBiz kein gutes funktionierendes System ist,

(Beifall von den GRÜNEN)

sondern dass es schlecht und dysfunktional ist. Dann sagen Sie das doch bitte einmal laut und deutlich und distanzieren sich hier von diesem Machwerk. Aber Sie haben nicht den Mut, dafür Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich kann sagen, es erfüllt einen schon mit großer und tiefer Zufriedenheit, wenn unser rot-grünes Regierungshandeln die Forderungen der Opposition weit übertrifft. Die CDU hat nämlich gerade in den Haushaltsberatungen sehr kleinmütig nur 1 % Erhöhung der Dynamisierung gefordert, hat wieder einmal alles auf die lange Bank geschoben. Wir haben Wort gehalten mit dieser Landesregierung und mit den sie tragenden Fraktionen und sind jetzt real bei 5,8 % mehr für die Kitas. Das ist eine Lücke von 4,8 %, die wir den Kitas mehr geben, als sich das die Opposition zu fordern traut. Das spricht für sich.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, die Redezeit ist abgelaufen. Aber es gibt eine Kurzintervention.

Andrea Asch (GRÜNE): Ja, sehr gern.

Vizepräsident Oliver Keymis: Die werden wir dann auch ermöglichen. Herr Tenhumberg, Sie möchten die Kurzintervention nutzen? – Danke. Bitte.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich will drei Dinge klarstellen: 2007/2008, Frau Asch, waren alle Unterschriften unter dieser Vereinbarung. Wie kommen Sie dazu, von Hinterzimmerpolitik zu sprechen, wenn alle Betroffenen und Beteiligten – Landschaftsverbände, kommunale Gemeinschaften, alle Träger, alle Kirchen – diesen Vertrag mit unterschrieben haben? Ich stelle fest, dass ich heute nicht weiß, wer zum Beispiel bezüglich der neuen Regelungen verhandelt, ob die Fraktionen verhandeln oder ob das Ministerium verhandelt. Ich wäre dankbar, wenn man uns einmal eine Auskunft erteilt.

Zweite Anmerkung. Im Gesetz ist verankert worden: Evaluation, Novellierung 2011. – Ich stelle fest, Sie sind 2010 an die Regierung gekommen. Sie haben es nicht umgesetzt; 2011 ist nicht evaluiert worden. Ich zitiere aus dem Geschäftsbericht der AWO:

„Die besonderen Herausforderungen seit 2012 bestanden in der Diskrepanz zwischen der Steigerung der tariflichen Personalkosten und der damit nicht einhergehenden Finanzierung durch das KiBiz.“

Wer war denn 2012 eigentlich verantwortlich dafür, dass die ausreichende Finanzierung gegeben ist? – Wir nicht. Sie haben 2011 die Sache verpennt und haben die falschen Prioritäten gesetzt. Nun beklagen Sie sich nicht bei uns.

(Beifall von der CDU)

Andrea Asch (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Tenhumberg, ich hatte die Hoffnung, dass Sie jetzt auf meinen Appell eingehen und sich hier endlich einmal ganz klar von diesem Gesetz, das Sie auf den Weg gebracht haben, distanzieren. Stattdessen kommen Sie mit kleinkariertem Karo,

(Lachen von der CDU)

wer mit wem verhandelt und wer Ihnen damals zugestimmt hat. Selbst wenn es so war, dass Sie einen Teil der Verbände hinter sich hatten,

(Christina Schulze Föcking [CDU] und Bernhard Tenhumberg [CDU]: Alle!)

bleibt es doch ein falsches Gesetz, was aus Ihrem Hause kam und das Sie in den Anhörungen verteidigt haben gegen alle Kritik und gegen alle Voraussage, dass das eintritt, was Sie selbst in Ihrem Antrag beklagen, dass nämlich Kitas in eine finanzielle Englage kommen. Das ist das Ergebnis Ihres Gesetzes.

Ich kann nur sagen: Wir werden in den nächsten Wochen darüber beraten, wie die Form der Umsetzung in dem jetzt vorliegenden Gesetz in den Details, den Ansprüchen der Arbeit vor Ort entspricht. Wir gehen jetzt – wir im Parlament sind dran, und das sollten Sie als langjähriger Kollege wissen – in die Gespräche, in die Anhörungen mit Trägern, mit den Kommunen und werden es intensiv auch mit den Erzieherinnen und Eltern diskutieren.

Im Übrigen: Die jetzigen Signale, Herr Tenhumberg – jetzt hört er nicht zu; er stellt mir eine Frage, aber es interessiert ihn die Antwort nicht; auch das ist kein guter Stil –, aus der Kitalandschaft von allen Beteiligten zu unserem Überbrückungs- und Finanzierungsgesetz waren eindeutig positiv und zustimmend. Deshalb freue ich mich sehr auf die Beratungen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Asch. – Als nächster Redner für die Piratenfraktion ist Herr Kollege Wegner angekündigt.

Olaf Wegner (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Menschen am Stream und auf der Tribüne! Es ist zu begrüßen, dass Sie, liebe Landesregierung, die jährliche Steigerung der Kindpauschale nun für drei Jahre erhöhen wollen, abgesehen davon, dass dies seit Jahren längst überfällig ist und Sie jetzt endlich etwas umsetzen, was wir seit Anfang der Legislaturperiode immer wieder gefordert haben. Ich meine natürlich die Erhöhung, nicht die Befristung auf drei Jahre.

Nun, kurz vor dem Einläuten des Wahlkampfes, heben Sie die Kindpauschale für drei Jahre von 1,5 % auf 3 % an, jetzt, wo in unserem Land die freien Träger, Kirchen und Elterninitiativen wahrlich Sturm laufen für bessere Finanzierungsbedingungen, um weitere Kitaschließungen zu verhindern.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dabei wissen Sie, dass für viele Kitas die jährliche Erhöhung der Kindpauschale einfach zu spät kommt, da sie schon geschlossen wurden. Dann ist die Erhöhung auch nur bis zum Kindergartenjahr 2018/2019 befristet. Was ist denn nach den drei Jahren, liebe Landesregierung? Eine verschobene Aufgabe ist keine gelöste Aufgabe.

Nun soll zum kommenden Kindergartenjahr 2016/2017 die Erhöhung, die wir begrüßen, in Kraft treten. Aber reicht dafür die Zeit denn noch? Sehr wahrscheinlich doch nur, wenn die Abgeordneten auf einen Teil ihrer parlamentarischen Rechte verzich-

ten. Eine schöne Methode, Anträge möglichst kurzfristig einzureichen, um dadurch ausführliche Diskussionen und Debatten abzuwürgen.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dass Sie, liebe Landesregierung, im Gegensatz dazu viel Zeit ungenutzt verstreichen lassen können, das haben wir ja in den letzten Jahren festgestellt. So folgern die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP zu Recht in ihrem Antrag, dass sich die Erhöhung der Kindpauschale auf das Kindergartenjahr 2016/2017 kaum noch positiv auswirken kann, da die Kommunen und Träger ihre Planungen für das Jahr 2016/2017 bereits im März abgeschlossen haben.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Und warum, liebe Landesregierung, hat die Evaluation zur Auskömmlichkeit der Kindpauschalen nie stattgefunden, obwohl sie im Ursprungs-KiBiz, welches Sie so hart kritisiert haben, festgeschrieben war? Keine Zeit gehabt? – So hätte doch schon längst der offensichtliche Handlungsbedarf belegt werden können. Reichen die jährlichen 3 %? Stellt die jährliche Erhöhung der Kindpauschale um 3 % die Auskömmlichkeit wirklich sicher? Ohne eine Evaluation können wir diese Fragen nicht sicher beantworten, meine Damen und Herren.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir Piraten haben schon mehrfach gefordert, dass, wenn schon keine Evaluation stattfindet, die Erhöhung der Kindpauschalen an die Lohnentwicklung zu koppeln ist.

(Beifall von der CDU)

Wie dem auch sei, die Erhöhung der jährlichen Kindpauschale kommt für viele Kitas zu spät. Das ist allen Beteiligten klar, und ich hoffe auch Ihnen. Und dass die Befristung der Pauschale auf drei Jahre die Aufgabe einer gesicherten Finanzierung der Kitas nur verschiebt, ist auch klar. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN -Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wegner. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wir haben zwei Abstimmungen vorzunehmen, und zwar einmal über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/11844**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Alle fünf Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den Gesetzentwurf an diesen Ausschuss federführend sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** zu

überweisen. Wer stimmt dem so zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? Das war auch nicht zu erwarten. Es wurde einstimmig überwiesen.

Zweitens stimmen wir ab über die **Überweisung des Antrages Drucksache 16/11896**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung des Antrags an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Und auch hier haben sich alle fünf Fraktionen zwischenzeitlich darauf verständigt, auch den **Ausschuss für Kommunalpolitik** mit in die Arbeit einzubeziehen. Federführend bleibt der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Die abschließende Aussprache und Abstimmung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung im federführenden Ausschuss erfolgen. Wer stimmt diesem so vereinbarten Vorgehen zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall. Damit ist auch hier einstimmig so beschlossen.

Wir rufen auf:

3 Investitionen aus dem Europäischen Investitionsplan für Nordrhein-Westfalen erschließen – Landesregierung muss endlich handeln!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11899

Das fordert für die CDU-Fraktion zunächst Herr Kollege Wüst.

Hendrik Wüst (CDU): Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag von uns gibt Anlass, über das sogenannte Juncker-Programm zu sprechen. Nach dem EU-Kommissionspräsidenten benannt, soll mit diesem Programm ein Investitionsschub in der Europäischen Union in Höhe von 315 Milliarden ausgelöst werden, und zwar dadurch, dass man rund 21 Milliarden € in die Hand nimmt und damit Kreditrisiken abdeckt, Kreditrisiken für Investitionen, um Investitionslücken nach der Staatsfinanzkrise in Europa zu schließen.

Jetzt stellt sich die Frage: Was machen wir mit dieser Chance? Was machen wir hier in Nordrhein-Westfalen aus diesem Programm?

Die Landesregierung ist hoch eingestiegen. Die Ministerpräsidentin hat am 29. Januar 2015 an diesem Rednerpult gestanden und in der legendären Mega-Rede ausgeführt –

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

ich darf zitieren –:

Darüber hinaus hat Nordrhein-Westfalen auch für das sogenannte Juncker-Investitionspaket von ca. 315 Milliarden € für EU-Investitionsvorhaben

IKT-Projekte mit dem Schwerpunkt Breitband von 3,7 Milliarden € gemeldet.

„Hat gemeldet“ ist das korrekte Zitat. Nicht will, nicht wird, nicht erarbeitet, nicht plant, sondern hat gemeldet. Ich war baff erstaunt und schwer beeindruckt und der guten Zuversicht, dass es einen enormen Schub für die Breitbandinvestitionen gibt, die in Nordrhein-Westfalen so bitter nötig sind.

Laut Europäischer Investitionsbank, Stichtag 12. April 2016, sind bisher Ausgaben aus dem gesamten Juncker-Programm von 315 Milliarden € genehmigt in Höhe von 11,2 Milliarden, unterzeichnet 5,8 Milliarden, und für Deutschland in Summe genehmigt 900 Millionen €.

Da hat es uns schon etwas verwundert, dass der Chef der NRW.BANK im Haushaltsausschuss ausgeführt hat, dass es bisher keine tragfähigen Projekte gebe. – Vielleicht hat er etwas anderes gemeint, dann können Sie das gerne gleich aufklären. Sie haben zu Beginn des Jahres 2015 3,7 Milliarden € angekündigt, und jetzt, Mitte des Jahres 2016, gibt es bisher kein Projekt. Da kann man nur konstatieren: Das wirft Fragen auf.

Die erste Frage ist: Was ist aus den Ankündigungen von Investitionen in Breitband in Höhe von 3,7 Milliarden geworden, die die Ministerpräsidentin hier gemacht hat? Welche Projekte waren das? Wie ist der Stand? Warum gibt es bisher nichts zu vermelden durch den Chef der NRW.BANK? Wer hat was getan oder wer hat eben was nicht getan?

Es wäre interessant, auch einmal die Anmeldung, von der Frau Ministerpräsidentin gesprochen hat, dass sie erfolgt sei, zu bekommen und sie hier einmal zu diskutieren. Ich fordere Sie auf, uns diese zur Verfügung zu stellen, dem Parlament diese Anmeldung von Projekten zuzuleiten.

Die nächste Frage bezieht sich auf Ihre rote Null, die wir hier schon in anderen Zusammenhängen diskutiert haben. Das RWI konstatiert als einen der Gründe dafür, dass Nordrhein-Westfalen ein Null-Wirtschaftswachstum im letzten Jahr hatte, obwohl im Bundesdurchschnitt ein 1,7%iges Wachstum zu verzeichnen war, eine schleichende Deindustrialisierung durch Desinvestitionen. Also die Abschreibungen überschreiten die Investitionen bei Weitem. Die Investitionsquote im verarbeitenden Gewerbe ist in Nordrhein-Westfalen bei 14,7 %. Schlechter sind nur Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

Das wären Investitionen in die Realwirtschaft. Wir haben überall zu wenig Geld für Verkehrsinfrastruktur, Investitionen für Forschung und Entwicklung. Wir könnten uns alle tolle Sachen vorstellen, wenn dieses Land nur mehr Geld hätte.

In Summe ist es genau das: Investitionen in Realwirtschaft, Investitionen in Forschung und Entwicklung,

Investitionen in Verkehrsinfrastruktur. Das Ziel des Juncker-Pakets ist es, dass solche Investitionen gehoben werden. Solche Investitionen, die wir hier brauchen, sollen ermöglicht werden. Bei mir zuhause würde man sagen: Das passt wie Deckel auf Pott.

Dann stellt sich die Frage: Woran hapert es? Warum kommen wir da nicht weiter? – Die FDP vermutet, es gebe keine Ideen. Das will ich gar nicht glauben. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass es bei so vielen Ministern und bei so vielen tollen Menschen in der Ministerialverwaltung keine Ideen für Investitionen gibt. Ich will das auch gar nicht glauben; denn in anderen Ländern funktioniert es ja auch.

Gucken wir uns einmal die 900 Millionen €, die das Juncker-Paket bisher an deutschen Investitionen ermöglicht hat, genauer an:

- 250 Millionen € für ein PPP-Projekt bei der Autobahn A6 in Baden-Württemberg. Als ich das gesehen habe, habe ich gedacht: Mensch, vielleicht liegt es daran, dass die Art und Weise dieses Programms Ihnen nicht in den Kram passt, wenn als erstes, als größtes Projekt in Deutschland ein PPP-Projekt steht, was Sie ja augenscheinlich – auch nach Aussagen von Herrn Verkehrsminister Groschek – nicht wollen. PPP ist Ihnen suspekt, weil Unternehmen an der Finanzierung Geld verdienen. Bei Ihren Landesschulden verdienen die Banken, was nicht viel besser ist. Aber vielleicht liegt es auch an der Systematik. Dann können Sie dazu gleich etwas sagen.
- 150 Millionen € für vier Projekte der Landesbank Saar. Bei der Landesbank Saar ist man bestimmt auch fleißig und sehr kreativ. Aber wenn die es schaffen, 150 Millionen € aus dem Juncker-Paket zu unterstützen, dann muss uns doch bitte auch etwas einfallen.
- 105 Millionen € für die Stadtwerke Kiel. Stadtwerke haben wir hier auch, große und kleine. Warum gibt es das bei uns nicht?

Die Ministerpräsidentin hat mit der Wirkung der großen Zahl gespielt. Das musste in dieser Regierungserklärung sein, um den Eindruck zu erwecken, dass man bei der Industrialisierung jetzt vorankommt. 3,7 Milliarden € waren eine große Zahl. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass das ein Bluff war, eine Täuschung, vielleicht sogar eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit. Ich konnte mir das nicht vorstellen – bis zum Beweis des Gegenteils, der durch den Wirtschaftsminister angetreten wurde.

Als es um den NRW-Anteil an der Breitbandfinanzierung des Bundes ging, hat er nämlich schon einmal einen Bluff vorgeführt, als er den Königsteiner Schlüssel heranzog, um zu taxieren, welcher Anteil denn wohl auf uns entfallen würde. Auch da stand man unter Druck und brauchte eine große Zahl, um

Aktivitäten zu simulieren. Heraus kamen, Königsteiner-Schlüssel-basiert, 350 Millionen € Kofinanzierung. Pressegespräch; die Presse war baff; zwei Tage gute Presse.

Jetzt ist die erste Runde der Breitbandförderung des Bundes gelaufen. Real sind 30 Millionen € herausgekommen. Nach Königsteiner Schlüssel wären in dieser Runde fast 90 Millionen € möglich gewesen. Das ist kein Wunder; denn der Königsteiner Schlüssel ist hier überhaupt nicht einschlägig, sondern es geht im Grunde, vereinfacht dargestellt, nach dem Windhundprinzip.

Ich glaube, dass die Zeit vorbei ist, beim Thema „Breitband“, beim Thema „Digitalisierung“ mit großen Zahlen zu hantieren. Das Juncker-Programm gibt uns die Möglichkeit, auch große Taten folgen zu lassen. Ich bin sehr dafür, dass wir es hier in Nordrhein-Westfalen nutzen. Wir haben es bitter nötig. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wüst. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Müller-Witt.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag soll ein Zusammenhang zwischen den Wirtschaftszahlen des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 2015 und der aktuellen Nachfrage Nordrhein-Westfalens nach dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen, kurz EFSI, hergestellt werden.

Der angesprochene Fonds mit einem Volumen von insgesamt 21 Milliarden €, die sich aus 5 Milliarden €, die von der Europäischen Investitionsbank eingebracht werden, sowie 16 Milliarden €, die als Garantie bereitgestellt werden, zusammensetzen, soll über einen Hebeleffekt die bekannten 315 Milliarden € freisetzen und eine Investitionsoffensive auslösen.

Der Einsatz der EU-Garantie ermöglicht es der EIB, über ihre übliche Finanzierungspraxis hinaus riskantere Investitionen zu finanzieren, ohne ihre Bonitätsstufe AAA zu gefährden. Es geht hier also mitnichten um die Verteilung von Fördergeldern in Höhe von 315 Milliarden €, sondern in erster Linie um das Auslösen von Investitionen aufgrund der Übernahme von Garantien –

(Beifall von der SPD)

eine Maßnahme, die gerade bei Investitionen in einigen europäischen Staaten nicht unwichtig ist und zuvörderst auch für diese Länder gedacht ist.

Gleichzeitig haben sich Europäische Kommission, Europäisches Parlament und Vertreter der EU-

Staaten darauf geeinigt, dass das Forschungsprogramm Horizont 2020 um 2,2 Milliarden € zugunsten des neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen zu kürzen ist. Also bleiben tatsächlich zusätzliche Mittel in Höhe von 2,8 Milliarden € – und hierbei ist noch nicht der Effekt berücksichtigt, den die Kürzung des genannten Forschungsrahmenprogramms bewirken könnte.

EFSI selbst stellt also keine nennenswerten zusätzlichen Finanzierungsmittel bereit, sondern bietet in erster Linie eine Rückabsicherung für Investitionen in Projekte mit einem höheren Risikoprofil. Etwaige Zahlungsausfälle sollen durch EU-Garantiefonds abgedeckt werden, die ebenfalls unter diese Verordnung fallen.

Dabei ist für den Einsatz aller EFSI-Instrumente entscheidend, dass die Gruppe der Europäischen Investitionsbank, bestehend aus der Europäischen Investitionsbank und dem Europäischen Investitionsfonds, unter deren Dach EFSI angesiedelt ist, nicht für höher eingegangene Risiken haftet als die übrigen Finanzierungsbeteiligten. Private und öffentliche Finanzierungspartner müssen die gleichen höheren Risiken eingehen, ohne von einer Absicherung durch die EU-Garantien zu profitieren.

Die angesprochene Investitionsinitiative soll also – das hat Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Laschet, offensichtlich überhaupt nicht verstanden –

(Beifall von Michael Hübner [SPD] – Widerspruch von der CDU)

mithilfe von Garantien in Höhe von 16 Milliarden € und 5 Milliarden € Investitionsmitteln angestoßen werden. Der Scheinriese, die vermeintlichen 315 Milliarden €, die Herr Laschet laut „DIE WELT“ vom 4. Mai 2016 durch die NRW-Landesregierung abgerufen sehen möchte, sind lediglich ein mit dem Faktor 15 gerechneter Wert der Folgeinvestitionen, die aus diesen 21 Milliarden € initiiert werden sollen. Auch das muss man sich einmal vor Augen halten. Hier immer von 315 Milliarden € zu sprechen, die in einem wundersamen Topf in der EU zur Verfügung ständen, und zu sagen, da müsse man nur zugreifen, ist wirklich irreführend.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Allerdings kann EFSI auf ein breites Spektrum von Finanzierungsinstrumenten zurückgreifen, um je nach Art des Investitionsprojektes die passende Finanzierung anzubieten. Hierzu zählen aber auch Fremdfinanzierungsinstrumente, Garantien, Eigenkapitalinstrumente, Instrumente zur Bonitätsverbesserung oder Risikokapital.

Es werden insbesondere Projekte in den strategischen Bereichen Infrastruktur und Innovation, die wirtschaftlich tragfähig sind und einen europäischen Mehrwert haben, entsprechend gefördert, daher

auch die berechtigte Überlegung der Landesregierung, den Breitbandausbau für diese Initiative in Betracht zu ziehen.

Ziel von EFSI ist es, dass der Fonds privates Kapital für Investitionen mobilisiert. Eine Finanzierung öffentlicher Investitionsvorhaben ohne private Beteiligung ist durch den EFSI nicht vorgesehen.

Im vergangenen Jahr hat NRW Projekte für EFSI identifiziert und angemeldet, aber erst Ende 2015 standen sämtliche Vorgaben der EU für das Programm fest. Im Januar 2016 nahm das Expertengremium zur Bewertung der Anträge seine Arbeit auf. Das ist noch nicht allzu lange her. Und außerdem wurde mit der Verabschiedung der letzten Förderrichtlinien auch der regionale Schwerpunkt deutlich. Und dieser liegt nicht in Nordwesteuropa. Der Vorwurf, zu zögerlich gewesen zu sein, trifft in keinerlei Weise zu. Die Landesregierung bzw. die NRW.BANK haben im Gegenteil alles unternommen, um möglichst früh am Start zu sein.

EFSI ist ein weiterer Versuch der EU, der ohne Zweifel bestehenden anhaltenden europäischen Investitionsschwäche zu begegnen, aber unter Berücksichtigung weiterer Parameter, und die treffen uns hier nicht.

Wenn wir uns zudem in der gegenwärtigen Niedrigzinsphase die in Deutschland, in NRW herrschenden Voraussetzungen anschauen, so sind unsere Förder- und Bürgschaftsbanken gut gerated. Deshalb bestehen im Gegensatz zu Staaten mit einer anderen Risikostruktur hier leider geringere Chancen, am EFSI zu partizipieren. Das wurde auch im Ausschuss der Regionen in Brüssel betont, der erst kürzlich über den aktuellen Stand von EFSI informierte.

Der Europäische Fonds Strategische Investitionen soll als Motor einer Investitionsoffensive in Europa in Fällen von Marktversagen wirksam werden, um Marktmechanismen anzustoßen und private Investitionen zu mobilisieren. Und Marktversagen wollen Sie einem Land wie Nordrhein-Westfalen doch wohl nicht unterstellen?

Die Fondsmittel sollen in einem solchen Fall in strategische Investitionen in Schlüsselbereiche wie Infrastruktur, Bildung, Forschung und Innovation fließen und als Risikokapital für kleine Unternehmen auch dienen. Dabei sollen sowohl institutionelle Anleger innerhalb als auch außerhalb Europas angesprochen werden wie auch Projektträger von Infrastrukturprojekten sowie von Innovation in Schlüsselregionen, aber auch KMUs mit bis zu 3.000 Beschäftigten.

Allerdings ist jetzt schon festzustellen, dass in einigen Ländern die mangelnden Verwaltungskapazitäten und die fehlende Erfahrung, insbesondere im Hinblick auf die Finanzkonstruktion von PPP-Projekten, zu einem geringeren Leverage-Effekt der erforderlichen privaten Investitionen führen werden.

In den letzten Veröffentlichungen des Europäischen Investmentfonds, Ende März nachzulesen, wird deutlich, in welchem Umfang sich die Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalen an dieser Initiative beteiligen möchten. Des Weiteren wird sich mein Kollege Sundermann noch mit Ihrem Antrag auseinandersetzen. Ich kann allerdings jetzt schon empfehlen, Ihrem Antrag nicht zuzustimmen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Müller-Witt. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Dr. Beisheim.

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte gehofft, dass die Kollegen der CDU die Debatte im letzten Plenum über die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen genutzt hätten, denn der Kollege Laschet hatte nach seinem rhetorischen Ausflug auf den Mond angekündigt – ich denke, der eine oder die andere wird sich erinnern –, eine schonungslose Analyse zu liefern.

Aber zu einer solchen seriösen Auseinandersetzung, die ich hier wieder an dieser Stelle vermissen – das muss ich so sehen –, gehört auch, dass wir differenzierte Betrachtungen heranziehen, um sich ernsthaft miteinander unterhalten zu können, welche Maßnahmen tatsächlich notwendig sind, um im Rahmen der Energiewende, des Strukturwandels und der Digitalisierung tatsächlich nach vorne zu kommen. Dazu liefert dieser Antrag wiederum keinen Beitrag.

Auch in anderen Regionen, die nicht erst seit ein paar Jahren in der Wirtschaftskraft vor Nordrhein-Westfalen liegen, die aber auch nicht einen so immensen Umbruch wie unseren Strukturwandel zu bewältigen hatten, hat man zu Recht erkannt, dass eine zu starke Ausrichtung auf klassische Wirtschaftsbranchen wie den Werkzeug- und Maschinenbau, die Energiewirtschaft sowie die Automobilindustrie für jeden Wirtschaftsstandort gefährlich sein kann.

Denn – da sind wir uns, denke ich, einig – Zukunftsfelder und Hightechfelder liegen auch nach Studien des Fraunhofer-Instituts in Bereichen wie neue Materialien, Optik, Sensorik, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik oder auch in anderen wichtigen Bausteinen – alles wichtige Bausteine der Leitmarkt- und Innovationsstrategie dieser Landesregierung. Insofern sind wir hier auf einem guten Weg.

Auch die Industrie- und Handelskammer hat 2014 zur Innovationsstrategie des Landes richtig bemerkt – ich zitiere –:

„Die Innovationsstrategie setzt mit ihrem Bekanntheit zur Industrie den richtigen Hebel an.“

– Bezogen – Herr Wüst, hören Sie jetzt vielleicht einmal kurz zu – auf den Strukturwandel, den Sie manchmal etwas belächeln:

„Da sich der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren fortsetzen und weitere Branchen erfassen wird, bleibt die Notwendigkeit bestehen, mit Forschung und Entwicklung auf den Wandel zu reagieren und neue Wachstumsfelder zu erschließen.“

Genau dieses ist Aufgabe der Landesregierung. Und wir als rot-grüne Fraktion sind dem auch nachgekommen.

Denn bei allen notwendigen politischen Unterstützungen muss man auch eines immer klar sehen: Politik löst die Innovation nicht wirklich aus, sondern die Unternehmen müssen es unternehmerisch umsetzen. Und dabei können wir sie unterstützen. Wir können die Prozesse moderieren, wir können sensibilisieren, und wir können im Zusammenspiel mit den Vertretern der Unternehmen und den Gewerkschaften gemeinsam zu den richtigen Weichenstellungen beitragen.

Deshalb schaut man – das ist vielleicht für einige auch verwunderlich – mittlerweile aus Baden-Württemberg Richtung Nordrhein-Westfalen, und das sehr intensiv, und zwar genau auf eine Region, auf die Metropolregion Rhein-Ruhr, um zu erkennen, wie man sich im Wettbewerb um die zukünftige Führerschaft in den Zukunftsbranchen richtig aufstellen kann.

Wir sind unterwegs in diesen Hightechfeldern; wir sind breiter aufgestellt als früher. Das ist meiner Meinung nach genau der Punkt, an dem wir weitermachen müssen, und das wird letzten Endes zum Erfolg führen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie dagegen wollen die Unternehmen quasi in eine Kapsel einpacken und sie vor jedem äußeren Einfluss beschützen.

Wir hingegen wollen, dass die Wirtschaft in die Lage versetzt wird, sich auf neue Herausforderungen vorzubereiten und sie aktiv zu unterstützen.

Genau das geschieht in Baden-Württemberg, obwohl Baden-Württemberg viel weiter vorne ist – das wird auch noch länger der Fall sein –, was die Wirtschaftskraft betrifft. Aber auch dort muss man sich auf den anstehenden Wandel vorbereiten, der sicherlich vor allem durch die Digitalisierung vorangetrieben wird.

Ich möchte noch einmal auf Ihren Antrag zurückkommen. Vielleicht wäre es gut gewesen, Sie hätten sich im Vorfeld zunächst bei Ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern kundig gemacht. Dann wüssten Sie nämlich, dass bundesweit bislang kaum Projekte unterzeichnet wurden und dass sich

die Begeisterung der anderen Landesregierungen in Grenzen hält. Das gilt auch für das gelobte Land Bayern, das wir so häufig als leuchtendes Beispiel von Ihnen vorgeführt bekommen: Auch dort hält sich das Interesse am Europäischen Investitionsfonds in Grenzen.

Über einige Fakten ist bereits berichtet worden; aber lassen Sie mich noch ein paar vertiefende Gedanken ausführen. – Bei der Vorstellung des Investitionsfonds Ende 2014 und in den Debatten darüber Anfang 2015 hatte auch ich gedacht: Ja, jetzt ist die EU auf dem richtigen Weg; sie denkt in die richtige Richtung – weg von der reinen Sparpolitik, hin zu einem Fokus auf Investitionen.

Bei der näheren Analyse entpuppte sich das Ganze jedoch nicht als reiner Investitionszuschuss, sondern es ist ein ziemlich komplexes Gebilde mit einer Garantiesumme – Frau Müller-Witt hat es ja auch schon gesagt – von 21 Milliarden €, und die sind zudem nur zur Hälfte mit Haushaltsmitteln hinterlegt. Vor allem werden sie zur Risikoübernahme verwendet.

Also – ich hoffe, meine Zahl stimmt – sind es reale 13 Milliarden €, und am Ende sollen daraus 315 Milliarden € an Investitionen generiert werden. Das wurde und wird angezweifelt. Ich will zwar nicht so weit gehen, aber gelegentlich war schon die Rede von einem „Voodoo-Plan“ des Herrn Juncker. Schließlich muss man sehen: Da ist ein Hebel mit einem Faktor von 25 zugrunde gelegt. Man muss abwarten, ob das tatsächlich so umsetzbar sein wird.

Komplizierter wird das Gebilde auch dadurch, dass die Förderprogramme wie „Horizon“ zugunsten des Juncker-Plans gekürzt wurden, aber letzten Endes damit auch verwoben werden sollten. Zurzeit gibt es deutschlandweit vier unterzeichnete Projekte, darunter keines aus dem Bereich „Breitbandausbau“.

Das ist eine Zahl, die darauf hindeutet, dass die Finanzierungsstrukturen vielleicht doch nicht so attraktiv sind. Denn vor dem Hintergrund der akuten Geldschwemme auf dem Kreditmarkt spricht hinsichtlich der Finanzierung denkbarer Projekte einiges dafür, dass die Inanspruchnahme zinsgünstiger Kreditangebote vielleicht die bessere Alternative ist.

Ein weiterer Grund könnte darin bestehen, dass die Risikoabsicherung sich nicht auf alle Investorenteile bezieht. Daher ist bei allen förderfähigen Projekten immer zu prüfen, ob nicht anderweitige Unterstützungsmöglichkeiten vorhanden sind. Genau dafür gibt es die Fachleute der NRW.BANK. Ich bin mir sicher, dass das bei den angemeldeten Projekten bereits getan wird und dass man am Ende auch Projekte aus Nordrhein-Westfalen identifizieren wird, für die dieser europäische Fonds die optimale Finanzierung darstellt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen. Ich bin zwar erst seit 2012 in diesem Landtag, aber eines weiß ich schon. Das adressiere ich direkt in Richtung von Herrn Optendrenk, der ja im Haushalts- und Finanzausschuss diese Fragestellung aufgeworfen hat. Sie haben einige Fragen zu diesem Thema gestellt, aber Sie haben wahrscheinlich die Antworten nicht richtig verstanden.

Das nächste Mal könnten Sie ja noch etwas aktiver fragen, wenn Sie ein Investitionsfondsgebilde nicht verstehen. Darüber hinaus gibt es auch das Mittel der Kleinen Anfrage. So viel als Rat fürs nächste Mal. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Dr. Beisheim. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen geschwächt ist, wissen wir nicht erst seit den Meldungen zur Stagnation aus den vergangenen Wochen. Dass Nordrhein-Westfalen allerdings mit großem Abstand Tabellenletzter ist, war dann doch im negativen Sinne eine deutliche Überraschung.

Dennoch haben wir auch in der Debatte über das Nullwachstum, so wie jetzt gerade auch wieder, von Rot-Grün wieder nur Ausflüchte, Beschwichtigungen und Entschuldigungen vernommen und gehört, was alles nicht geht in diesem Land. – Die historisch gewachsenen Strukturen des Landes sind schuld. Die Weltwirtschaft ist schuld. Die Sanktionen gegen Russland sind schuld. Die Energiepolitik des Bundes ist schuld. Das Programm ist nicht attraktiv genug gestaltet.

(Zuruf von der SPD: Meine Fresse!)

Das sind alles nur externe Gründe, warum es nicht geht.

Dann hörten wir zu unserer Überraschung aus der SPD-Fraktion auch noch die steile These, die Stagnation sei eine großartige Leistung der rot-grünen Koalition gewesen.

(Zurufe von der SPD)

Den Kollegen Hübner hat man deswegen, obwohl er dort drüben sitzt, heute wohl extra aus dem Spiel genommen.

Was wir jedoch nicht vernommen haben, waren Ideen und Konzepte für die Befreiung aus dieser Stagnation. Für den gestalterischen Anspruch einer Landesregierung ist eine solche Politik von null Bock und null Ideen ehrlich gesagt ein Armutszeugnis.

(Beifall von der FDP)

Herr Wirtschaftsminister Duin hatte mit einer seiner ersten Amtshandlungen 2012 den jährlichen Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen abgeschafft. Heute wissen wir, was die Intention dahinter gewesen sein wird; denn Konjunkturberichte sind bei rot-grünen Landesregierungen ebenso beliebt wie blaue Briefe bei den Schülerinnen und Schülern. Dass die Ministerpräsidentin nun als einzige Antwort auf die Stagnation einen solchen Bericht für den Herbst ankündigt, ist vor diesem Hintergrund wirklich ein Treppenwitz.

(Beifall von der FDP)

Nun aber hat der Wirtschaftsminister offenbar erkannt, dass vielleicht doch ein wenig mehr Engagement notwendig ist, um endlich Impulse für mehr Wachstum und mehr Wohlstand in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Seine industriepolitischen Leitlinien sind dafür zumindest schon einmal ein interessanter Wortbeitrag. Herr Minister, das erkennen wir auch ausdrücklich an.

Aber gegen die Stagnation helfen Worte alleine nicht und schon gar nicht, wenn es sich bei den Worten um eine unabgestimmte Einzelmeinung eines Ministers handelt und das nicht die Position der Landesregierung ist und diese Position auch noch am gleichen Tag von der grünen Verhinderungspartei konterkariert wird.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen braucht endlich Taten. Erst vor wenigen Tagen haben wir von der FDP-Fraktion ein in Auftrag gegebenes Gutachten des RWI zum Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen erhalten. Dieses hat einmal mehr gezeigt, dass die ständigen Entschuldigungen und Beschwichtigungen von SPD und Grünen nicht überzeugen können.

(Beifall von der FDP)

Dass etwa die Investitionen der Industrieunternehmen in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren deutlich anstiegen, während sie in Nordrhein-Westfalen gefallen sind, lässt sich beim besten Willen nicht mehr mit der Weltwirtschaft oder Russland-Sanktionen erklären, meine Damen und Herren. Denn auch Baden-Württemberg ist von der globalen Konjunktur abhängig und auch für die Unternehmen aus Niedersachsen gelten die Russland-Sanktionen.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen deuten vielmehr auf eine bewusste Investitionsentscheidung gegen Nordrhein-Westfalen hin. Hier muss endlich gegengesteuert werden.

(Beifall von der FDP)

Das Gutachten hat gezeigt, dass das Investitionsklima in Nordrhein-Westfalen dringend verbessert werden muss und dass das Land mehr in die Zukunft

investieren muss, in Infrastruktur, in Bildung, in Forschung und Entwicklung.

Erst gestern haben wir hier einen konkreten Vorschlag vorgebracht, wie wir Investitionsmittel für Infrastruktur und Forschung generieren können.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Ja, stimmt, der Vorschlag ist von gestern! – Beifall von der SPD)

– Nein, der Vorschlag ist gestern von Ihrer Fraktion wieder einmal abgelehnt worden. Leider hat unser Vorschlag nämlich keine Mehrheit gefunden, dass die Mittel des Bundes für Zukunftsinvestitionen verwendet werden, anstatt das Elektrozeitsauto von Gutverdienern zu subventionieren.

(Beifall von der FDP)

Herr Kollege Abel, das war Ihre Fraktion, die diese Position hier mitgetragen hat. Während Sie das in Berlin mitkrisiert haben, haben Sie hier die Hand für Subventionen und gegen Investitionen in Forschung und Entwicklung gehoben.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: So ist das!)

Auch die CDU-Fraktion, meine Damen und Herren, hat im vorliegenden Antrag einen aus unserer Sicht sinnvollen Vorschlag gemacht, wie Anreize für Investitionen in Nordrhein-Westfalen geschaffen werden können. Aber was kam da auch wieder von der Opposition? – Nur: Das Programm ist überbewertet. Das ist alles viel zu schwierig. Die anderen, die schon viel weiter sind als wir, nutzen das nicht.

Ja, das ist dann doch gerade unsere Chance, meine Damen und Herren,

(Beifall von der FDP und der CDU)

dass wir dieses Programm hier nutzen und einsetzen, um Nordrhein-Westfalen endlich von diesem Abstiegsplatz wegzuführen. Denn die zum Teil falsche Prioritätensetzung beim EFRE-Programm, bei dem zum Beispiel der dringend notwendige Breitbandausbau als Förderachse hätte aufgenommen werden müssen, steht jetzt auch im sogenannten Juncker-Investitionspaket als Handlungsbedarf zur Verfügung.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Müller-Witt?

Dietmar Brockes* (FDP): Ja, gerne doch.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett von Ihnen. – Bitte, Frau Müller-Witt.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Brockes, haben Sie sich einmal die Richtlinien und die Vorgaben des Programms durchgelesen?

(Heiterkeit)

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Ja.

(Beifall von der FDP – Heiterkeit)

Danke für die Zwischenfrage. Das war ja mal eine nette Zwischenfrage.

(Michael Hübner [SPD]: Ihr Vortrag passt jetzt nicht dazu!)

Deshalb, liebe Frau Kollegin Müller-Witt, ist es notwendig, das jetzt endlich frühzeitig anzugehen, auch wenn das komplex und schwierig für Sie erscheint. Lassen Sie uns das angehen und versuchen umzusetzen! Denn wir brauchen diese Investitionen, um endlich aus dem Dilemma herauszukommen.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Meine Damen und Herren, deshalb lassen Sie mich zum Abschluss noch eines sagen. Wir finden den Antrag der CDU-Kollegen gut und unterstützen ihn.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Aber in der Ergänzung steht auch in dem Juncker-Investitionspaket, dass bestehende Investitionshindernisse abgebaut werden müssen. Auch darüber haben wir gestern schon wieder eine Debatte geführt. Herr Kollege Abel, da war es unser Antrag zum Landesentwicklungsplan, der dringend überarbeitet werden muss,

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Ich dachte, zum Wolf!)

der nur Investitionshemmnisse enthält.

(Michael Hübner [SPD]: Haben Sie den denn gelesen?)

Auf 34 Seiten haben die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern Ihnen deutlich gemacht, dass der zweite Entwurf schlecht für dieses Land ist, dass er Investitionen verhindert. Deshalb müssen solche Hemmnisse auch endlich abgebaut werden. Dafür werden wir weiter kämpfen und weitere Anträge einbringen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Brockes. – Nun spricht für die Piratenfraktion Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kolle-

gen! Liebe Zuschauer! Europa insgesamt ist wirtschaftlich in der Tat in einer ernsten Lage. Die wirtschaftliche Entwicklung in der EU driftet immer weiter auseinander. Das Spardiktat für den Süden Europas, dessen verheerende Wirkung mittlerweile von nahezu allen demokratischen Parteien im Europaparlament eingestanden wird, hat den Keil noch tiefer in den Riss quer durch die EU geschlagen.

Vor diesem Hintergrund hat die damals neue Juncker-Kommission den Europäischen Fonds für strategische Investitionen mit einem Gesamtvolumen von 315 Milliarden € ins Leben gerufen. Ziel ist es, Investitionen in die Zukunft europäisch zu koordinieren und somit zum Abbau der vielerorts in der Tat eklatanten Investitionslücken beizutragen.

Kommen wir zum vorliegenden Antrag der Unionsfraktion! Herr Wüst, Ihre Fraktion hat völlig recht, wenn sie davon spricht, dass NRW in Sachen Investitionsquote schlecht dasteht. Es gibt hohe Bedarfe, innovative und zukunftsorientierte Investitionen in unserem Land zu tätigen.

Zukunftsorientiert, das heißt für uns Piraten auch: mit dem Blick auf die jungen Menschen, die bei uns leben, die Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden, Studierenden, Kreativen und Startup-Gründer.

Doch – das sage ich insbesondere an die Adresse Ihrer Fraktion, Herr Wüst – der Juncker-Fonds ist kein investitionsbeflügelndes Allheilmittel. Erstens erreicht die Kommission das 315-Milliarden-Finanzvolumen nur mit – ich sage mal – überaus kreativen Rechenkünsten, die durchaus in das Feld der Esoterik fallen können, denn der Großteil des EU-Geldes sind Umbuchungen und Garantien, die durch private Investitionen mit 1:15 gehebelt werden sollen. Es war ja gerade schon die Rede von den 21 Milliarden. Lediglich 5 Milliarden werden über die Europäische Investitionsbank als neues Fördermittel zur Verfügung gestellt.

Zweitens: Deutschland – das muss einmal gesagt werden – wird seiner eigenen Verantwortung als wirtschaftlich stärkstes EU-Land kaum gerecht. Deutschland beteiligt sich nicht aktiv am Juncker-Fonds, sondern schießt lediglich Projektfördergeld indirekt über die KfW zu. Das ist keine Förderung für die innereuropäischen Wirtschaftsverknüpfungen.

Der EU-Investitionsfonds soll Investitionsrisiken mindern und so die Investitionsdynamik wieder ankurbeln. Er darf privaten Investoren aber keine risikolosen Gewinne zuschanzen, wie das in Deutschland bei teuren und gescheiterten ÖPP-Projekten der Fall war und ist. Vielmehr müssen privaten Gewinnen auch entsprechende private Risiken gegenüberstehen und Mitnameeffekte ausgeschlossen werden.

Daher drittens: Der Investitionsfonds darf nicht dazu missbraucht werden, privaten Investoren risikolose

Gewinne zuzuspielen. Wir haben in Deutschland einen long train of nonsense, eine lange Liste gescheiterter ÖPP-Projekte, die letztlich den Steuerzahlern teuer zu stehen gekommen ist! Bei den übernommenen Investitionsrisiken brauchen wir eine angemessene Verzinsung bzw. Gewinnbeteiligung für das Gemeinwesen und kein verstecktes Outsourcing von hoheitlichen Staatsaufgaben.

Der Juncker-Plan ist also nicht die eine Wunderwaffe gegen Investitionsstau, sondern ein Förderinstrument, bei dem es auf die Qualität und die Ausgestaltung der Investitionen ankommt. Aber man kann tatsächlich etwas daraus machen.

Schauen wir einmal nach Frankreich. In Nord-Pas de Calais wird mithilfe des Europäischen Investitionsfonds eine halbe Million Haushalte mit superschnellem Glasfaseranschluss ausgestattet, übrigens nach dem besten denkbaren Modell: Die Kommunen bauen die Infrastruktur und vermieten sie an Telekommunikationsfirmen. Das finden wir Piratenklasse.

(Beifall von den PIRATEN)

Gibt es vergleichbare Projekte aus dem Investitionsfonds in NRW? – Fehlanzeige! Gleichwohl kann ich eine gewisse Skepsis verstehen. Herr Wirtschaftsminister Duin hat nun nach vier Jahren Regierungszeit am Dienstag ein Debattenpapier vorgelegt. Die Betonung liegt hier auf „Debatte“, denn das Papier bietet vor allem Lyrik. Die Chance, dass sich daraus ein spürbarer Impuls für die Menschen im Land ergibt, ist gleich null.

Und die Erfolglosigkeit der Landesregierung beim Einwerben von Investitionsmitteln wird immer deutlicher. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass Nordrhein-Westfalen die rote Laterne im Bundesländervergleich der Investitionsquoten trägt.

Das letzte Beispiel ist ja nur wenige Wochen alt. Da wurde die erste Förderbescheidung des Bundesförderprogramms Breitbandausbau an die Kommunen übergeben. Auch hier gehört unser Bundesland leider zu den Verlierern, und zwar dann, wenn man die Zahlen auf die Einwohnerzahl umrechnet. Gerade einmal 2 % der Haushalte werden davon profitieren. Dabei müssten wir zweistellige Ausbauzahlen erreichen, um bis 2018 alle Haushalte an ein 50-MBit-Netz anzuschließen. Das sind nur noch eineinhalb Jahre. Und man braucht auch keine prophetische Gabe, um zu sagen: Mit dem bisherigen Engagement wird man das Breitbandausbauziel bis 2018 nicht halten können.

Aber es geht nicht immer nur um öffentliche Investitionen. Wir sagen: Auch mit einer besseren Netzpolitik ließen sich Unternehmensinvestitionen steigern. Nach Angaben einer Studie des BDI gehen nur 4,3 % der Unternehmensinvestitionen in die Digitalisierung.

Hier ist also noch ein enormes Ausbaupotenzial vorhanden. Aber dazu müsste die Landesregierung erst einmal den Kompetenzwirrwarr ordnen. Ich sage es noch einmal, denn eine gewisse Redundanz erhöht ja die Verständlichkeit: Sinn und Zweck einer unserer führenden Anträge war ja einmal die Forderung nach einem koordinierenden digitalen Innovationszukunftsinternetministerium.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat in ihrer Regierungserklärung im letzten Jahr 3,7 Milliarden € Investitionen aus dem Juncker-Fonds für NRW versprochen. Warum, wenn man da skeptisch ist? Wir halten diese Größenordnung für eine Luftbuchung. Aber die Suppe hat die Landesregierung selbst auszulöffeln.

Eines ist aber auch klar: Dieser CDU-Antrag darf kein Einfallstor für zwielichtige ÖPP-Projekte werden. Daher können wir diesem Antrag bei aller grundsätzlichen Sympathie für mehr Investitionen nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Duin das Wort.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ein sehr ernst gemeinter Dank an Herrn Wüst, diese Debatte nicht auf dem Rücken des Vorstandsvorsitzenden der NRW.BANK zu führen, wie es ursprünglich den Anschein hatte, sondern sich im parlamentarischen und damit politischen Raum zu bewegen. Anders als Herr Brockes, der nur seine Standard-PM von letzter Woche vorgelesen hat, hat Herr Wüst auch tatsächlich zu dem Antrag Stellung genommen und sich die einzelnen Dinge durchgelesen.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Von Herrn Brockes haben wir ein überzeugtes „Ja“ gehört, aber bei Herrn Wüst hatte man den Eindruck, er weiß tatsächlich, um welche Themen es hier geht.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]:
Sehr schwach und langweilig!

– Dann gehen Sie doch! Sie vermisst hier niemand. Wenn Sie gehen, vermisst Sie hier niemand.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Wenn Ihnen bei politischen Debatten langweilig ist, es hält Sie niemand auf.

(Zurufe von der FDP)

Wichtigste Feststellung in dieser Debatte, von den meisten Rednern auch noch einmal herausgearbeitet, für die Bürgerinnen und Bürger, die uns zuhören, für die Presse: Es gibt kein 315-Milliarden-Förderprogramm, wo man irgendetwas abholen kann.

(Beifall von der SPD und Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

Es gibt noch nicht einmal im Haushalt, aber insgesamt geplant 21 Milliarden €, die eine 15-fache Hebelwirkung entfalten sollen. Es ist schon kommentiert worden, wie man so etwas finden kann, aber trotzdem.

Gedacht ist das Ganze als Belebung der wirtschaftlichen Situation in ganz Europa, aber natürlich – Frau Müller-Witt hat bereits darauf hingewiesen – nicht in den am weitesten entwickelten Ländern, sondern insbesondere in den südeuropäischen Ländern oder auch in Gegenden beispielsweise von Großbritannien und anderen Regionen Europas, in denen das Wirtschaftsgeschehen in den letzten Jahren zu dramatischen Verwerfungen – Stichwort: Jugendarbeitslosigkeit 25 % und mehr – geführt hat. Dafür ist dieses Programm, der sogenannte Juncker-Plan, gedacht.

Was ist der Unterschied zwischen vielen Ländern in der Europäischen Union und uns? – Fahren Sie beispielsweise mal nach Griechenland und schauen Sie sich dortigen Strukturen an! Dort gibt es keine Institution, die mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau in der Bundesrepublik Deutschland vergleichbar wäre. Es gibt auch keine Institution, die mit dem vergleichbar wäre, was wir als NRW.BANK haben. Also, es gibt dort überhaupt niemanden, der auch mit öffentlicher Unterstützung entweder zinsverbilligte Darlehen geben oder Haftungsfreistellungen organisieren kann. Eine Institution wie die NRW-Bürgschaftsbank ist natürlich in den meisten dieser südeuropäischen Länder gänzlich unbekannt.

Das heißt, hier wird vonseiten der Europäischen Union ein Instrument geschaffen, das es in Deutschland und speziell in Nordrhein-Westfalen schon seit vielen Jahrzehnten sehr erfolgreich gibt. Auch das muss man noch einmal in Erinnerung rufen.

Ich will das an einem Beispiel noch einmal deutlich machen, damit alle auch wissen, wo da der Unterschied ist.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Wüst zulassen?

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Vielleicht später. Ich will das erst einmal im Zusammenhang erläutern.

Das Beispiel ist Folgendes: Die EIB, bei der dafür die Zuständigkeit liegt, hat im April eine Vereinbarung mit Großbritannien über die Förderkredite des sozialen Wohnungsbaus mit 1 Milliarde € abgeschlossen. Da kann man nur sagen: Klar, Großbritannien steht nach den Verwerfungen der Finanzmarktkrise durchaus vor großen Herausforderungen, hat auch gesellschaftlich starke Tendenzen hin zur Armut in breiten Bevölkerungsteilen. Und sich dann das Thema „Wohnungsbau“ herauszunehmen, macht total Sinn. Eine Milliarde dann dafür auszulösen und in dem Bereich zu investieren – einverstanden!

Für ganz Großbritannien 1 Milliarde! – Das werden wir allein mit der NRW.BANK nur in diesem Jahr schon schaffen, und zwar genau in diesem Bereich, im sozialen Wohnungsbau. Also brauche ich kein EIB, wenn ich die NRW.BANK und deren Struktur habe, um zum Beispiel im sozialen Wohnungsbau eine solche Investition auszulösen. Das können wir mit eigenen Mitteln unbürokratischer und erfolgversprechender direkt machen. Das ist so ein Beispiel, anhand dessen man sich das noch einmal genau vor Augen führen muss.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und natürlich – das hat Herr Neuhaus in dem entsprechenden Ausschuss ja auch noch einmal deutlich hervorgehoben – hat die NRW.BANK von Anfang an, weil sie den Hut dafür – auch für andere – aufgesetzt bekommen hat, sehr intensiv geprüft, welche Möglichkeiten es gibt. Da gab es eine Ursprungsliste, in der alle alles, was Ihnen vor Augen geschwebt hat, anmelden konnten.

Sie erinnern sich auch, Herr Wüst: Auf der ersten Liste stand das Polizeipräsidium in Aachen. Da waren sehr viele Projekte. Und das, was die Ministerpräsidentin erwähnt hat, war, dass aus der Wirtschaft heraus, aus NRW heraus, das angemeldet worden war, was an Volumen nicht frei erfunden, sondern aus der MICUS-Studie abgeleitet – da ist von 3,4 Milliarden € die Rede – und dort ebenfalls in diese Ideen eingespeist worden ist.

Wenn man sich das im Detail anschaut, geht es da auch nicht um den einen Big Bang, sondern auch da – das erleben wir gerade bei den Förderprogrammen zum Thema „Breitband“ – geht es doch darum, das regional, in dem Fall also auf Kreisebene, auf kommunaler Ebene, wieder herunterzubrechen. Da sagt die EIB aber – ich komme gleich noch einmal auf die Beispiele, die in Deutschland bisher diskutiert worden sind –, dass Infrastrukturmaßnahmen unterhalb von 200 Millionen € gar nicht zugelassen werden sollen.

Wenn wir uns dann diese Dimension anschauen, wenn Breitbandausbau mit einer NGA-Strategie im Kreis Euskirchen dafür ansteht, dann ist es eben viel klüger, sich in Berlin um Geld zu bewerben, sich sicher sein zu können, dass Nordrhein-Westfalen die

40 % Kofinanzierung übernimmt, anstatt sich mit denen in Brüssel bzw. in Luxemburg herumzuschlagen, um darüber auch noch irgendeine Krücke zu finden. Man ist viel schneller und effektiver am Ziel, wenn man die deutschen und nordrhein-westfälischen vorhandenen Mittel in Anspruch nimmt, als über diesen Umweg zu gehen.

(Beifall von der SPD)

Das ist ein klares Beispiel dafür, woran es liegt, dass Dinge sich am Ende im EFSI vielleicht noch wiederfinden.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, ...

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Jetzt bin ich gerne bereit.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Unermüdlich hat Herr Wüst einen weiteren Versuch unternommen, eine Frage stellen zu dürfen. Ich denke, die lassen Sie jetzt zu. – Herr Kollege Wüst.

Hendrik Wüst (CDU): Also habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass die Ausführungen der Ministerpräsidentin, NRW habe in einer Höhe von 3,7 Milliarden € angemeldet, hier vor dem Plenum des nordrhein-westfälischen Landtags am 29. Januar 2015 richtig waren – also, das Zitat ist richtig –, aber sie hat es irgendwie falsch verstanden, oder es ist irgendwie anders nachher gekommen, dass man so etwas nicht mehr braucht. Das müssen Sie jetzt noch einmal genau erklären.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Ihre beiden Interpretationsmöglichkeiten treffen den Kern nicht.

(Hendrik Wüst [CDU]: Gut!)

Die richtige Interpretation ist vielmehr – Sie haben gerade zwei Interpretationsmöglichkeiten gegeben haben nach der Bedeutung dieses Zitates gefragt; ich erkläre es Ihnen jetzt ganz genau –: Aus NRW heraus sind – „unter anderem“ hätte man noch in Klammern hinzufügen können – diese 3,7 Milliarden aus dem IKT-Cluster heraus angemeldet gewesen. Es sind andere – ich habe Ihnen ein Beispiel dafür genannt – Dinge ebenfalls in der ursprünglichen Liste mit angemeldet gewesen.

Jetzt geht es darum, dass diese Ideensammlung von damals durch die Gespräche der NRW.BANK mit den europäischen Institutionen konkretisiert wird. Herr Neuhaus hat es Ihnen auch ausführlich erläutert, dass wir jetzt in der Phase sind, in der die Verträge unterschrieben werden können. Das heißt, es

kann zu diesem Zeitpunkt aus unserem Land heraus noch keine Antragstellung seitens der Unternehmen geben, weil diese Detailfragen erst unmittelbar vor der Sommerpause abschließend geklärt werden.

Dann kommen Sie und sagen, dort wären 315 Milliarden zu holen und andere hätten das schon getan. – Insofern will ich gerne die von Ihnen gerade genannten Beispiele aufgreifen. Combined Heat and Power Plant Kiel ist das erste. Was heißt „Heat and Power Plant“ auf Deutsch? Das ist Kraft-Wärme-Koppelung, ist ein modernes Kraftwerk. Es ist okay, wenn die in Kiel sagen: Da kriegen wir noch 150 Millionen Unterstützung aus diesem Bereich.

Die Landesregierung baut keine Kraftwerke. Die Kraftwerke werden zum Beispiel von den Stadtwerken Düsseldorf gebaut, und das sehr erfolgreich und erst vor kurzem hier nur wenige 100 m entfernt ans Netz gegangen. Das geht also auch ohne.

Und in Köln ist eines durch die Rhein-Energie vor wenigen Monaten ans Netz gegangen, auch sehr erfolgreich, eine vergleichbare Anlage.

(Beifall von der SPD – Martin Börschel [SPD]: Sehr gut!)

Es steht jedem Unternehmen frei, dort Mittel zu beantragen. Wir als Landesregierung bauen diese Kraftwerke nicht, aber wir haben so erfolgreiche kommunale Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, die es mit eigenen Mitteln und eigener Kraft und den zur Verfügung stehenden Unterstützungen durch das Land schaffen, diese Dinge ins Werk zu setzen. Punkt 1.

(Beifall von der SPD)

Punkt zwei: SaarLB Reproject Finance Guarantee, 150 Millionen. – Ich gebe ehrlich zu, dass ich mir nicht die Zeit genommen habe, um mir im Detail dieses Projekt des Reproject-Finance-Guarantee-Themas der SaarLB anzusehen.

Aber zur Aufklärung – die Tabelle liegt Herrn Wüst ja auch vor –: Es gibt zwei Blöcke. Es gibt die EFSI-Projekte durch die EIB, und es gibt die EFSI-Projekte durch den EIF, also durch den Fonds. Wo auch jeweils das angesiedelt wird – es geht in jedem Falle immer um das Thema „Garantie“. Das kam in der Begrifflichkeit der SaarLB gerade auch zum Ausdruck. Das ist offensichtlich bei der EIB angesiedelt. Das Projekt der Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen ist beim EIF angesiedelt und umfasst ein Volumen von 400 Millionen €.

Wenn Sie auf solche Dinge abstellen, dann gehört zur Wahrheit, die ganze Geschichte zu erzählen und deutlich zu machen, wie stark wir durch die NRW.BANK, durch die NRW-Bürgschaftsbank, genau in diesem Bereich von Haftungsfreistellungen, von Garantien schon längst unterwegs sind – auch

auf der Grundlage des Juncker-Plans, meine Damen und Herren.

Die Heidelberger Druckmaschinen haben Sie weggelassen.

Das dritte von Ihnen genannte Projekt war die A6 Wiesloch/Rauenberg nach Weinsberg, ein PPP-Projekt. Ich mache jetzt nicht die Debatte auf, die wir sicherlich an anderer Stelle noch einmal führen können, wie sinnvoll oder klug das ist oder nicht ist. Aber ich appelliere: Wenn man so einen Tagesordnungspunkt anmeldet und mit solchen Argumenten kommt, dann muss man auch die ganze Geschichte erzählen.

Dieses Projekt, A6 Wiesloch, ist sehr viel älter als der Juncker-Plan. Dieses Projekt war längst angemeldet und genehmigt und ist dann aus haushaltstechnischen Gründen umgebucht worden in den EFSI. Das jetzt zur Erfolgsgeschichte zu machen und zu sagen „Oh, da könnt ihr mal sehen, da haben andere etwas gemacht, was ihr nicht gemacht habt!“, das ist schon ein starkes Stück.

(Beifall von der SPD)

Es ist eine reine Umbuchung in den EFSI, ein längst genehmigtes Projekt, weit vor den Richtlinien. Es war im Januar 2015 schon genehmigt, und erst im Sommer des Jahres 2015 sind die Richtlinien auf den Weg gebracht worden.

Man kann also über dieses Thema lange streiten: Wie effektiv ist der Juncker-Plan? Was kann damit gemacht werden? Die NRW.BANK ist sich jedenfalls ihrer Verantwortung dafür sehr bewusst. Sie ist über das Programm Enofin mit einem Konsortium, mit weiteren Förderbanken, dabei, Handlungsfreistellungen für Darlehen an innovative mittelständische Unternehmen zu ermöglichen. Ebenfalls wird sie sich an einem Dachfonds beteiligen. Das kennen Sie auch; das will ich an dieser Stelle gar nicht im Detail ausführen.

Eines muss aber klar sein: Es ist nach Deutschland – Stand jetzt – aus diesem Juncker-Plan kein einziger Euro geflossen. Es gibt für die drei gerade genannten Projekte schon Unterschriften, aber es ist aus diesem Juncker-Plan in kein einziges der 16 Bundesländer ein einziger Euro geflossen.

Daraus hier eine Debatte machen zu wollen, um nachzuweisen, dass hier wieder irgendetwas schief läuft – eine solche Debatte, Herr Brockes, können wir an anderer Stelle ja gerne führen. Aber das, meine Damen und Herren, ist ein ziemlicher Rohrkrepierer. Ich weiß nicht, ob der Juncker-Plan am Ende ein Rohrkrepierer sein wird. Sicher bin ich mir da nicht. Der CDU-Antrag ist jetzt schon ein solcher Rohrkrepierer.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion hat sich Kollege Dr. Optendrenk zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bin schon ein wenig überrascht, Herr Minister, wie Sie jetzt das, was die Ministerpräsidentin und auch der dankenswerterweise jetzt hier anwesende Finanzminister im Jahre 2015 zur Bedeutung des Juncker-Plans für Nordrhein-Westfalen dargestellt haben, versucht haben kleinzureden.

Das ist normalerweise nicht Ihr Stil. Normalerweise versuchen Sie, Optimismus zu erzeugen, wie in der vergangenen Woche auch, mit Maßnahmen, die vielleicht das große Loch oder den großen Streit oder die Zerrissenheit in der Koalition möglichst kaschieren und davon ablenken sollen, dass Sie zur Stagnation in Nordrhein-Westfalen nur eine Antwort haben, die lautet: Es sind immer andere schuld.

(Beifall von der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]:
Da klatscht nur die FDP!)

Diese Stagnation schadet nicht nur der Wirtschaft, sondern schadet den Menschen in Nordrhein-Westfalen, weil es um Perspektiven für bezahlte, für gute Arbeit geht – etwas, was Sozialdemokraten eigentlich am Herzen liegen müsste.

Was Sie hier gemacht haben, war, stattdessen wieder einen Antrag einfach kleinzureden, zu sagen, den hätten Sie nicht stellen müssen, das Thema sei gar nicht so wichtig.

Dann kann ich mir nur nicht erklären, Herr Minister, warum denn die Frau Ministerpräsidentin in ihrer bekannten Mega-Rede vom 29. Januar 2015 wörtlich erklärt hat – Kollege Wüst hat es schon einmal zitiert –:

Darüber hinaus hat NRW – nicht irgendein Unternehmen in NRW und auch nicht irgendeine Wirtschaft in NRW, sondern „NRW“ – auch für das sogenannte Juncker-Investitionspaket von circa 315 Milliarden € für EU-Investitionsvorhaben IKT-Projekte mit dem Schwerpunkt Breitband von 3,7 Milliarden € angemeldet.

Das hat, glaube ich, nicht so furchtbar viel mit der Studie zu tun, die Sie eben genannt haben, mit den anderen Summen, die aus dem Umfeld der NRW.BANK vorgestellt und veröffentlicht worden sind.

Herr Minister, die Wahrheit ist: Die Ministerpräsidentin hat eine große Ankündigung gemacht, weil sie eine große Zahl haben wollte. Die Landesregierung hat aber keine Idee, wie sie das mit Leben erfüllen soll.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Zahl hatte keine Substanz. Eine Mega-Zahl ohne Substanz nennt man auch Luftblase.

Wenn ich paraphrasieren darf, was Sie in dieser Woche zum Koalitionsvertrag gesagt haben – es ist eine Paraphrase; das gebe ich zu –: Wenn die Ministerpräsidentin mich, den Wirtschaftsminister, gefragt hätte bei der Abfassung ihrer Rede vom 29. Januar 2015, dann wäre diese Rede nicht so gehalten worden. – Das ist doch die Antwort, die Sie durch diese Rede hier gegeben haben.

Sie haben sich also von der Ministerpräsidentin distanziert und versuchen, das kunstvoll ein wenig zu kaschieren, indem Sie unseren Antrag für überflüssig und zum Rohrkrepierer erklären. Das ist aber auch leider nicht mehr als Rhetorik.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn das alles, Herr Minister, für die Landesregierung gar nicht so wichtig wäre: Warum haben Sie dann auch noch eine Presseerklärung dazu abgegeben und hat der Finanzminister uns das auch noch in eine Vorlage geschrieben, dass die Europäische Investitionsbank sogar im Kabinett erschienen ist und dass Sie die NRW.BANK ins Kabinett geholt haben? Das ist dann eben nicht marginal.

Wenn Sie jetzt erklären, Herr Minister, dass Sie noch nicht wissen, ob das Juncker-Investitionspaket vielleicht doch ein Rohrkrepierer wird, hätte ich mir schon ein bisschen mehr Einsatz dafür gewünscht, dass Nordrhein-Westfalen davon profitiert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Kollegin Dr. Beisheim hat eben die Frage gestellt, ob wir es denn alle im Blick hätten, dass es zum Beispiel um Rückabsicherung, Rückgarantien gehe und dass das alles gar nicht so sei, wie es unser Antrag suggeriert oder wie es auch unser Fraktionsvorsitzender formuliert hätte. Da sage ich der Kollegin nur: Ich glaube, es wäre hilfreich, wenn Sie mal den Versuch unternähmen, der Ministerpräsidentin exakt das zu erklären, was wir wohl schon verstanden haben.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD] – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ein letztes Argument, das dem Herrn Minister deutlich macht, warum es in Nordrhein-Westfalen nicht vorwärtsgeht. Sie haben gesagt, das Autobahnprojekt in Baden-Württemberg lag eigentlich schon fertig in der Schublade. – Es gab mal eine Zeit, da hatten alle Bundesländer fertige Pläne in den Schubladen, um, wenn Geld irgendwo ankommt und es etwa eine besonders günstige Refinanzierungsmöglichkeit gibt, zu sagen: Liebe Leute, wir haben das fertig und können das vorziehen. – Auch das Vorziehen hat einen ökonomischen Effekt.

Wenn Sie aber nichts in der Schublade haben und es kommt Geld vorbei, werden Sie auch keinen finden,

der Sie noch mal fragt. Sie sind der organisierte Stillstand in Nordrhein-Westfalen zum Schaden der Menschen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Optendrenk. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende CDU-Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt,

(Zuruf von der SPD)

sodass wir direkt über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/11899 abstimmen. Ich darf fragen, wer dem CDU-Antrag seine Zustimmung geben möchte. – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piratenfraktion. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/11899 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

4 Konsolidierung des nordrhein-westfälischen Spielbankensektors forcieren und das staatliche Glücksspielwesen auf den Prüfstand stellen – Streit im Landeskabinett darf die ergebnisoffene Prüfung aller Optionen nicht länger torpedieren

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11902

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende FDP-Fraktion Herrn Kollegen Witzel das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten Wochen Chaostage in diesem Landeskabinett erlebt. Der Wirtschaftsminister fordert eine Strukturdebatte zur Zukunft der chronisch defizitären Staatskasinos bis hin zur Privatisierungsoption. Finanzminister und Grüne bremsen ihn postwendend krachend aus und untersagen ihm sogar die ergebnisoffene Begutachtung, die der Wirtschaftsminister selbst gerade proaktiv angekündigt hat. Leider hat er vor wenigen Sekunden den Raum und die Regierungsbank verlassen. Sonst wäre die Debatte sicherlich noch etwas lebendiger.

Der Druck ist offenbar so groß gewesen,

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

dass der Wirtschaftsminister sogar seine eigene Aussage widerrufen muss, er habe bereits ein erstes

Gutachten vorliegen, da dies über Nacht nun gar keines mehr sein darf, sondern nur noch eine interne Expertise. Diese peinliche Wortklauberei offenbart den Schlingerkurs und die großen Differenzen in dieser Landesregierung, die zur Handlungsunfähigkeit führen.

(Beifall von der FDP)

Sie verhindern, dass die besten Lösungen für unser Land und den Steuerzahler gefunden werden. Herr Kollege, wie groß müssen die Befürchtungen dieser Regierung eigentlich sein, welche Erkenntnisse da ans Tageslicht kommen können, wenn mit aller Macht bereits eine ergebnisoffene Überprüfung untersagt wird?

(Beifall von der FDP)

So wird Ihre Politik letztlich beratungsresistent. Dabei liefern die WestSpiel-Staatscasinos genügend Gründe, viele Vorkommnisse infrage zu stellen.

Obwohl der Regelsatz der Spielbankenabgabe von einst 80 % auf nunmehr 30 % mehr als halbiert worden ist, stand WestSpiel 2014 kurz vor der Insolvenz. Fast das gesamte Eigenkapital ist bis dahin kontinuierlich aufgezehrt worden. Nur durch den bundesweit und teilweise sogar international kritisierten Notverkauf der Warhol-Exponate hat WestSpiel wieder eine Finanzspritze zum Überleben erhalten, von der ein staatlicher Millionenbetrag binnen Jahresfrist ebenfalls wieder aufgebraucht worden ist. Wie viel genau haben Finanzminister und WestSpiel-Verantwortliche bislang trotz mehrfacher Nachfrage öffentlich verschwiegen.

Die personelle Restrukturierung erfordert nicht nur Betriebsausgaben in Millionenhöhe, sie betrifft ausdrücklich auch die Allgemeinheit, da beispielsweise das Frühverrentungsprogramm zu einem wesentlichen Bestandteil von der Arbeitsagentur, also aus den Kassen aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, finanziert wird.

Zugleich fällt Westspiel regelmäßig durch ein Finanzgebaren auf, das die WestSpiel-Vergangenheit kulturell nicht verleugnen kann. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Da werden wenige Tage nach dem Warhol-Verkauf rauschende Partys gefeiert. Da werden über den Einzelfall hinaus luxuriöse Abfindungen an missliebige Arbeitnehmer bezahlt oder diese fünf Jahre lang mit arbeitslosem Einkommen alimentiert – neuer Dienstwagen mit Tankkarte für alle Freizeitaktivitäten inklusive.

Das ist nicht die Kultur, die man, meine sehr geehrten Damen und Herren, von einem öffentlichen Unternehmen erwarten darf, das mit dem Rücken an der Wand steht.

Der Finanzminister selbst hat dieses Finanzgebaren öffentlich kritisiert. Aber er zieht nicht die gebotenen, notwendigen Schlussfolgerungen daraus. Kein an-

derer Anteilseigner würde akzeptieren, was hier vorgefallen ist. Es ist also notwendig, dass sich bei WestSpiel endlich zahlreiche Dinge strukturell ändern.

(Beifall von der FDP)

Regierungen anderer Bundesländer – ausdrücklich auch mit Regierungsbeteiligung von SPD und Grünen – haben deshalb eine andere Struktur für die Kasinolandschaft gefunden – private Expertise mit einbezogen – und fahren gut damit.

Nicht für gute Betriebsergebnisse, aber für die sinnvolle Erwirtschaftung von Destinatärsabgaben oder den notwendigen Spielerschutz ist es völlig unerheblich, wer wirtschaftlicher Betreiber ist. Das hängt von den gesetzlichen Vorgaben und ihrer konsequenten Kontrolle ab, die für alle in gleicher Weise gelten.

In Nordrhein-Westfalen verhindern jedoch bei Rot-Grün ideologische Scheuklappen die notwendige Kurskorrektur. Das Chaos in der Landesregierung bei WestSpiel zeigt einmal mehr: Der Wirtschaftsminister hat für seinen berechtigten Vorstoß in Kabinett und Koalition keinerlei politische Rückendeckung.

Dieser Regierung fehlt jede Kraft, notwendige strukturelle Probleme des Landes noch bis zur Landtagswahl zu lösen. Minister Duins offenbar erzwungene öffentliche Selbstkorrektur ist ein peinlicher Beleg dafür, welchen Stellenwert sinnvolle ökonomische Überlegungen bei Rot-Grün haben, nämlich gar keinen. Sie wollen die Probleme bis zur Landtagswahl aussitzen. Diesen falschen Weg werden wir nicht mitgehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit* (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte macht zum einen besonders deutlich, dass entgegen der Signale, die es zwischenzeitlich in dieser Legislatur einmal gegeben hat, die FDP an ihrer gescheiterten Politik „Privat vor Staat“ festhält und diesbezüglich an ideologischen Scheuklappen – um diesen Begriff aufzunehmen – nicht mehr zu überbieten ist.

(Beifall von der SPD)

Sie macht zum anderen in beeindruckender Art und Weise klar, in wessen Interesse die FDP und Sie, Herr Witzel, Politik machen. Die Gewerkschaften haben das so zusammengefasst, dass sie dies für einen Feldzug für das private Glücksspiel hielten. Das trifft es auf den Punkt.

(Beifall von der SPD)

Dieser Feldzug, den Sie im Interesse des privaten Glücksspiels führen, schadet dem Land. Er schadet den betroffenen Kommunen; die Kolleginnen und Kollegen der FDP in Köln sehen bei dieser Frage Vieles vollkommen anders als Sie. Er schadet auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei WestSpiel, und insbesondere schadet er der Stiftung Wohlfahrtspflege und vielen Projekten, die dort mit auf dem Weg sind.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Höne zulassen?

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Dann bitte.

Henning Höne (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Da Sie offensichtlich ein Anhänger der Parole „Staat vor Privat“ sind, würde mich interessieren, wie Sie sich erklären, dass beim staatlichen Glücksspiel der Satz: „Die Bank gewinnt immer“ mit Blick auf die Bilanzen von WestSpiel nicht stimmt.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Ich bedanke mich für diese Zwischenfrage, weil sie mir ein bisschen mehr Redezeit gibt, das zu erläutern, was ich sowieso getan hätte.

Herr Höne, Sie haben ein Problem. Sie fallen auf das herein, was Herr Witzel Ihnen immer erzählt. Herr Höne, das entspricht aber nicht den Tatsachen, denn eine Tatsache ist, dass die WestSpiel operative Gewinne gemacht und diese Gewinne über die Glücksspielanlage ...

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Herr Witzel, Sie beantragen immer so viele Wortprotokolle. Sie sollten aber nicht nur Ihre eigenen Beiträge in den Wortprotokollen lesen, sondern auch einmal anderen zuhören, denn dann würden Sie die Fakten besser kennen.

(Beifall von der SPD)

Fakt ist, um die Frage zu beantworten, dass in den letzten vier Jahren 160 Millionen € aus WestSpiel in soziale Projekte in Nordrhein-Westfalen geflossen sind, und die Behauptung falsch ist, es würden operative Verluste gemacht. Die Glücksspielabgabe sorgt dafür,

(Ralf Witzel [FDP]: Aber die müssen Steuern zahlen!)

dass hier in Nordrhein-Westfalen viel Geld entsteht. Insofern sind Sie hier auf die Falschaussagen von

Herrn Witzel hereingefallen, und das ist das Problem in diesem Bereich,

(Zuruf von der FDP)

denn die Falschaussagen gehen noch weiter; es ist nicht nur diese Behauptung.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Herr Witzel, ich merke an Ihrer Nervosität, dass die Fakten Sie durcheinanderbringen, aber hören Sie doch ausnahmsweise zu. Sie wissen es dann vielleicht nachher auch endlich besser, weil Sie immer wieder behaupten, die Glücksspielabgabe ginge zurück und die wirtschaftliche Lage bei WestSpiel würde sich verschlechtern. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Zahlen sind um 9 % gestiegen. Die Besucherzahlen sind gestiegen. Der wirtschaftliche Weg der WestSpiel ist einer, der sich mittlerweile positiv gestaltet. Zudem sind wir durch die Restrukturierung auf einem guten Weg, die WestSpiel wieder auf solide Füße zu stellen.

Wir holen damit das nach, was Sie zwischen 2005 und 2010 wieder einmal versäumt haben, Herr Witzel, denn die schlechten Zahlen haben 2010 begonnen. Sie haben schließlich nicht gehandelt, um dies zu verhindern.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Ne, ne, das ist so nicht richtig!)

Ich meine, Sie sollten in dieser Frage noch einmal sehr genau darauf achten, welche Behauptungen Sie aufstellen und in welchem Interesse Sie handeln. Ihr öffentlicher Feldzug verunsichert – das ist ein weiteres großes Problem – schließlich viele am Restrukturierungsprozess Beteiligte. Sie verunsichern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die einen erheblichen Beitrag zur finanziellen Restrukturierung geleistet haben – lesen Sie nach, was ver.di Ihnen dazu mit ins Stammbuch schreibt.

Es verunsichert auch die Kommunen. Köln soll doch gerade einen Beitrag zur Restrukturierung leisten und ist dazu auch bereit. Diese ständigen Falschbehauptungen Ihrerseits tragen allerdings auch hier erheblich zu Verunsicherungen bei. Diese Verunsicherungen gefährden wiederum den erfolgreichen Restrukturierungsprozess, und genau das ist das Problem.

„Es muss bei der WestSpiel Veränderungen geben“ – so Ihre Aussage. – Das ist korrekt, und diese haben auch bereits begonnen. Ihr Problem ist allerdings, dass bei Ihnen Veränderungen nur das Wort „Privatisierung“ beinhalten.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wenn irgendetwas geschieht, ist die Lösung für die Welt die Privatisierung, und da Sie damit in Nordrhein-Westfalen schon einmal kläglich gescheitert sind, wird das auch so weitergehen.

Ich habe sehr deutlich gemacht ...

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Herr Witzel, Sie haben doch hier gerade gesprochen, und Sie beschwerten sich bei anderen auch über Zwischenrufe. Sie hatten jetzt mehr Zwischenrufe während meiner Redezeit, als ich gesprochen habe; inhaltlich wird es dadurch aber auch nicht besser.

Wir haben darüber gesprochen, wem es schadet, was Sie hier tun. Jetzt stellt sich die Frage: Wem nutzt es? Ich möchte gerne noch einmal ver.di zitieren:

Anscheinend ist das eine gezielte Kampagne der FDP in ihrer Funktion als Lobbyist für die Unternehmensgruppe Gauselmann. Hier sind wir bei dem Punkt, wem Ihre Politik nutzt und in wessen Sinne Sie Politik machen.

Herr Gauselman ist ja bekannt als Mäzen, als Unterstützer; manche sagen auch, als finanzieller Retter der FDP, weil er, als Sie fast pleite waren, der FDP zur Seite gesprungen ist. Es liegt daher schon der Verdacht nahe, dass hier jetzt etwas getan wird, um sich für dieses Verhalten damals zu bedanken.

Dies ist aber nicht im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern im Interesse von privaten Spielbankbesitzern. Das ist nicht Ihre Aufgabe als Abgeordneter, Herr Witzel.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wir wollen den erfolgreichen Restrukturierungsprozess, der bei der WestSpiel begonnen hat, fortsetzen. Der eingeschlagene Weg ist richtig im Interesse der Beschäftigten. Er ist richtig im Interesse der beteiligten Kommunen. Er ist richtig im Interesse der Stiftung Wohlfahrtspflege und der damit verbundenen sozialen Projekte. Deswegen ist er richtig für das Land. Deswegen werden wir ihn fortsetzen und nicht in Ihrem Interesse die WestSpiel an die Gauselmann-Gruppe verhöckern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Zimkeit. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn der Kollege Zimkeit gerade minutenlang versucht hat, etwas anderes darzustellen, die Wahrheit ist: Der Auslöser des Antrags der FDP-Fraktion ist nicht die Frage, was die FDP will, sondern das Chaos in der rot-grünen Koalition.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dieses Hin und Her der letzten Wochen ist der Auslöser eines Antrags, über den wir heute reden.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Woher wissen Sie, was der Auslöser des FDP-Antrags war?)

Ich nenne nur die Stichworte, die öffentlich von Mitgliedern der Koalition, von Mitgliedern der Landesregierung gesagt wurden: ergebnisoffene Prüfung, Gutachten, zweites Gutachten. Niemand will WestSpiel privatisieren, so wie Sie es eben formuliert haben. Es gibt gar kein Gutachten, war eine Aussage des Finanzministers, sondern nur einen internen Bericht an den Verwaltungsratsvorsitzenden.

Bei diesen Kapriolen kann einem ganz schwindelig werden. Was da an Erklärungsversuchen gemacht wird, ist fast so wie auf dem Kinderkarussell, wenn einer die Notbremse zieht.

Die Presse hat dieses Kommunikationschaos, das aber mehr als ein Kommunikationschaos ist, liebevoll und detailliert begleitet, und hat erst über Zitate des Wirtschaftsministers Duin berichtet. Dort steht: Duin sagte gestern unserer Redaktion,

„Die Landesregierung prüft ergebnisoffen und ohne Zeitdruck verschiedene Alternativen zur Zukunft von WestSpiel. Wenn alle rechtlichen und finanziellen Bewertungen vorliegen, können wir eine Entscheidung treffen.“

Da ist er auch der Verwaltungsratschef der NRW.BANK, also der Mutter von WestSpiel. Dort gibt es ein Prüfgutachten. Der Finanzminister erklärt in den Medien, dass er das völlig anders sieht. Die Landesregierung bereite den Verkauf des verlustreichen Casinobetreibers nicht vor. „Eine Privatisierung wollen wir nicht“, sagte der Minister“.

Dann hat er daran erinnert, dass es eine Aufgabe aus dem Staatsvertrag gibt. Das ist zweifellos richtig. Natürlich gibt es die. Die Frage aber, ob dieser Staatsvertrag so oder so umgesetzt wird, kann man ergebnisoffen prüfen so, wie Ihr Kollege gesagt hat.

Dann kam der grüne Koalitionspartner, Kollege Abel, und sagte: Nein, die von Wirtschaftsminister Duin angekündigte völlig offene Prüfung ist beim Koalitionspartner nicht zu machen. Dagegen kündigen wir unseren Widerstand an. Das machen wir nicht mit.

(Zuruf von der FDP: Das ist meistens so, wenn Herr Duin etwas sagt!)

Jetzt fragt sich doch einer, warum man auf dem Kollegen Witzel so herumhackt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Jetzt braucht Herr Witzel schon Ihre Hilfe! – Unruhe)

Fragen Sie sich doch erst einmal intern in der Landesregierung, was Sie wollen.

(Unruhe)

Es ist ja schön, dass Sie sich beide der Diskussion hier stellen. Fragen Sie doch einmal, ob die sich untereinander einig sind, was sie wollen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Antwort wird heißen: Na ja, so genau können wir es nicht sagen. Dann fragen wir doch einmal die Öffentlichkeit, ob sich SPD und Grüne im Hohen Hause einig sind. Wahrscheinlich eher als mit dem Wirtschaftsminister.

Aber, Herr Wirtschaftsminister, das ist gerade das Problem. Das haben wir in der Debatte eben auch gehabt. Sie als Regierung, Sie als regierungstragende Fraktionen schaffen ein Klima in Nordrhein-Westfalen, in dem weder Investitionen noch Innovationen gewünscht sind. Sie schaffen ein Klima, in dem auch keiner mehr investieren will. Angeblich soll auch keiner mehr nachdenken dürfen.

Wenn man an dem Punkt angekommen ist, dass man am besten gar nichts macht, ist der Zeitpunkt gekommen, wo diese Regierung ihre Arbeit, die sie nur noch sehr unwillig macht, möglichst zeitnah beenden sollte.

(Beifall von der CDU und der FDP – Martin Börschel [SPD]: Da klatschen nur drei Leute! – Unruhe)

Das Geschäftsmodell von WestSpiel muss erkennbar überprüft werden. Da geben wir dem Wirtschaftsminister ausdrücklich recht. Es wäre klug gewesen, Herr Wirtschaftsminister, wenn die NRW.BANK den Weg der Überprüfung, was auf Dauer in der Zukunft das tragfähige Geschäftsmodell von WestSpiel ist – unseres Erachtens auch durchaus gern in staatlicher Trägerschaft –, erst gegangen wäre und dann entschieden hätte, dass man in einen fünften Standort investiert. Das haben Sie falschherum gemacht: nicht jetzt prüfen, nachdem Sie entschieden haben, wir machen einen fünften Standort auf. Das ist im Grunde genommen „Heldenmut an der Bahnsteigkante“ gewesen. Das war kein Konzept.

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben dem fünften Standort doch zugestimmt! – Stefan Zimkeit [SPD]: Haben Sie dem fünften Standort zugestimmt?)

Sie hätten sich die Diskussion mit Ihrem Koalitionspartner und mit Ihren Regierungsfractionen einhalb Jahre vorher antun müssen. Das passt nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Warum haben Sie eigentlich zugestimmt?)

Den zweiten Schritt vor dem ersten zu gehen, das ist das, was Sie machen wollten. Trotzdem: Es wäre Zeit, die Entscheidung über den fünften Standort erst dann zu treffen, wenn Sie wissen, wo Sie mit diesem Unternehmen hinwollen. Das ist eine Aufgabe der NRW.BANK. Das ist aber auch eine Aufgabe, der sich dieses Land Nordrhein-Westfalen stellen muss,

denn die NRW.BANK ist eine 100%ige Tochter des Landes.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Abel zulassen?

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Ja, natürlich. Bitte.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte, Herr Kollege.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Vielen Dank, lieber Kollege Dr. Optendrenk, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – ie haben eben Ausführungen zum fünften Standort gemacht und diese Entscheidung als falsch kritisiert. Meine Frage an Sie ist, warum Sie dem damals zugestimmt haben.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Sehr geehrter Herr Kollege Abel, Sie haben gerade mit einer Frage versucht, eine Behauptung zu verknüpfen, die falsch ist. Sie haben behauptet, ich hätte dem fünften Standort zugestimmt. Das ist nicht der Fall.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Die CDU hat doch zugestimmt!)

Es gibt aus dem Jahr 2008 eine Grundsatzentscheidung, wonach man über einen fünften Standort nachdenken will mit einer Grundsatzentscheidung, dass er dann in Köln sein könnte – 2008.

Die Frage, ob sich die Welt zwischendurch vielleicht geändert haben könnte, müsste man sich vielleicht doch einmal stellen, wenn man sich das Geschäftsmodell von WestSpiel ansieht. Man müsste sich vorher anschauen, wie sich das alles im Internet entwickelt, wie sich das alles online entwickelt, wie die Besucherzahlen, wie die Ertragszahlen sind, bevor man für Jahrzehnte in einen neuen Standort investiert.

Insofern ist man, gerade wenn der Wirtschaftsminister sagt, er wolle gern ergebnisoffen prüfen, aufgefordert zu prüfen, was die richtige Option für das gesamte Unternehmen ist. Diese Diskussion muss man führen, bevor man eine Entscheidung umsetzt, die viele Jahre alt ist und die möglicherweise dann noch einmal zu überprüfen ist.

Es kann am Schluss richtig sein, einen fünften Standort zu eröffnen. Ich kritisiere aber – und dabei bleibe ich – die Reihenfolge, in der diskutiert wird. Das ist auch die Haltung unserer Fraktion.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, Sie haben Herrn Kollegen Börschel motiviert, Ihnen noch eine weitere Zwischenfrage zu stellen. Lassen Sie die zu?

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Wenn er eine Zwischenfrage stellen möchte, herzlich gerne.

Martin Börschel (SPD): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Dr. Optendrenk, ich wollte Ihnen mit meiner Zwischenfrage nur die Gelegenheit geben, Ihr Gedächtnis ein bisschen aufzufrischen. Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie fälschlicherweise im Jahr 2008 stehengeblieben sind und vergessen haben, dass es auch eine Novellierung des Spielbankengesetzes in Nordrhein-Westfalen gegeben hat, dessen entscheidender Passus, den Sie ansprechen, eine fünfte Lizenz war, und dass die CDU-Fraktion dem zugestimmt hat?

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Ich glaube nicht, dass ich mein Gedächtnis auffrischen möchte. Diese Spielbanklizenz ist eine Möglichkeit. Die unternehmerische Entscheidung hat die WestSpiel zu treffen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Oh, da eiert aber jetzt jemand!)

– Sie können Ihre Zwischenrufe jetzt gerne auch noch in Frageform kleiden. Ich wollte Ihnen aber die Gelegenheit geben, zu hören, was denn der Sachverhalt ist, um den es hier geht.

Wenn jede gesetzliche Ermächtigung genutzt würde, dann wäre in der Tat hier in Nordrhein-Westfalen viel mehr los. Das Gesetz ermöglicht so etwas; aber es ist eine unternehmerische Unterscheidung sowohl des Unternehmens WestSpiel als auch des Trägers, ob sie das umsetzen. Auf diese entscheidende Frage komme ich gerne noch einmal zurück.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

– Sie können gerne noch einmal vom Mikrofon aus eine Zwischenfrage stellen; ich beantworte aber jetzt nicht Ihre Zwischenrufe. Vielleicht einigen wir uns darauf, dass Sie gerne noch einmal eine Zwischenfrage stellen können, wenn Sie meine Antwort – ob akustisch oder wie auch immer – nicht verstanden haben. Das ist aber, glaube ich, der bessere Weg.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Das ist jetzt ein ganz interessanter Dreh, dass Herr Kollege Optendrenk sozusagen einlädt, ihm die Frage zu stellen. Der Herr Kollege Börschel hat die Einladung auch gerne angenommen. Dann machen wir das jetzt auch noch einmal so. – Bitte, Herr Kollege Börschel.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Dr. Optendrenk, so freundliche Einladungen schlage ich ungern aus.

Sie haben die Entscheidung, ob ein Spielbankstandort etabliert wird, als rein unternehmerische Entscheidung bezeichnet.

Ich möchte Sie noch einmal nach Ihrem Gedächtnis und der Gesetzeslage in Nordrhein-Westfalen befragen. Ist es nicht richtig, dass es eine Entscheidung des Gesetzgebers ist, einem Unternehmen und der Regierung zu ermöglichen, eine Spielbanklizenz zu erteilen bzw. zu nutzen, und dass eine fünfte Lizenz zur Voraussetzung hat, dass es vier andere genutzte Lizenzen gibt? Wenn Sie anderer Auffassung sind, dass man nämlich aus fünf Lizenzen vier machen sollte, ist ja die Frage, welcher Standort wegfallen soll.

Ich kann mich zumindest bisher an die Ausführungen Ihres Fraktionsvorsitzenden Laschet sehr genau erinnern, dass er sich sehr entschieden dagegen verwahrt hat, Spielbankstandorte – insbesondere den in Aachen – zu schließen. Ist das eine neue oder die noch immer gültige Position der CDU-Fraktion?

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident, gerne beantworte ich auch diese Frage. Ich stelle gerne fest, dass es mir noch nie gelungen ist, hier am Rednerpult einen so langen Satz – ohne Parenthese – zu bilden, wie Sie es gerade getan haben.

Die Wahrheit bleibt aber trotzdem, dass eine fünfte Lizenz natürlich zur Voraussetzung hat, dass es vier andere gibt. Das ist rechnerisch nachvollziehbar. Bei der Frage aber, ob eine fünfte Lizenz genutzt wird, geht es nicht um eine Entscheidung, die der Gesetzgeber hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen treffen kann. Die Nutzung der Lizenz ist etwas anderes als die Entscheidung des Unternehmens, zu sagen: Ich nutze sie. – Insofern können wir das in Hauptsätzen und nicht in Parenthesen machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Thema ist symbolisch dafür, warum es in Nordrhein-Westfalen nicht vorangeht. Diese Koalition produziert ständig irgendwelche Diskussionen, bei denen sie anschließend beklagt, dass sie im Plenum aufgegriffen werden. Die rot-grüne Streitkoalition beschäftigt sich mehr miteinander bzw. untereinander, ob nun im Kabinett oder unter den Fraktionen. Dieses WestSpiel-Beispiel ist ein typisches Beispiel, warum es in diesem Land Nordrhein-Westfalen nicht vorangeht.

Hören Sie auf, uns mit Ihren Streitigkeiten und Nichtigkeiten zu beschäftigen. Kümmern Sie sich um die Zukunft des Landes, solange Sie noch Zeit haben. Ihre TÜV-Plakette läuft im Mai 2017 ab.

(Beifall von der CDU – Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Optendrenk. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Marcus Op-
tendrenk, an dir ist echt eine Primaballerina verloren-
gegangen. Diese Pirouetten – das muss erst einmal
jemand nachmachen. Donnerlittchen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will gerne – weil das auch vielleicht die Zuschau-
erinnen und Zuschauer erst einmal wundert – darauf
zurückkommen, worüber wir eigentlich reden und
warum wir eigentlich – geschichtlich betrachtet – ei-
nen staatlichen Glücksspielbetrieb haben. Wir haben
einen Kanalisierungsauftrag. Man muss konstatie-
ren, dass viele bzw. manche Menschen das Bedürf-
nis haben, sich am Glücksspiel zu beteiligen. Die
Grundsatzfrage, die wir heute nicht diskutieren, die
man aber immer im Kopf haben muss, lautet: Legal-
isiert man das, oder versucht man, das zu kanalisie-
ren? In Beantwortung dieser Frage haben wir uns
überparteilich verständigt, zu versuchen, das in ei-
nem gewissen Rahmen zu kanalisieren.

Es ist historisch so gewachsen, dass bestimmte Ar-
ten von Glücksspiel nur in staatlichen Kasinos statt-
finden dürfen.

Man muss natürlich – das ist, glaube ich, die Folie,
welche die FDP immer aufmacht; ich sage gleich
noch etwas zu den Motiven – darüber diskutieren:
Macht man das rein privat, oder wählt man einen
staatlichen Anbieter? Mit Ihnen über die Frage „Pri-
vat oder Staat“ zu diskutieren, ist so ähnlich, wie mit
Margot Honecker über die DDR zu reden. Es ist auf
jeden Fall kontrovers. Und man muss damit rechnen,
nicht auf Einsicht zu stoßen.

Ich will dennoch einige Punkte nennen, mit denen ich
begründe, warum das in staatlicher Hand anders als
in privater Hand funktioniert. Vor allen Dingen
möchte ich auf den Aspekt Spielerschutz eingehen.

Herr Wirtz, Sie und ich waren zu einer Diskussion der
Automatenwirtschaft in Ihrer Heimatstadt Essen ein-
geladen. Da sprach ein Forscher, der Folgendes
sagte: Die Trümper-Studie hat festgestellt, dass
50 % der Gewinne bei den privaten Spielhallenbe-
treibern beim privaten Glücksspiel Verluste von
Spielsüchtigen seien. Er halte das für viel zu wenig;
er gehe von 80 % aus.

Wir müssten uns dann einmal anschauen, was West-
Spiel alles unternimmt, um Spielerschutz zu gewähr-
leisten. Das geht über Kooperationen mit Verbänden
bis hin zu einer Kooperation mit der Uni Mainz, die
ein eigenes Zentrum zur Erforschung von Spielsucht
hat. Und natürlich gibt es auch eine Kooperation mit
dem Initiativkreis Spielsucht hier in Nordrhein-West-
falen. Es gibt regelmäßige Evaluationen der Kon-
zepte, und es gibt Beratungsangebote für die Spiele-
rinnen und Spieler.

Ich folge jetzt einmal einen Moment lang Ihrer be-
triebswirtschaftlichen Logik: Sie kritisieren, West-
Spiel habe einen Fehlbetrag. Und Sie – so war das
in der Zeitung zu lesen – würden favorisieren, das an
Private abzugeben.

Würde es nicht betriebswirtschaftlich sinnvoll sein,
dann auf das Personaltableau zu schauen, um Kos-
ten zu sparen? Würde der Private nicht als Erstes ge-
nau die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen,
die die Spieler davon abhalten, mehr zu spielen?

Herr Witzel, es ist fadenscheinig, dass Sie ein Dut-
zend Kleiner Anfragen stellen, dass Sie immer wie-
der WestSpiel aufs Tableau heben, dass Sie Mitar-
beiterfeste skandalisieren. Das Motiv, das dahinter
steht, ist vielleicht darin zu suchen, dass Ihre Partei
in der Vergangenheit sehr eng mit einem großen An-
bieter aus der Automatenwirtschaft verbunden war,
nämlich mit Herrn Gauselmann.

Ich habe mir das noch einmal herausgesucht und zi-
tiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus der „Süd-
deutschen Zeitung“ vom 9. September 2012:

„FDP soll verdeckte Millionenspende erhalten ha-
ben“

Überschrift am 10. März 2012:

„Liberale Leibwächter für den König der Automa-
ten“

Auch das Forum LobbyControl hat am 24. Septem-
ber 2012 darüber berichtet. Das sind übrigens alles
Artikel, bei denen es keine Gegendarstellungen,
auch von Ihrer Seite nicht, gab.

Im September 2012 mussten Sie dann einräumen,
dass der Bericht des Magazins „Monitor“ stimmt,
dass die FDP über eine Tochterfirma von der Gau-
selmann AG mehrere Millionen Euro erhalten hat. Of-
fenbar fühlen Sie sich jetzt verpflichtet, immer wieder
nachzulegen und lassen keine Gelegenheit aus, die
staatliche WestSpiel ...

(Zuruf von der FDP: Sie versuchen gerade
hier, den Maulkorb zu verteilen!)

– Nein, ich zitiere ja nur die ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Abel,
würden Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Witzel
zulassen?

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Sehr gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege
Witzel, bitte.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Abel, ich weise in aller Form Ihre schäbigen Unterstellungen hier zurück und kann Sie nur auffordern, sich zu erkundigen, was Ihr früherer grüner Fraktionschef Priggen zum Thema „Umgang mit Lobbyismuskorruptionen unter Abgeordneten“ in dieser Legislaturperiode gesagt hat.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Herr Präsident, das geht so nicht!)

Angesichts der Tatsache, dass es verschiedenste Regierungen gibt, auch mit grüner und roter Regierungsbeteiligung in anderen Bundesländern, die ausdrücklich andere Modelle haben, die es Privaten ermöglichen, sich auch mit an dieser Stelle einzubringen, frage ich: Halten Sie diese anderen Regierungen für gewissenlos? Ist in diesen anderen Bundesländern Spielerschutz kein Thema?

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Witzel, dass Sie mir die Gelegenheit geben, das klarzustellen. Natürlich gibt es in anderen Ländern andere Modelle, die zum Teil auch anders historisch gewachsen sind. Die Behauptung, die Sie immer wieder im Zusammenhang mit WestSpiel aufstellen, ist ja, dass es für das Land ein Verlustgeschäft ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist in jedem Jahresbericht nachzulesen!)

Dass es im Bereich des Spielerschutzes keinen Unterschied zu den Privaten gibt, habe ich eben versucht ...

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Sie müssen mir auch zuhören, wenn Sie mir eine Frage stellen, sonst ergibt das Frage-Antwort-System keinen Sinn. Sie müssen tatsächlich aufpassen, wenn es um den Bereich Spielerschutz geht. Bei den privaten Anbietern gibt es mehrere unabhängige Untersuchungen, woher der Großteil der Einnahmen erwirtschaftet werden: Sie stammen aus den Spielverlusten der Spielsüchtigen. Das zum Bereich Spielerschutz.

Zweitens. WestSpiel ist kein Verlustgeschäft für das Land. Der Kollege Zimkeit hat es schon gesagt. Wir haben nicht nur die Zuführung zur Stiftung Wohlfahrtspflege in Höhe von 8 Millionen €, sondern wir haben auch die Spielbankenabgabe. Das müssen Sie in die betriebswirtschaftliche Betrachtung einbeziehen, wenn Sie über den Fehlbetrag reden.

Bei der Frage, die ich Ihnen gestellt habe, vermuten Sie ja immer wieder, dass ich Ihnen unterstelle, dass Ihnen Spielerschutz nicht so wichtig ist wie Spendenfluss. Das kann auch damit zu tun haben, dass es da in der Vergangenheit einen Zusammenhang mit dem Verhalten Ihres früheren Bundeswirtschaftsministers Rösler gab, der jeden Vorstoß der Suchtbeauftragten

der Bundesregierung innerhalb von fünf Minuten revidiert hat. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Peinlich!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Abel. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und daheim! Ich habe gerade eben Herrn Wirtschaftsminister Duin und Herrn Finanzminister Walter-Borjans Arm in Arm in der Regierungsbank sitzen sehen – bei diesem doch so tragenden Thema.

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

Ich glaube – auch wenn dies hier kein Ort von Glaubensbekenntnissen sein soll, wie wir gestern von unserem Verkehrsminister hörten –, dass das auch so gut ist und so sein muss, und zwar aus zweierlei Gründen:

Erstens. Glücksspiel in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Zusammenhang mit WestSpiel, bedarf einer Statusaufnahme, vielleicht auch verschiedener Änderungen, auf die ich noch zu sprechen komme, und andererseits bedarf es selbstverständlich auch einer Behandlung der Spielbankenabgabe vor dem Hintergrund der Zuführung für soziale Zwecke, zum Beispiel auch an die Stiftung Wohlfahrtspflege.

Denn das, was aus der Spielbankenabgabe, die man natürlich auch im privaten Sektor mit einfließen lassen könnte, nicht in die sozialen Zwecke fließt, müsste auf der anderen Seite vom Haushaltsminister in irgendeiner Form flüssig gemacht werden. Darauf komme ich später zurück.

Aber der entscheidende Punkt ist: Der Antrag der FDP wird auch im Haushalts- und Finanzausschuss noch eingehend erörtert werden. Möglicherweise, Herr Kollege Witzel, korrigieren Sie mich auch mit einer Anhörung, was dann eventuelle Gutachten- oder Expertengespräche auf Kabinettssebene ersetzt, ergänzt oder was auch immer ...

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Nein, nein, andere als wir. – In Ihrem Antrag heißt es:

„Ein Betrieb von defizitären Spielbanken in NRW kann ferner nicht Sinn und Zweck staatlichen Handelns sein.“

Das ist richtig. Dazu haben wir einiges gehört. WestSpiel war in den letzten Jahren vor Abzug der Spielbankenabgabe nicht defizitär, und Konzernfehlbe-

träge ergaben sich nach Abzug der Spielbankenabgabe. Und die Höhe der Spielbankenabgabe prozentual an die Höhe der Bruttospielerträge geknüpft, muss man berücksichtigen, dass die Spielbankenabgabe in den letzten Jahren bei WestSpiel rückläufig war. Im Jahr 2008 betrug die Spielbankenabgabe rund 83 Millionen €, im Jahr 2014 waren es nur noch rund 36 Millionen €. Was heißt das im Ergebnis? –

Ich sage Ihnen was, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen: Generell funktioniert das analoge Geschäftsmodell von WestSpiel, was gegebenenfalls noch der Evaluation bedarf, möglicherweise nicht mehr. Das zeigen die deutlich zurückgehenden Bruttospielerträge in den letzten Jahren.

Die Zukunft, verehrte Kolleginnen und Kollegen, des Glücksspiels – möglicherweise auch unter staatlicher Aufsicht, durchaus gut und richtig, wenn wir den Glücksspieländerungsstaatsvertrag betrachten – liegt im Internet.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Bau eines neuen analogen Casinos in Köln für einen hohen zweistelligen Millionenbetrag äußerst fragwürdig. Es handelt sich definitiv um nichts anderes als um ein Leuchtturmprojekt mit Lokalkolorit.

Völlig unabhängig davon, ob WestSpiel staatlich oder privat ist, müssen die Eigentümer und die Geschäftsführung ein innovatives Geschäftsmodell entwickeln, das in unsere Zeit passt. Gutes Geld schlechtem Geld hinterherzuwerfen und Millionen in ein veraltetes Geschäftsmodell zu investieren, wird die finanzielle Situation von WestSpiel nicht nachhaltig verbessern und auch nicht die Spielbankenabgabe sichern.

(Beifall von den PIRATEN und der FDP)

Daher wäre es aus unserer Sicht, aus Sicht der Piratenfraktion, sinnvoller, gäbe die Landesregierung ein Gutachten in Auftrag gibt, welches die Potenziale von Onlineglücksspiel für WestSpiel prüft bzw. das Geschäftsmodell von WestSpiel einer kritischen Prüfung unterzieht.

Zwar ist seit Juli 2012 nach dem Glücksspieländerungsstaatsvertrag das Betreiben eines Onlinekasinos für deutsche Unternehmen generell verboten. Aber schauen wir einmal – das wurde ja schon erwähnt – nach Schleswig-Holstein! Im Bundesland Schleswig-Holstein weicht die Gesetzgebung deutlich davon ab; denn dort sind seit Dezember 2012 zwölf Lizenzen für Onlinekasinos vergeben worden.

Auch da muss ich sagen: Es ist keine Frage der Abwägung zwischen privat und/oder staatlich. Es mag durchaus auch auf staatlicher Basis, auf der es jetzt läuft, weitergehen. Aber die Struktur innerhalb des Unternehmens bedarf des Überdenkens.

Kommen wir noch einmal kurz auf die sozialen und die wohlfahrtsrelevanten Aspekte zurück. Die Spielbankenabgabe wird unter anderem für die Stiftung

Wohlfahrtspflege NRW eingesetzt und finanziert diese. So heißt es auf der Homepage der Stiftung:

„Finanziert aus nordrhein-westfälischen Spielbanken-Gewinnen, ...“

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Herr Präsident, ich komme selbstverständlich aufgrund Ihres Räusperns zum Ende. – Die Stiftung Wohlfahrtspflege finanziert sich aus diesen Gewinnen. In den vergangenen Jahren flossen ihr darüber 25 Millionen € zu. Dies muss auch so bleiben, weil wesentliche soziale Aspekte damit finanziert werden.

Das mag durchaus auch in staatlicher Hand bleiben. Andernfalls – ich erwähnte es schon – müssen wir wieder den Haushaltsgesetzgeber bemühen, der wir zwar auch sind, der dann aber möglicherweise Gelder generieren muss, die eben nicht aus dem Glücksspiel kommen. Darüber möge sich der Finanzminister Arm in Arm mit dem Wirtschaftsminister einmal Gedanken machen –

(Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert.)

und gemeinsam mit WestSpiel und der NRW.BANK. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Walter-Borjans das Wort.

(Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Es gibt leider keinen Zeitbonus, Herr Minister. Aber danke für den Hinweis.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will einmal mit einer für die Opposition offenbar schockierenden Nachricht beginnen: Wir diskutieren in der Landesregierung in der Tat noch miteinander.

(Michael Hübner [SPD]: Was? Nein!)

Wenn das Chaos und Streit ist, dann schwant mir, wie die Diskussionskultur in der sogenannten Freien Demokratischen Partei denn wohl aussehen muss.

Ich habe noch das Verständnis, dass man sich zusammensetzt und über bessere Wege nachdenkt, was man aus einer gewissen Situation heraus machen muss und kann, dass man dann darüber diskutiert und dass man nicht von Anfang an eine vollkommen einheitliche Haltung hat, sondern sie gemeinsam entwickelt.

Etwas deutlich anderes nehme ich wahr, wenn ich mir angucke, wie sehr insbesondere dieses Thema

„WestSpiel“ von der ideologischen Verbohrtheit getrieben ist, dass „Privat vor Staat“ gelten muss.

Herr Höne, nach dem ersten Kurs im Fach Logik weiß man: Wenn jemand nicht für „Privat vor Staat“ ist, folgt daraus nicht automatisch, dass er für „Staat vor Privat“ ist. Vielmehr gibt es da noch etwas anderes. Man kann nämlich auch offen sein. Das ist man nur dann nicht, wenn man so ideologisch festgelegt ist, wie Sie das mit „Privat vor Staat“ sind.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP])

In diesem Fall ist das auch noch nicht einmal nur die Festlegung auf „Privat“, sondern es geht sogar um einen ganz bestimmten Privaten, der offenkundig noch etwas bei der FDP gut hat. Das ist noch einmal ein Stück weitergedreht. Da habe ich – das muss ich ehrlich sagen – schwere Bedenken.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE] – Lukas Lamla [PIRATEN]: Aha!)

Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Erstens. In der Landesregierung wird diskutiert. Zweitens. Uns geht es um die Sache. Es geht nicht um eine verbohrte Vorfestlegung. Vor allen Dingen geht es darum, von dem auszugehen, wo wir stehen, um dann den besseren Weg für die Zukunft zu finden, anstatt nur auf einem weißen Blatt Papier irgendeine theoretische Modellvorstellung zu entwickeln. Und wo stehen wir denn?

Der erste Punkt ist: Wir haben ein Spielbankengesetz. Es ist alles schon besprochen worden. Wir haben eine gewisse Schutzfunktion wahrzunehmen. Das steht.

Der zweite Punkt ist: Ja, wir haben über die letzten Jahre erlebt, dass sich in dem Spielbankenbetrieb offenbar etwas verändert hat, dass sich der Markt geändert hat, dass sich die Spielgewohnheiten verändert haben und dass es bestimmte Standorte gibt, die früher eher an einer schlechteren Stelle lagen, die sich jetzt besser entwickeln, während die, die früher die guten Standorte waren, eine schlechtere Entwicklung aufweisen.

Daraus ergibt sich ein Konsolidierungsbedarf. Den kann man daran ablesen, dass in der Tat jetzt in den Jahren bis zum letzten Jahr die Spielbankenabgabe, die von dem Bruttoertrag abgezogen worden ist, kleiner wurde.

Das ist auch für einen Finanzminister eine unangenehme Angelegenheit, weil wir mit dieser Spielbankenabgabe die Stiftung Wohlfahrtspflege unterstützen und damit eine Menge Gutes tun. Ich möchte das nicht dem Steuerzahler anlasten, sondern es auch weiterhin aus dem Spielbankenbetrieb finanzieren.

Deswegen haben wir eine Neuaufstellung begonnen. Es war nicht irgendeine Vorfestlegung und ein Zufall, dass wir auf Köln gekommen sind; denn wir haben

deutlich gesehen, dass der Spielbankstandort Duisburg gut läuft und sich gut entwickelt, und alle, die etwas davon verstehen, sagen, dass an einem Standort wie Köln eine enorme Stärkung dieses Spielbankenbetriebs erfolgen könnte. Auf dieser Grundlage sind wir vorangegangen und haben uns für eine Neuausrichtung entschieden.

Wir haben uns natürlich immer auch Benchmarks angeschaut. Wir haben gesagt: Wenn es etwa Überlegungen gibt, in anderen Ländern den Spielbanksektor doch abzugeben, dann gucken wir uns auch das an.

Im Übrigen ist es auch die Verpflichtung des Verwaltungsratsvorsitzenden der NRW.BANK als der Mutter dieser Gesellschaft, zu sagen: Ich möchte von euch dazu gerne auch einmal eine Stellungnahme haben. – Diese Stellungnahme hat es gegeben. Im Übrigen ist diese Stellungnahme nicht zu dem Ergebnis gekommen, dass man privatisieren sollte.

Weil wir miteinander diskutieren, haben wir dann darüber gesprochen, ob man vor dem Hintergrund, dass eine Stellungnahme vorliegt, die im Ergebnis die Privatisierung nicht als den folgerichtigen Schritt bezeichnet, noch weiter darauf aufsetzt und noch einmal von externer Stelle ein Gutachten einholt oder ob man nicht sagt:

Wir haben doch jetzt gerade eine Neuausrichtung beschlossen, die auch erste Früchte zeigt und die noch nächste Schritte hat, die bis in das Jahr 2020/2021 gehen. Wir haben auch unterstrichen und unterstützt, dass sich die Spielbank die möglichen Ressourcen durch den Verkauf von Warhol geschaffen hat. Wir haben gesagt: Jetzt wollen wir uns einmal angucken, ob es nicht besser ist, wenn wir uns das im Ergebnis erst einmal angucken.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Optendrenk zulassen?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich würde noch gerne gerade die letzten zwei Sätze sagen. – Wir haben damit gezeigt: Diese Regierung diskutiert nicht nur, sondern, wenn sie diskutiert hat, dann entscheidet sie auch, und zwar gemeinsam.

Dass ich in meiner Vorlage für den Haushalts- und Finanzausschuss den Kollegin Duin sozusagen von seiner Position heruntergeholt hätte, ist falsch. Das war eine von Herrn Duin mir zugeliessene Stellungnahme – das steht auch so in der Vorlage.

Dass Sie, Herr Witzel, über Jahre mit einem solchen Thema versuchen, diesen Landtag zu lähmen, was Ihnen weitestgehend in diesen Punkten auch gelingt, das ist Ihr Ding. Das müssen Sie vertreten. Das müssen Sie hinterher auch vor den Menschen im Land

vertreten. Wir brauchen das nicht. Wir haben eine gemeinsame Entscheidung gefällt, die heißt: Wir haben eine Neuausrichtung, sie läuft. Sie trägt erste Früchte. Die gucken wir uns an. Wir sind ergebnisoffen im Umgang, wie die Zukunft aussehen wird.

Aber ich bin guter Dinge, dass es so, wie es aufgestellt ist, zu einer Erfolgsgeschichte werden kann. Das werden wir eben auch sehen. Das dazu.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt würde ich auch gerne eine Frage beantworten.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Dann nehmen wir jetzt die Zwischenfrage, wenn er sie noch stellen möchte, von Herrn Kollegen Dr. Optendrenk. Danach, wenn die Frage beantwortet ist, haben wir noch eine Kurzintervention von Herrn Kollegen Witzel. Jetzt aber zuerst zu Herrn Kollegen Dr. Optendrenk, bitte.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Minister, ich respektiere ausdrücklich, wenn Sie in der Regierung über Themen diskutieren, die auch eine grundsätzliche Bedeutung haben. Sie können das sicherlich in geschlossenen Räumen tun, müssen das nicht öffentlich austragen. Wenn Sie einen Diskussionsprozess haben, spricht auch gar nichts dagegen, wenn Sie den erst am Schluss öffentlich machen. Dagegen hat niemand etwas.

Da Sie hier aber etwas weggelassen haben, bitte ich Sie, das zu erklären. Wie kann es denn sein, dass am 14.04. die „Rheinische Post“ Ihren Kollegen damit zitiert – so wie ich das eben aus dem Zitat vorgelesen habe –, dass die Landesregierung ergebnisoffen und ohne Zeitdruck die Alternativen prüft, und Sie noch am gleichen Tag um 17:22 Uhr – bei WDR.online schon nachlesbar – diesem widersprochen haben? Die Zulieferung Ihres Kollegen muss aber verdammt schnell und der Willensbildungsprozess außerhalb von Gremien am 14.04. auch verdammt schnell gelaufen sein. Für mich erklärt sich nicht, wieso Sie sonst an einem Tag zwei so unterschiedliche Haltungen der Landesregierung in der Zeitung haben.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Das kann ich Ihnen beantworten. Zunächst geht es nicht um einen Tag. Ich weiß definitiv, dass ich selbst diesen Artikel mit dem Zitat vom Vortag gelesen habe. Es ist nun einmal so: Wir diskutieren nicht nur in der Landesregierung miteinander, sondern wir haben auch Gespräche mit Journalisten. Natürlich geben wir in Gesprächen mit Journalisten auch Haltungen preis – das ist doch vollkommen klar.

Ich frage mich, wie Sie auf der anderen Seite bemängeln, dass es Menschen gibt, die aus der Regierung

heraus auch mal Positionen preisgeben, und an dieser Stelle sagen: Ihr dürft aber nicht mit der Öffentlichkeit sprechen, bevor ihr nicht alles fertig entschieden habt. – Ja – ich habe unsere Position eben beschrieben –, das haben wir gesagt. Ich habe, als ich das gelesen habe, mit Garrelt Duin gesprochen und gesagt: Wir sind an dem Punkt, dass wir erst einmal gucken wollen: Wie sind hier die Schritte, die jetzt folgen?

Ich bin auch nicht offensiv alleine von mir aus an die Presse gegangen, sondern ich habe an dem folgenden Tag zu einem anderen Thema eine Pressekonferenz hier gehabt, vor der Landespressekonzferenz. Darauf angesprochen, habe ich den Stand der Diskussion wiedergegeben, der dann auch in diese Vorlage geflossen ist, von uns beiden formuliert.

Es ist ganz einfach, ganz unaufgeregt: Wir reden miteinander, wir haben gelegentlich auch unterschiedliche Akzente in dem, was wir machen. Dann machen wir gemeinsam, wenn wir merken, dass wir uns da einigen müssen, auch etwas daraus. Das haben wir getan. Das kennen Sie jetzt. Das sehen Sie jetzt. Aber offenbar können Sie damit nicht leben. Daran kann ich Sie nicht hindern.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: So weit Frage und Antwort. – Jetzt zur Kurzintervention von Herrn Kollegen Witzel, bitte 90 Sekunden!

Ralf Witzel (FDP): Herr Finanzminister, weil Sie gerade die Nebelmaschine angeworfen haben: Die Presseberichterstattung war schon ausdrücklich eine andere. Ihr Kollege Duin hat eine Tatsachenbehauptung getätigt. Er hat Wortlautzitate dafür freigegeben, die beinhalten, dass hier eine Ankündigung erfolgt ist. Es gibt ein Gutachten, das er in Auftrag gibt, das er voranbringt. Das hat mit Meinungsfreiheit, dass man auch unter Kabinettskollegen mal diskutiert, nichts zu tun, wenn Sie das am selben Tag oder am Tag drauf sofort wieder einsammeln.

Sie haben diesem Parlament gegenüber nicht dargelegt, was Sie, wenn Sie meinen, Sie hätten für Ihren Standpunkt – Stichwort Erfolgsgeschichte, so wie Sie es bezeichnet haben – gute Argumente, dagegen haben, dass Ihr Kollege die ergebnisoffene Analyse in Auftrag geben darf, die er gern in Auftrag geben würde. Was ich aber von Ihnen in der Diskussion erwarte, ist intellektuelle Redlichkeit, weil Sie hier eine Monstranz aufbauen.

Dass eine Spielbankenabgabe gezahlt wird, ist richtig. Dass wir wollen, dass die Stiftung Wohlfahrtspflege – alle Fraktionen gemeinsam in diesem Haus – natürlich auch Empfänger der Zahlungen ist, ist auch völlig unstrittig. Sie tun so, als wäre das ausschließlich dann der Fall, wenn WestSpiel zu 100,0 % in öffentlicher Hand wäre.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Hat man als FDP-Abgeordneter mehr Redezeit?)

Deshalb frage ich Sie noch einmal ausdrücklich: Wenn Sie – wie Ihre Kabinettskollegen in anderen Bundesländern mit SPD- und grüner Regierungsbe teiligung – Betreibermodelle finden, bei denen auch Private ihren Beitrag leisten, eine zusätzliche Markt-expertise mit einbringen und dann dasselbe betriebs-wirtschaftliche Ergebnis erzielt wird, vielleicht sogar noch ein besseres: Gibt es dann irgendeinen einzi-gen Cent weniger, der an die Stiftung Wohlfahrts-pflege fließt? Gibt es dann einen Cent weniger Spiel-bankenabgabe? Gibt es einen Cent weniger Steuer-zahlungen? Nein, es gibt dann, wenn das Geschäft besser läuft, sogar entsprechend mehr. Weil Sie ge-rade gesagt haben, Sie erwarten eine Logik der Dis-kussion, hätte ich gerne Ihre Stellungnahme dazu.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Es ist ein Unterschied, ob Glücksspiel in privater Hand ist oder ob Glücksspiel in staatlich überwachter Hand ist. Ich nenne nur ein Beispiel. Ich habe vor Jahren, als Ihr Parteifreund Rösler noch Bundeswirtschafts-minister war, mehrere Versuche unternommen, dazu beizutragen, Geldwäsche über Geldautomaten ein-zuschränken. Es war eine eindeutig politische Positi-onierung, diese Vorstöße nicht weiter zu verfolgen.

Unter meiner Verantwortung, unter unserer Verant-wortung sehen wir das anders.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Entscheidungen halte ich auch aufrecht. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt – wir haben es schon gehört – sind Beschäftigungsbedingungen und anderes.

Der dritte Punkt ist – auch wenn Sie es nicht hören wollen –: WestSpiel für sich genommen hat einen po-sitiven Ertrag, wenn man die ertragsunabhängige Abgabe, die wir einziehen, nicht berücksichtigt.

Das hat nichts damit zu tun, dass es heißt: Wenn Steuern bezahlt werden, ist das immer so. Steuern sind im Regelfall ertragsabhängig. Das Unterneh-men für sich genommen, ohne diese vom Land auf-erlegte Abgabe, würde sich tragen.

Wir aber wollen, dass es mehr Früchte trägt. Hier ist eben davon gesprochen worden – Herr Optendrenk hat das auch gesagt –, nicht den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen. Es entsprach unserer ge-meinsamen Überlegung, dass wir uns auch alterna-tive Möglichkeiten anschauen wollen.

Worauf Sie herumreiten, ist doch die Stellungnahme, die intern von der NRW-Bank angefertigt worden ist. Sie wollen die gerne als Gutachten verkaufen.

(Ralf Witzel [FDP]: Nein! Das ist nicht so!)

Nennen Sie das von mir aus so; es war jedenfalls keins.

Die Frage war, ob man jetzt auf dieser Grundlage ei-nen weiteren Schritt unternimmt. Wir haben gemein-sam beschlossen, dass der erste Schritt darin be-steht, uns zunächst anzuschauen, was aus dem wird, was wir eingeleitet haben. Und wenn das eben nicht die gewünschten Ergebnisse erzielen sollte, hat man die Möglichkeit, über Korrekturen nachzuden-ken.

Im Augenblick sagen die Zeichen: Es funktioniert. Und da muss ich Ihnen als Finanzminister ganz ehrlich sa-gen – das sage ich auch dem Kollegen Duin –: Wir müssen nicht unbedingt viel Geld dafür ausgeben, ein Gutachten anfertigen zu lassen, wenn wir bereits eine Entscheidung getroffen haben, in welche Richtung wir gehen wollen.

Das war die Diskussion, und zu den Ergebnissen ste-hen wir gemeinsam. Jetzt schauen wir zunächst, was aus den eingeleiteten Schritten wird. Danach können wir weiter diskutieren und auch kritisieren. Wir haben uns jedenfalls entschieden, und zwar mit guten Argu-menten, die ich gerade noch einmal aufgeführt habe.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Mi-nister. Das war die Antwort auf die Kurzinterven-tion. – Weitere Redebeträge sind nicht angemeldet. Deshalb schließe ich an dieser Stelle die Ausspra-che.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat emp-fiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/11902** an den **Haushalts- und Finanzaus-schuss** – er bekommt die Federführung – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** in der Mitberatung. Alle fünf Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den Antrag zur Mitberatung auch an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** zu überweisen. Die abschließende Abstimmung soll dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen die Überwei-sung? – Enthaltung? – Beides nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

5 Nach den TTIP-Leaks ist das öffentliche Ver-trauen in das transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen vollkommen zer-stört: TTIP muss ausgesetzt werden!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11888

Ich eröffne die Aussprache, und als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion der Piraten Herr Dr. Paul das Wort.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Vor etwa vier Jahren ist das hinter verschlossenen Türen ausgehandelte ACTA-Abkommen am zivilen Widerstand in ganz Europa gescheitert.

Aber ACTA war gestern – TTIP, CETA und TiSA sind heute. Die transnational operierenden Großunternehmen und ihre Buddies versprechen bedeutende Arbeitsplatzgewinne und Wachstum. Wir Kritiker hingegen warnen vor der Aushöhlung von demokratischer Entscheidungsfindung, vor dem Absenken von Daten-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutzstandards.

(Beifall von den PIRATEN – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Zu Recht!)

Über die Gefahren, die von TTIP für Demokratie und Rechtsstaat ausgehen, haben wir im Landtag auf unsere Initiative hin schon mehrmals debattiert.

Aus landespolitischer Sicht kann man TTIP nur ablehnen. Es muss davon ausgegangen werden, dass TTIP schwerwiegende Folgen für die nordrhein-westfälische Demokratie, regionale Unternehmen und die kommunale Familie hätte. Die Piraten lehnen TTIP ab. Basta!

(Beifall von den PIRATEN)

Jetzt ist es mit den veröffentlichten Verhandlungsinhalten, den sogenannten TTIP-Leaks, wieder zivilgesellschaftlicher Courage zu verdanken, dass wir endlich Klarheit haben. Es wurde, wie befürchtet, die ganze Zeit am Gemeinwohl der Europäer vorbeiverhandelt. Und wieder braucht es den beeindruckenden Einsatz von Whistleblowern, damit die Öffentlichkeit erfährt, wie ihre Interessen in Hinterzimmerverhandlungen verkauft werden.

(Zuruf von der FDP: Mein Gott!)

Wir Piraten fordern deshalb seit Langem einen gesetzlichen Whistleblowerschutz, idealerweise auf EU-Ebene, notfalls auch auf Landesebene. Doch die EU bewegt sich gerade in die entgegengesetzte Richtung. Die jüngst beschlossene Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen ist eine versteckte Whistleblower-Kriminalisierungsrichtlinie.

Die EU-Richtlinie verschärft das bereits bestehende gewaltige Machtgefälle zwischen Whistleblowern und Großunternehmen. Dieses Vorgehen vernichtet weiteres Vertrauen in die Europäische Union und ihre Institutionen. Denn die Qualität unserer Demokratie misst sich nicht zuletzt daran, wie wir diejenigen behandeln, die unter Gefahr für das öffentliche Interesse eintreten.

Auch wenn die SPD-Fraktion im Europaparlament der genannten Richtlinie zugestimmt hat, darf man einem SPD-Kollegen auch einmal Anerkennung zollen. Lieber Herr Kollege Töns, eine der TTIP-kritischen Stimmen in der SPD, hat nun auch offen gegen die von oben verordnete Pro-TTIP-Linie rebelliert und von „überschrittenen roten Linien“ gesprochen.

Lieber Markus Töns, das ist dein Applaus von den Piraten!

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von der FDP: Da freut er sich aber!)

Das begrüßen wir also. Ein gesamtparteiliches Umdenken wird in der SPD hoffentlich bald einsetzen.

Das Vertrauen der Menschen in die eigenen Verhandlungsführer, also in die EU-Kommission, ist zerstört. Das ist das Ergebnis der Politik der Intransparenz. An dieser Stelle sollten wir auch berücksichtigen, dass dieser Vertrauensverlust Verwesungsprodukte am politischen rechten Rand hervorruft, die wir alle nicht wollen.

Auf dieser Basis kann es also keine weiteren Verhandlungen geben. Wir Piraten bleiben dabei: Die TTIP-Verhandlungen müssen beendet werden – ohne Wenn und Aber.

Ein Aber gibt es aber doch: Es braucht einen kompletten Reset, einen Neustart: transparent, demokratisch legitimiert und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft. Wenn das nicht geht, dann darf es kein Handelsabkommen mit den USA geben.

Zum Schluss noch ein Signal an die ganz offensichtlich gammaverstrahlten Alphawölfe aus der FDP:

(Zurufe von der FDP: Oh je!)

Bei TTIP gibt es keinen Betatest!

(Zuruf von der FDP: Wir werden es vermissen!)

Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Töns das Wort.

Markus Töns (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Man kriegt ja selten Lob von der Piratenfraktion für das, was man öffentlich äußert. Ich bin mir auch nicht sicher, ob Sie am Ende meiner Rede noch so viel Lob für mich haben, wie Sie es zu Beginn hatten. Darauf kommen wir dann zurück.

Freihandelsabkommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind ja grundsätzlich nicht des Teufels.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Freihandelsabkommen können dazu dienen, Globalisierung und Handel den richtigen Rahmen zu geben. Aber die Frage ist: Was ist der richtige Rahmen in dem Zusammenhang?

Die Frage ist auch: Was wurde eigentlich veröffentlicht? Da muss ich dann auch sagen: Es war für mich nicht neu. Ich glaube, ich bin der Einzige im Raum, der sagen kann, dass es für ihn nicht neu war. Das war für mich deshalb nicht neu, weil ich den Lese-raum in Brüssel betreten darf und das auch tue. Diesen Verhandlungsstand kannte ich.

Ich habe immer gesagt: Wenn das so ist und wenn das so bleibt, wird es kein TTIP geben. Deshalb ist das auch keine neue Haltung von mir gewesen.

Aber warum wurde das veröffentlicht, was da veröffentlicht wurde? Darauf kann man auch eine Antwort geben. Es gibt ja nicht wenige, die sagen, das war ein Insider der Europäischen Kommission, weil die sich einfach massiv über den Verhandlungsstand geärgert haben, weil sie nicht weiterkommen in der Frage, was denn da verhandelt wird. Und das hat viel damit zu tun, dass die Haltung der US-Seite eine knallharte Haltung ist, die überhaupt nicht übereinstimmt mit den Forderungen und mit den Überzeugungen, die wir in Europa oder in Deutschland haben.

Dann sage ich ganz deutlich – da will ich gerne mal unseren Bundeswirtschaftsminister zitieren, denn das passt ganz gut –: TTIP so wie es sich die Amerikaner vorstellen, darf und wird es nicht geben. Das will niemand. – Das hat er gestern in der Bundestagsdebatte gesagt.

Genauso ist das. Wenn das so kommt – das habe ich meiner Partei auch empfohlen –, dann wird es keine Zustimmung der Sozialdemokraten geben. Dann wird es keine Zustimmung der Sozialdemokraten geben.

(Beifall von der SPD)

Das hat auch eine Basis. Wir haben einen Parteitagebeschluss zuletzt noch im Dezember 2015 bekräftigt und angeschärft, in dem wir deutlich machen: Wir wollen keine privaten Schiedsgerichte. Wir wollen einen internationalen Handelsgerichtshof. Wir wollen keine regulatorischen Maßnahmen. Wir wollen Demokratie sichern. Wir wollen keine Einschränkungen von Verbraucherschutz oder Vorsorgeprinzip, weil das nicht in die europäische Verfassung, in die europäische Gesamtgesellschaft passt.

So ist das zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmungsfähig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt will ich auf Ihren Antrag eingehen, weil das, glaube ich, ganz interessant ist. Sie schreiben in der Überschrift „TTIP muss ausgesetzt werden!“ Das würde für ein Moratorium sprechen. Dem könnte ich

mich ja noch anschließen. Aber Sie schreiben dann – ich finde das sehr widersprüchlich –:

„Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich auf allen politischen Ebenen für ein Ende der aktuellen TTIP-Verhandlungen und einen demokratischen, transparenten und zivilgesellschaftlich getragenen Neustart einzusetzen.“

Neustart heißt: Sie sagen, Ende und Abbruch.

Da sage ich Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich: Das ist ein Widerspruch im Antrag und es ist auch politisch naiv. Wenn jemand bei dem Verhandlungsmandat von 28 Mitgliedstaaten und bei dem Verhandlungsmandat, dass man sich mit den USA darauf verständigt hat, verhandeln zu wollen, glaubt, dass man auf diplomatischem Wege jetzt mal sagt: „Machen wir Stopp und dann kommen wir in Neuverhandlungen!“, halte ich das für politisch naiv und auch nicht für durchführbar.

Ich plädiere allerdings für eine Verhandlungspause, weil deutlich geworden ist, dass die amerikanische Seite ja nicht ernsthaft verhandeln will. Hier muss man unseren Freundinnen und Freunden auf der anderen Seite des Atlantiks auch mal deutlich sagen: Freunde, so wird das nichts! Weil das so nichts wird, brauchen wir eine Pause! – Ich fordere eindeutig ein Moratorium.

Dann will ich noch eine Bemerkung machen. Denn eines halte ich für vollkommen schädlich an dieser Stelle. Das geht auch in Richtung der Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Im Übrigen, wie Sie ja wissen: Auch 60 % Ihrer Parteimitglieder sind gegen TTIP oder sehr kritisch eingestellt.

Aber wenn wir das mal betrachten: Frau Merkel und Herr Obama sagen, das muss bis Ende des Jahres fertig werden. Wir wissen, es gibt kaum konsolidierte Texte, es gibt eigentlich nichts, was fertig ist. Wie will man bis Ende des Jahres fertig werden? Aber man macht Zeitdruck.

Dann sage ich: Dann geht hier Gründlichkeit vor Schnelligkeit, wenn man verhandelt. Dann geht es darum, es auch richtig zu verhandeln. Wenn man das nicht will, dann wird man am Ende des Tages vielleicht zu einem Abbruch kommen.

Ich sage: Jetzt brauchen wir mehr Zeit. Man sollte sich eine Verhandlungspause gönnen.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Markus Töns (SPD): Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Ich will das nur noch einmal betonen. Nach meiner Überzeugung brauchen Freihandelsabkommen Regeln und Leitplanken, um Globalisierung zu steuern. Wer keine modernen Regeln für Arbeitnehmerinnen und Verbraucherinnen und soziale

Standards festlegen will, betreibt nach meiner Überzeugung neoliberalen Anarchismus. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Töns, in Teilen kann ich Ihnen ja zustimmen. Ganz so negativ sehe ich die Dinge aber nicht, wie Sie sie dargestellt haben. Ich widerspreche aber ganz entschieden dem Kollegen Paul.

Ja, wir brauchen einen freien Handel in der Welt, und wir brauchen Standards für diesen freien Handel. Diese Standards kann man nur erreichen, wenn man miteinander spricht. Wer nicht miteinander spricht, wer nicht miteinander verhandelt und wer nicht nach gemeinsamen Wegen sucht, der wird diesen Weg nicht erreichen können.

Dass gerade wir in Nordrhein-Westfalen auf einen freien Handel angewiesen sind, wissen wir mit unseren Unternehmen. Der Wirtschaftsminister wird ja nicht müde, die Hidden Champions dieses Landes zu loben. Wenn ich diese Hidden Champions als solche behalten will, muss ich ihnen ermöglichen, an den Märkten tätig zu sein.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege.

Josef Hovenjürgen (CDU): An diesen Märkten kann man nur tätig sein, wenn man das in Gemeinsamkeit erreichen kann. Das ist ohne Gespräche nicht möglich. Deswegen ist das Verweigern von Gesprächen das Ende von Möglichkeiten, die man auch erreichen kann, um Standards zu setzen, die jetzt zum Beispiel in den USA nicht gelten.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Hovenjürgen, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Fricke würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Gerne.

Stefan Fricke (PIRATEN): Herr Kollege Hovenjürgen, Sie sprechen von gemeinsamen Standards. Ist Ihnen bekannt, dass es in den USA noch nicht einmal möglich ist, gemeinsame Standards zwischen den 50 amerikanischen Bundesstaaten zu schaffen gerade in den für unsere Industrie wichtigen Bereichen, etwa Automobil- und Maschinenbau? Wie soll es dann im TTIP möglich sein, wenn die amerikanische

Bundesregierung nicht durch TTIP in diese Kompetenzbereiche der Staaten hineinregieren kann?

Josef Hovenjürgen (CDU): Ja, lieber Kollege, danke für Ihre Frage. Ich stelle Ihnen eine Gegenfrage: Wie soll es möglich sein, gemeinsame Standards zu erreichen, wenn man nicht miteinander spricht? Dann erreiche ich sie gar nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Insofern muss man schon miteinander im Gespräch bleiben, wenn man überhaupt etwas erreichen möchte.

Die Notwendigkeit, dass gerade die Unternehmen in unserem Land auf den Weltmärkten agieren können, habe ich beschrieben.

Meine Damen und Herren, das, was der Whistleblower im Bereich TTIP für Greenpeace ermittelt hat bzw. was durch Greenpeace veröffentlicht worden ist, ist wirklich nicht neu. Da hat der Kollege Töns auf jeden Fall Recht. Das sind die Dinge, die bekannt waren. Das sind die Maximalforderungen der Amerikaner.

Unsere Aufgabe ist es, unsere Standards durchzusetzen. Unsere Aufgabe ist es, unserer Regierung deutlich zu machen, den Verhandlungspartnern in Brüssel deutlich zu machen, dass wir Wert auf diese Standards legen und dass in Deutschland Zustimmung nur dann erreicht werden kann, wenn wir diese Standards wahren und wenn wir Gemeinsamkeiten mit den Amerikanern erarbeiten können. Dies mache ich nicht in einem blinden Antiamerikanismus, sondern dies mache ich in Gesprächen, in denen ich den Partnern deutlich mache, welche Vorteile diese Standards im Verbraucherschutz bringen, was sie für die Menschen bedeuten. Dafür sind Gespräche zwingend notwendig.

Es macht eben keinen Sinn, permanent in Richtung Amerika zu schimpfen, zu schießen und zu sagen: Es ist alles schlecht, alles fürchterlich.

Man lobt dann erst einmal die Whistleblower, die das endlich zutage gefördert haben. Da frage ich mich: Wie sieht das eigentlich mit den Whistleblowern aus, die im Bereich des Silvesterausschusses Informationen gegeben haben?

(Beifall von Werner Jostmeier [CDU])

Da suche ich nach Tätern, und im anderen Fall bin ich mit einem Lob unterwegs. Wenn man Whistleblower schützen will, dann sollte man es für alle tun und die Öffentlichkeit informieren. Ich finde gut, dass diese Dinge in der Öffentlichkeit diskutiert werden können.

Diejenigen, die mit einer massiven und teilweise vollkommen überzogenen Kritik unterwegs sind – hier spreche ich auch die Grünen an –, sollten sich einmal

überlegen, mit wem sie dort Arm in Arm unterwegs sind: mit der AfD, mit Donald Trump, mit den Piraten.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das wird jetzt unverschämt! Vorsicht!)

Meine Damen und Herren, das ist eine „nette“ Gesellschaft, bei der ich sagen kann: Ob das für unser Land zukunfts führend und zukunfts bildend ist, wage ich in Zweifel zu ziehen.

Ich weiß nicht, ob wir bezüglich des TTIP-Abkommens am Ende Erfolg haben werden. Aber ein Abbruch jetzt wäre ein Vertun von Chancen.

Richtig ist: Die Wirtschaft unseres Landes, die Wirtschaft in der Bundesrepublik braucht Märkte, die ihr zugänglich sind, damit die Unternehmen hier ihren Export ausüben können und damit unsere Menschen in Brot und Arbeit sind. Unser Land liegt auf dem letzten Platz der wirtschaftlichen Entwicklung.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, gerade Nordrhein-Westfalen ist auf freie Märkte angewiesen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen bleiben wir im Gespräch mit denen, mit denen wir Handel betreiben wollen. Wir sind fair im Umgang mit unseren Partnern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hovenjürgen, ich lege zunächst mein Redemanuskript zur Seite.

Erstens. Mit wem gemeinsam streiten wir da überhaupt? – Ich war im Herbst in Berlin mit 250.000 Menschen auf der Straße. Da habe ich keine AfD und sonstigen Leute gesehen. Was ich gesehen habe, das waren engagierte Bürgerinnen und Bürger. Ich habe Greenpeace gesehen. Ich habe viele Umweltverbände gesehen. Ich habe Gewerkschaften gesehen. Ich habe den Verband Kommunalen Unternehmer gesehen. Ich habe Leute von der Mittelstandsvereinigung gesehen.

Ich rede verdammt viel über TTIP. Ich bin auf sehr vielen Diskussionsforen. Viele aus der Wirtschaft, gerade aus dem Mittelstand, gerade kleine und mittlere Unternehmen sind gegenüber TTIP sehr kritisch eingestellt, weil sie genau wissen, dass am Ende des Tages TTIP, sollte es so kommen, wie es geplant ist, nur den ganz Großen nützen wird, und mit den ganz Großen meine ich die Googles und Amazons dieser Welt. Das ist das Erste.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Zweitens. Was ist wirklich neu? Diesbezüglich habe ich ebenfalls eine andere Einschätzung als Sie. Das Beispiel, das es am deutlichsten macht, ist das Vorsorgeprinzip, das wir haben. Wir haben hier in der Europäischen Union, in Deutschland das Vorsorgeprinzip. Das heißt, bisher müssen Produkte nachweislich unschädlich sein, um eine Zulassung zu erhalten.

Das, was die Amerikaner wollen, was sie gerade durchzudrücken versuchen, was wir bei den TTIP-Leaks schwarz auf weiß lesen konnten, ist, dass sie das bei ihnen geltende Risikoprinzip einführen wollen. Das heißt, sie wollen das Vorsorgeprinzip durch das Risikoprinzip ersetzen. Nach dem Risikoprinzip werden Produkte auf dem Markt zugelassen, bis nachweislich ein Schadensfall aufgetreten ist.

Wenn wir so arbeiten, laufen wir natürlich Gefahr, erst einmal geht alles, und dann muss man hingehen und einen Schadensfall nachweisen. Erst dann wird ein schädliches Produkt vom Markt genommen. Zurzeit ist es so: Man prüft, ob ein Produkt schädlich ist, bevor es auf den Markt kommt und bevor Verbraucherinnen und Verbraucher Schädigungen erfahren.

Doch anstatt uns davor zu schützen, wird dieses Vorsorgeprinzip gerade billige Verhandlungsmasse. Das ist das wirklich Neue, Herr Kollege Hovenjürgen. – Wenn ich schon zu Ihnen rede, wäre es schön, wenn Sie mir zuhören würden. Das gebührt sich unter Kollegen so. Vielen Dank.

Ich frage mich – ich habe sie mir angeguckt –: Wo sind denn die guten Vorschläge der Europäischen Union zur Sicherung des Vorsorgeprinzips?

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt nicht eine einzige Zeile in den geleakten Dokumenten, in der die Europäische Union dokumentiert, dass sie sich gegen das Risikoprinzip der Amerikaner einsetzt. Nicht eine einzige! Das ist für mich das wirklich Neue an den TTIP-Leaks, wie schlecht offensichtlich die Europäische Kommission mit den Amerikanern verhandelt.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Die grüne Position zu TTIP ist eindeutig und klar. Darüber müssen wir nicht groß diskutieren. Das kann man alles nachlesen. Wir haben mehrere Parteitagebeschlüsse auf der Bundesebene. Wir haben mehrere Beschlüsse auf der Landesebene, zuletzt noch Ende April auf unserem Landesparteitag in Neuss. Der Landesvorstand hat eine eindeutige Positionierung vorgenommen.

Auch wir haben bereits im Februar 2014 auf die Gefahren von TTIP aufmerksam gemacht. Wir haben einen eigenen Fraktionsbeschluss gefasst, der bis heute gültig ist. Der heißt: „TTIP – No, we can't: Kein Transatlantisches Freihandelsabkommen um jeden

Preis“. Insofern muss ich das nicht weiter ausführen. Auch die Piratenfraktion nickt. Dass das, was uns da droht, so nicht geht, ist klar.

Wir werden aber trotzdem den Antrag ablehnen. Sie fordern in Ihrem Antrag die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen für den Abbruch der Verhandlungen einzusetzen. Die Landesregierung hat deutlich gemacht – im Europaausschuss wurden die europapolitischen Prioritäten dargelegt –, wie sie das sieht, nämlich dass sie gewisse rote Linien hat, wann TTIP nicht zustimmungsfähig ist, wann TTIP die volle Zustimmung von unserer Seite bekommt, und dass sie dann, wenn es ein fertiges Produkt gibt, gemeinsam bewerten wird – es sitzen ja zwei Farben am Tisch –, ob diese roten Linien unterschritten worden sind oder nicht.

Das finde ich ein vernünftiges Vorgehen. Wir als Partei, wir als Fraktion sind da klar. Und wir versuchen, glaube ich, alle gemeinsam, auf der Straße noch einmal Druck zu entwickeln, damit es so kommt, wie wir es uns das inhaltlich wünschen. – Vielen Dank.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Nicht auf der Straße! Hier im Plenum, lieber Herr Kollege Engstfeld! Doch nicht auf der Straße! Dafür seid ihr doch im Landtag! – Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Auf der Straße haben wir das meiste erreicht!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir einmal eine etwas breitere Perspektive beim Thema „TTIP“ einnehmen, dann kommen wir zu der grundsätzlichen Frage: Warum eigentlich Freihandel? – Freihandel – das hat unter anderem im Modell des komparativen Kostenvorteils schon der britische Ökonom Ricardo Anfang des 19. Jahrhunderts festgestellt – führt zu Wohlfahrtsgewinnen.

Um das etwas weniger technisch auszudrücken: Von dem Wettbewerb, der zwischen Unternehmen besteht, von größeren Märkten, von der Spezialisierung, die damit einhergeht – davon sollen und können Verbraucher profitieren, nämlich mit einer größeren Produktauswahl, mit einer größeren Vielfalt, mit einem besseren Preis-Leistungs-Verhältnis.

Um es noch ein Stückchen weiter herunterzudrücken für die begeisterten Kunden der Deutschen Bahn AG hier in diesem Hause: Wer glaubt denn, dass die vergangenen Serviceoffensiven aus reiner Nächstenliebe gestartet wurden? Ich tue das nicht. Das liegt an Fernbusalternativen und an den Flugalternativen. Sie sehen: Wettbewerb ist dazu da, um den Verbrauchern zu dienen und muss so gesteuert werden.

(Beifall von der FDP)

Die Exportabhängigkeit Deutschlands ist eben schon angesprochen worden. Von dem in der Kernindustrie Automobil in Deutschland erzielten Gesamtumsatz von 400 Milliarden € stammen 260 Milliarden € aus dem Export. Zwei von drei Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie in Deutschland hängen vom Export ab. Das betrifft nicht nur München, Stuttgart oder Wolfsburg, das betrifft auch sehr viele kleine und mittlere Zulieferer in Nordrhein-Westfalen.

Wenn man das festgestellt hat, kann man zu der Frage kommen: Treffen die positiven Aspekte auf TTIP zu? Da kann man zum jetzigen Zeitpunkt, weil wir uns mitten in den Verhandlungen befinden, sagen: Hoffentlich! Aber die Verhandlungen laufen ja im Moment noch.

Anstatt hier jetzt Panikmache zu betreiben oder Vorfestlegungen abzuverlangen, müsste doch viel eher gelten: Vorbehaltlos, engagiert zu verhandeln, um dann das Ergebnis zu bewerten.

Ich sage für die Freien Demokraten ganz klar: TTIP ist für sich genommen kein Selbstzweck; es verbergen sich dahinter aber viele Chancen. Und die Verantwortung dafür übrigens, dass etwas Gescheites dabei herauskommt, liegt beim Bundeswirtschaftsminister, bei Herrn Gabriel.

(Beifall von der FDP)

Um das im Übrigen noch einmal deutlich zu machen – ich habe mir das im Vorfeld dieser Debatte noch einmal herausgesucht, weil das immer wieder angesprochen wird, das Gemeinwohl, die sozialen Belange und die Umweltbelange würden oder müssten gesenkt werden –: In den Richtlinien, die sich die Europäischen Union in den Verhandlungen selber gegeben hat und die auch Leitfaden sind für das, was die Verhandlungsführer für die EU machen, ist ganz klar festgelegt, dass das nicht passieren soll. Und wenn das schon in den Leitlinien so ausdrücklich steht, ist das doch ein klares Signal dafür, was mit einem Verhandlungsergebnis passieren würde und auch müsste, wenn es nicht sichergestellt ist.

(Beifall von der FDP)

Gibt es trotzdem berechtigte Kritik? Ich glaube schon; insbesondere die Kommunikation seitens der EU-Kommission, finde ich nicht in Ordnung. Gerade das Verhandlungsmandat hätte sehr viel früher offengelegt werden müssen.

Um das auch noch einmal ganz deutlich zu sagen: Das gefühlte Interesse an TTIP scheint deutlich höher zu sein als das echte Interesse. Seit November 2015 ist der Alternativvorschlag der EU zu den Schiedsgerichten, zu dem kontroversesten Themenkomplex bei TTIP, 14.000-mal angeklickt worden.

Die eigenen Vorschläge der EU zum Thema „Nachhaltige Entwicklung nur 5.000mal. Da driften Anspruch und Wirklichkeit deutlich auseinander.

Schaut man auf die jetzt geleakten Inhalte, dann finde ich es schon überraschend, wie schrill die Reaktion von manchen Akteuren war. Ich finde, da hat Sabine Hackländer vom SWR-Hörfunkstudio in Brüssel sehr klug kommentiert. Sie hat nämlich mit Blick auf diese schrillen Reaktionen in einem Kommentar Nicht-Regierungsorganisationen eine unglaublich gute Beherrschung der Manipulation bescheinigt. Zitat:

„Denn zu behaupten, Europa sei dazu verdammt, auf die US-Positionen einzugehen, ist reine Unterstellung – nicht mehr und nicht weniger.“

Für die Exportnation Deutschland ist TTIP, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur eine rein ökonomische Herausforderung, sondern auch eine politische. Es geht nämlich die Kernfrage: Wollen wir eigentlich auch in der Zukunft noch ökonomische, soziale, ökologische Standards mitbestimmen?

Michael Sauger im „Spiegel“, Ausgabe 19/2016, schreibt, dass in den nächsten Jahren Handelsabkommen mit prägenden Regeln abgeschlossen würden. Und er stellt dann die berechnete Frage: „Wessen Geist atmen sie – den aus Europa oder den aus Asien?“ – Ich meine, wir müssten mindestens den engagierten Versuch unternehmen, da mitzusprechen.

Präsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit.

Henning Höne (FDP): Ich möchte, dass es die europäischen Standards sind, dass es der europäische Geist ist. Und Frau Hackländer schließt dann übrigens mit dem Appell in ihrem Kommentar: „Hört endlich damit auf, uns für dumm zu verkaufen!“ – Dem schließe ich mich gerne an.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Höne. Sie haben es vielleicht gemerkt: Es gibt den Wunsch nach einer Kurzintervention, und zwar von Herrn Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Verehrter Herr Kollege Höne, der Kern unseres Antrags zielte eigentlich auf den Vertrauensverlust und die Verhandlungsführung durch die EU ab. Dankenswerterweise hat der Kollege Töns von Leitplanken für Freihandelsabkommen gesprochen, und Herr Kollege Engstfeld hat noch mal deutlich auf die Differenz zwischen Risiko- und Vorsorgeprinzip hingewiesen.

Sie haben selber den alten Ricardo erwähnt. Bei den Freihandelstheorien ist die generelle Kritik ja die, dass man eigentlich anfängt – ich bin nicht dagegen; das sage ich ausdrücklich – Nationalökonomien als Betriebswirtschaften zu behandeln, um Angleiche voranzuführen.

Ich sage mal: Um dafür zu sorgen, dass eine amerikanische Mutter auf eine deutsche Schraube passt, brauche ich kein Freihandelsabkommen. Was ist die Position, was ist Ihre Sichtweise auf den Vorwurf, Nationalökonomien würden wie Betriebswirtschaften behandelt? Wo bleibt da für die FDP, für die Freie Demokratische Partei Deutschlands, das demokratische Selbstbestimmungsprinzip?

Henning Höne (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Also, Herr Kollege Dr. Paul, Sie vermischen ja jetzt wieder den altbekannten Vorwurf, Demokratie würde mit solchen Freihandelsabkommen ausgehebelt, alles ginge den Bach herunter, es gäbe demnächst keinen Umweltschutz und keinen Verbraucherschutz mehr in Europa, und die ganzen Errungenschaften gingen verloren.

Dem stelle ich mich erst mal komplett entgegen. Das geben übrigens auch die Zwischenergebnisse so nicht her. Es gibt viele, viele kleine Beispiele, über die zu verhandeln sich lohnt.

Ich habe im letzten Jahr – das ist ein Praxisbeispiel – ein Unternehmen bei mir im Kreis Coesfeld besucht, die Firma Joest, die Rüttelmaschinen zum Weitertransport von Schüttgütern produziert. Die haben eine Standardmaschine, Kostenpunkt ca. 5.000 €. Die Zulassungsgebühren für einen Einzelexport in die USA liegen ähnlich hoch, nämlich bei 5.000 bis 7.000 €. Verkaufte Maschinen, trotz Interesses, in die USA: Null.

Es ist ein kleiner mittelständischer Betrieb mitten in Westfalen, mitten im Kreis Coesfeld, dem gemeinsame Standards, die Anerkennung eines Zulassungsverfahrens für eine solche Maschine, helfen könnte, Arbeitsplätze zu sichern oder sogar auszubauen. Das hat in dem Moment überhaupt nichts mit der Aushebelung von Demokratie und ähnlichen Dingen zu tun.

(Beifall von der FDP – Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das kann man anders regeln!)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Aktuell, Herr Kollege Dr. Paul, werden ja verschiedenste Freihandelsabkommen noch ausgehandelt, oder es laufen schon welche. Mehrere Hundert solcher Abkommen hat Deutschland abgeschlossen. Gegen keines von denen haben Sie Kampagnen geführt. Das ist entlarvend: Es geht Ihnen gar nicht um TTIP, es geht Ihnen auch gar nicht um Freihandel. Es geht um Antiamerikanismus,

(Widerspruch von den PIRATEN)

es geht um Globalisierungskritik,

(Beifall von der FDP – Gelächter bei den
PIRATEN)

und es geht um die Sehnsucht nach der guten alten
überschaubaren Zeit.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Henning Höne (FDP): Damit – das hat der Kollege
Hovenjürgen eben schon angesprochen; Herr Kol-
lege Schmalenbach, hören Sie gut zu! – sind Sie zu-
sammen, Hand in Hand: Piratenpartei mit Linkspar-
tei, mit AfD und mit Donald Trump. Für diese unhei-
lige Allianz sind wir nicht zu haben.

(Lebhafter Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr
Kollege Höne. – Für die Landesregierung hat jetzt
Herr Minister Duin das Wort.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Indust-
rie, Mittelstand und Handwerk: Frau Präsidentin!
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht
das erste Mal, dass wir über dieses Thema auch in
ähnlicher Aufgeregtheit diskutieren. Über ähnliche
Anträge der Fraktion der Piraten und anderer Frakti-
onen haben wir hier im Landtag schon diskutiert und
die Positionen ausführlich ausgetauscht. Auch die
Position der Landesregierung dazu ist Ihnen be-
kannt. Diese deckt sich mit der Auffassung der Bun-
desregierung.

Handelsabkommen wie TTIP sind grundsätzlich eine
sinnvolle Sache. Sie fördern den Außenhandel, sie
fördern ausländische Direktinvestitionen nicht nur
hier, sondern – wir haben gerade ein Beispiel ge-
hört – auch hiesiger Unternehmen in den jeweiligen
Partnerländern. Damit tragen sie bei zum Wirt-
schaftswachstum und zur Schaffung neuer Arbeits-
plätze.

Auch und gerade für die NRW-Wirtschaft können
Handelsabkommen sehr nützlich sein. NRW ist, wie
wir an anderer Stelle schon intensiv diskutiert haben,
ein sehr exportstarkes Land. Wir profitieren von der
Globalisierung, die große Chancen für Handel und
Investitionen bietet, und das gerade auch für kleine
und mittlere Unternehmen. Ohne die Rechtssicher-
heit, die internationale Handelsabkommen schaffen,
gäbe es weniger Außenhandel. Handelsabkommen
sind also eine unabdingbare Voraussetzung für den
Welthandel.

Ich betone aber auch erneut, dass die hohen sozia-
len, Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz-
standards, die wir in der EU erstritten haben und über

die wir auch manchmal streiten, dafür nicht geopfert
werden dürfen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Auch – und das will ich besonders hervorheben – die
Kommunen müssen weiterhin in der Lage sein, die
kommunale Daseinsvorsorge nach ihren Vorstellun-
gen zu gestalten. Ebenso muss die Kultur- und Me-
dienvielfalt bei uns gesichert bleiben

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

und darf durch kein Handelsabkommen in irgendei-
ner Weise infrage gestellt werden.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das Verhandlungsmandat, auf dessen Basis die EU-
Kommission mit den USA verhandelt, macht zu die-
sen Punkten auch sehr eindeutige und gute Vorga-
ben.

(Angela Freimuth [FDP]: Richtig!)

Ich begrüße auch, dass es beim Investitionsschutz
eine erfreuliche Entwicklung gibt, wenn man sich die
Debatten der Vergangenheit einmal vor Augen führt.
Nicht zuletzt auf Initiative des Bundeswirtschafts-
ministers wurde ein modernisierter Investitionsschutz in
das mit Kanada bereits ausgehandelte CETA-
Abkommen aufgenommen. Dieses schreibt das
„right to regulate“ fest und schiebt damit Klagen von
Unternehmen gegen Gesetzesänderungen, die
ihnen nicht passen, einen Riegel vor. Außerdem führt
es Berufsrichter, Berufungsinstanzen und mehr
Transparenz und Öffentlichkeit ein.

Die Europäische Kommission hat die mit Kanada
vereinbarten neuen Regelungen zu einem moderni-
sierten Investitionsschutz fast wortgleich als die EU-
Position offiziell in die TTIP-Verhandlungen einge-
bracht.

Nachdem lange Zeit berechtigter Unmut über die In-
transparenz der Verhandlungen bestand, hat die Eu-
ropäische Kommission jetzt all ihre Verhandlungs-
positionen ins Internet gestellt. Wenn es immer noch
Anlass zu Klagen wegen fehlender Transparenz gibt,
dann müssen diese sich gegen die US-Seite richten,
die offenbar ein anderes Verständnis von Öffentli-
cheitsbeteiligung hat, meine Damen und Herren.

Die jetzt durch die Leaks an die Öffentlichkeit gelang-
ten amerikanischen Textentwürfe halte ich – wie
auch der Kollege Töns zum Ausdruck gebracht hat,
der vorher in dem Leseraum gewesen ist – für weit
weniger spektakulär, als es mancherorts dargestellt
wird. Sie geben nur die ohnehin bekannten amerika-
nischen Positionen und Interessen wieder.

Dass die Positionen der USA und der EU auf einigen
Gebieten weit auseinanderliegen, war von Anfang an
bekannt. Das ist nun einmal so bei Verhandlungen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist das!)

Die unterschiedlichen Positionen werden auf den Tisch gelegt; dann schaut man sich an, in welchen Bereichen man sich einigen kann.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wenn das gelingt, wenn beide Seiten genügend Vorteile für sich erkennen, dann schließt man ein Abkommen ab. Wenn nicht, beschränkt man sich eben auf die Themen, in denen eine Einigung möglich ist.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Oder lässt es ganz!)

Die jetzt an die Öffentlichkeit gelangten Verhandlungspositionen der USA sind kein Verhandlungsergebnis. Niemand kann der EU und ihren Mitgliedstaaten Verhandlungspositionen aufzwingen, die sie nicht mittragen können und nicht mittragen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

Ziel ist es, wie wir wissen, die Verhandlungen bis zum Ende des Jahres zum Abschluss zu bringen. Die Bundeskanzlerin und der amerikanische Präsident haben das noch einmal anlässlich ihres Zusammenkommens hier in Deutschland zum Ausdruck gebracht. Das halte ich, gelinde gesagt, mittlerweile für ausgesprochen ambitioniert, aber es hängt insbesondere auch von der Verhandlungsführung der USA ab.

Die Landesregierung bleibt bei ihrer Linie. Sie ist beispielsweise von Herrn Engstfeld noch einmal thematisiert worden. Wir bleiben bei unserer Linie. Es gibt aktuell keinen Grund, die Verhandlungen abzubrechen. Wir warten die konkreten Ergebnisse der Verhandlungen ab. Wir werden diese gründlich auswerten, und wir werden dann auf dieser soliden Grundlage eine gut begründete Position entwerfen.

Deswegen können wir uns dem Antrag der Piraten logischerweise nicht anschließen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Für die Piraten hat jetzt noch einmal Herr Dr. Paul das Wort.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, liebe Frau Präsidentin. – Ich möchte mich bei Markus Töns und Stefan Engstfeld für die sehr sachlichen Beiträge und die deutlichen Hinweise bedanken – trotz aller Kritik an unserem Antrag.

Aber, Herr Höne, mit Ihrem Antiamerikanismus haben Sie ein sehr eingeschränktes Amerikabild gezeichnet. Denn es gibt auch ein Amerika eines Jo-

seph Stiglitz, der auch vor diesem Freihandelsabkommen warnt. Es gibt das Amerika eines Noam Chomsky, eines Philip Mirowski, eines Philip Pettit. Wenn Sie heute etwas über Marx lernen wollen, müssen Sie schon nach Havard gehen. In Deutschland ist das nicht mehr möglich. Also, ein Hoch auf Amerika! – Das ist die eine Seite.

(Beifall von den PIRATEN und den GRÜNEN)

Die andere Seite ist die, dass viele der regulatorischen Bedürfnisse im Zusammenspiel der Unternehmen und dem Welthandel keines Freihandelsabkommens bedürfen.

Ansonsten – der Herr Minister hat es selber gesagt – ist nicht mehr von den völlig freien Schiedsgerichten die Rede, sondern man diskutiert mittlerweile auch Gerichtshöfe oder was auch immer, um die Entscheidungen über Streitfälle in nationalstaatliche Souveränität zurückzuverlegen.

Aber allein die Tatsache des Versuchs, außerstaatliche Regulierungen angedacht zu haben, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): ... spricht doch für einen Schariageist im Neoliberalismus. – Das musste ich noch loswerden.

(Beifall von den PIRATEN – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Ja!)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Dr. Paul. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der Piraten hat direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Antrag Drucksache 16/11888 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Möchte sich jemand der Stimme enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag** der Piraten **Drucksache 16/11888** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

6 Master und Meister – NRW benötigt weiterhin duale Ausbildung und Studium als gleichwertige Ausbildungsalternativen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11890

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11984

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11986

Ich eröffne die Aussprache, und für die antragstellenden Fraktionen hat zuerst Herr Kollege Bell das Wort.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Selten hat eine Veröffentlichung die Bildungsdebatte in der Bundesrepublik derart schnell für sich eingenommen wie der Titel „Der Akademisierungswahn: Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung“ im Oktober 2014 von Nida-Rümelin. Man kann, glaube ich, von einer Nida-Rümelinisierung in der deutschen Bildungsdebatte reden.

Auf fast jedem Neujahrempfang einer Kammer konnte jeder von uns die ungeprüfte Übernahme dieser Bilder erleben. Das ist ein Teil der Mode, die wir erleben. Einfache Bilder sind in. Sie scheinen aber meiner Einschätzung nach einer Stimmung zu entsprechen, die eher ein pessimistisches Zukunftsbild entwirft.

Zwei Bilder dominieren diese Veröffentlichung:

Zum einen wird die Universitas als elitäres Bildungsinstitut infrage gestellt und entwertet, wenn immer mehr junge Menschen, denen in diesem Fall von einem Mann die Qualität abgesprochen wird, akademische Qualifikationen zu erwerben, an die Hochschulen streben.

Das zweite Bild, das entworfen wird, ist das Bild, dass Bildung sich nicht mehr uneingeschränkt lohnt.

Das ist auch der Kernsatz des Antrags, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, den Sie noch einmal vorgelegt haben, indem Sie schreiben: „Studieren ist kein Garant für den Aufstieg durch Bildung.“

Dahinter steht die Frage, die wir als Politiker zu beantworten hätten, ob wir den Zugang zu bestimmten Bildungswesen strenger regeln oder auch schließen müssen. Offensichtlich glauben das in dieser Debatte einige.

Ich glaube, dass dies mit der Bildungsrealität in unserem Land nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Wenn Sie sich die Zahlen, die wir in unseren Antrag aufgenommen haben, etwas intensiver anschauen, werden Sie erkennen, dass neben einer Steigerung der Anzahl von Studierenden auch die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber mit Fachhochschulreife auf duale Ausbildungsgänge im letzten Jahr um 5,5 % gestiegen ist. Wir haben eine hochattraktive

duale Ausbildung, die auch für Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen attraktiv ist und intensiv nachgefragt wird.

Wenn man wie ich Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik macht und auch in Betrieben unterwegs ist, kann man erkennen, dass mittlerweile ein offensives Verständnis der Verkoppelung von dualer Ausbildung und Hochschulausbildung gelebt wird.

Wenn Sie zum Beispiel Beckhoff Automation in Verl besuchen, die bei 1.300 Beschäftigten am Standort über 30 % Ingenieure in ihrem Unternehmen haben, in einer Kooperation mit der Fachhochschule in Bielefeld duale Studiengänge nutzen und daneben, parallel, attraktive duale Ausbildungsplätze schaffen, können Sie erkennen, dass hier kein Widerspruch entsteht, sondern dass wir über ein modernes Bildungsverständnis sprechen, in dem sich berufliche Ausbildung und Hochschulausbildung ergänzen und komplementäre Elemente des gleichen Systems sind.

Wir setzen dabei auf ein hohes Maß an wechselseitiger Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit der erreichten Bildungsabschlüsse. Wir wollen bei der Entscheidung zwischen beruflicher oder akademischer Ausbildung die Stärken und Bedürfnisse der jungen Menschen in den Mittelpunkt stellen, weil wir der Auffassung sind, dass das Potenzial der jungen Menschen, so gut das möglich ist, passgenau genutzt werden muss. Das stärkt unser Land und unsere Wirtschaft.

Diese Bemühungen, die in den letzten Jahren auch von der Landesregierung vorangetrieben worden sind, werden von uns ausdrücklich unterstützt. Unser Antrag probiert, hier ein modernes Bildungsverständnis zu zeichnen, das den Anforderungen an die Veränderungen im Land gerecht wird.

Ihren Entschließungsanträgen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, werden wir nicht folgen.

Die FDP schreibt:

„Trotz der zentralen Bedeutung des beruflichen Ausbildungssystems liegt der politische und öffentliche Fokus zunehmend stärker auf der akademischen (Aus-)Bildung.“

Dieser Einschätzung können wir ausdrücklich nicht folgen. In Ihrem Forderungsteil beziehen Sie sich fast ausschließlich auf den beruflichen schulischen Bereich.

Die CDU versucht, uns einen schon einmal diskutierten Antrag als alten Wein in neuen Flaschen zu verkaufen. Das werden wir aber auch diesmal nicht durchgehen lassen.

Wir werben insoweit für unseren Antrag für ein modernes Bildungsverständnis und hoffen auf eine Zustimmung Ihrerseits.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Bell. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit zehn Jahren verzeichnen die Hochschulen Rekordzahlen bei der Aufnahme von Studierenden. Warum ist das so? – Ein Studium ist attraktiv, weil Akademikerinnen und Akademiker oft höhere Einkommen erhalten und auch seltener arbeitslos sind.

Keine Frage, gut verdienen kann man auch ohne Studium, wie uns eine kürzlich erschienene aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln belegt. Auch Absolventinnen und Absolventen beruflicher Bildung haben hervorragende Perspektiven, denn ihr großes Plus ist die berufliche Praxis. Sie sind eine Stütze des Mittelstands, begehrte Fachkräfte und ein Erfolgsfaktor für unsere Wirtschaft. Die Frage, ob der Studierendenboom das duale System bedrohe, ist deshalb eine Frage, die sich eigentlich gar nicht stellt.

Wer wie die CDU behauptet, alle jungen Menschen würden studieren wollen – so suggerieren Sie es auch in Ihrem Antrag –, sollte sich die Zahlen genauer ansehen. Das Interesse an einer beruflichen Ausbildung ist nach wie vor ungebrochen. Seit Jahren will jede oder jeder fünfte Studienberechtigte eine Berufsausbildung machen, und unter den Kindern nicht akademisch gebildeter Eltern ist das sogar jede oder jeder Vierte.

Wer bei Bachelorstudierenden eine Abbruchquote von 28 % kritisiert, muss auch erwähnen, dass es bei der beruflichen Ausbildung 25 % sind. Im Übrigen wurden in beide Prozentzahlen auch diejenigen eingerechnet, die in andere Ausbildungstypen oder an andere Einrichtungen, Betriebe und Hochschulen wechseln.

Wer schließlich die hohe Zahl an Studienanfängerinnen und Studienanfängern als Maßstab für eine vermeintliche Überakademisierung nimmt, muss die ebenso hohe Zahl an Ausbildungssuchenden sowie diejenigen, die sich in der schulischen Berufsausbildung und im Übergangssystem befinden, daneben halten. 103.000 Studierende haben sich im Wintersemester an einer Hochschule in Nordrhein-Westfalen eingeschrieben, 102.730 haben sich in diesem Zeitraum um einen Ausbildungsplatz bemüht, und etwa 60.000 junge Menschen belegen Plätze in der schulischen Berufsausbildung sowie im Übergangssystem.

Die akademische und die berufliche Ausbildung sind insofern keine konkurrierenden Systeme. Sie ergänzen sich und bauen aufeinander auf. Der vorliegende

Entschließungsantrag der CDU qualifiziert hingegen die akademische Bildung ohne Not ab und spielt sie gegen die berufliche Ausbildung aus. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ist das, finde ich, anachronistisch.

Es gibt wohl kaum ein anderes Bundesland, in dem die Durchlässigkeit von dualer Ausbildung und Hochschulausbildung so hoch ist, wie in Nordrhein-Westfalen. Das müssten auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, einmal zur Kenntnis nehmen, wenn Sie eine mangelnde Gleichwertigkeit der verschiedenen Systeme beklagen.

Das Land hat eine ganze Reihe von gezielten Unterstützungsangeboten aufgelegt, die wir im Ausschuss auch diskutiert haben und die vorgestellt wurden, wie das Projekt Talentscouting, das Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“, der bundesweit einmalige StudiFinder oder die Initiative „Zukunft durch Innovation“, zdi. Alle diese Initiativen bieten jungen Menschen Orientierungshilfen und Anregungen sowohl für berufliche als auch für akademische Bildungswege.

Zu nennen sind auch das duale und das sogenannte triale Studium, bei dem akademische und berufliche Ausbildung zusammengeführt werden. Bei Letzterem kann neben dem Bachelorabschluss auch der Meistertitel erworben werden. Zudem hat die Verordnung über den Hochschulzugang für beruflich qualifizierte den Zugang zum Studium ohne Abitur deutlich erleichtert.

Während das Land in der schulischen Berufsausbildung und mit dem Hochschulpakt zahlreiche zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen hat, liegt das Angebot der Unternehmen hingegen deutlich unter der Zahl derjenigen, die eine betriebliche Ausbildung suchen. Hinzu kommt – was noch schlimmer ist –, dass nur noch 7 % der Betriebe Hauptschülerinnen und Hauptschüler ausbilden. Die Betriebe haben sich offensichtlich an eine Bestenauslese gewöhnt, und der Appell der Partner im Ausbildungskonsens lautet deshalb auch, Hauptschülerinnen und Hauptschülern eine gleichwertige Chance zu geben und sich dabei nicht alleine an Zeugnisnoten zu orientieren, da diese nur wenig über die praktischen, personalen und sozialen Fähigkeiten aussagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Deutschland sehr viele junge Menschen, die die Fachkräfte von morgen sein könnten. Ihnen müssen wir durch Beratung und weitergehende Maßnahmen dazu verhelfen, ihr Potenzial zu entfalten – egal ob in einer akademischen oder in einer beruflichen Ausbildung.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Wenn alle zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze mit Interessierten besetzt würden, hätten wir kein Fachkräfteproblem. Die Wirtschaft verlangt hingegen nach noch mehr akademisch ausgebildeten Fachkräften. Es darf sich kein Widerspruch auftun, was nur möglich ist, wenn das gesamte Potenzial derjenigen genutzt wird, die ausbildungswillig und ausbildungsfähig sind.

Auf den Punkt gebracht: Wer die Attraktivität ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): ... der dualen Ausbildung stärken will, muss eine Ausbildungsgarantie verwirklichen.

Mit Ihrem heute vorgelegten Entschließungsantrag versuchen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die Phantomdebatte über den Akademisierungswahn erneut aufleben zu lassen. Aus guten Grund haben wir diesen auch schon im vergangenen Jahr abgelehnt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Seidl. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Vogt das Wort.

Petra Vogt^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Manchmal ist man tatsächlich auch nach langjähriger politischer Tätigkeit noch überrascht. Der vorliegende Antrag überrascht wirklich. Die CDU-Fraktion hat am 28. August des vergangenen Jahres den Antrag „Schulen in ihrer Ausrichtung auf berufliche Ausbildung stärken – die duale Ausbildung fördern – Fachkräftemangel vor allem im technischen Bereich beheben“ in den Landtag eingebracht.

Ausgangspunkt dieses Antrages war die Sorge um die duale Berufsausbildung in unserem Bundesland. Die duale Berufsausbildung gilt zwar als Garant der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Landes. Allerdings sinkt seit einigen Jahren die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Wir verzeichnen eine Diskrepanz zwischen offenen Ausbildungsstellen und unversorgten Bewerbern.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Aus diesem Grund haben wir uns sehr intensiv mit der Frage beschäftigt, wie wir die berufliche Bildung stärken können. Mit Freude haben wir bei der Anhörung am 20. Januar dieses Jahres hier im Landtag festgestellt, dass unsere Auffassung von den anwesenden Sachverständigen geteilt wurde.

(Beifall von der CDU)

Mehrheitlich wurde unser Antrag als Schritt in die richtige Richtung begrüßt. Umso erstaunter waren wir als CDU-Fraktion in der Sitzung des Schulausschusses am 13. April, dass dieser Antrag von den Vertretern von SPD und Grünen mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt wurde. Es stellte sich doch sehr nachdrücklich die Frage, ob unser Antrag einfach reflexartig abgelehnt wurde, weil er von der CDU kam, oder ob man sich der Bedeutung des Themas einfach nicht bewusst war.

(Zuruf von der CDU: Beides stimmt!)

Beides wäre schlimm, sehr geehrte Damen und Herren. – Für Letzteres spricht jedoch das, was der Wirtschaftsminister dieses Landes gestern in den „Westfälischen Nachrichten“ zum rot-grünen Koalitionsvertrag erklärte. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Den habe er nicht mit verhandeln können. ‘Es gibt nichts, was ich mehr bedauere’, sagte er. ‘Man kann mit Blick auf Industrie und Wirtschaft stärkere Signale aussenden.’“

Dem ist wahrhaftig nichts hinzuzufügen.

(Beifall von der CDU)

Nun hat es uns doch tatsächlich sehr überrascht, dass SPD und Grüne das Thema der dualen Ausbildung neben dem Studium vier Wochen nach der unverständlichen Ablehnung unseres Antrages für sich entdeckt haben. Vielleicht haben Sie die Debatte im Schulausschuss noch einmal sacken lassen und sind zu klügeren Einsichten gelangt. Es ist ja auch bald Pfingsten. Alles ist möglich.

Ich fürchte aber, es lag nicht an Ihrem Erkenntnisgewinn, sondern daran, dass auch Sie feststellen mussten, welch verheerendes Signal Ihre Ablehnung in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft erzeugt hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Interesse für die Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes: Fehlanzeige. Null-Wachstum: nicht unser Problem. Also legen Sie einmal hektisch einen Antrag zu Meister und Master vor, ohne jede Substanz und erkennbar ohne den Willen, sich fachlich darüber auszutauschen. Sonst hätten Sie wohl kaum direkte Abstimmung beantragt, sondern wären mit uns in die Fachberatung gegangen. Bezeichnend dabei ist, dass für Sie offenkundig auch nur der Wissenschaftsbereich fachlich zuständig ist.

Ich kann Ihnen aber sagen, dass jeder, der sich mit diesem Thema beschäftigt, sofort erkennt, dass Sie hier nur ein Feigenblättchen produzieren, um es abheften zu können frei nach dem Motto: Schaut her, wir haben uns doch um die duale Berufsausbildung gekümmert.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dabei trifft Ihr Alibiantrag in keiner Weise den Diskussionsstand der Anhörung, sondern ergeht sich lediglich in nebulösen Absichtserklärungen und Beschwörungen. Das ist wahrhaft ein Armutszeugnis für die Fraktionen, die vorgeben, die Zukunft unseres Landes zu gestalten.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Aus diesem Grund haben wir Ihnen unseren Antrag vom vergangenen Jahr, Frau Dr. Seidl, den Sie übrigens vor vier Wochen und nicht im letzten Jahr abgelehnt haben, am heutigen Tag als Entschließungsantrag vorgelegt. Stimmen Sie ihm endlich zu. Dann benötigen Sie zukünftig auch nicht mehr solch peinliche Alibianträge wie die vom heutigen Tag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Vogt. – Für die Fraktion der FDP spricht Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Entscheidung für eine Berufsausbildung, sei es in Form einer dualer Ausbildung oder eines Studiums, ist eine fundamentale Entscheidung im Leben. Jeder junge Mann und jede junge Frau muss sein bzw. ihr eigenes Glück finden können. Dazu gehört selbstverständlich auch die richtige Berufswahl. Sie ist Ausdruck unserer Persönlichkeit und Selbstverwirklichung.

Dabei gilt es in besonderer Weise, auf die unterschiedlichen Talente und Leidenschaften der Menschen zu achten. Niemand darf sich über die Tätigkeit einer anderen Person erheben und sie als weniger wertvoll degradieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist der Kern der Gleichwertigkeit von dualer Berufsausbildung und Studium. Der Auftrag für die Politik ist damit auch klar: Sowohl für die Ausbildung als auch für das Studium müssen beste Bedingungen gelten. Veränderungen im Leben und Irrtümer über Lebensentscheidungen sind mehr als menschlich. Wir haben deshalb auch die Aufgabe, wechselseitige Durchlässigkeit zwischen Studium und Berufsausbildung zu ermöglichen. Es ist zum Beispiel kein Abstieg, von einem aufgenommenen Studium zu einer dualen Berufsausbildung zu wechseln, wenn jemand feststellt, dass ein anderer Weg in den Beruf für ihn passender ist. Wir dürfen ihm auch keine Steine in den Weg legen, wenn er sich dann doch für die Aufnahme eines Hochschulstudiums entscheidet. Auch das ist ein Gebot für jeden von uns.

Die Zielsetzung des Koalitionsantrages, die Gleichwertigkeit und die Durchlässigkeit zu erreichen, unterschreiben wir Freien Demokraten deshalb uneingeschränkt.

Doch die aktuelle rot-grüne Politik genügt diesen Ansprüchen bei Weitem nicht. Ihre Bilanz ist in den Bereichen Studium und Ausbildung desaströs.

Beginnen wir damit, dass Sie sich allen Ernstes für die „beste Bildung“ rühmen. Bei unzähligen bundesweiten Bildungsrankings ist Nordrhein-Westfalen Schlusslicht oder im Tabellenkeller; laut Statistischem Bundesamt Letzter bei den Ausgaben je Schüler.

Gleiches gilt für die Grundmittel je Studierenden. Beim Ausbildungsmonitor 2015 hat Nordrhein-Westfalen bei der Ausgabenpriorisierung nur den 15. Platz erreicht. Ausgerechnet für den sowohl für Ausbildung als auch fürs Studium wichtigen MINT-Bereich erzielt NRW miserable Ergebnisse. Unterrichtsausfall ist Alltag. Ausbildungsbetriebe tragen wiederholt Kritik bezüglich fehlender Kenntnisse im Bereich der Grundrechenarten oder des Schreibens vor.

Doch Rot-Grün verniedlicht und ignoriert all diese Probleme. Stattdessen beklagt ausgerechnet Rot-Grün – das hat die Kollegin Seidel gerade wieder getan –, dass Firmen für Jugendliche mit Hauptschulabschluss zu wenige Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Wer hat denn die Hauptschulen jahrelang schlechtgeredet

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD: Ooh!)

und das Bild vom Reiten eines toten Pferdes bemüht? Dadurch wurde doch von Ihnen auch billigend in Kauf genommen, dass eben auch das Ansehen von Hauptschülerinnen und Hauptschülern in der Öffentlichkeit herabgewürdigt wird.

Meine Damen und Herren, Antrag und Wirklichkeit liegen Welten auseinander. Sie wollen angeblich die duale Ausbildung stärken, verweigern sich aber, die Fachklassenbildung zu flexibilisieren, und haben zudem 500 Stellen an den Berufskollegs gestrichen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin Freimuth, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Beer zulassen?

Angela Freimuth (FDP): Nein, das tue ich nicht.

Ihre Allzweckwaffe ist: Kein Abschluss ohne Anschluss. Damit es kein Missverständnis gibt: Grundsätzlich ist eine frühzeitige Berufs- und Studienorientierung auch wichtig. Sie setzen sie aber so starr um, dass bereits jahrelang erfolgreich arbeitende Programme aufgegeben werden mussten. Das hat auch der Westdeutsche Handwerkskammertag in seiner

Stellungnahme ausdrücklich festgestellt. Im Rückblick – so wird dort vorgetragen – sei das Problem, dass die Landesregierung alle Finanzierungsquellen für solche Maßnahmen Stück für Stück austrockne und die Umsetzung für die Schulen mangels Finanzierung nicht mehr statfinde.

Gerade das von der Landesregierung so sehr bemühte Talentscouting zeigt doch, dass die Hochschulen nun die unzureichende Talentförderung im Schulbereich ausgleichen müssen.

Und mit der Hochschulgesetznovelle haben Sie einmal mehr versucht, einen Keil zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu treiben bzw. die Kooperation zu erschweren und unattraktiv zu machen. Es sind doch gerade diese Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft, welche die Durchlässigkeit zwischen dualer Berufsausbildung und Studium festigen und ermöglichen. Des Weiteren fördern sie den wechselseitigen Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Die Gleichwertigkeit von Studium und Beruf bedeutet für SPD und Grüne offenbar, dass man beides gleich schlechtmachen will. Wir Freien Demokraten wollen beste Ausbildungs- und Studienbedingungen sowie beste Beratungsangebote, damit jeder Mensch in Nordrhein-Westfalen seine Talente entdecken und sie einbringen kann. In unserem Entschließungsantrag haben wir Ihnen dazu einige Verbesserungsvorschläge gemacht. Ihren Antrag lehnen wir ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Wir Piraten sind 2012 mit dem Anspruch in dieses Parlament gekommen, dass wir vernünftige Anträge und Initiativen – und zwar ganz unabhängig davon, von wem diese beantragt werden – unterstützen. Das ist bei dem hier vorliegenden Antrag der Fall. Wir werden diesen Antrag unterstützen.

Das Spannungsfeld zwischen Hochschulabschluss, dualer Ausbildung und Meisterprüfung ist eines, was verstärkt von zukünftigen Anforderungen betroffen sein wird. SPD und Grüne beschreiben in dem Antrag exakt, was wir seit Jahren schon anprangern:

erstens mangelnde Integration von Menschen mit schlechten Startchancen, zweitens Hürden im Bildungssystem, die einen sozialen Aufstieg verhindern, drittens die voranschreitende Ökonomisierung des Bildungssektors und viertens fehlende Maßnahmen zum Übergang von der Schule zum Beruf und vom Studium in den Beruf.

Natürlich ist nicht alles Gold, was glänzt; aber es bleibt festzuhalten, dass die regierungstragenden Fraktionen in dieser Frage einen guten Job machen. Applaus!

(Beifall von den PIRATEN)

Das muss bei aller Oppositionsrhetorik auch einmal gesagt werden dürfen.

Der Antrag nimmt aktuelle Problemlagen auf und gibt zumindest Handlungsempfehlungen, die wir im Großen und Ganzen befürworten. Ich möchte an dieser Stelle einmal zwei Punkte herausgreifen, die für uns besonders wichtig sind.

Zum einen geht es um die Eröffnung von Chancen und Perspektiven. Hier sehen wir gerade in Nordrhein-Westfalen dringenden Nachholbedarf. Die beschriebenen Elemente – wie engmaschige Beratung und Begleitung sowie das gezielte Talentscouting – sind die geeigneten Maßnahmen, um wirkliche Chancengerechtigkeit herzustellen.

Der Allgemeinplatz der Abhängigkeit der Bildungschancen vom Geldbeutel der Eltern bekommt dadurch ein Gesicht. Und engagierte Menschen kümmern sich um die Heranwachsenden. Das ist deutlich auszubauen und fortzuführen. Das größte Kapital unseres Landes sind letztlich die Menschen, die hier – mit ihren Stärken und auch Schwächen sowie ihren unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten – leben.

Zum anderen ist uns der Aspekt der individuellen Talenterkennung sehr wichtig. Hier sehen wir gerade im Bereich der Schulen einen Anker. Und gerade mit den Elementen der digitalen Bildung bzw. mit digitalen Lern- und Lehrmaterialien sind ganz neue Möglichkeiten geschaffen worden, um die Kompetenzentwicklung stärker voranzutreiben. Hier sehen wir große Potenziale, die auch die formulierten Ansprüche an die Studier- und Ausbildungsfähigkeit der jungen Menschen sinnvoll und vor allen Dingen effizient befriedigen können.

Zu guter Letzt noch ein Appell an die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land: Geben Sie nicht so viel auf Schulnoten. Damit will ich Schule nicht entwerten, aber häufig stellt sich erst im Lebensweg heraus, dass manch einer, der in der Schule nicht so gut war, nachher ein hervorragender Meister wurde oder den Master an der Hochschule schaffte.

Die Normierung ist letztlich nur ein Instrument, das eine Vergleichbarkeit herstellen soll, wo im Prinzip nichts zu vergleichen ist. Lern- und Entwicklungsgeschwindigkeiten haben eine große Bandbreite. Menschen haben Potenziale, die geweckt werden wollen und können.

Wir sollten uns viel mehr Gedanken über die abgehängten Jugendlichen machen, die in der sozioökonomischen Armutsfalle sitzen und deren Förderung im Elternhaus leider nicht vonstattengeht. Das bedeutet für uns nicht, den alleinigen Fokus darauf zu legen, aber wir sollten darauf achten, uns nicht selbst die nächsten Sozialfälle heranzuziehen. Das ist volkswirtschaftlich – auch die FDP wird das freuen – und humanitär nicht verantwortbar. Auch das trägt zum Erstarken der Angst für Deutschland bei.

Ich empfehle meiner Fraktion, diesen Antrag zu unterstützen. Er überzeugt mehr, als dass er Fehler hat. Vielen Dank an die regierungstragenden Fraktionen für diesen schönen Antrag.

Zum CDU-Antrag bleibt mir nur zu sagen: Ein alter Antrag, der eine neue Ordnungsnummer bekommt, wird dadurch nicht besser.

Und an die FDP gewandt sage ich: Es scheint, Frau Freimuth, in Ihrem Antrag ein gewisser Ökonomismus durch. Ich sage einmal ganz explizit für die Piraten: Bildung ist für uns der Oberbegriff, und dann kommt Ökonomie. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schulze.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag thematisiert genau das Richtige. Es geht nicht darum, Meister und Master gegeneinander auszuspielen, sondern wir brauchen beides. Wir brauchen vor allen Dingen die Durchlässigkeit im System.

Liebe Frau Abgeordnete Vogt, der entscheidende Unterschied bei diesem Antrag ist, dass er es eben aus allen Perspektiven beleuchtet. Es geht um die Zusammenarbeit zwischen Schul-, Arbeits-, Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium. Und das ist genau der Unterschied. Bei uns funktioniert das. Wir machen das. Wir haben da keine Konkurrenz untereinander, sondern wir bringen die Initiativen gemeinsam voran.

Uns ist wichtig, dass eben kein Ausbildungsweg eine Einbahnstraße ist, dass man wechseln kann, dass man lebenslang weiter lernen kann und dass sich diese traditionelle Unterscheidung zwischen dem beruflichen und dem akademischen System langsam auflöst und einer Durchlässigkeit weicht. Das ist doch genau das, was wir brauchen.

Nordrhein-Westfalen ist übrigens führend bei den Übergangsmöglichkeiten zwischen den beiden Bereichen. In Nordrhein-Westfalen haben wir den Hochschulzugang für Meister, für fachtreue Bewerber und sonstige beruflich Qualifizierte geöffnet. Wir sind da sehr, sehr erfolgreich.

Seit dem Wintersemester 2010/2011 hat sich die Zahl der Studierenden mit beruflichem Hintergrund in Nordrhein-Westfalen verdoppelt. Nordrhein-Westfalen ist damit bundesweit auf dem Spitzenplatz mit weitem Abstand vor den anderen.

Und diese Studierenden sind auch nicht weniger erfolgreich als andere. Sie sind sogar ein bisschen besser als die ohne berufliche Qualifikationen.

Natürlich gibt es Hürden. Und deswegen helfen wir dabei, diese Hürden abzusenken. Wir haben mit dem Hochschulzukunftsgesetz die richtigen Voraussetzungen geschaffen, zum Beispiel Studium in Teilzeit, individuelle Regelstudienzeiten, strukturierte Studieneingangsphasen. Das sind genau die Dinge, die beruflich Qualifizierten helfen.

Ich meine, dass es wichtig ist, Durchlässigkeit insgesamt zu denken, umfassender zu denken, auch als Durchlässigkeit zwischen Studium und beruflicher Bildung. Auch das darf keine Einbahnstraße sein.

Studienabbrecher bringen ein enormes Potenzial mit für Unternehmen. Deswegen brauchen wir auch dort Beratungsangebote, wie es sie zum Beispiel in der Region Aachen mit SWITCH gibt, oder „Meister statt Master“ in Soest. Das ist genau die richtige Richtung an Beratungsstrukturen, die wir da brauchen.

Das Beste ist natürlich, wenn es uns gelingt, dass man gar nicht erst wechseln muss, nämlich durch die richtige individuelle Beratung. Genau das machen wir in Nordrhein-Westfalen, und zwar alle gemeinsam. Wir haben KAoA, wir haben die Kampagne des MAIS „In drei Jahren Weltklasse“, wir haben den StudiFinder, der übrigens so erfolgreich ist, dass er jetzt von der Bundesagentur für Arbeit übernommen wird und bundesweit zu dem Angebot für die Studienorientierung wird.

Junge Menschen, die auf dem Weg in den Beruf sind, haben eine Menge Informationen vor sich. Da reicht es nicht einfach nur, im Internet zu suchen, welcher der richtige Weg ist. Man braucht individuelle Beratung, wir müssen genau den richtigen Weg für jeden und für jede finden. Das ist das, was wir in Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen und wofür wir hier stehen.

Ein ganz besonderes Angebot ist natürlich das Talentscouting, das wir im Ruhrgebiet begonnen haben und das wir jetzt über das Ruhrgebiet hinaus ausweiten wollen. Genau das steht dafür, dass man eben individuell berät, dass man Master und Meister mög-

lich macht und dass jeder und jede, die das Zeug dafür hat, auch den Weg gehen kann, den sie oder er individuell braucht.

Liebe Frau Freimuth, auch im MINT-Bereich sind wir übrigens führend. Sie müssen ja nicht den Statistiken der Landesregierung glauben, aber vielleicht glauben Sie dem Institut der deutschen Wirtschaft. Das hat nämlich getitelt: MINT: NRW sorgt für den Nachwuchs. – Sie haben eine Statistik erstellt, aus der hervorgeht, wie viele Absolventen es an den Hochschulen pro Tausend erwerbstätige MINT-Akademiker gibt. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 63, Bayern ist bei 57 und Nordrhein-Westfalen bei 74. Der MINT-Nachwuchs kommt aus NRW. Wir sind mit unseren Konzepten da vorne.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Körber-Stiftung hat uns gerade wieder dafür ausgezeichnet, wie flächendeckend und hervorragend wir mit unseren Schülerlaboren dort vorgehen.

Meine Damen und Herren, ich bin den regierungstragenden Fraktionen für diesen umfassenden Antrag sehr dankbar. Er stärkt die Arbeit der Landesregierung in diesem wichtigen Bereich. Er setzt wichtige Punkte in der Debatte. Wir müssen für Durchlässigkeit sorgen und aufhören, berufliche und akademische Bildung gegeneinander auszuspielen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen erstens ab über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Das ist die Drucksache 16/11890. Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/11890. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Antrag Drucksache 16/11890** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion **angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/11984. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Antrag Drucksache 16/11984** mit den Stim-

men von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenfraktion bei Zustimmung der Fraktionen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/11986. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Antrag Drucksache 16/11986** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenfraktion bei Zustimmung der Fraktionen von FDP und CDU **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

7 Nordrhein-Westfalen spricht sich für den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU aus

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11898 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Kerkhoff das Wort.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 23. Juni dieses Jahres entscheidet Großbritannien in einer Volksabstimmung über seinen Verbleib in der Europäischen Union. Die Umfragen deuten auf ein knappes Ergebnis hin. In dieser Lage sagen wir als Nordrhein-Westfalen und als überzeugte Europäer: Wir wünschen uns, dass Großbritannien Teil der EU bleibt.

Darum geht es in unserem gemeinsamen Antrag. Natürlich ist uns klar – bei aller Bedeutung dieses Parlaments und dieses Antrags –: Er wird wohl keinen entscheidenden Einfluss auf das Abstimmungsergebnis haben. Dennoch halte ich es für richtig, diesen Antrag hier zu beraten, weil Nordrhein-Westfalen und Großbritannien eng verbunden sind – historisch, politisch, kulturell und wirtschaftlich.

(Unruhe)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, bitte gestatten Sie mir, Sie für einen kurzen Moment zu unterbrechen. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie wichtige Gespräche führen müssen, führen Sie diese bitte außerhalb des Plenums, weil das sonst den Ablauf der Plenarsitzung sehr stört.

Matthias Kerkhoff (CDU): Die Briten sind nicht nur Geburtshelfer unseres Landes, sie sind auch wichtige Partner und Freunde in der Europäischen Union.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Großbritannien spielt in der nun bald 70-jährigen Geschichte unseres Landes eine wichtige Rolle. Die Entscheidung, die alte preußische Provinz Westfalen mit dem nördlichen Rheinland zusammenzulegen, geht auf eine Entscheidung der britischen Besatzungsmacht zurück. 1947 kam das Land Lippe hinzu. Seit dieser Zeit sind Nordrhein-Westfalen und Großbritannien freundschaftlich verbunden. Deshalb feiern wir in diesem Sommer den 70. Landesgeburtstag.

Zahlreiche Schul- und Städtepartnerschaften sind in den vergangenen 70 Jahren begründet worden. Noch immer zählt für viele Schülerinnen und Schüler ein Aufenthalt in Großbritannien zur ersten eigenen Auslandserfahrung. Auch für Studenten ist der Aufenthalt auf der Insel oft Teil ihres Studiums. Durch die Präsenz britischer Militärangehöriger in Nordrhein-Westfalen sind zahlreiche Kontakte und Freundschaften entstanden.

Auch wirtschaftlich gibt es enge Verflechtungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der drittgrößten Volkswirtschaft Europas. 2.500 deutsche Unternehmen in Großbritannien beschäftigen 370.000 Menschen. Viele britische Firmen hängen am unbeschränkten Zugang zum europäischen Binnenmarkt.

Deshalb befürchten viele zu Recht, dass sich ein Austritt negativ auf die Investitionsbereitschaft auswirken würde. Genau zu beziffern, welche wirtschaftlichen Folgen und Wechselwirkungen auf beiden Seiten entstehen würden, ist schwierig. Aber niemand geht davon aus, dass es positive Effekte sein würden. Deshalb warnen Wirtschaftsexperten auf beiden Seiten des Ärmelkanals vor einem Brexit.

Daher gehört es zur Verantwortung dieses Parlaments, im Interesse derjenigen, deren Arbeitsplätze bei uns vom freien Handel auch mit Großbritannien abhängen, für den Verbleib Großbritanniens in der EU und im europäischen Binnenmarkt zu werben, weil es uns im Interesse der Menschen und des Landes eben nicht egal sein kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch aus handfesten politischen Gründen sind wir der Überzeugung, dass es besser ist, wenn Großbritannien Teil der EU bleibt. Es ist besser für Großbritannien, es ist besser für Deutschland, und es ist besser für Europa.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: So ist es!)

Alle Herausforderungen, vor denen Europa steht, alle Probleme, die wir auf der Welt sehen, sind einfacher anzugehen mit Großbritannien als Mitglied in der Europäischen Union. Als weltpolitischer Akteur mit einer Jahrhunderte alten Tradition und globalem Einfluss ist das Vereinigte Königreich auch ein Stück

weit Türöffner. Das ist für die Europäische Union wichtig.

Großbritannien ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Europäischen Union. Ein Ausscheiden wäre ein Rückschlag für Großbritannien, für Europa und für Deutschland. Ohne die mitunter auch kritische Haltung der Briten würde ein Antrieb für Reformen fehlen.

Jörg Asmussen, ehemaliges Mitglied im Direktorium der EZB, bezeichnet es so:

„Das übrige Europa braucht die britische Liberalität, sein Freihandelsdenken, die Disziplin in Haushaltsberatungen und seine Schlagkraft in der Außenpolitik.“

Das stimmt. Gerade Deutschland braucht Partner wie Großbritannien in Europa, die sich pragmatisch für Lösungen einsetzen, die weniger staatsgläubig sind als viele andere und denen bewusst ist, dass auch in Europa Erwirtschaften vor Verteilen kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass sich SPD, Grüne und FDP unserer Intention angeschlossen haben, aus Nordrhein-Westfalen heraus für einen Verbleib Großbritanniens in der EU zu werben. So ist es ein weitgehend geschlossenes Signal, das dieses Parlament heute sendet.

Es ist auch keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates. Volksabstimmungen leben davon, dass sich Personen und Institutionen positionieren und ihre Argumente vortragen.

Genau das macht der Landtag mit diesem Antrag. Wir äußern heute aus nordrhein-westfälischer Perspektive den berechtigten Wunsch, dass das Vereinigte Königreich auch künftig Teil der Europäischen Union bleibt – Teil einer Europäischen Union, von der Tony Blair am 23. Juni 2005, also exakt elf Jahre vor dem Datum der Volksabstimmung, sagte:

„This is a union of values, of solidarity between nations and people, of not just a common market in which we trade but a common political space in which we live as citizens. It always will be.“

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zum vorliegenden Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Töns.

Markus Töns (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Großbritannien ist – das kann man wohl ohne Zweifel sagen – wichtig für Nordrhein-Westfalen, schon allein aufgrund unserer Ge-

schichte. Dieses Bindestrich-Land Nordrhein-Westfalen, wie es manchmal despektierlich genannt wird, ist ein schönes Land. Ohne die Briten wäre es so nicht zustande gekommen. Das muss man an dieser Stelle auch einmal erwähnen. Ich halte das auch für wichtig.

Großbritannien gehört aus Sicht der Sozialdemokraten zu Europa. Großbritannien gehört somit auch zur Europäischen Union. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, den man erwähnen muss.

Ich will am Anfang sagen, dass wir uns heute mit diesem Antrag nicht in die inneren Angelegenheiten Großbritanniens und nicht in die inneren Angelegenheiten der Briten in der Frage einmischen, wie sie sich denn entscheiden. Ich hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger eine schlaue Entscheidung treffen werden. Das halte ich für wichtig.

Der sogenannte Brexit, der im Raum steht, birgt viele Gefahren – nicht nur für Nordrhein-Westfalen, für Deutschland und für die EU, sondern ganz besonders für die Briten. Das muss man so sagen.

Lassen Sie mich erst noch einmal zu der Europäischen Union zurückgehen. Wir stecken derzeit in einer der größten Krisen der Europäischen Union. Sie hat mit der Finanzkrise begonnen und ist noch lange nicht beendet. Wir haben eine Flüchtlingskrise. Innerhalb dieser Europäischen Union haben wir viele unterschiedliche Krisenherde. Wir haben sie nicht im Griff.

Es könnte ein Rutschbahneffekt entstehen, wenn die britische Bevölkerung sagt: Nein, wir wollen nicht mehr zu Europa gehören. – Und dieser Rutschbahneffekt für andere Staaten bringt die Europäische Union in Gefahr, bringt unsere Vorstellung in Deutschland davon, wie wir uns Europa vorstellen, in Gefahr. Deshalb ist es wichtig, dass wir dafür auch werben. Ich halte das für richtig.

Aber es sind viele Fragen ungeklärt in diesem ganzen Prozess, gerade auch für die Briten. Was passiert beispielsweise in Schottland? Was werden die Schotten machen, die sich eindeutig in ihrem Referendum dazu bekannt haben, in Großbritannien zu bleiben? Was machen die Menschen in Wales oder in Nordirland? Nordirland, ein ganz spannendes Thema. Wir haben endlich eine friedliche Situation. Was passiert, wenn Großbritannien aus der EU austritt und die Nordiren das nicht gut finden? Ich glaube, das sind Fragen, die unbeantwortet sind.

Was bedeutet es für die wirtschaftlichen Beziehungen, die nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern ganz Deutschland zu Großbritannien hat, die die Europäische Union hat, die wichtig sind? Was bedeutet das – und das ist noch viel wichtiger – für die Beziehungen der europäischen Staaten untereinander? Wie sollen die zukünftig dann aussehen?

Am Ende steht dann eigentlich noch die wichtigste Frage: Wie kann denn so etwas überhaupt funktionieren? Ich will mir das gar nicht vorstellen. Ich wüsste nicht, wie es funktioniert. Es gibt keine rechtlichen Rahmenbedingungen und Regeln, wie ein Staat aus der Europäischen Union austreten kann. Was das bedeuten würde, was das anrichtet, das möchte ich mir nicht vorstellen. Deshalb werbe ich darum, dass Großbritannien dabei bleibt.

Aber es gibt natürlich auch einige Kritikpunkte, die kann man einfach nicht verschweigen. Das, was bei dem europäischen Gipfel im Februar vereinbart wurde, birgt Gefahren, auch für uns. Es birgt die Gefahr des Endes einer Kohäsionspolitik in Europa. Ich glaube, diese Gefahr muss man beim Namen nennen.

Deshalb ist es wichtig, wenn Großbritannien dabei bliebe, wobei ich sehr dafür werbe, dass man hierüber noch einmal spricht. Das ist der Ausstieg aus gemeinsamen Politiken auf europäischer Ebene. Das können wir nicht gut finden. Dahin müssen wir zurück, denn mehr gemeinsame europäische Politiken ist die Zukunft Europas – nicht weniger. Das ist doch der Punkt, um den es hier geht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Trotz dieser Kritik, die ich jetzt geäußert habe, will ich sagen: Great Britain gehört zu NRW, gehört zu Deutschland, gehört zu Europa. Ich finde, es gehört ganz besonders zur Europäischen Union. Wir sollten alles dafür tun, dass das auch so bleibt. Aber entscheiden werden am Ende die britischen Bürgerinnen und Bürger. Ich habe große Hoffnung, dass sie eine gute Entscheidung treffen. Somit: Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zu Beginn erst einmal bei der CDU-Fraktion bedanken. Die CDU-Fraktion hatte einen Antrag ins Verfahren eingebracht – der Inhalt ist ja beschrieben worden –, in dem wir uns dafür aussprechen, dass sich Nordrhein-Westfalen dafür ausspricht, dass das Vereinigte Königreich in der Europäischen Union bleibt. Der Antrag wäre für uns so nicht zustimmungsfähig gewesen.

Wir haben daraufhin bei der CDU-Fraktion angeklopft und gefragt, ob es nicht möglich ist, einen interfraktionellen Antrag daraus zu machen. Ich bin sehr dankbar, dass die CDU-Fraktion es zugelassen hat, dass da einige wesentliche Änderungen auch erfolgt sind. Jetzt ist es ein interfraktioneller Antrag, alle

sind beteiligt außer den Piraten. Ich weiß nicht, warum ihr da jetzt nicht mitgegangen seid.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Erkläre ich gleich!)

– Das werden wir gleich hören. Ich bin sehr froh, dass jetzt ein Antrag da ist, der für uns auch zustimmungsfähig ist, und dass die CDU-Fraktion das auch mitgemacht hat. Deswegen der Dank am Anfang.

Inhaltlich ist von meinen beiden Vorrednern eigentlich alles gesagt: die besondere historische Verflechtung, die wir mit dem Vereinigten Königreich aus unserer Geschichte heraus haben. Wir werden ja Ende August 70 Jahre Nordrhein-Westfalen, den Geburtstag, mit einem großen dreitägigen Fest feiern – 70 Jahre Landeshauptstadt Düsseldorf gemeinsam. Ich freue mich, dann viele von Ihnen hier zu sehen in der wunderschönen Landeshauptstadt Düsseldorf. Es wird hoffentlich ein tolles Geburtstagsfest.

Das war die Geburtsstunde. Ohne die britische Besatzungsmacht wäre das überhaupt nicht möglich gewesen.

Beide Vorredner haben die wirtschaftlichen Verflechtungen die wir haben, die zivilgesellschaftlichen Verflechtungen, die wir haben, dargestellt. Ich würde gerade die kulturellen Verflechtungen hinzufügen, die wir zu Großbritannien haben.

Ich persönlich möchte anmerken: Allein im musikalischen Bereich wüsste ich gar nicht, wo ich heute wäre, hätte ich früher nicht die Möglichkeit gehabt, auch unter dem Einfluss der britischen Musik groß werden zu können.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Ich habe zwar immer gerne auf WDR 2 Mal Sandox's Hitparade als Jugendlicher gehört. Ich war sehr dankbar, dass ich bei BFBS auch immer die britischen Charts hören durfte. Danke für solche kulturellen Bereicherungen.

Zum Schluss habe ich einen einzigen Punkt als Idee anzubringen. Wir haben in dem Antrag dargelegt – das ist schon eine beeindruckende Zahl –: Wir haben ungefähr 400 Schulpartnerschaften und rund 140 Städtepartnerschaften mit dem Vereinigten Königreich. Das ist wirklich eine ganze Menge.

Meine Idee, meine Anregung an Sie, an die Kolleginnen und Kollegen, vielleicht auch an die Landesregierung: Überlegen Sie mal, es besteht vielleicht die Möglichkeit, jetzt noch vor dem Referendum Briefe aus einer Schulpartnerschaft, aus einer Städtepartnerschaft heraus zu schreiben, sich auch für den Verbleib Großbritanniens auszusprechen und vielleicht die Anregung mit auf den Weg zu geben, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien an diesem Referendum beteiligen. Solch ein kleines direktes partnerschaftliches Signal ist vielleicht eine Überlegung wert. Das ist, glaube ich, der

Sache nicht schädlich. Ansonsten müssen das die Britinnen und Briten für sich entscheiden. Ich hoffe, Sie entscheiden richtig. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank Herr Kollege Engstfeld. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, auch die FDP wird den Antrag mittragen. Ja, wir sagen ganz deutlich: Wir wollen Großbritannien in Europa weiterhin sehen. Europa ohne Großbritannien ist für mich persönlich schwer vorstellbar.

Wenn ich mit Menschen über Europa rede, wird viel gemäkelt, wird vieles Negative gesehen: die komische Banane oder die Krümmung der Gewürzgurke, persifliert dargestellt. Wenn man mit diesen Menschen über Soldatenfriedhöfe geht, dann wird ihnen bewusst, was uns in Europa 70 Jahre erspart geblieben ist.

Die Briten haben doch auch recht, wenn sie infrage stellen, dass nicht alles rund, nicht alles richtig läuft in Europa. Und darauf muss man eingehen.

Was wäre denn ein Europa ohne Großbritannien? Was wäre die Folge? – Weitere Abschottung? Nationalstaaten, Schlagbäume, Zölle, ökonomische Bedeutungslosigkeit weltweit?

Resignation kann keine Antwort sein.

(Zuruf: Das gilt vor allen Dingen für Großbritannien!)

Resignation kann kein Ziel sein. Das kann kein Ziel sein, auch vor dem Hintergrund, dass es ja nicht nur um England geht, sondern auch um Schottland, Katalonien, das Baskenland; die Kollegen haben es vorhin schon dargestellt. Das sind alles Fragestellungen mit einer ähnlichen Zielrichtung.

Wir sollten da einen Spruch von Hans-Dietrich Genscher ernst nehmen: Unsere Zukunft ist Europa. – Wir haben keine andere Zukunft. Deswegen: Ja zu Europa.

Wir sind auf viele Gedanken der Briten angewiesen. Sie denken in mancher Hinsicht anders; das kann durchaus befruchtend sein. Das gilt insbesondere in den Bereichen Deregulierung und Bürokratieabbau. Sie gehen in Regulierungsfragen hinein, gerade was kleine und mittlere Unternehmen angeht, und zwar sehr viel stärker, als wir das im zentralen Europa bislang tun.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Europa sagt derzeit betreffend den Telekommunikationsmarkt: Weg mit den Roaminggebühren! – Das ist völlig richtig. Wenn man aber beispielsweise einen Provider in Lettland wählen und dort mit ihm zusammenarbeiten möchte, ist das für uns unheimlich schwer, im Grunde sogar unmöglich. Wir werden uns jedoch daran messen lassen müssen, dass eine solche Wahlfreiheit bald tatsächlich existiert.

Heute Morgen ist in einem anderen Zusammenhang schon die Juncker-Kommission angesprochen worden: Ja zu Europa, wir haben keine andere Chance, wir brauchen einen gemeinsamen Energiemarkt, einen gemeinsamen Markt, der die Energiepolitik nach vorne bringt. Die letzten Diskussionen zum Thema „Stahl“ im Rahmen des Emissionshandelssystems haben gezeigt, wie verletzlich wir sind, wenn wir keinen eigenen Markt haben.

Wir brauchen gleiche Wettbewerbsbedingungen, müssen aber auch akzeptieren, dass es unterschiedliche Startbedingungen beim Eintritt in die EU und innerhalb der EU selber gibt. Deswegen halte ich den Gedanken der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, wie er seitens der Briten geäußert wird, für gar nicht so falsch.

Wir müssen auch zusehen, dass wir ihre Vorstellungen zu unterschiedlichen Eintrittsniveaus in unsere Sozialpakete aufgreifen, dass wir verdeutlichen, was damit eigentlich gemeint ist. In Deutschland können wir uns eine Sozialquote von 30 % erlauben; in den baltischen Staaten hingegen sind es nur 12 %.

Wir können nicht immer sagen, dass in Europa eins zu eins alles gleich ist. Die Lebenshaltungskosten sind in manchen Ländern niedriger als bei uns, in anderen vielleicht sogar höher. So etwas muss man mit berücksichtigen. Das ist die Form von Differenzierung, auf die die Briten in besonderem Maße Wert legen.

Ich glaube, wir sind gut beraten, auf solche Fragen einzugehen; denn die Briten stellen die richtigen Fragen. Wir müssen nur eine besondere Art der Antwort finden: die europäische. Diese europäische Antwort kann nur lauten: Ja, lasst uns weiter zusammenwachsen.

Wir hoffen, dass das Referendum in Großbritannien so ausgeht, wie wir es uns hier im ganzen Hause wünschen, nämlich dass wir Europa in der heutigen Konfiguration beibehalten – einschließlich Großbritannien. – Schönen Dank.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Piraten spricht der Kollege Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer. Lieber Matthias Kerkhoff, liebe Unionsfraktion, wir Piraten waren bis zum Ende in die Verhandlungen zu einem gemeinsamen Antrag involviert.

Am Ende gab es jedoch in unserer Fraktion zwei verschiedene Auffassungen. Die eine, die ich mit vier anderen Kollegen teile, befürwortet den Resolutionscharakter des vorliegenden Antrags. Sie spricht sich für den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union aus, ohne dabei Einfluss auf den Souverän auszuüben.

Die andere Auffassung unter den Fraktionären jedoch sieht den Antrag als eine inakzeptable Einmischung des Landtags in innere Angelegenheiten des Vereinigten Königreichs.

Ich persönlich – und vier weitere Abgeordnete – teilen diese Ansicht nicht. Hier und da wäre im Antrag sicher ein weiterer Verweis auf die engen zivilgesellschaftlichen Verbindungen noch erstrebenswert; aber das ist eine Randnotiz.

Inhaltlich begrüßen wir als Fraktion die Ausrichtung des Antrags: Ein Verbleib des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in der Europäischen Union ist unbedingt zu begrüßen. Gerade wir Piraten sind überzeugte Europäer. Europapolitik ist für uns im Grunde Innenpolitik.

Die EU ist jedoch – ich sage es einmal pointiert – verbesserungswürdig; man könnte auch sagen: fehlerhaft konstituiert. Sie bedarf natürlich der stetigen Verbesserung durch stringent-demokratische Prozesse. Wir wollen, dass das Vereinigte Königreich am nötigen Upgrade und an Lösungen für die Union mitarbeitet und nicht etwa möglicherweise von außen dagegenwirkt.

Aber – und das ist für uns Piraten auch ein hohes parlamentarisches Gut – das freie Mandat entscheidet.

Lassen Sie mich hier noch eine Sache ergänzen, die bislang von noch keinem Kollegen angesprochen wurde. Das war nämlich wirklich eine Einmischung, und da ist es ganz interessant, mal etwas über die Hintergründe zu erfahren.

Norwegische Politiker haben Großbritannien vor einem Austritt, vor dem Brexit, gewarnt. Zwar hat Norwegen – das wissen wir alle – damals aus guten Gründen über ein Referendum entschieden, dass man der EU nicht beitrifft. Die Gründe lagen in der Fischereipolitik und in den landwirtschaftlichen Subventionen. Das mag damals sinnvoll gewesen sein und ist als souveräne Entscheidung natürlich zu akzeptieren.

Aber man merkt in Norwegen heute, dass man doch zum europäischen Wirtschaftsraum gehört. Und viele

Entscheidungen, die in Brüssel gefällt werden, betreffen auch Norwegen. Nur kann Norwegen an diesen Entscheidungen selber nicht teilhaben. So gesehen ist es nicht an den demokratischen Prozessen in der Europäischen Union beteiligt, und genau das ist unter anderem ein Grund, warum die Norweger den Briten geraten haben, auf den Brexit zu verzichten. – Das aber nur am Rande.

Wie gesagt, bei uns entscheidet das freie Mandat. Ich bedaure, dass wir nicht auf dem Antrag verblieben sind, aber das muss ich akzeptieren, auch mit Respekt vor den Kollegen, die sich anders entschieden haben. Auf jeden Fall wünschen wir uns einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union.

Die Europäische Union wäre an Humor deutlich ärmer, wenn die Briten draußen wären. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Kutschaty in Vertretung für Herrn Minister Lersch-Mense.

Thomas Kutschaty, Justizminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In gut sechs Wochen wird Großbritannien in einem Referendum über den Verbleib des Landes in der Europäischen Union entscheiden. Die Abstimmung findet fast auf den Tag genau 70 Jahre nach der Grundsatzenscheidung vom 21. Juni 1946 statt, die nördliche Rheinprovinz und Westfalen zum Land Nordrhein-Westfalen zusammenzuschließen.

Wenn wir in diesem August unser 70-jähriges Landesjubiläum mit einem großen Bürgerfest in Düsseldorf begehen, werden wir diese besondere Verbundenheit unseres Landes mit Großbritannien würdigen. Für den 23. August ist die Verleihung des Fahnenbandes des Landes Nordrhein-Westfalen an die 20. britische Panzerbrigade in einer öffentlichen Zeremonie auf dem Düsseldorfer Ehrenhof geplant. Auf britischer Seite wird an der Zeremonie eines der hochrangigsten britischen Militärorchester teilnehmen.

Großbritannien, meine Damen und Herren, ist für unser Land aber nicht nur ein wichtiger Partner, weil Nordrhein-Westfalen eine britische Erfindung ist oder wegen der jahrzehntelangen britischen Truppenpräsenz am Niederrhein und in Ostwestfalen-Lippe. Nordrhein-Westfalen ist heute das Zentrum einer sehr lebendigen deutsch-britischen Begegnung, eines Austausches in wirtschaftlicher, zivilgesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Hinsicht. Jeder vierte Brite und jede vierte Britin in Deutschland lebt hier bei uns in Nordrhein-Westfalen, insgesamt über 26.000 Menschen. Es gibt Hunderte Schul- und fast

150 Städtepartnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Großbritannien.

Das Vereinigte Königreich nimmt aktuell Platz 4 auf der Rangliste unserer wichtigsten Handelspartner ein. Im Jahr 2015 wurden Güter und Dienstleistungen im Werte von fast 14 Milliarden € aus Nordrhein-Westfalen nach Großbritannien exportiert und im Werte von 9,5 Milliarden € aus Großbritannien hier in unser Land importiert. Circa 1.600 britische Unternehmen residieren in Nordrhein-Westfalen. Umgekehrt haben über 420 nordrhein-westfälische Unternehmen einen Sitz in Großbritannien.

Die Europäische Union und der europäische Binnenmarkt bilden nunmehr seit über 40 Jahren den Rahmen für diese stabile und ausgesprochen vitale Zusammenarbeit. Ich verrate Ihnen daher sicherlich kein Geheimnis, wenn ich sage, dass die Landesregierung hofft, dass die EU auch in der Zukunft der gemeinsame Rahmen für unsere Zusammenarbeit mit Großbritannien bleibt.

Letztendlich wird aber das britische Volk am 23. Juni über den Weg des Landes und die weitere Mitgliedschaft in der Europäischen Union entscheiden müssen.

Gerade die Einsicht in das große Interesse unseres Landes am Verbleib der Briten in der Europäischen Union gebietet mit Blick auf diesen innenpolitischen Charakter der Abstimmung daher größte Zurückhaltung trotz oder gerade wegen der mit der Entscheidung verbundenen Unwägbarkeiten für die EU, aber auch für Großbritannien selbst.

Das Gesagte impliziert natürlich nicht, dass wir alle im zwischenmenschlichen Raum, in zwischenmenschlichen Begegnungen im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Austausches nicht die Gelegenheit ergreifen sollten, unseren britischen Freundinnen und Freunden zu sagen, wie sehr wir uns wünschen, dass sie an Bord bleiben.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass es gelungen ist, diesen Antrag heute fast allparteienumgreifend zu formulieren. Der nun vorliegende Text benennt die besondere Bedeutung unserer Beziehungen zu Großbritannien, vermeidet aber den Anschein eines Versuchs der Einflussnahme in innere Angelegenheiten des Königreichs. Im Vordergrund steht vielmehr unser aller Hoffnung, dass – ich zitiere – „die unzähligen Kontakte, Berührungs- und Begegnungspunkte der deutsch-britischen Freundschaft weiter unkompliziert fortgeschrieben und weiterentwickelt werden können“.

Dem, meine Damen und Herren, ist nichts hinzuzufügen. Die Landesregierung unterstützt daher diesen Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrages Drucksache 16/11898 – Neudruck. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Antrag Drucksache 16/11898 – Neudruck – angenommen** mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten mit Ausnahme einer Enthaltung bei den Piraten.

(Stefan Fricke [PIRATEN]: Zwei!)

– Zwei, Entschuldigung. Mit zwei Enthaltungen bei den Piraten ist ansonsten der Antrag vom Plenum einstimmig angenommen worden.

Ich rufe auf:

8 Verkehrssicherheit gewährleisten – Diskriminierung von Cannabiskonsumenten verhindern!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11887

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine Aussprache ist heute nicht vorgesehen.

Wir kommen somit zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/11887** an den **Innenausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**. Die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

9 Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen unverzüglich unterbinden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11903

Auch hier möchte ich darauf hinweisen: Alle Fraktionen haben sich inzwischen darauf verständigt, heute

keine Aussprache durchzuführen, sondern die **Überweisung des Antrages Drucksache 16/11903** zu empfehlen, und zwar an den **Innenausschuss** – federführend –, an den **Integrationsausschuss** sowie an den **Rechtsausschuss**. Die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen. Wer kann dem seine Zustimmung geben? – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

10 Die Chancen der Digitalisierung im Wissenschaftsbereich nutzen – landesweit koordinierte Lizenzierung von digitalen Bibliotheksbeständen eröffnet neue Spielräume

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8454

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Drucksache 16/11816

Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8454 wurde gemäß § 82 Abs. 2 Buchstabe b unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung mit der Maßgabe überwiesen, dass eine Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgen. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses liegen vor.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Hammelrath das Wort.

Gabriele Hammelrath (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion haben wir uns bereits, wie schon gesagt, mehrfach befasst, unter anderem sehr intensiv in einer Anhörung und der anschließenden Diskussion im Ausschuss. Das ist dem Thema angemessen, denn digitale Bibliotheksbestände sind ein wichtiges Werkzeug der heutigen Wissenschafts- und Hochschullandschaft. Wissenschaft und Forschung sind der Motor für Entwicklung und Fortschritt in vielen wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft.

Doch mit dem vorliegenden Antrag zur Lizenzierung digitaler Bibliotheksbestände beweist die CDU-Fraktion nicht ihr Interesse an Fortschritt, sondern lediglich ihr Interesse daran, Kritik und dann auch noch überaus plumpe und unzutreffende Kritik an der Landesregierung zu üben und dies wieder einmal und

einmal mehr zulasten der Hochschulen und des Wissenschaftsbereichs. Denn warum sonst sollten Sie die seit vielen Jahren bestehenden und funktionierenden Strukturen und Kooperationen in unserem Land derart außer Acht lassen?

Darin zeigt sich – leider nicht zum ersten Mal – die Ignoranz gegenüber den Leistungen unserer nordrhein-westfälischen Wissenschaftslandschaft, ein Sachverhalt, auf den bei der Anhörung im April von allen – von allen – geladenen Sachverständigen mehr als deutlich hingewiesen wurde.

Ich will aber noch einmal auf die zentralen Forderungen eingehen, um sie dann mit der Realität abzugleichen.

Da ist die Forderung nach landesweiter Koordinierung beim Einkauf von Lizenzen und die nationale Lizenzierung. – In unserer Anhörung haben nun wirklich alle Sachverständigen darauf hingewiesen, dass es bereits seit 40 Jahren das Hochschulbibliotheks-zentrum NRW gibt, das bereits seit 1999 Lizenzverhandlungen für elektronische Medien führt und ab 2006 mit Konsortien zur Unterstützung von Open-Access-Angeboten. Dieses Modell ermöglicht auch jetzt schon die Teilnahme nicht nur von NRW, sondern von nationalen und internationalen Bibliotheken. Bei der Internationalität von Wissenschaftsinhalten ist das die einzig sinnvolle Vorgehensweise.

Wie erfolgreich hier gearbeitet wird, macht die Größenordnung der Beteiligung deutlich. Im Jahr 2013 haben 560 öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken an verschiedenen Konsortien des HBZ teilgenommen. Von fehlender Vernetzung und Koordination kann somit keinesfalls die Rede sein.

Auch in Sachen nationaler Lizenzierung muss sich NRW nicht verstecken. Seit 2014 leistet das HBZ einen wichtigen Beitrag als Mitglied der Arbeitsgruppe für die nationale Lizenzierung. Zusätzlich sind hier noch die Allianzlizenzen zu nennen. Diese vergibt die Deutsche Forschungsgemeinschaft in NRW in Abstimmung mit dem HBZ.

Es wäre wirklich angemessen, liebe CDU, wenn Sie die Leistungen der vielen Mitwirkenden an dieser Arbeit endlich anerkennen.

Kommen wir zur zweiten zentralen Forderung, der nach der steuerlichen Gleichbehandlung von elektronischen und gedruckten Medien. – Bei dieser Forderung sind wir uns ja einig, aber die Entscheidung wird vom Bund getroffen. Was soll da beschriebenes Papier? Denn wir wissen doch, wer im Bund die Regierung stellt.

Also machen Sie, liebe CDU-Kolleginnen und -Kollegen doch genau das, was wir als SPD auch machen: Sprechen Sie mit Ihren Leuten auf der Bundesebene. Machen Sie Druck. Dann bewegt sich ja vielleicht etwas in die richtige Richtung.

Ein zentraler Punkt in Anbetracht der aktuellen Herausforderungen kommt dafür in Ihrem Antrag eindeutig zu kurz, liebe Damen und Herren der CDU-Fraktion. Um die Herausforderungen einer digitalen Welt bestehen zu können, braucht das Land nicht etwa neue Maßstäbe in Sachen Lizenzierung. Vielmehr geht es um die Möglichkeiten, die uns das digitale Zeitalter bietet wie zum Beispiel Open-Access-Lösungen. Diese lässt der vorliegende Antrag völlig außer Acht. Die Sachverständigen haben darauf hingewiesen und zahlreiche Möglichkeiten aufgezeigt, die sich sogar ohne Ausweitung der Mittel realisieren lassen.

Klar ist: Fortschreitende Digitalisierung fordert von uns fortschrittliche Ideen und ein schlüssiges Gesamtkonzept. Ihr Antrag dagegen ignoriert Vorhandenes, ignoriert Qualität, ignoriert eigene Einflussmöglichkeiten und vernachlässigt wichtige Aspekte. Eben aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Hammelrath. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Thönnissen.

Ulla Thönnissen (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Hammelrath, lassen Sie mich eingangs sagen: Nichts ist so gut, dass man es nicht noch verbessern kann. Möglicherweise haben Sie die Intention unseres Antrags nicht verstanden, oder Sie lehnen ihn deswegen ab, weil er von der CDU kommt.

(Beifall von Christina Schulze Föcking [CDU])

Die CDU hat in der Tat bereits mehrere Anträge mit Vorschlägen zur Digitalisierung im Wissenschaftsbereich gestellt. Dieser hier liegt mir am Herzen. Das hat zwei Gründe: Er ist auf den Tag genau so lange in diesem Haus unterwegs wie ich selbst, und ich komme aus der Universitätsstadt Aachen und weiß von daher, dass die Bibliotheken zunehmend unter den Lizenzierungskosten für digitale Medien leiden. Das schadet unseren Hochschulen. Die Kosten steigen stetig, die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen leider nicht.

Meine Damen und Herren, wir bezeichnen die heutige Zeit gerne als Informationszeitalter. Informationen sind und Bildung ist eine Ware, sozusagen der Rohstoff für alles andere, für die Wirtschaft, für die Wissenschaft und auch für die Politik. Wer aktuell zukunftsweisend und global forschen und lehren will, der braucht permanenten schnellen und direkten Zugriff auf die entsprechenden Datenbanken.

Tagesaktuelle Daten lassen sich – das wissen wir alle auch aus eigener Erfahrung – am ehesten in digitaler Form abrufen. Damit dies möglich ist, müssen

Institute und Bibliotheken entsprechende Lizenzen erwerben. Diese sind eben oft nur bei wenigen großen Verlagen zu bekommen.

In der Konsequenz – das ist doch das, was Ihnen mit Sicherheit nicht recht sein kann – behelfen sich die Hochschulen nämlich damit, dass sie unterschiedliche Nutzergruppen bei unterschiedlichen Inhalten ausschließen. Das kann nicht im Sinne des Erfinders sein. Davon, dass es nicht zeitgemäß ist, brauchen wir hier gar nicht zu reden.

Es gibt ja Alternativen. Andere Bundesländer sind hier wesentlich weiter als Nordrhein-Westfalen, und der Blick über die Landesgrenze hinaus lohnt sich auf jeden Fall. Es gibt gute Beispiele, wie auch in Nordrhein-Westfalen langfristig bessere Lösungen zur Lizenzierung elektronischer Medien erarbeitet werden können; denn auch in diesem Bereich ist wie in vielen anderen ein Strukturwandel im Gange, und den dürfen wir hier keinesfalls verschlafen.

(Beifall von der CDU)

Es geht hier um nichts Geringeres als um Nordrhein-Westfalen als national und international anerkannten Wissenschafts- und Forschungsstandort. Diesen Status dürfen wir sowieso grundsätzlich nicht verlieren, aber schon gar nicht, weil es uns nicht gelingt, die Chancen der Digitalisierung im Wissenschaftsbereich optimal zu nutzen.

(Beifall von der CDU)

Das haben uns auch die Sachverständigen bei der Expertenanhörung bestätigt, und sie zeigten sich grundsätzlich erfreut, dass die Thematik es endlich auf die Tagesordnung des Landtags geschafft hat. Gerade die Notwendigkeit einer besseren und koordinierten Abstimmung wurde seitens der Sachverständigen ebenfalls bestätigt.

Das Kernanliegen unseres Antrages ist es, die Bibliotheken und damit die Hochschulen gegenüber den großen Verlagen in eine bessere Verhandlungsposition zu bringen. Es ist doch ganz klar und eindeutig, dass ich einem großen Kunden bessere Konditionen einräume als vielen kleinen; denn einen großen Kunden möchte ich als Anbieter nicht verlieren.

Hierzu braucht es eine landesweite Koordinierung beim Einkauf von Lizenzen. Hierzu braucht es die Absprache mit anderen Ländern bzw. mit dem Bund, und das mit dem Ziel einer nationalen Lizenzierungs-lösung. Hierzu braucht es eben auch die steuerliche Gleichbehandlung von analogen und elektronischen Medien.

Unseren Vorstoß für die steuerliche Gleichbehandlung hält übrigens auch das Hochschulbibliothekszentrum für absolut unterstützenswert. Von den Experten wurde ebenfalls konstatiert, dass von einer Landeslizenz alle Bibliotheken im wissenschaftlichen

Bereich profitieren könnten, angefangen bei der Berufsakademie bis hin zur Exzellenzuniversität.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unser Land darf nicht – wie leider in vielen anderen Bereichen – den Anschluss verlieren. Nordrhein-Westfalen muss im Hochschul- und Bildungssektor konkurrenzfähig bleiben. Ich bin mir sicher, das ist in unser aller Interesse. Ich bitte Sie daher, unserem Antrag zuzustimmen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Thönnissen. – Als Nächstes spricht für die grüne Fraktion Frau Kollegin Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Thönnissen, weil Sie eben so schön ausgeführt haben, Ihr Antrag sei bei den Experten in der Anhörung so gut angekommen, möchte ich ein Zitat an den Anfang setzen. Da sagte Herr Werner Reinhardt, der Leiter der Universitätsbibliothek Siegen – Zitat –:

„Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mich zunächst einmal gefreut, dass im Landtag darüber geredet wird, was da passiert, war dann aber ein bisschen verblüfft, dass 20 Jahre Arbeit, die schon im Land geleistet worden ist, irgendwo nicht auftauchen, nämlich der organisatorische Teil, der angesprochen worden ist, der auch von Baden-Württemberg quasi abgeguckt werden sollte. Der wurde bei uns entwickelt.“

Ich könnte noch eine Reihe ähnlicher Zitate anfügen, was aber zu lange dauern würde, weil der Antrag bei den Expertinnen und Experten in der Anhörung nicht besonders gut angekommen und bewertet worden ist.

Liebe Frau Thönnissen, die CDU und Sie reklamieren in Ihrem Antrag ein erfolgreiches Hochschulfreiheitsgesetz, fordern uns, die Landesregierung, jedoch gleichzeitig auf, dafür zu sorgen, dass die Hochschulen sich koordinieren mögen. – Was denn nun? Wenn Ihrer Meinung nach das HFG so erfolgreich war, warum sollte dann der Staat jetzt die Probleme lösen, die nach Ihrer Logik gemeinsame Aufgabe autonomer Hochschulen sind?

Wir sehen uns tatsächlich in der Verantwortung, dort einzugreifen, wo die Selbststeuerung der Hochschulen an ihre Grenzen kommt. Zunächst aber sollten wir, um es mit Ihren Worten zu sagen, auf die Fähigkeiten der Hochschulen vertrauen und uns vor allem ansehen, was es im Bereich der konsortialen Erwerbung elektronischer Ressourcen bereits gibt.

Erstens. Das Land fördert längst eine Einrichtung, die die Konsortialfunktion ausübt: das Hochschulbiblio-

thekszentrum NRW. Dort wird seit 1999 der gemeinschaftliche Erwerb von Datenbanken, von E-Books und Journals für Hochschulen und Bibliotheken organisiert. Für einige elektronische Inhalte ist das HBZ überregionaler und sogar bundesweit exklusiver Konsortialführer.

Darüber hinaus findet eine Kooperation mit Konsortien in Österreich und der Schweiz sowie mit Konsortien aus Staaten von allen Kontinenten statt. Das HBZ übernimmt auch organisatorisch und technisch die Bereitstellung vieler der erworbenen Produkte und bietet Veranstaltungen dazu an.

Zweitens. Während Sie in Ihrem Antrag das Beispiel E-Science aus Baden-Württemberg als vorbildhaft herausgreifen, beschränken Sie sich in Ihren Forderungen auf das Thema „Lizenzierungen“. Zum Baden-Württemberger Konzept gehören aber auch ganz wesentlich die Themen „Digitalisierung von Materialien und Arbeitsprozessen“ sowie „Open Access“ und „Open Data“. Insbesondere zu den letzten beiden Punkten haben Sie sich in der Vergangenheit wiederholt einer fortschrittlichen Lösung verweigert.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, was Dr. Anne Lipp von der DFG bei der Anhörung im Wissenschaftsausschuss gesagt hat – ich zitiere –:

„Angenommen, die Annahme, die in einer Publikation der Max-Planck-Gesellschaft formuliert wurde, dass eine flächendeckende Umstellung auf das Open-Access-Modell kostenneutral zu erreichen ist, stimmt, dann würde das bedeuten, dass die heute für die Informationsversorgung aufgewandten Kosten in einem Open-Access-Modell sehr viel effektiver eingesetzt werden könnten.“

Zitat Ende.

„Meine Annahme wäre sogar, dass heute mehr Kosten in den Subskriptionsbereich fließen als in einen Open-Access-Modellbereich“,

sagt sie an anderer Stelle.

Wenn es also um die Gesamtherausforderung der Digitalisierung im Wissenschaftsbereich geht, dann kneifen Sie.

Und auch hier leistet das HBZ NRW schon wichtige Arbeit.

Mit DigiLink wird die Verwaltung von Internetressourcen und Datenbanken ermöglicht und mit DigiBib eine technische Plattform für alle Bibliotheksdienstleistungen angeboten. Auch um die Organisation des vom Land geförderten Programms „Digital Peer Publishing“ der Open-Access-Initiative zum Aufbau qualitätsgesicherter elektronischer Fachzeitschriften kümmert sich die Einrichtung.

Insofern kann man sagen: Das HBZ NRW ist nicht nur einer der wesentlichen Konsortialführer im

deutschsprachigen Raum, sondern befasst sich auch mit dem gesamten Komplex der Digitalisierung im Wissenschaftsbereich.

Schließlich finde ich es bemerkenswert, dass die CDU plötzlich Ungerechtigkeiten im Mehrwertsteuersystem entdeckt. Die Ungleichbehandlung von elektronischer und gedruckter Literatur wurde ja nun vom Bundestag mit Blick auf die europäische Mehrwertsteuersystemrichtlinie angegangen. Aber wann will sich die Partei, die seit zehn Jahren die Bundeskanzlerin stellt, eigentlich um die übrigen Ungerechtigkeiten kümmern? Falls es Ihnen hier an konkreten Beispielen fehlt, kann ich Ihnen gerne auf die Sprünge helfen: Rennpferde und Skilifte 7 %, Mineralwasser und Babywindeln 19 %. Das ist die absurde Realität.

Vor diesem Hintergrund und weil Sie mit Ihren Ansichten zur Digitalisierung nicht auf dem aktuellen Stand sind, werden wir Ihren Antrag heute ablehnen. Aber vielen Dank für die Debatte.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Die Chancen der Digitalisierung im Wissenschaftsbereich nutzen“ – so fängt der Antrag der Kolleginnen und Kollegen der Union ganz spannend an. Dann fällt die Spannungskurve in der Tat etwas ab: „landesweit koordinierte Lizenzierung von digitalen Bibliotheksbeständen eröffnet neue Spielräume“.

Die Digitalisierung wirft im Wissenschaftsbereich aktuell eine ganze Reihe von vielen spannenden Fragen auf. Wir hatten ja bereits eine Anhörung zum Thema Open Access im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung. Open Access ist für mich eines der großen Themen, bei dem es um die echten Herausforderungen und Chancen geht, die sich eben durch die Digitalisierung im Wissenschaftsbereich ergeben.

Lassen Sie mich beispielsweise grundlegende Änderungen im Informationsaustausch erwähnen, die nun auch ganz andere Formen der internationalen Wissenschaftskooperation ermöglichen. Auch an das Urheberrecht werden durch die Digitalisierung derzeit ganz grundsätzliche Fragen gestellt, nicht nur national, sondern eben auch in internationalen Vereinbarungen.

In Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, preisen Sie eine Koordination der wissenschaftlichen Bibliotheken, die sicherlich sinnvoll sein kann, als eine der großen Chancen der Digitalisierung. Gemessen an dem Titel Ihres Antrags stellen Sie im In-

halt aber wohl nur auf einen Teilaspekt ab: Hochschulbibliotheken sollen Kosten beim Erwerb von Lizenzen von digitalisierten Fachzeitschriften sparen. Das soll durch den gemeinschaftlichen Erwerb der Lizenzen erreicht werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das denn nicht einfach nur ein Mengenrabatt? Verstehen Sie mich nicht falsch: Natürlich ist es sinnvoll, dass die nordrhein-westfälischen Hochschulen, die im Verhältnis zur Studierendenzahl und zu den zusätzlichen Aufgaben ohnehin nur knapp bemessene Ressourcen haben, diese so gut wie möglich einsetzen. Dieses Ziel teilt die FDP-Fraktion ganz ausdrücklich. Doch sind die Chancen und Herausforderungen durch die Digitalisierung im Wissenschaftsbereich sicherlich weit größer als die beschriebenen Synergieeffekte bei den Bibliothekslizenzen.

Wenn dann im Antrag der Kollegen der Union konkret die Orientierung am sogenannten Konsortium Baden-Württemberg gefordert wird, muss man dazusagen: Im Südwesten Deutschlands koordinieren sich viele wissenschaftliche Bibliotheken, übrigens nicht nur Hochschulbibliotheken, für den Erwerb von gemeinsamen Lizenzen. Sie werden dabei auch vom Land Baden-Württemberg nicht nur ideell gefördert. Das ist sicherlich ein nicht unwesentlicher Aspekt, der die Kooperation dort auch attraktiv macht.

Aber wir haben in der Tat – das ist gerade schon erwähnt worden – in Nordrhein-Westfalen das Hochschulbibliothekszentrum in Köln mit einer hervorragenden Arbeit. Dort wird bereits seit vielen Jahren für eine Vielzahl von wissenschaftlichen Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen und sogar in Rheinland-Pfalz digitale Fachliteratur gemeinschaftlich erworben.

Bei mir bleibt die Frage unbeantwortet, was im geförderten Konsortium à la Baden-Württemberg besser gelöst werden kann als am Hochschulbibliothekszentrum. Wäre es, falls es Kritik an der Arbeit des Hochschulbibliothekszentrums gibt, nicht nahe liegend, dieses zu verbessern? Und ob ein Konsortium bessere Preise verhandeln könnte, auch daran habe ich meine Zweifel.

Auch die Forderung der CDU nach nationalen Lösungen überzeugt mich persönlich nicht. Schließlich erwirbt die Deutsche Forschungsgemeinschaft bereits seit dem Jahr 2004 Nationallizenzen für wissenschaftliche Bibliotheken. Sollen mit dem Antrag Allianz- oder Doppelstrukturen geschaffen werden? Das Förderprogramm „Überregionale Lizenzierung“ wird von der CDU an der Stelle mit keiner Silbe erwähnt. Hier ist die Praxis wohl schon weiter.

Der Titel des Antrags hat zu mehr Fantasie eingeladen. Dafür danke ich der CDU, auch für die parlamentarische Initiative, die uns die Gelegenheit zu einem sehr aufschlussreichen Sachverständigenge-

spräch gegeben hat, aus dem wir wichtige Erkenntnisse und Einblicke in die Praxis gewinnen konnten. Der Antrag der Kolleginnen und Kollegen der Union beleuchtet nur einen kleinen Teilaspekt der Chancen der Digitalisierung im Wissenschaftsbereich. Es steht aber auch nichts völlig Verkehrtes drin. Wir werden uns deshalb enthalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Lieber Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Wir sprechen hier im Rahmen dieses Antrags über Nationallizenzen. Ich möchte allerdings auch einmal auf die Gelbdrucklizenz für Großverlage eingehen.

Wir Piraten sind der Meinung, dass einige wenige Verlage unsere Hochschulen und Bibliotheken regelrecht ausnehmen und dass es nur einen Weg gibt, diesen Missbrauch zu beenden. Insofern sehen wir Ihre Kritik, liebe regierungstragende Fraktionen, der CDU-Antrag würde viel zu wenig auf Open Access eingehen, als nachträgliches Kompliment für unsere Piratenarbeit an. Schließlich haben wir das Thema „Open Access“ in den Landtag gebracht.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Das war auch der Grund, warum wir dem CDU-Antrag zunächst eine Chance geben wollten. Wir werden uns allerdings heute wohlwollend enthalten.

Das Thema „Lizenzierung“ flankiert zwar auch die Open-Access-Bewegung, insbesondere, wenn es sich um Allianzlizenzen handelt, aber wir sehen Kostensenkungen – im Gegensatz zu Herrn Dr. Berger – nicht als das wichtigste Ziel an. Wir wollen stattdessen endlich den Teufelskreis immer teurer werdender Abos und Lizenzen bei einer gleichzeitig weiter sinkenden Literatur- und Zeitschriftenauswahl durchbrechen.

In der Anhörung haben wir erfahren, dass Lizenzverhandlungen durch eine Konsortialstelle bereits halbwegs erfolgreich verlaufen. Dennoch steigen die Preise immer weiter an. Daher müssen wir grundsätzlich über eine Umstrukturierung in der Literaturversorgung sprechen.

Dabei, liebe CDU, geht es nicht in erster Linie um Einsparpotenziale in den Bibliotheksetats, sondern vor allem um die Nutzer und Nutzerinnen. Wartezeiten und Staus am Ausgabeschalter in der Bib und die Meldung „Dieses Buch ist vergiffen“ müssen endlich der Vergangenheit angehören.

(Beifall von den PIRATEN)

Noch immer senden wir Aufsätze und Kopien per Post durch dieses Land.

Großverlage sollen weiterhin eine wichtige Rolle spielen dürfen. Aber ihre bisherige Gelddrucklizenz müssen sie definitiv verlieren.

Insofern führt jeder Euro, der in NRW in Open-Access-Publikationen fließt, mittel- und langfristig zu fairen Einkaufsbedingungen für die Hochschulbibliotheken. Es geht also nicht vordergründig um Einsparungen, sondern es geht zunächst auch um Investitionen in die Open-Access-Beratung und in die Infrastruktur in den Hochschulen.

Mit dem Thema „Nationallizenzen“ allein kommen wir auch nicht weiter. Wenn der Verlag Elsevier für ein Jahresabo eines Journals 23.700 € berechnet, droht nicht länger bestimmten Nutzergruppen der Nutzungsausschluss, sondern der Preis ist der Nutzungsausschluss. Das sollte auch im CDU-Antrag stehen.

Allerdings liegt das Problem, Frau Ministerin Schulze, auch auf der Regierungsseite. Sie gestehen den Verlagen weiterhin die Lizenz zum Gelddrucken zu. Sie sagten im Ausschuss bereits zweimal, dass in den vergangenen zehn Jahren 150 Millionen € für Lizenzen bereitgestellt worden sind. Sie führen die Kostensteigerungen als Ausdruck der Qualität der Arbeit an.

Dabei fließt kein einziger Euro davon in die Lehre oder in die Forschung. Der Verlag Elsevier hat zu dem Zeitpunkt, als dieser Antrag noch aktuell war, für Lizenzen über 700 Millionen € Gewinn eingestrichen. Diesen Zusammenhang muss man einfach sehen. Das Geld fließt nicht in eine bessere Literaturversorgung für Forscherinnen und Forscher, sondern in die Taschen der Großverlage, die abzocken.

Das heißt, wir pumpen immer mehr Geld quasi direkt in die Verlage, und darauf darf man nicht stolz sein. Denn so wird es immer teurer. Ich glaube, durch das bisherige Verfahren wird die Marktmacht der Falschen gestärkt. Das Geld müsste anders eingesetzt werden.

Wir müssen Open Access fördern, um aus diesem Teufelskreis herauszukommen. Während unsere Bibliotheken eine Zeitschriftenkrise erleben, fahren einige Verlage so enorme Renditen ein, dass einige schon von Gewinnraten, die man sonst nur im Waffen- und Drogenhandel erzielt, sprechen. – Das ist nicht mein Alarmismus, sondern das stand in der „Süddeutschen“ vom 19. Februar 2016. – Wir finden, es muss wieder um den Lesestoff für die Forscherinnen und Forscher gehen und nicht um Finanzspritzen für die Großverlage.

Ich weiß nicht, ob Sie die Meldung schon erreicht hat. Am 6. Mai dieses Jahres hat die Université de Montréal 2.116 Springer Journals gekündigt.

Während Frau Seidl und Herr Bell aufgrund einer zutreffenden Analyse zu Open Access einen Spielraum für Verbesserungen eröffnet haben, haben Sie, Frau Ministerin Schulze, zumindest im Ausschuss behauptet, wir hätten in NRW kaum Verbesserungspotenzial.

Ich glaube, mit dieser Analyse kommen wir nicht weiter. Wir müssen neue Wege gehen. Wir Piraten denken, Open Access ist der richtige Schlüssel dafür. Hoffentlich werden in der Zwischenzeit Überlegungen angestellt, genau das zu verbessern. Wir würden sehr gerne daran mitarbeiten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Noch mal in Richtung der Unionsfraktion: wohlwollende Enthaltung. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schulze.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuss hat sich sehr ausführlich mit den Themen des Antrags befasst. Darauf würde ich gerne zurückkommen. Die Beratungen und das Sachverständigengespräch haben ganz deutlich gezeigt: Im deutschsprachigen Raum existiert ein gewachsenes, arbeitsteiliges und funktionierendes System der konsortialen Erwerbung elektronischer Medien.

Das Hochschulbibliothekszenrum des Landes Nordrhein-Westfalen – das halte ich in der Diskussion für besonders wichtig – spielt in diesem System eine wirklich tragende und unverzichtbare Rolle. Mehr noch, das Sachverständigengespräch hat gezeigt, dass dieses System maßgeblich aus Nordrhein-Westfalen mitgestaltet wurde, und ich freue mich über das hier über das HBZ geäußerte Lob und schließe mich dem gerne an.

Wenn wie in dem vorliegenden Antrag wiederholt auf Baden-Württemberg verwiesen wird, macht uns das völlig unnötig klein. Frau Seidl hat eben aus der Anhörung zitiert: Das, wofür Baden-Württemberg 2014 ein Konzept – ein Konzept! – erstellt hat, läuft bei uns in Nordrhein-Westfalen seit 1998. Unser HBZ ist nicht von ungefähr einer der wesentlichen Konsortialführer im deutschsprachigen Raum. Im Lizenzjahr 2013 nahmen rund 560 wissenschaftliche und öffentliche Bibliotheken an den verschiedenen HBZ-Konsortien teil. Diese Zusammenschlüsse machen schon lange nicht mehr an den Ländergrenzen halt.

Wenn wir dann, liebe Frau Thönnissen, wie in Ihrem Antrag beschrieben, die Konsortialaktivitäten auf die Landesebene fokussieren würden, wäre das ein deutlicher Rückschritt gegenüber dem heute schon Erreichten. Wir kooperieren international über die Grenzen hinweg und nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Dass das passiert, hat einen guten Grund. Ein schlagendes Argument für die Erwerbskonsortien ist natürlich der Preisvorteil, der sich durch eine solche Nachfragebündelung erzielen lässt. Vorteile von bis zu 75 % gegenüber dem Listenpreis sind dadurch möglich.

Allerdings dürfen wir gleichzeitig die begleitenden Dienstleistungen nicht unterschätzen, die die Konsortialstellen anbieten, um die Hochschulen im Management ihrer elektronischen Ressourcen zu entlasten. Die Administration der Verträge, Onlinebedarfserhebungen und das zentrale Finanzmanagement gehören ebenso dazu wie der Wiederaufbau und die Pflege eines zentralen Statistikportals.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Bayer?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Nein. – Auch in dieser Hinsicht hat das Sachverständigengespräch einmal mehr zum Ausdruck gebracht, dass die nordrhein-westfälischen Konsortialstellen im HBZ vorbildliche Arbeit leisten.

Ich bin davon überzeugt, dass sich niemand von unseren Fachleuten im HBZ auf dieser Position ausruhen wird. Im Gegenteil: Die Verlagerung von der analogen zur digitalen Bereitstellung von wissenschaftlichen Materialien und Informationen wird sich rasant fortsetzen.

Die Hochschulbibliotheken sind damit ein sehr wichtiger Akteur des digitalen Wandels in Wissenschaft und Forschung, und das Land wird die Hochschulen auch weiterhin unterstützen, die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen. Das HBZ ist dabei als Entwickler innovativer Formen der Informationsvermittlung ein sehr verlässlicher Partner. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin Schulze. – Nun gibt es eine Kurzintervention, angemeldet von Herrn Kollegen Bayer von der Piratenfraktion. – Ah, wunderbar, er sitzt jetzt ganz vorne, prominent. Bitte, Herr Bayer!

Oliver Bayer (PIRATEN): Herr Präsident, herzlichen Dank! – Ich hatte eine Zwischenfrage, als Sie das

HBZ und die Konsortialstelle noch einmal gelobt haben. Das ist auch durchaus gut und richtig. Wie alle hier stellen auch wir fest, dass sie eine großartige Arbeit leisten, und es führt bei Einzelabschlüssen natürlich zu einer Kostenersparnis; das ist unbestritten.

Die Frage ist aber, wie hoch die Kostenersparnis wäre, wenn der Verlagsmarkt eine faire Literaturversorgung zuließe. Haben Sie sich mit dieser Frage beschäftigt?

Überhaupt: Wie sieht die Beschäftigung des Ministeriums mit der Einbindung einer Open-Access-Strategie aus? Welche Szenarien sind Sie diesbezüglich durchgegangen? Wie sehen Sie die Verknüpfung einer Open-Access-Strategie zum Beispiel mit Allianz-lizenzen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank. – Frau Ministerin, 1:30 für die Antwort. Bitte schön!

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Bayer, ich glaube, es ist nicht angemessen, im Rahmen einer Kurzintervention zu dem Thema, wie sich die Konsortialführerschaft im Bibliothekswesen darstellt, die gesamte Open-Access-Debatte noch einmal zu führen. Wir haben sie im Ausschuss in aller Ausführlichkeit geführt, und das lässt sich hier nicht in einer Minute in einer Kurzintervention zusammenfassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Es gibt eine Empfehlung des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft und Forschung. Er empfiehlt in der Drucksache 16/11816, den Antrag mit der Drucksachennummer 16/8454 abzulehnen.

Wir stimmen nunmehr nicht über diese Empfehlung, sondern über den Antrag ab, und ich bitte um Handzeichen. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die CDU. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Wie angekündigt enthalten sich die Fraktionen der Piraten und der FDP. Gleichwohl ist der **Antrag Drucksache 16/8454** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

11 Tierschutz bei der Jagd stärken – Keine unsachgemäßen Einschränkungen bei Jagdwaffen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11833

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Busen von der FDP-Fraktion das Wort.

Karlheinz Busen (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zwei Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes vom 7. März 2016 haben bei den Jägerinnen und Jägern für große Irritationen gesorgt. Geurteilt wurde, dass – entgegen der seit Jahrzehnten geübten Praxis – voll- und halbautomatische Waffen mit einem wechselbarem Magazin, das mehr als zwei Schuss Munition aufnehmen kann, ...

(Unruhe – Glocke)

... von Jägern nicht mehr benutzt werden dürfen. Jäger dürfen damit auch nicht mehr Eigentümer solcher Waffen sein. Tausende Jäger in Nordrhein-Westfalen wurden durch dieses Urteil daher über Nacht zu illegalen Waffenbesitzern degradiert.

An dieser Stelle besteht dringender Handlungsbedarf des Gesetzgebers. Es ist nicht hinnehmbar, dass die vielen ehrenamtlichen Naturschützer, die im Auftrag des Staates Abschusspläne erfüllen, hier kriminalisiert und im Stich gelassen werden.

Auch wenn für einige Menschen die Benutzung von halbautomatischen Waffen bei der Jagd zunächst befremdlich klingt, kann der Einsatz in manchen Bereichen zu mehr Tierschutz führen.

(Beifall von der FDP – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Ja!)

Gerade die vom nordrhein-westfälischen Umweltministerium favorisierten und flächendeckend durchgeführten großen Bewegungsjagden auf Schalenwild zwingen die Jäger zu immer schnelleren Schussfolgen auf hochflüchtiges Wild. Unter diesen Bedingungen ist ein klarer Vorteil, einen Nachschuss ansetzen zu können, ohne durch das manuelle Repetieren der Waffe Zeit zu verlieren. Der Ökologische Jagdverband begrüßt daher auch die Verwendung dieser Waffen.

Es ist also ein dringendes Gebot der Fairness, der Rechtssicherheit und des Eigentumsschutzes, hier schnell zu handeln. Gerade bei dem sensiblen Thema „Waffen“ muss der Gesetzgeber für eine klare Rechtslage sorgen. Es ist nicht hinnehmbar, dass unbescholtene Bürger hier langfristig gefühlt mit einem Bein im Knast stehen, weil nicht gehandelt wird.

Grundsätzlich sind wir es den Jägerinnen und Jägern schuldig, eine bundesweit einheitliche Regelung zu schaffen. Die Zielrichtung des Antrages ist daher auch eine Bundesratsinitiative. Die Flickenteppiche, die durch die Landesjagdgesetze geschaffen wurden, sorgen bei den Jägern bereits für genug Verwirrung.

Wenn keine schnelle bundesweite Lösung in Sicht ist, bleibt uns allerdings die Möglichkeit, durch eine

Rechtsverordnung gemäß § 19 Abs. 4 des Landesjagdgesetzes das Verbot des § 19 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe c des Bundesjagdgesetzes entsprechend einzuschränken. Das würde die Situation zumindest für Nordrhein-Westfalen schnell klären.

Ich hoffe auf eine konstruktive Zusammenarbeit aller Fraktionen und einen schnellen Beschluss nach entsprechender fachlicher Beratung im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Busen. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Meesters.

Norbert Meesters (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist der zweite Antrag zur Jagd, zum Jagdgesetz, den wir heute von der FDP hören. Gestern gab es den ersten Jagdantrag, der ziemlich daneben war. Ich kann es mir nicht verkneifen, eben noch einmal kurz nachzuhaken, weil wir gestern mit den Jägern zusammensaßen. Es ging um den Wolf im Jagdgesetz, und die Jäger haben nochmals erzählt, sie würden das gar nicht wollen und seien eindeutig dagegen.

(Zuruf von der FDP: Das sehen die aber ganz anders!)

Mein Rat hinsichtlich Ihrer Anträge ist, erst einmal die Betroffenen zu fragen, sie zusagen zu Beteiligten zu machen; die Anträge werden dann auch besser.

Dieser Antrag ist besser; das muss ich schon sagen. Sie sprechen in der Überschrift von „Tierschutz bei der Jagd stärken“. Ich halte diese Überschrift, diesen Titel jedoch für falsch, denn wir sprechen hier nicht in erster Linie von Tierschutz, sondern über ein wichtiges Sachproblem, das Sie auch richtig skizziert haben. Allerdings halte ich die Schlussfolgerung, die Sie gezogen haben, für falsch.

Worum geht es? – Sie haben es gerade gesagt: Das Bundesverwaltungsgericht hat im März 2016 verboten, diese halbautomatischen Waffen, bei denen nicht ausgeschlossen werden kann, dass Magazine verwendet werden, die mehr als zwei Schuss Munition aufnehmen können, bei der Jagd einzusetzen.

Die Jagdverbände kritisieren zu Recht diesen Beschluss, weil das Gericht die bisher geübte Praxis als nicht rechtens erklärt hat. Diese Waffen sind nun für Jäger nicht mehr erlaubt. Das haben Sie gerade dargestellt. Für die Haltung der Jäger haben wir Verständnis.

Nach bisheriger Meinung handelt es sich bei dem Verbot um eine Auflage an das Verhalten des Jägers, bei der Jagd ausschließlich Magazine mit einer Kapazität von zwei Patronen zu verwenden. Dies gilt

nun nicht mehr. Ich stimme Ihnen zu: Darauf muss Politik in der Tat reagieren.

Nun hat der FDP-Antrag zwei Forderungen an die Landesregierung formuliert. Die erste Forderung betrifft die von Ihnen gerade angesprochene Bundesratsinitiative. Ich sage Ihnen ehrlich: Ich halte das für falsch. Die Sachlage ist doch die: Bundesminister Christian Schmidt hat wörtlich gesagt – ich zitiere –:

„Mein Ministerium wird prüfen, ob und welche Änderungen im Bundesjagdgesetz vorgenommen werden können, um den jagdlichen Notwendigkeiten gerecht zu werden und für die Zukunft Rechtsklarheit zu schaffen.“

Eine Bundesratsinitiative ist nicht nötig, wenn der Bund eigentlich schon so handeln will und dies auch öffentlich erklärt.

Die zweite Forderung heißt, keine Erlasse zu veröffentlichen, welche vorerst jede Eintragung von halbautomatischen Waffen in die Waffenbesitzkarte untersagen oder rückwirkend bestehende Eintragungen für unwirksam erklären. – Sie sehen, ich habe Ihren Antrag gelesen.

Es wäre die Aufgabe des für das Waffenrecht zuständigen Bundesinnenministeriums, durch entsprechende Verwaltungsanordnungen dafür zu sorgen, dass die örtlich zuständigen Waffenbehörden bis zu einer bundesrechtlichen Klärung des zulässigen Einsatzes von halbautomatischen Waffen bei der Jagd abwarten.

Für die SPD-Fraktion sage ich deutlich: Wir in Nordrhein-Westfalen wollen für diese Übergangszeit keine solchen Erlasse. Ich denke auch, dass es diese nicht geben wird.

Was sagen die betroffenen Jäger in Nordrhein-Westfalen? – Der Landesjagdverband sagt, dass die anstehende Novellierung des Bundesjagdgesetzes die zeitnahe Gelegenheit bietet, die entsprechenden Änderungen des Wortlautes – da ist § 19 Bundesjagdgesetz angesprochen – klarzustellen. Danach ist nach dem Willen des Gesetzgebers und entsprechend der bisherigen Rechts- und Verwaltungspraxis der Einsatz einer halbautomatischen Langwaffe bei der Schussabgabe auf Wild nur dann unzulässig, wenn dies unter Verwendung eines Magazins geschieht, das mehr als zwei Patronen aufnehmen kann. Das sagt der Landesjagdverband. Das kann man vom Grundsatz her so unterstützen.

Ich ziehe mein Fazit: Derzeit werten das für das Waffenrecht zuständige Bundesministerium des Innern und das für das Jagdrecht zuständige Bundesministerium für Landwirtschaft das Urteil aus. Im Hinblick auf die jagdrechtlichen Fragen ist es unserer Auffassung nach ratsam, zunächst den Ausgang der Abstimmung auf der zuständigen Bundesebene abzuwarten – das auch vor dem Hintergrund der von mir

zitierten Aussage des Bundeslandwirtschaftsministers.

Die fachpolitischen Vertreter der SPD im Bund unterstützen – ich habe mich mit ihnen in Verbindung gesetzt – eine Präzisierung der gesetzlichen Vorschriften des § 19 Bundesjagdgesetz, wie sie auch der Jagdverband Nordrhein-Westfalen vorschlägt. Das ist gut so.

Notwendig ist aus unserer Sicht auch eine Klarstellung bezüglich des Besitzes der Waffen, da sie viele Jägerinnen und Jäger im Vertrauen auf geltendes Recht gekauft haben.

Die Diskussion im Ausschuss gibt uns Gelegenheit zu erörtern, ob und wenn überhaupt welche Lösungsmöglichkeiten wir für die Übergangsphase in Nordrhein-Westfalen finden können. Das können wir gemeinsam diskutieren. Ich freue mich auf die Diskussion. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Meesters. – Es spricht als Nächster für die CDU-Fraktion Herr Fehring.

Hubertus Fehring (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mal wieder wird Volkes Meinung, vor Gericht und auf hoher See bist du in Gottes Hand, durch die Urteile des Bundesverwaltungsgerichts bestätigt.

Das Gericht – meine Vorredner haben schon mehrfach darauf hingewiesen – hat sich zu einer Rechtsfrage, die 40 Jahre lang völlig unumstritten war und auf die es in den aktuellen Verfahren gar nicht ankam, mit einer Meinung geäußert, die bisher nicht vertreten wurde.

Das Urteil hat nun für erhebliche Verunsicherung bei den Besitzern von halbautomatischen Jagdwaffen mit Wechsellmagazin gesorgt. Verunsichert sind neben den Jägern aber auch die Waffenbehörden, die Polizei und andere staatlichen Stellen. Die Meinungen, wie mit dem Urteil umzugehen sei, gehen weit auseinander. Es bleibt zu hoffen, dass die beteiligten Behörden jetzt von vorschnellen Entscheidungen absehen und die von Jägern legal erworbenen halbautomatischen Waffen nicht voreilig kriminalisieren, indem sie die erteilten waffenrechtlichen Erlaubnisse widerrufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die große Mehrheit der Jäger hat zu den halbautomatischen Waffen allerdings ein eher distanziertes Verhältnis. Als ich vor 45 Jahren den Jagdschein erworben habe, kamen als technische Innovationen der Jagdwaffenhersteller die ersten Halbautomaten auf den deutschen Markt, mit denen mehr als zwei Schüsse in Folge möglich waren.

Jagdgenossen, Jagdfreunde mit solchen Ausrüstungen waren seinerzeit – und das gilt auch heute noch – nicht sonderlich beliebt und nicht gern gesehene Jagdgäste. Deshalb ist längst das Einlegen von nur zwei Patronen bzw. die Abgabe von maximal zwei Schüssen gängige Praxis auch bei denen, deren Waffen über größere Magazine verfügen.

Aus Sicht des Tierschutzes kann allerdings der schnelle Schuss, ohne durch das manuelle Repetieren der Waffe Zeit zu verlieren, sinnvoll sein. Karlheinz Busen hat darauf hingewiesen. Bei Bewegungsjagden ist das durchaus der Fall, weil die Schusszeit bei einer Bewegungsjagd relativ kurz ist. Anders als bei der Pirschjagd, wo ich ansitze und in Ruhe das Wild erlegen kann, ist es da sicherlich von Vorteil. Auch bei der Jagd auf Gänse und Enten kann der sogenannte dritte Schuss, die dritte Patrone, hilfreich sein und auch Tierleid verhindern.

Oberstes Ziel bleibt aber immer, einen sauberen Schuss anzutragen, um allen Ansprüchen der Waidgerechtigkeit zu genügen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag beschreibt das durch die Urteile entstandene Dilemma ausreichend. Das können wir dann gerne noch im Ausschuss vertiefen, lieber Karlheinz.

Wir begrüßen es ferner, dass die von der CDU/CSU-geführte Bundesregierung bereits an einer bundeseinheitlichen Regelung im Bundesjagdgesetz arbeitet. Herr Meesters hat das auch schon angesprochen. Er sprach von einer Übergangszeit. Vielleicht kann man diese Übergangszeit für diejenigen, die solche halb- oder vollautomatischen Waffen besitzen, dadurch etwas erträglicher machen, dass das Land vielleicht von der von Herrn Busen vorgetragenen Möglichkeit Gebrauch macht, nämlich § 19 Abs. 4 – Sachliche Verbote – im Landesjagdgesetz entsprechend zu ändern. Damit würden wir eine schnellere Rechtssicherheit bekommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im zuständigen Ausschuss sollten wir dann ganz schnell für positive Abschlüsse sorgen, damit die Jäger nicht mit dem Problem allein gelassen werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Fehring. – Und nun spricht für die grüne Fraktion Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Busen, ich kann mich in der Tat Herrn Meesters anschließen. Aus Ihrem Paket „Parlamentarischer Jägerabend 2016“ ist das – im Vergleich zu dem, den Sie gestern gestellt haben – bei Weitem der bessere Antrag. Deshalb kann

ich hier schon einmal sagen, dass wir uns auf die Beratung im Ausschuss freuen.

Sie haben ein aktuelles Problem der Jagd richtig benannt. Auch wir sind der Meinung, dass sich die Jägerinnen und Jäger zu Recht darüber ärgern und dass das so eben nicht praktikabel ist. Die Ursache – auch das ist jetzt schon mehrfach gesagt worden – ist ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, dass eben keine Waffen mehr benutzt werden dürfen, die Magazine mit mehr als zwei Patronen aufnehmen können. Das heißt natürlich für viele Jägerinnen und Jäger, dass sie ihre Waffen im Schrank lassen müssen.

Wir finden die jagdgesetzliche Regelung, dass man Waffen mit einem Zwei-Schuss-Magazin verwenden kann, richtig, weil sie in der Tat – das steht auch in Ihrer Überschrift – mehr Tierschutz ermöglichen.

Allerdings sind wir der Meinung, Sie hätten den Titel Ihres Antrages etwas erweitern sollen. Denn uns ist auch ein zweiter Punkt noch wichtig. Es geht nicht nur um mehr Tierschutz, der erreicht werden kann, wenn man noch einmal schnell nachschießen kann, wenn der erste Schuss nicht richtig getroffen hat, sondern es geht auch darum, dass Jagd effektiv betrieben werden kann. Deshalb hätte ich es gut gefunden, wenn Sie das mit aufgenommen hätten.

Manche Jäger tun sich damit immer noch schwer. Herr Fehring hat angedeutet, dass viele Jäger sagen, es sei nicht waidgerecht, wenn man noch einmal halbautomatisch nachlädt und schnell schießen kann. Da habe das Wild – das sagt man aus alter Tradition heraus – gewissermaßen keine faire Chance.

Ich glaube, wir sollten uns einmal vor Augen halten, wie der Wildbesatz gerade bei Rotwild in Nordrhein-Westfalen ist. Wir sollten darüber einmal einen Moment nachdenken. Das haben wir schon ein paarmal diskutiert. Ich spreche über die Situation in Ostwestfalen und im Paderborner Land. Man muss wissen, dass wir in den Rotwildbezirken einen Rotwildbesatz haben, der dreimal so hoch ist wie das, was eigentlich sein sollte. Wir haben in Nordrhein-Westfalen anstatt 5.000 Stück Rotwild 15.000 Stück.

Allein deshalb sind wir schon der Meinung, dass es richtig ist, dass diese Waffen auch weiterhin eingesetzt werden können. Denn ein dermaßen überhöhter Rotwildbesatz verursacht – das muss man sich einmal in Kleinenberg ansehen – massive Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen sowie an Wäldern. Es entstehen Schältschäden: Die Bäume werden bis auf zwei Meter Höhe geschält. Das können wir alle nicht wollen.

Deshalb wollen wir eine effektive Jagd. Das ist auch das Ziel des neuen Jagdgesetzes. Wir möchten,

dass sich Wälder wieder von selbst verjüngen können. All das geht nur bei angepassten Wildbeständen.

Deshalb gebe ich – Herr Busen, ich kann verstehen, dass Sie das in Ihrem Antrag stehen haben – dazu noch einen kleinen Hinweis: Die Bewegungsjagden sind kein besonderes Hobby bzw. keine Spezialität unseres Landesumweltministers, sondern es ist in der Fachwelt unumstritten, dass sie bei dermaßen überhöhten Wildbeständen das Mittel der Wahl sind. Ich glaube, von daher können wir alle einheitlich der Meinung sein: Es ist richtig, Bewegungsjagden durchzuführen. Dazu gehört eben auch – wie Sie es geschrieben haben – die Möglichkeit des Gebrauchs dieser Waffe.

Die Frage des Tierschutzes kann man ein bisschen differenziert bewerten.

Es gibt Kritiker, die sagen: Wenn man mehrere Schuss hat, ist nicht klar, dass beim ersten Schuss so genau gezielt und abgewartet wird. Vielleicht wird schneller geschossen, denn man hat ja noch einen zweiten oder dritten Schuss. – Ich würde eher in Ihre Richtung tendieren.

Folgenden Satz allerdings, den Sie gesagt haben, finde ich falsch: Bei Bewegungsjagden sind die Jäger zu immer schnelleren Schussfolgen gezwungen. – Also, wenn das so wäre – vielleicht meinen Sie das auch ein bisschen anders –, dann wäre ich eigentlich gegen Bewegungsjagden. Am Ende ist der Jäger immer selbst in der Verantwortung, ob er abdrückt oder nicht. Er muss sich sicher sein, dass er vernünftig trifft bzw. den Schuss so ansetzt, dass es passt.

Wir sind uns also im Grundsatz einig. Wir wollen die halbautomatischen Waffen mit zwei Schuss Munition für die Jagd erhalten. Sie betonen den Tierschutzaspekt. Ich selbst würde hier noch einmal die Effektivität nach vorne stellen.

Ich stelle auch die Frage wie Herr Meesters: Brauchen wir dazu wirklich eine Bundesratsinitiative? – Wenn der Bundeslandwirtschaftsminister ankündigt, er wolle aktiv werden, dann könnten wir ja mal warten, ob er das tut. Man könnte dann natürlich wieder denken: Lasst uns lieber eine Bundesratsinitiative machen, bevor wir so lange warten. Wir haben jetzt aber die Hoffnung, dass er das tut.

Ich freue mich darauf, dass wir im Ausschuss miteinander darüber diskutieren werden. Und dann gucken wir einmal, wie wir weiter damit umgehen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Rüße. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ich fasse mich kurz, das meiste ist ja schon gesagt worden. – Das Bundesverwaltungsgericht hat also ein auf den ersten Blick weltfremdes Urteil zu halbautomatischen Jagdwaffen gesprochen. Für mich sieht es jetzt so aus, als seien nicht das Gericht oder die Richter dort weltfremd, sondern als sei das Gesetz fehlerhaft oder missverständlich formuliert. In dem Fall hat ein Gericht, das an geltendes Recht gebunden ist, auch wenig Chancen.

Es gibt überhaupt keinen vernünftigen Grund, Jägern die Benutzung halbautomatischer Waffen mit zweischüssigem Magazin zu verbieten. Es ist jetzt schon von allen Rednern begründet worden, warum das so ist. Andere bzw. bessere Gründe habe ich auch nicht zu bieten. Also wiederhole ich das nicht. Wenn das Gericht das jetzt also trotzdem verboten hat, dann weil es an das Gesetz gebunden ist. – Dann muss das Gesetz eben entsprechend geändert werden.

Somit stimmen wir der Überweisung in den zuständigen Ausschuss zu, wo wir dem Antrag dann ebenfalls zustimmen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Rammel.

Johannes Rammel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausgangslage der heutigen Beratung ist dargestellt worden. Das Bundesverwaltungsgericht hat diese Regelung, die bisher gegolten hat, infrage gestellt, weil letztlich Gewehre mittels Wechselladungsmagazinen aufgerüstet werden können. Die Selbstladegewehre in der Hand von Jägern würden dadurch illegal. Bisher galt die Auffassung, dass es lediglich verboten war, mit diesen Waffen auf Wild zu schießen.

Zurzeit bereitet der Bund eine Änderung des Bundesjagdgesetzes in anderen Punkten vor. Darauf warten wir schon sehr lange. Bundesminister Schmidt hat erklärt zu prüfen, ob und welche Änderungen im Bundesjagdgesetz vorgenommen werden können, um den jagdlichen Notwendigkeiten hinsichtlich des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts gerecht zu werden und für die Zukunft Rechtsklarheit und Rechtssicherheit zu schaffen.

Nun, Herr Busen, zu den Empfehlungen des Bundesministeriums und der Bundesregierung: Das Bundesministerium des Innern wie auch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ra-

ten bis zur abschließenden Klärung der Auswirkungen des Urteils von einer Benutzung von Selbstladegewehren ab. Dieser Empfehlung schließt sich die Landesregierung an.

Der Bund hat sich bereits entsprechend bewegt und am 28. April mit den Waffenrechtsreferenten der Länder über das weitere Vorgehen beraten, ist aber noch zu keinem Ergebnis hinsichtlich einer einheitlichen Vorgehensweise gekommen. Da macht eine Initiative aus unserer Sicht keinen Sinn. Aus Sicht der Landesregierung bleibt das Ergebnis dieser notwendigen Abstimmung abzuwarten.

Zusammenfassend muss gesagt werden: Silberbüchse gut – Henrystutzen schlecht. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/11833 an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Wer stimmt dem so zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

12 Durchführung der Bundesjugendspiele in allen Schulen in Nordrhein-Westfalen sicherstellen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11893

Ich darf die Aussprache eröffnen und begrüße am Rednerpult Herrn Kollegen Müller von der CDU-Fraktion.

Holger Müller (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist meine Sportministerin weg. Das bedauere ich sehr, weil sie ...

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Jetzt müssen Sie mit mir Vorlieb nehmen!)

– Das ist natürlich auch noch erträglich, Frau Löhrmann, das wissen Sie.

(Heiterkeit – Zuruf von den PIRATEN: Charmeur der alten Schule!)

Ich hätte Sie am liebsten beide gehabt, weil das Thema ja auch beide betrifft.

Schulkinder werden immer unsportlicher. „Die unbewegte Schule“ ist ein Presseartikel von Mitte April,

der auf ein Zwischenergebnis von KommSport zurückgeht. Das ist keine neue Erkenntnis, das wissen wir schon seit Jahren. Deshalb haben wir immer die Einführung der motorischen Tests flächendeckend gefordert. Das ist übrigens KommSport. Wenn man sich als rot-grüne Regierung den hervorragenden Argumenten der Opposition nicht länger verschließen kann, dann muss man eine andere Formulierung finden. KommSport ist also dasselbe, nur nicht flächendeckend, sondern mit 33 Kommunen und finanziell nicht optimal ausgestattet. Ich will aber auch gar nicht nachkarten. Wir haben im Ausschuss noch Gelegenheit, darüber intensiv zu diskutieren.

Die Erkenntnis ist nicht neu. Ich habe vor drei Jahren eine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Die Antwort war mit der Lieblingserklärung der Landesregierung versehen: Statistische Daten liegen der Landesregierung nicht vor. – Diese Aussage wird mir wirklich fehlen. Ich wäre tief verunsichert, wenn ich mal eine konkrete Antwort bekäme. Das kenne ich alles.

Deshalb ist dieser Antrag, Frau Löhrmann, gut gemeint. Er ist deshalb gut gemeint, weil wir uns hoffentlich einig sind, dass sich die Kinder bewegen sollen. Mit diesem Antrag wollen wir die Bemühungen einleiten und verstärken, dass alle Schulen noch einmal darauf hingewiesen werden, Bundesjugendspiele oder „Jugend trainiert für Olympia“ durchzuführen. Es ist nicht so entscheidend, was es im Einzelnen ist. Entscheidend ist, dass es in jeder Schule eine zentrale Sportveranstaltung im Schuljahr gibt. Warum? – Nicht, wie manche fälschlich behaupten, damit der Spitzensportler entdeckt wird – das wäre ein angenehmer Nebeneffekt, das gebe ich zu –, sondern vor allem, damit dadurch bei den Kindern Freude am Sport geweckt wird, und das ist nötig.

(Britta Altenkamp [SPD]: Gerade die Bundesjugendspiele fördern den Spaß am Sport!)

Da sind wir meines Erachtens nicht im Dissens.

Deshalb möchte ich Sie bitten, Frau Löhrmann, dass Sie als zuständige Schulministerin noch einmal den Versuch unternehmen, valide Daten zu ermitteln, damit wir dann wirklich den Sport stärker berücksichtigen. Ich kenne leider noch keine validen Daten. Wenn Sie heute welche hätten, wäre ich sehr froh.

Wir haben die Diskussion vielfach geführt – ich will das nicht alles wiederholen. Wir werden den Antrag heute nicht zur Abstimmung stellen, sondern im Ausschuss hoffentlich intensiv beraten mit dem Ziel, die Situation verbessern zu können.

Frau Löhrmann, da hoffe ich wirklich – ich weiß, dass Sie durchaus sportaffin sind – auf Ihre Unterstützung. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Müller. – Die SPD-Fraktion wird nun von Herrn Kollegen Feuß vertreten.

Hans Feuß (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein formaler Aspekt zu dem Antrag: Nach Lektüre dieses Antrags kam mir spontan Karl-Theodor zu Guttenberg in den Sinn. Wie Herr zu Guttenberg in seiner Dissertation haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, weite Teile Ihres Antrags abgeschrieben,

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Also vom Abgeschriebenen abgeschrieben!)

und zwar aus dem Aufruf zu den Bundesjugendspielen für das Schuljahr 2015/2016 und der entsprechenden Ausschreibung. Dieser Aufruf wurde von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, dem Präsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes, Alfons Hörmann, und der Präsidentin der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Brunhild Kurth, am 23. März des letzten Jahres unterzeichnet.

Zum Inhaltlichen: Vor einem Jahr wäre dieser Antrag aktuell gewesen. Da forderte eine Mutter in ihrem Blog die Abschaffung der Bundesjugendspiele, weil ihr Sohn nur eine Teilnahmeurkunde bekommen hatte. Das Thema stieß auf große Resonanz. Auch überregionale Medien haben es aufgegriffen, so „DIE WELT“ in ihrer Ausgabe vom 24. Juni 2015 mit der Überschrift „Gehören die Bundesjugendspiele abgeschafft?“ oder die Onlineausgabe der „Rheinischen Post“ vom 26. Juni 2015 in einem Bericht mit der Überschrift „Pro und Contra – Bundesjugendspiele abschaffen?“

Damals, als das aktuell war, haben Sie es nicht aufgegriffen. Aber Sie sagen: Lieber spät als nie.

Für die Landesregierung und die Regierungsparteien war, ist und bleibt die Unterstützung und Förderung der Bundesjugendspiele selbstverständlich.

An mehreren Stellen im Bildungsportal weist das Schulministerium auf die Bundesjugendspiele und die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein hin. Zum Beispiel werden an einer Stelle alle schulischen Wettbewerbe kurz vorgestellt, von der Mathematik-Olympiade bis zum Bundeswettbewerb „Jugend debattiert“.

Mittendrin und voll dabei: die Bundesjugendspiele. Darauf wird mit einem Link hingewiesen. Darunter steht folgender Text:

„Ein fester Bestandteil des deutschen Schullebens sind die alljährlichen Bundesjugendspiele, die als Individualwettbewerb in den drei Disziplinen Geräturnen, Leichtathletik und Schwimmen

ausgeschrieben und in den drei Formen Wettkampf, Wettbewerb und Mehrkampf angeboten werden.“

Aber: Die Bundesjugendspiele finden nicht in der digitalen Welt statt, sondern ganz real an Turngeräten, im Stadion oder im Schwimmbad. Dabei ist die Zusammenarbeit von Sportverein und Schule längst gelebte Praxis.

Zum Schluss drei Zitate aus der gemeinsamen Stellungnahme von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, dem Präsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes, Alfons Hörmann, und der Präsidentin der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Brunhild Kurth, zu der Petition der Dame, die die Bundesjugendspiele abschaffen wollte:

Erstes Zitat:

„Die aktuelle Diskussion über die Bundesjugendspiele trifft auf breites Interesse, denn jährlich nehmen mehr als fünf Millionen Kinder und Jugendliche daran teil.“

Zweites Zitat:

„Die Bundesjugendspiele haben das Ziel, in der Kombination von Sport, Spiel und Spaß allen jungen Menschen eine positive Gemeinschaftserfahrung zu ermöglichen. Als Teil des Schulsports bereichern sie die Schulkultur – viele Schulen gestalten mit den Spielen Sport- und Schulfeste.“

Drittes und letztes Zitat:

„Die Bundesjugendspiele sind heute eine der wenigen bundesweiten Veranstaltungen, an denen Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung gemeinsam und gleichberechtigt teilnehmen können, und als solches ein gelungenes Beispiel gelebter Inklusion.“

Der Überweisung des Antrages stimmen wir natürlich zu.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Feuß. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Müller, das Wichtigste in Ihrem Beitrag war mir Ihr Hinweis, dass uns doch allen daran gelegen sein muss, Freude am Sport und Freude an der Bewegung zu wecken, weil wir da in der Tat vor einer Herausforderung stehen. Viele Kinder erfahren das nämlich nicht mehr und haben auch motorische Schwierigkeiten. Deswegen müssen wir von der Kita an über die

Schule breit dafür werben und Kinder zum Sport und zur Bewegung führen.

Es kann jetzt aber nicht darum gehen, dass sich das Schulministerium eine Siegerurkunde für das Auszählen von Bundesjugendspielen verdient. Es liegt in der Tat auch in der Entscheidung der Schulkonferenzen, wo sie das einbetten und wie sie das machen.

In Nordrhein-Westfalen besteht auch kein Grund, zu glauben, dass die Bundesjugendspiele gefährdet seien. Ganz im Gegenteil: Nordrhein-Westfalen unterstützt den jährlichen Aufruf des Kuratoriums für die Bundesjugendspiele zur Durchführung von Bundesjugendspielen. Außerdem gibt es verbindliche Rahmenvorgaben für den Schulsport, die gerade auch auf die Bedeutung von Schulsportwettkämpfen hinweisen. Ferner wird in den Lehrplänen aller Schulformen – das werden Sie auch wissen – auf die pädagogischen Möglichkeiten und den individuellen Wert von Schulsportwettkämpfen hingewiesen.

Dazu gehört aber natürlich auch, dass bei der Durchführung von Bundesjugendspielen – wie bei allen sportlichen Veranstaltungen – Kinder und Jugendliche nicht vorgeführt werden, dass Fair Play eingeübt wird und dass das Ganze in ein pädagogisches Konzept eingebettet ist.

Wenn sich Schulen heute dafür entscheiden, andere Formen von Schulsportfesten mit Mannschaftswettkämpfen und anderen Sportangeboten durchzuführen, dann ist das auch ein wichtiges Beispiel. Es sind eben nicht nur die Bundesjugendspiele, sondern die vielfältigen Aktivitäten, auf die wir verweisen können. Dort entscheiden sich Schulen dafür, das pädagogische Konzept entsprechend anzulegen.

Insofern möchte ich in Bezug auf die Petition, die ja viel mediale Aufmerksamkeit erregt hat, auch noch einmal darauf hinweisen, dass es ein breit gefächertes Angebot gibt und dass die Schulen das Ganze pädagogisch miteinander entsprechend anlegen müssen.

Hier will ich auf ein Projekt aufmerksam machen, das es nicht nur in Paderborn gibt, das da aber eine sehr lange Tradition hat und das ich für einen guten Ansatz und zielführend halte, nämlich die Vielseitigkeitssichtungen, die wir in Paderborn seit langer Zeit durchführen. Dabei sind alle Kinder in der dritten Grundschulklasse eingeschlossen. In diesem Rahmen gibt man auch ganz gezielte Ratschläge.

Die leistungsstarken Sportlerinnen werden noch einmal ganz speziell auf den Vereinssport hingewiesen, um zu Spitzensportförderung zu kommen.

Rund 60 % der Kinder erhalten noch einmal spezielle Informationsmaterialien über das Angebot der Sportvereine im Breitensport.

Auch die Kinder, die Unterstützung benötigen, bei denen also kompensatorische Sportförderung stattfinden muss, bekommen individuelle Angebote, um an Vereinssport herangeführt zu werden und vor allen Dingen Spaß und Freude an der Bewegung und am Sport zu entwickeln.

Ich glaube, dass wir mit diesem breit gefächerten Angebot – auch in Kooperation mit dem Landessportbund und starker Unterstützung durch den Landessportbund – auf der richtigen Fährte sind. Ich denke, dass das in den Ausschüssen, sowohl im Sportausschuss als auch im Schulausschuss, noch einmal herausgearbeitet werden kann.

Die Bundesjugendspiele sind nicht in Gefahr. Wir haben eine Vielfalt der sportlichen Landschaft. Das Land unterstützt all dieses. Von daher können wir das gemeinsam als Unterstützung all dieser Bemühungen nehmen. Wenn der Appell dabei herauskommt, dann ist das richtig. Aber wir sollten auch keine falschen Signale setzen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beer. – Als nächster Redner für die FDP-Fraktion kommt Herr Dr. Kerbein an das Pult.

Dr. Björn Kerbein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sport fördert die körperliche Fitness und ist besonders wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung unserer Kinder und Jugendlichen. Den fairen Umgang mit Gegnern, das Respektieren von Regeln, den Umgang mit Siegen, aber auch den Umgang mit Niederlagen – all das lernen wir am besten im Sport. Die Bundesjugendspiele und weitere schulsportliche Wettbewerbe ermöglichen genau das.

Auch Kinder, die in ihrem Elternhaus keine besondere sportliche Förderung erhalten, haben hier die Chance, über ein solches Event einen Zugang zum Sport und zum Leistungsgedanken zu finden. Jeder Mensch hat besondere Neigungen, Fähigkeiten und Talente. Im sportlichen Zusammenhang können Wettbewerbe dabei helfen, sie zutage zu fördern und vor allen Dingen weiterzuentwickeln.

Ein weiterer Aspekt, der auch hier schon angesprochen wurde, der nicht zu vernachlässigen ist, ist die Inklusion im Sport. Hier bieten unsere schulsportlichen Wettbewerbe wie die Bundesjugendspiele und Sportfeste zahlreiche Möglichkeiten. Die Konzepte dieser inklusiven Veranstaltungen wurden in den vergangenen Jahren erfreulicherweise – Sie wissen das – kontinuierlich weiterentwickelt.

Leider wird man inzwischen allerdings auch oft schief angeschaut, wenn man Worte wie Leistung und Wettbewerb verwendet. Und die Kolleginnen und

Kollegen von Rot-Grün sind hier bisher nicht besonders aufgefallen als ausgeprägte Anhänger von schulsportlichen Wettbewerben und dem damit verbundenen Leistungsgedanken.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was für ein Schwachsinn!)

Wir erinnern uns an die öffentliche Diskussion aus dem vergangenen Jahr, nachdem eine Mutter aus Baden-Württemberg die Abschaffung der Bundesjugendspiele gefordert hatte.

(Ingrid Hack [SPD]: Eine Mutter!)

Angeblich werden die Kinder zu sehr unter Leistungsdruck gesetzt.

Das Gegenteil, meine Damen und Herren, ist richtig.

(Beifall von Walter Kern [CDU] – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Frau Beer, beruhigen Sie sich ein bisschen. – Das Gegenteil ist richtig. Es liegt nämlich in der Natur von Kindern, sich spielerisch miteinander zu messen. Die Behauptung, die Sie aufgestellt haben, ist einfach unzutreffend, Frau Beer, dass jedes Kind, das einmal in einem Wettbewerb unterlegen ist, für immer den Spaß am Sport verliert.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wer hat das denn gesagt?)

Für viele ist es ein erster Zugang und Motivation, vielleicht sogar Mitglied in einem Sportverein zu werden oder eine ganz andere Sportart auszuprobieren.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Beer zulassen?

Dr. Björn Kerbein (FDP): Ja.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Präsident! Herzlichen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Wenn Sie noch einmal ausführen könnten, wie sportlicher Wettkampf konnotiert worden ist, wo Sie gerade eine solche Fährte gefunden haben bei dem, was Sie in Ihrer Ausführung gerade dargelegt haben? Mich würde interessieren, ob Ihnen keine Fälle bekannt sind – bei den Bundesjugendspielen hat sich das auch so zugetragen –, dass Kinder sich vorgeführt gefühlt haben und dass es auf die pädagogische Kompetenz ankommt, genau solche Situationen für Kinder zu vermeiden. Darauf habe ich eben hingewiesen. Ist Ihnen das deutlich geworden?

Dr. Björn Kerbein (FDP): Frau Beer, ich danke Ihnen sehr für die Zwischenfrage. – Ich habe persön-

lich habe das von der Konnotation her so empfunden, dass Sie das gewissermaßen generell gesagt haben, nicht auf einen Einzelfall bezogen. So habe ich es empfunden.

Wir Freien Demokraten sind da der Meinung, dass es in Zukunft schulsportliche Wettbewerbe wie die Bundesjugendspiele einfach geben soll. Holger Müller hat es gerade angesprochen: Es kommt vor allen Dingen darauf an, dass wirklich alle Schulen die Bundesjugendspiele durchführen. Darauf müssen wir unseren Fokus legen.

Frau Beer, Sie hatten das Beispiel Paderborn angesprochen. Da gebe ich Ihnen völlig recht: Es ist eine Supersportstadt. Da läuft wirklich sehr viel, sehr vorbildlich.

Wir werden selbstverständlich der Überweisung des CDU-Antrages in den Sport- und den Schulausschuss zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Lamla.

Lukas Lamla* (PIRATEN): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Kerbein! Ich bin da nicht so ganz bei Ihnen. Ich finde nicht, dass die Bundesjugendspiele als zentralen Fokus Leistung und Wettbewerb haben sollten. Das sehe ich nicht so. Ich denke – ich spreche jetzt für die Piraten –, das Motto „Dabei sein ist alles“ und Spaß – das ist das, was tatsächlich im Mittelpunkt stehen sollte. Wenn dabei tatsächlich noch sportliche Leistung entsteht, dann ist das umso besser.

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

Um es zu betonen: Wir Piraten sprechen uns ganz klar und deutlich für eine flächendeckende Durchführung der größten Jugendsportveranstaltung in Nordrhein-Westfalen aus. Allerdings müssen wir auch darauf achten, dass eine niedrigschwellige Teilnahme aller Kinder und Jugendlichen gewährleistet ist und vor allem auch die Urkundenverteilung nicht zur Stigmatisierung führt.

Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Inklusion bei den Bundesjugendspielen nicht nur mitgedacht, sondern auch praktisch umgesetzt wird und gewährleistet ist. Zwar ist im extra dafür entwickelten Programm für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung detailliert geregelt, wie Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Behinderungen an den Bundesjugendspielen teilnehmen können und sollen, zum Beispiel mit extra Startklassen, mit eigenen Bewertungskriterien, mit eigenen speziellen Umrech-

nungsfaktoren; allerdings – das haben unsere Umfragen ergeben – hakt es massiv an der Umsetzung. In allen Schulbereichen fehlt es bei der Inklusion zum Beispiel an kompetentem Personal mit sportlichem Hintergrund. Leider hilft die beste Theorie nicht, wenn es in der Praxis hakt: zu wenig Zeit, zu wenig Unterstützung, zu wenig Personal.

Ein weiterer Punkt, der aus unserer Sicht wichtig ist, ist die Urkundenverteilung. Das ist hier auch schon Thema gewesen. Natürlich erhält jeder Schüler und jede Schülerin eine Urkunde. Dennoch gibt es am Ende diese Unterteilung in Teilnehmer, Sieger und Ehrenurkunden. Unwillkürlich wird hier der Eindruck vermittelt: schlecht, es geht so und gut. Ob diese Einteilung noch zeitgemäß ist, darüber – so denke ich – werden wir uns auch noch im Ausschuss unterhalten. Dazu bietet uns der Antrag die Gelegenheit, meine Damen und Herren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen zunächst die für Sie vielleicht erfreuliche Mitteilung machen, dass ich selbst als Schülerin an – so meine ich – allen Bundesjugendspielen teilgenommen habe. Auch als Lehrerin habe ich, obwohl ich nicht Sportlehrerin bin, immer meine eigene Klasse zu den Bundesjugendspielen begleitet.

Als die Debatte aufkam, ob Bundesjugendspiele überhaupt noch zeitgemäß sind, habe ich mich, ebenso wie die Kollegin und damalige Vorsitzende der KMK, Kurth, ohne Wenn und Aber dahintergestellt. Das kann ich auch im Namen von Ministerin Kampmann und der gesamten Landesregierung sagen; denn die Freude an Bewegung, die Selbstverständlichkeit von Bewegung soll durch unterschiedlichste Maßnahmen gepflegt werden.

Sport ist neben Deutsch und Mathematik eines der drei Fächer, das von Anfang bis zum Ende des Schulbesuchs unterrichtet wird. Das ist für die Schulen in Nordrhein-Westfalen ein Standard. Mit drei Stunden Sport und den Bewegungsangeboten des Ganztags sichern wir möglichst tägliche Bewegungszeiten, oft in enger Zusammenarbeit mit den Sportvereinen.

Die Bundesjugendspiele sind ein weiterer wesentlicher Bestandteil der schulischen Bewegungs-, Spiel- und Sporterziehung in Nordrhein-Westfalen. Wettkämpfe sind sozusagen das Salz in der Suppe des Schulsports. Und wenn Sie Zweifel daran haben,

dass die Landesregierung Wettbewerbe positiv begleitet, dann verfolgen Sie offenbar nicht die Terminankündigungen, die wöchentlich publik werden. Daran könnten Sie erkennen, wie häufig wir bei unterschiedlichsten Wettbewerben auch persönlich dabei sind. Da haben Sie wirklich völlig an der Realität vorbeigeredet.

Jedes Jahr – die Zahl hat Herr Feuß schon genannt – nehmen ungefähr 5 Millionen Schülerinnen und Schüler an den Bundesjugendspielen teil. Die Wettkämpfe sind für alle Schülerinnen und Schüler eine Chance, durch gemeinsames Erleben und Wettbewerbsverhalten die verbindende Kraft von Fair Play, Engagement und Gemeinschaftsgeist zu erfahren.

Die Erfahrung der eigenen Leistung, das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, ebenso die Selbsteinschätzung der eigenen Möglichkeiten – all dies sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer erwachsenen Persönlichkeit.

Was das Miteinander von Kindern mit und ohne Behinderung angeht, konnte ich in einer Schule in der Steiermark eine ausgesprochen positive Erfahrung machen. Dort haben die Schüler einem anderen Kind, das im Rollstuhl sitzt, dabei geholfen, den Parcours trotzdem zu bewältigen. Dabei hatten alle großen Spaß. Das zeigt, dass gerade der Sport für die Inklusion eine ausgesprochen fördernde Angelegenheit ist. Wir sollten also ganz natürlich und unkompliziert an die Dinge herangehen. Die Kinder tun es nämlich auch.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung unterstützt die Empfehlung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder und den jährlichen Aufruf des Kuratoriums zur Durchführung der Bundesjugendspiele und wird dies auch in Zukunft tun.

In den Rahmenvorgaben für den Schulsport in Nordrhein-Westfalen und auch in den Lehrplänen für die einzelnen Schulformen wird explizit auf die Bedeutung, die pädagogischen Möglichkeiten und den individuellen Wert von Schulsportwettkämpfen hingewiesen. Hierbei ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Sportvereinen hilfreich und erfolgversprechend. Das wird von zahlreichen Schulen bereits praktiziert.

Auf eines will ich abschließend noch hinweisen: Mitunter tragen Eltern oder auch Kinder und Jugendliche vor, dass sie mit den Wettbewerbsformaten nicht immer zurechtkommen. Sie fühlen sich benachteiligt, wenn sie bei den Bundesjugendspielen erfolglos abschneiden. Wir sollten uns in der Tat darüber unterhalten, wie wir die Motivation und die Freude am Sport und der Teilnahme steigern können.

Ausschlaggebend für das Gelingen der Bundesjugendspiele ist daher die Einbeziehung der Eltern so-

wie der Kinder und Jugendlichen und deren Gestaltungsideen. Das ist eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen von Wettbewerben.

Ich schlage Ihnen daher vor, am 18. November 2016 in Düsseldorf unseren großen Kongress zum Schulsport zu besuchen. Er wird vom Ministerium für Schule und Weiterbildung gemeinsam mit dem Sportministerium und dem Landessportbund in Kooperation mit der Unfallkasse NRW und der BKK Nordwest durchgeführt.

Der Kongress bietet eine erneute Gelegenheit, die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein auch im Hinblick auf die Bundesjugendspiele deutlich zu machen. Sie sehen, die Landesregierung ist da ganz munter und bewegt unterwegs, und so soll das auch bleiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Holger Müller [CDU] meldet sich und geht in Richtung Rednerpult.)

– Ist das eine Wortmeldung, oder eine spontane Armbewegung? Sie würden gerne noch das Wort ergreifen für die CDU? – Sie sind nicht gemeldet, aber wir sind in der Lage, auch mit spontanen Meldungen umzugehen.

Holger Müller (CDU): Schönen Dank, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Sie haben noch 1 Minute 22 Sekunden, Herr Müller.

Holger Müller (CDU): Ich brauche nicht so viel.

Erstens. Herr Feuß, ich habe damals in mehreren Interviews sehr wohl auf die Dame vom Bodensee reagiert. Das müssen Sie nicht unbedingt wissen, das ist aber so. Nur der guten Ordnung halber.

Zweitens. Frau Ministerin und Frau Kollegin Beer, das Schulamt kann ja nun wirklich nicht dazu degradiert werden, auch noch Zahlen zu ermitteln! Aber Sie und die Ministerin sprechen von 5 Millionen Schülern. Wo kommt diese Zahl denn her? Sie sagen, es müssten keine Zahlen ermittelt werden, aber dann sprechen Sie von 5 Millionen Schülern.

Ich habe nicht davon geredet, aber ich kann Ihnen sagen, wo diese Zahl herkommt: von der Homepage der Bundesjugendspiele. Das ist natürlich eine großartige intellektuelle Leistung, Zahlen von einer frem-

den Homepage zu übernehmen, dazu noch ungeprüft. Das spricht wirklich für die Qualität der Bearbeitung!

Ich will Ihnen sagen, wie einfach das im Grunde ist: Ich habe im Rheinisch-Bergischen Kreis nachgefragt; dort gibt es auch ein Schulamt wie in jeder anderen Stadt und in jedem anderen Kreis. Dort war man innerhalb von zwei Wochen in der Lage, mir die Zahlen zu geben. Und da waren es dann gut 50 % der Schulen, die Bundesjugendspiele durchführen.

Bei dem, was von Ihnen hier vorgelesen worden ist, handelt es sich zum größten Teil um Absichtserklärungen und ministerielle Erlasse. Aber das interessiert mich nicht! Mich interessiert, dass die Bundesjugendspiele nicht nur angekündigt und verherrlicht werden, sondern dass man sie auch tatsächlich durchführt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das entscheiden die Schulen! Nicht Sie!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Müller. Jetzt liegen mir aber erkennbar keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/11893 an den Sportausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Stimmt jemand dagegen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

13 Verfassungskonforme Regelung der Zwangsmedikation in den Vollzugsgesetzen des Landes Nordrhein-Westfalen sicherstellen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11894

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellende CDU-Fraktion Herrn Kollegen Haardt das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Christian Haardt (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Justizvollzugsanstalten leisten hervorragende Arbeit, und das trotz schwieriger Klientel.

(Beifall von der CDU und der SPD)

Leider – das wissen wir aus Gesprächen mit Mitarbeitern oder auch mit Vertretern der Mitarbeiter – haben sie selber den Eindruck, dass sie nicht die notwendige Aufmerksamkeit genießen, dass ihre Arbeit nicht ausreichend wertgeschätzt wird. Einen Teil der Verantwortung dafür tragen auch Sie von der Regierungskoalition. Ich will das gar nicht weiter vertiefen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justizvollzugsanstalten tauchen leider in der Öffentlichkeit in den Schlagzeilen, in den Aufmachern häufig dann auf, wenn es um negative Nachrichten geht, mit positiven Nachrichten leider sehr selten.

Herr Minister Kutschat, das gestatte ich mir jetzt mal als kleinen Ausflug: Sie können sich eigentlich glücklich schätzen, dass der Kollege Jäger mit Ihnen am Kabinettsstisch sitzt. Sätze der nämlich in der Opposition – keine Angst: Wir wollen den gar nicht haben –,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Die Ablöse könnten Sie gar nicht bezahlen!)

dann hätte er – wie er das bei Ihrer Vorgängerin gemacht hat – schon längst Ihren Rücktritt gefordert.

(Beifall von der CDU)

Ich mache das ausdrücklich nicht. Aber der eine oder andere hier im Raum stellt sich natürlich bei Ihrem Kollegen schon die Frage, wie der es denn mit seinen eigenen Ansprüchen hält. Ich gestatte mir da einen kleinen Hinweis auf die Bergpredigt, Matthäus 7, Vers 3. Das müssen Sie jetzt nicht googeln. Das ist die Stelle mit dem Balken und dem Splitter und dem Auge.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Welche Übersetzung denn?)

Das war mein kleiner Ausflug.

Meine Damen und Herren, ich betone noch einmal: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Justizvollzugsanstalten leisten hervorragende Arbeit.

(Beifall von der CDU)

Damit sie hervorragende Arbeit leisten können, müssen wir sie auch entsprechend unterstützen. Sie entsprechend zu unterstützen, heißt auch, sie mit den erforderlichen Mitteln auszustatten.

(Beifall von der CDU)

Zu diesen Mitteln, meine Damen und Herren, gehört aus Sicht der CDU-Fraktion auch die Möglichkeit der Zwangsmedikation bei Untersuchungshäftlingen.

Hier hat im Übrigen schon im Jahre 2011 das Bundesverfassungsgericht sehr enge Grenzen gezogen, noch einmal bestätigt – erstmals sozusagen auf NRW angewandt – vom Oberlandesgericht Köln im Jahre 2012 und jetzt zuletzt noch einmal bestätigt vom Oberlandesgericht in Hamm. Das heißt, die der-

zeitige gesetzliche Regelung in § 28 ist nach Auffassung jedenfalls der Oberlandesgerichte in Köln und Hamm nicht verfassungskonform.

Es bedarf daher – jedenfalls aus Sicht der CDU-Fraktion – einer entsprechenden gesetzlichen Änderung,

(Sven Wolf [SPD]: Wer hat das Gesetz eingeführt?)

einer Veränderung von § 28 dahin gehend, dass der Paragraph verfassungskonform ist und dass das Instrument der Zwangsmedikation auch tatsächlich eingesetzt werden kann.

Wir wollen das mit diesem Antrag auf den Weg bringen. Wir freuen uns schon auf die Beratungen im Ausschuss. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Haardt. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Ganzke.

Hartmut Ganzke (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Lieber Christian Haardt, ich weiß nicht, wie das bei euch in der CDU-Fraktion ist. Bei uns ist das so: Wenn es um Reden im Parlament geht, dann guckt man sich die Tagesordnung an, meldet sich beim Fraktionsvorstand und sagt dann, man möchte zu einem bestimmten Tagesordnungspunkt reden. Bei uns ist es nicht so, dass man sich einfach meldet und sagt, man will irgendwas im Parlament erzählen. Aber ich denke mal, bei der CDU läuft das so.

(Beifall von der SPD)

Ich meine, das war in den ersten drei Minuten zu erkennen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, lieber Christian Haardt: Nach dem hier eingebrachten Antrag habe ich als Rechtsanwalt und auch als Strafverteidiger mit Interesse die Ihrem Antrag zugrunde liegenden Entscheidungen des Landgerichts Arnsberg und des Oberlandesgerichts Hamm gelesen und zur Kenntnis genommen, dass diese Gerichte eine Norm, nämlich § 28 des nordrhein-westfälischen Untersuchungshaftvollzugsgesetzes, als keine ausreichende gesetzliche Grundlage für die Anordnung einer Zwangsmedikation ansehen.

Dieses Gesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Christian Haardt, trat im Jahre 2009 in Kraft. Die angerufenen Gerichte stellen nunmehr fest, dass insbesondere vor dem Hintergrund des grundrechtlichen Schutzes der freien Selbstbestimmung eine

Zwangsmedikation unter dem Gesichtspunkt der Gefahrenabwehr nicht auf die Norm des § 28 gestützt werden kann.

Wir wissen, glaube ich, als Rechtspolitikerinnen und Rechtspolitiker, dass das Untersuchungshaftvollzugsgesetz zur Überarbeitung ansteht. Dieses soll daher auch in diesem Sinne geändert werden.

Daneben arbeitet die Landesregierung auch an einem Gesetzentwurf zur Regelung des Jugendstrafvollzugsgesetzes. Auch bei dieser Änderung wird natürlich auf die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten besonderen Anforderungen bei medizinischen Zwangsbehandlungen eingegangen, ebenso, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wie dies bei dem Anfang 2015 hier im Landtag verabschiedeten Strafvollzugsgesetz geschehen ist.

Soweit Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der antragstellenden Fraktion, die Landesregierung auffordern, sich auch die anderen Vollzugsgesetze anzuschauen, so kann ich für die SPD-Fraktion nach Rücksprache mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich sagen, dass alle Obleute dort im April dieses Jahres die seitens der zuständigen Ministerin vorgestellte Vorgehensweise für den Bereich des Maßregelvollzuges einvernehmlich mittragen. Das Maßregelvollzugsgesetz wurde also seitens der Landesregierung in den Blick genommen.

Was sagt uns das zum Schluss? – Die Regierung arbeitet und handelt auch ohne den vorgelegten Antrag in dessen Sinne.

Wir werden der Überweisung an den Rechtsausschuss nichtsdestotrotz natürlich gerne zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Ganzke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Hanses das Wort.

Dagmar Hanses (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann es kurz machen: Zu diesem CDU-Antrag bleibt eigentlich nur eine Frage offen: Wann zieht die CDU ihn zurück?

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Frage werden wir nach der Überweisung sicherlich beantworten.

Ich freue mich ja, dass die CDU Referenten hat, die ein bisschen Fleißarbeit leisten und die aktuelle Rechtsprechung beobachten. Das steht bei uns auch immer auf der Tagesordnung. Ich bin mir sicher – wir

werden gleich erfahren –, dass auch das Justizministerium das Urteil des OLG Hamm sehr genau zur Kenntnis genommen hat und es auf unsere Vollzugsgesetze anwenden wird.

Ich möchte an das anknüpfen, auf das der Kollege Ganzke bereits hingewiesen hat, dass nämlich die Vollzugsgesetze – das Herzstück ist ja unser Erwachsenenstrafvollzugsgesetz – bereits dem Urteil entsprechen. Auch das Maßregelvollzugsgesetz, das im Gesundheitsbereich angesiedelt ist, entspricht dem.

Herr Kollege Haardt, die Gesetze, die angepasst werden müssen, sind in der Tat das Jugendstrafvollzugsgesetz und das U-Haft-Vollzugsgesetz. Beide sind in der schwarz-gelben Regierungszeit entstanden. Sicherlich konnten Sie in der Zeit das OLG-Urteil noch nicht vorhersehen. Rot-Grün hat die Zwangsmedikation schon immer als kritisch eingestuft und hohe Anforderungen daran gestellt. Deshalb tragen unsere Gesetze bereits jetzt dem Urteil Rechnung.

Die Frage ist: Wann ziehen Sie Ihren Antrag zurück? Die Landesregierung wird die Gesetzentwürfe entsprechend angepasst vorlegen. Dann werden wir als Parlament so beschließen können. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Hanses. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Wedel das Wort.

Dirk Wedel (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zwangsbehandlung in staatlicher Obhut befindlicher Personen, namentlich derjenigen im Straf- oder Maßregelvollzug, ist eine Frage, die das Bundesverfassungsgericht in den vergangenen Jahren vielfach beschäftigt hat.

Mit der grundlegenden Entscheidung vom 23. März 2011 hat das Gericht festgestellt, dass eine Zwangsbehandlung zur Erreichung des Vollzugsziels, dort im Maßregelvollzug, nur dann in Betracht kommt, soweit die Einsichtsfähigkeit des Betroffenen krankheitsbedingt beschränkt und zunächst erfolglos versucht worden ist, die Zustimmung des Gefangenen oder Untergebrachten zu der Maßnahme zu erwirken, ferner die Maßnahme angekündigt und über ihre Art, ihren Umfang und ihre Dauer informiert wurde, keine milderen Mittel zur Verfügung stehen, der Nutzen der Maßnahmen ihre Risiken überwiegt und keine Folgeschäden zu befürchten sind.

Die Maßnahme muss ärztlich überwacht und zudem durchgehend dokumentiert werden. Schließlich muss aufgrund verfahrensrechtlicher Vorgaben gesichert sein, dass der Zwangsbehandlung eine von der Unterbringungseinrichtung unabhängige Prüfung vorausgeht.

Entsprechend diesen Anforderungen hat das Oberlandesgericht Hamm mit seinem Beschluss vom 13. März 2016 wie bereits das Oberlandesgericht Köln mit Beschluss vom 7. September 2012 § 28 Untersuchungshaftvollzugsgesetz NRW nicht als taugliche Rechtsgrundlage für Zwangsbehandlungen angesehen.

Nun sind diese Erkenntnisse nicht grundlegend neu.

Bereits im März 2015 hat sich der Rechtsausschuss mit der Thematik der Zwangsbehandlung befasst. In Vorlage 16/2568 ist festgehalten, dass aufgrund der verfassungsrechtlichen Anforderungen Zwangsbehandlungen zu jener Zeit im nordrhein-westfälischen Maßregelvollzug nicht stattfanden.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 24. Februar 2016 in einem Nichtannahmebeschluss Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der entsprechenden Rechtsgrundlage für den nordrhein-westfälischen Maßregelvollzug geäußert. Eine Prüfung etwaigen Änderungsbedarfs des Maßregelvollzugsgesetzes wurde durch die Landesregierung angekündigt, die bis Ende 2015 gegebenenfalls einen Gesetzentwurf vorlegen wollte, was allerdings nicht geschehen ist.

Auch mit Blick auf die Regelung im PsychKG hielt Vorlage 16/2622 bereits im vergangenen Jahr fest, dass die Anforderungen aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu beachten seien.

Hingegen fehlte im jüngsten Evaluierungsbericht zum Untersuchungshaftvollzugsgesetz in Vorlage 16/3565 der Hinweis auf die Problematik der Zwangsbehandlungen gänzlich. Die mangelnde Tauglichkeit des § 28 für derartige Zwecke hat die Landesregierung trotz des einschlägigen Beschlusses des Oberlandesgerichts Köln aus 2012 offenbar übersehen.

Insofern kann ich den Antrag der CDU dahin gehend nachvollziehen, dass es nach wie vor mit Grundrechten nicht vereinbare Rechtsgrundlagen für Zwangsbehandlungen in nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen gibt.

Ansonsten bleibt der Antrag allerdings doch sehr an der Oberfläche. Mit einem Blick in die von dem Antrag in Bezug genommenen Vollzugsgesetze offenbaren sich nämlich unterschiedliche Sachverhalte. § 78 Strafvollzugsgesetz NRW und § 78 Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz NRW nehmen ausweislich der jeweiligen Gesetzesbegründung für sich in Anspruch, den verfassungsgerichtlichen Anforderungen zu genügen, da deren Anwendungsbereich auf akute Notfälle beschränkt sein soll und darüber hinaus auf die zivilrechtliche Grundlage des bereits Anfang 2013 an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angepassten § 1906 BGB verwiesen wird.

Somit erscheint insoweit eine vollständige Übertragbarkeit des Beschlusses des Oberlandesgerichts

Hamm zu § 28 Untersuchungshaftvollzugsgesetz fraglich, jedenfalls soweit eine dem Eingriff vorausgehende, von der Untersuchungseinrichtung unabhängige Prüfung gefordert wird.

Soweit der Antrag zudem auf das Jugendarrestvollzugsgesetz abstellt, wird es gänzlich abwegig. Verhältnismäßigkeit einer Zwangsbehandlung kurzzeitig untergebrachter Jugendlicher mit Neuroleptika? – Mehr muss hierzu wohl nicht gesagt werden.

Festzuhalten bleibt: Neben § 28 Untersuchungshaftvollzugsgesetz NRW dürfte auch § 91 Jugendstrafvollzugsgesetz den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht genügen.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: So ist es!)

Mit Sicherheit wird der Justizminister gleich insoweit auf die im Rechtsausschuss am 20. Januar dieses Jahres angekündigte Anpassung der Landesvollzugsgesetze, die noch in der laufenden Wahlperiode erfolgen soll, verweisen –

(Beifall von Matthi Bolte [GRÜNE])

mehr als dreieinhalb Jahre nach dem Beschluss des OLG Köln und mehr als fünf Jahre nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

Meine Damen und Herren, in den Ausschussberatungen werden wir zunächst zu prüfen haben, an welcher Stelle es überhaupt einer Rechtsgrundlage für Zwangsbehandlungen bedarf, und sodann, wie solche Rechtsgrundlagen beschaffen sein müssen, um den verfassungsrechtlichen Vorgaben zu genügen. Pauschale Forderungen helfen uns hier ebenso wenig weiter wie die bisherige Untätigkeit der Landesregierung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Wedel. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Da bleibt mir eigentlich nur noch zu fragen: Was soll ich hier noch sagen? Ich hatte nun wirklich nicht damit gerechnet, dass die Kolleginnen und Kollegen alle so akribisch vorgearbeitet haben, sodass mir fast nichts mehr übrig bleibt. Ich habe keine Lücke mehr erkannt. Ich hatte gehofft, dass zumindest der Maßregelvollzug von irgendjemandem vergessen wird, aber das ist auch nicht der Fall. Er ist genauso erwähnt worden wie die obergerichtliche Rechtsprechung innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen und die des Bundesverfassungsgerichts.

In der Tat ist das Gute daran, dass sich der Rechtsausschuss in seiner gewohnt sachlichen Art und

Weise noch einmal insgesamt mit den Vollzugsgesetzen, wie es im Antrag erbeten ist, befasst, um zu evaluieren. Und da ist der bemerkenswerte Satz von Herrn Kollegen Wedel absolut zutreffend, nämlich ob es denn überhaupt einer gesetzlichen Grundlage bedarf. Es bedarf sicherlich auch der Evaluation der Fälle. Wir haben zum Beispiel aus Niedersachsen gehört, dass beispielsweise die Zahl der Übergriffe gestiegen ist, seit das Bundesverfassungsgericht 2011 eine Entscheidung gefällt hat, weil es eben keine entsprechende gesetzliche Grundlage für Zwangsmedikation im Vollzug, in dem Fall insbesondere im Maßregelvollzug, gab.

Ob und inwieweit das allerdings auf NRW ohne Weiteres übertragbar ist, mag vielleicht einmal festgestellt werden. Die Gesundheitsministerin hat vielleicht verlässliche Zahlen zur Hand. Die sollten die Grundlage für die Überlegung sein, ob man und, wenn ja, welche gesetzlichen Regelungen nachziehen und ändern muss.

Ich freue mich jedenfalls auf die Behandlung im Ausschuss. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Kutschaty das Wort.

Thomas Kutschaty, Justizminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuletzt hat die Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm aus März dieses Jahres deutlich gemacht, dass es sinnvoll ist, die eigenen Vollzugsgesetze immer mal wieder zu überprüfen. Und wenn wir das im Gesamtpaket betrachten, können wir sechs Gesetzesbereiche definieren, die davon theoretisch betroffen sein können.

Der Erste ist das Jugendarrestvollzugsgesetz. Hier muss ich aber auch deutlich sagen: In unserem Jugendarrestvollzugsgesetz sind Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge sowieso nicht vorgesehen. Demnach ist dieses Gesetz überhaupt nicht von einem Reformbedürfnis betroffen.

Der zweite Bereich ist das Untersuchungshaftvollzugsgesetz vom 27. Oktober 2009 sowie – drittens – das Jugendstrafvollzugsgesetz vom 20. November 2007. Da tatsächlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen auch wir entsprechenden Veränderungs- und Reformbedarf, um Anpassungen vorzunehmen.

Der vierte Bereich ist das Maßregelvollzugsgesetz. Hier gibt es aber eine Übereinkunft mit Frau Kollegin Steffens und den sozial- und gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprecher, dass bis zu einer Novellierung und gesamten Änderung des Maßregel-

vollzugsgesetzes der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts durch verfassungskonforme Auslegung der Bestimmungen sichergestellt sein wird.

Die anderen beiden Gesetze, das Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz aus dem Jahre 2013 und das Strafvollzugsgesetz der rot-grünen Landesregierung von 2015, berücksichtigen bereits heute die strengen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Da habe ich doch noch eins vergessen!)

Und insofern sehen wir, dass wir zwei schwarz-gelbe Gesetze nachbessern müssen. Das habe ich aber schon vor der Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm angekündigt. Deswegen arbeitet mein Haus schon daran, das entsprechend zu ändern. Gehen Sie davon aus, dass wir Ihnen zeitnah einen Vorschlag dazu vorlegen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache und komme zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/11894** an den **Rechtsausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

14 Jahresbericht 2015 gemäß § 28 VSG NRW

Unterrichtung
durch das Kontrollgremium
gemäß § 23 des
Verfassungsschutzgesetzes NRW
Drucksache 16/11911

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Das Gremium kommt der jährlichen Berichtspflicht an das Plenum durch die **Unterrichtung** in der genannten Drucksache 16/11911 nach. Dies, meine Damen und Herren, **stelle ich** hiermit **fest**.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir schon am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 8. Juni 2016, 10:00 Uhr.

Ihnen wünsche ich einen angenehmen Abend, bis dahin eine gute Zeit und schöne Pfingsten.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:35 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht
überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll
so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.